

**Deutsche Rußlandpolitik und das Baltikum:  
1990-98**

Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades  
der Philosophischen Fakultät  
der Christian-Albrechts-Universität  
zu Kiel

vorgelegt  
von  
Gunnar Garbe

Kiel  
2002

Erstgutachter: Prof. Dr. Dr. Ulrich Matthée

Zweitgutachter: Prof. Dr. Edward Keynes

Tag der mündlichen Prüfung: 22.5.2002

Durch die zweite Prodekanin oder den zweiten Prodekan,

Prof. Dr. Annelore Engel

zum Druck genehmigt am: 22.5.2002

<b>Einführung</b> .....	<b>9</b>
1. Problemstellung, Definition der Schlüsselbegriffe .....	11
2. Stand der Forschung .....	13
3. Theoretischer Hintergrund .....	14
4. Methodik.....	18
5. Quellenlage .....	21

## **I. Perzeptionsanalyse: Geschichte und Wahrnehmung der deutsch-russischen**

<b>Beziehungen</b> .....	<b>23</b>
1. Rußlands Sonderweg und die deutsche Eroberung des Baltikums .....	23
1.1 Waräger und Slawen .....	23
1.2 Christianisierung der Rus und erste Kontakte mit den Deutschen .....	24
1.3 Schwertbrüderorden und Deutscher Orden .....	26
1.4 Isolation während der Mongolenherrschaft in Rußland .....	27
1.5 Untergang des Ordensstaates und russische Eroberung Livlands.....	29
2. Preußen und Rußland .....	32
2.1 Allmähliche Öffnung Rußlands nach Westen .....	32
2.2 Peter der Große und der nordische Krieg.....	34
2.3 Die deutsche Reichseinigung und Rußland – nationales Erwachen der Balten ..	36
2.4 Russifizierung, Panslawismus und das Ende der Privilegien der Deutschbalten	41
3. Deutschland und Rußland in den Weltkriegen .....	43
3.1 Der Erste Weltkrieg.....	43
3.2 Baltische Unabhängigkeit .....	46
3.3 Der Vertrag von Rapallo.....	47
3.4 Der Hitler-Stalin-Pakt: Ende der deutschen Geschichte im Baltikum.....	51
3.5 Der Zweite Weltkrieg.....	54
4. Deutsch-russische Beziehungen und das Baltikum: vom Kriegsende bis zur deutschen Wiedervereinigung .....	55
4.1 Zwei deutsche Staaten .....	55
4.2 Sowjetisierung des Baltikums, Massendeportationen .....	57
4.3 Kalter Krieg.....	58
4.4 Neue Ostpolitik.....	60

4.5 Probleme im Baltikum.....	63
4.6 Gorbatschow .....	65
4.7 Deutsche Wiedervereinigung .....	66

**II. Systemanalyse: Institutionelle Grundlagen der deutsch-russischen Beziehungen..... 72**

1. Institutionelle Grundlagen deutscher Rußlandpolitik .....	72
1.1 Verfassungsrechtliche Grundlagen .....	72
1.2 Das Auswärtige Amt.....	74
1.3 Kanzleramt vs. Außenminister - Machtverteilung in der Bundesregierung .....	76
1.4 Das Bundesverfassungsgericht und Auslandseinsätze der Bundeswehr .....	80
2. Institutionelle Grundlagen russischer Deutschlandpolitik.....	83
2.1 Verfassungsrechtliche Grundlagen .....	83
2.2 Die Macht des Präsidenten .....	85
2.3 Der Sicherheitsrat und die außenpolitische Kommission.....	87
2.4 Das Verteidigungsministerium und das Militär .....	88
2.5 Machtverteilung .....	89

**III. Normenanalyse: Normative Grundlagen der deutsch-russischen Beziehungen.....91**

1. Normative Grundlagen deutscher Rußlandpolitik .....	91
1.1 Konstanten deutscher Außenpolitik .....	92
1.1.1 Die Westbindung.....	92
1.1.2 Neue Ostpolitik und „Genscherismus“ .....	93
1.1.3 Von Bonn nach Berlin: die veränderte geopolitische Lage .....	94
1.2 Normative Neuorientierung?.....	96
1.2.1 Internationale Verantwortung und Wertbindung.....	98
1.2.2 Nationale Interessen .....	100
1.2.3 Das Weißbuch der Bundeswehr.....	101
1.2.4 Das deutsch-sowjetische Vertragswerk .....	103
1.3 Deutsche Verantwortlichkeit im Baltikum.....	105
2. Normative Grundlagen russischer Deutschlandpolitik .....	106

2.1 Historische Konstanten russischer Außenpolitik .....	107
2.1.1 Der imperiale Missionsgedanke .....	107
2.1.2 Die Geopolitik.....	108
2.1.3 Das Verhältnis zum Westen: <i>Westler, Slawophile</i> und <i>Eurasier</i> .....	110
2.2 Neue Konzepte ab 1989 .....	113
2.2.1 Wirkung ideologisch-mentaler Befindlichkeiten .....	113
2.2.2 Neue Konzepte - Wiedergeburt der Geopolitik .....	116
2.2.3 Die „strategische Partnerschaft“ mit dem Westen .....	118
2.2.4 Das „Nahe Ausland“ .....	119
2.2.5 Der Neoeurasianismus .....	121
2.3 Die russischen Ansprüche im Baltikum.....	123

#### **IV. Interessenanalyse: Deutsche und russische Interessen .....126**

1. Zusammenarbeit in internationalen Organisationen .....	127
1.1 Europäische Union, Europarat und G8 .....	127
1.2 Zusammenarbeit in KSZE und OSZE.....	131
1.3 Ostseerat.....	134
1.4 Die nördliche Dimension .....	135
2. Sicherheits- und geopolitische Interessen.....	138
2.1 Die NATO-Osterweiterung .....	139
2.2 Die Region Kaliningrad .....	143
2.3 Sicherheit und das russische organisierte Verbrechen .....	146
3. Wirtschaftliche Interessen .....	148
3.1 Deutsche Wirtschaftsinteressen .....	148
3.2 Deutsche Investitionen und Wirtschaftshilfe in Rußland.....	150
3.3 Deutsche Wirtschaft und das Baltikum .....	153
4. Die öffentliche Meinung.....	153
4.1 Das Rußlandbild der Deutschen.....	155
4.2 Die Presse.....	157
4.3 Interessengruppen.....	158
5. Ethnische und kulturelle Determinanten .....	159
5.1 Die Rußlanddeutschen.....	159
5.2 Die russischen Minderheiten im Baltikum .....	163
5.3 Rückgabe der Beutekunst.....	166

5.4 Bildung und Wissenschaft.....	167
-----------------------------------	-----

**V. Machtanalyse .....170**

1. Die ökonomischen Machtverhältnisse zwischen Deutschland und Rußland.....	172
1.1 Der schwindende Großmachtstatus.....	172
1.2 Die Verschuldung.....	175
1.3 Der wirtschaftliche Einfluß Rußlands im Baltikum.....	176
2. Die militärischen Machtverhältnisse.....	178
2.1 Rußlands militärische Macht.....	178
2.2 Die Möglichkeiten der baltischen Republiken .....	181

**VI. Verhaltensanalyse: Die Akteure der deutsch-russisch-baltischen Beziehungen von 1990 bis 1998 ..... 184**

1. „Die undifferenzierte Unterstützung der Unabhängigkeitsbestrebungen einzelner Sowjetrepubliken ist eine gefährliche Dummheit.“ (Kohl, 1991) Der Unabhängigkeitskampf Rußlands und der baltischen Republiken .....	185
2. „Michail, das ist unreal.“ (Kohl, 1991) Der Augustputsch und die Anerkennung der baltischen Staaten .....	188
3. „Eine europäische Union ohne die drei baltischen Nationen wäre ein Torso.“ (Genscher, 1997) Deutsch-baltische Botschafter im Baltikum .....	191
4. „Er war mir immer besonders sympathisch.“ (Jelzin, 1994) Helmut Kohls Männerfreundschaften mit Gorbatschow und Jelzin.....	194
5. „Ich habe Honecker gegenüber doch moralische Verpflichtungen.“ (Gorbatschow, 1991) Honecker, Rußland und die Sowjetunion .....	196
6. „Bitte erobern sie unser Land!“ (Jelzin, 1991) Auflösung der Sowjetunion - Deutschland und Rußland.....	198
7. „Nur aus der Erinnerung kann Versöhnung erwachsen.“ (Kohl, 1993) Völkerverbindende Symbolik und Reparationen .....	200
8. „Beiderseits besteht viel guter Wille.“ (Kinkel, 1992) Die Verhandlungen um den Truppenabzug.....	202

9. „Wenn Jelzin keinen Erfolg hat, wird es für uns noch teurer.“ (Kohl, 1993)	
Die deutsche Position zum Kampf um die Macht in Rußland .....	204
10. „Wir waren und wir sind zusammen!“ (Jelzin, 1994)	
Alte und neue russische Ansprüche im Baltikum.....	207
11. „Das Saatgut der Versöhnung ist aufgegangen und bringt bereits eine reiche Ernte.“ (Jelzin, 1994)	
Die Partnerschaft für den Frieden .....	209
12. „Das imperiale Denken in Einflußsphären darf sich nicht wiederholen.“ (Kinkel, 1994)	
Der Abschluß des Truppenabzugs.....	210
13. „Die russische Großmacht hat es gegeben, es gibt sie und es wird sie geben.“ (Kosyrew, 1994)	
Die deutsche Reaktion auf den Tschetschenien-Krieg .....	213
14. „Keine Bange, Boris, wenn Du die Wahlen verlierst, verschaffe ich Dir Arbeit in Deutschland.“ (Kohl, 1996)	
Der Bundeskanzler als Wahlkampfhelfer Jelzins .....	216
15. „Die Russen sträuben sich.“ (Kinkel, 1997)	
Deutschland: Anwalt der Balten?.....	217
16. „Die Russen wissen Bescheid, was die Erweiterung der NATO bedeutet!“ (Jelzin, 1996)	
Die NATO-Osterweiterung.....	220
17. „Die große europäische Troika hat ihre Arbeit aufgenommen.“ (Jelzin, 1998)	
Die Troika - die Idee einer neuen Achse Paris-Berlin-Moskau.....	224
18. „Die Bettelzeit ist vorbei!“ (Jelzin, 1998)	
Die russische Krise und das Ende der Männerfreundschaft.....	228
19. „Wir müssen uns nach der Prügelei wieder aussöhnen.“ (Jelzin, 1999)	
Jugoslawien und der zweite Tschetschenien-Krieg.....	230

## **VII. Synopsis ..... 234**

1. Welche Faktoren bestimmten die Gestaltung der deutschen Rußlandpolitik von 1990 bis 1998? .....	234
1.1 Historischer Bezug.....	234
1.2 Normative Grundlagen .....	236
1.3 Bilaterale Probleme.....	237

1.4 Multilaterale Aspekte .....	237
1.5 Zwischenmenschliche Politik.....	240
2. Wie hat die deutsche Rußlandpolitik das deutsche Engagement im Baltikum von 1990 bis 1998 beeinflußt?.....	242
2.1 Historischer Bezug .....	242
2.2 Bi- und multilaterale Aspekte .....	243
2.3 Der persönliche Faktor .....	246

**VIII. Bibliographie ..... 248**

1. Monographien.....	248
2. Aufsätze.....	253
3. Zeitungsartikel.....	259
4. Sonstiges .....	268

## Einführung

Als der russische Präsident Putin im Oktober 2001 Deutschland besuchte, wurde ihm ein unerwarteter Empfang zuteil: Zu seinem Erstaunen sprach Bundeskanzler Schröder davon, daß im Zuge der akuten internationalen Terrorismusbekämpfung auch die Lage in Tschetschenien nach einer differenzierteren Betrachtungsweise verlange. Der russische Präsident hatte gar nicht darum gebeten, daß man die über Jahre hinweg vergeblich angemahnten Menschenrechtsverletzungen Rußlands in Tschetschenien gegen russisches Wohlverhalten in der Krise aufrechne. Putin hatte die Gelegenheit beim Schopfe gepackt und durch geschickte Öffentlichkeitsarbeit dafür gesorgt, daß sich Rußlands Image innerhalb weniger Tage grundlegend änderte: vom schwarzen Schaf zum verlässlichen Hütehund westlich-atlantischer (christlicher) Werte.

Es bleibt die Frage, inwiefern von der deutschen Außenpolitik die Verteidigung der Menschenrechte instrumentalisiert und eigenen Interessen untergeordnet wird. Wie stark hätte die deutsche Bundesregierung in den neunziger Jahren die Menschenrechte verteidigen wollen, wenn ein anderes, damals nicht unrealistisches Szenario akut geworden wäre? Auch das Baltikum gehörte wie Tschetschenien einst zur Sowjetunion.<sup>1</sup> Auch hier kämpften kleine Völker um Unabhängigkeit von Rußland. Auch hier leben große russische Minderheiten. Auch in Lettland gab es (im Jahre 1998) terroristische Bombenanschläge gegen die russische Botschaft, und die lettische Regierung wurde (im Januar 2000) von Rußland der „*Unterstützung von Terroristen*“ bezichtigt.<sup>2</sup> Folgt man dieser Logik, hätte Rußland ein gewisses Recht dazu gehabt, ins Baltikum einzufallen – weiterhin richtiges (den Westmächten gegenüber wohlgefälliges) Verhalten im Kampf gegen den Islamismus vorausgesetzt. Wie wäre die deutsche Reaktion ausgefallen? Hat Deutschland dem Baltikum gegenüber eine historische Verantwortung, wie baltische Politiker oft betonten?

---

<sup>1</sup> Tschetschenien besaß allerdings nur den Status einer ASSR (Autonome Sozialistische Sowjetrepublik), die baltischen Republiken hingegen waren „eigenständige“ Sozialistische Sowjetrepubliken. Eine Autonome Sozialistische Sowjetrepublik grenzte in der politisch-territorialen Gliederung der UdSSR die Stammgebiete bestimmter ethnischer Minderheiten innerhalb der RSFSR oder einer SSR mit protostaatlichen Elementen ab.

<sup>2</sup> Vgl. „Streit zwischen Lettland und Rußland“, FAZ vom 31.1.2000.

Die internationale Krise, die der Terrorangriff auf Amerika im September 2001 verursachte, beschleunigte die Auflösung der alten Konstellationen der Weltpolitik aus der Zeit des Kalten Krieges. Die Neuorientierung der Akteure zueinander und im Hinblick auf neue und alte Herausforderungen einer globalen Sicherheitsstrategie wurde durch diese Ereignisse forciert. Die Suche nach der eigenen Position und den eigenen Möglichkeiten im internationalen Beziehungsgefüge dauert jedoch schon länger. Die Bedingungen der internationalen Beziehungen haben sich vor allem im atlantischen Raum seit Beginn der neunziger Jahre grundlegend geändert: Die Auflösung des bipolaren Systems, des Warschauer Paktes und der Sowjetunion haben komplexe, sich schnell verändernde Konstellationen der internationalen Beziehungen hervorgebracht, die mit alten Erklärungsmustern nicht mehr zu durchdringen sind. Militärische Macht wurde (wieder) zu einem Instrument der Außenpolitik, eingesetzt zur Disziplinierung von „Schurkenstaaten“. Die Rolle der NATO als Bindeglied zwischen Westeuropa und den USA wurde noch stärker. Die Bedrohung, die zuvor vom Warschauer Pakt ausging, gibt es nicht mehr. Ihren Platz hat in den neunziger Jahren eine andere Form der Bedrohung eingenommen, eine diversifizierte, deren Stärke und Richtung unvorhersehbar sind.<sup>1</sup>

So waren die neunziger Jahre geprägt von der Suche der Akteure nach außenpolitischen Konzepten, die den geänderten Bedingungen des internationalen Systems Rechnung tragen. Nach einigen Jahren der Euphorie über das Ende des Kalten Krieges hat es gerade in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre eine Phase der Ernüchterung gegeben. Vor allem in Rußland hat man immer wieder versucht, das Verhältnis zu den USA und Deutschland neu zu definieren. Wie hat die deutsche Politik darauf reagiert und vor allem, wie hat sie agiert?

---

<sup>1</sup> Vgl. Ernst-Otto Czempiel: Kluge Macht. Außenpolitik für das 21. Jahrhundert, München 1999, S.17.

## 1. Problemstellung, Definition der Schlüsselbegriffe

Auf eine alte Handschrift aus dem 16. Jahrhundert geht folgende Allegorie zurück:<sup>1</sup> Ein Bär ringt mit einem Drachen und packt ihn an der Gurgel. Diese Darstellung sollte dem Leser nur die Einprägung der geographischen Lage Europas (symbolisiert durch den Drachen) und Asiens (des russischen Bären<sup>2</sup>) erleichtern, führt aber in zweierlei Hinsicht weiter: Hier kämpfen der asiatisch-russische Bär und der europäische Drache um die Herrschaft über die spätmittelalterliche Welt. Die Gurgel des Drachen symbolisiert das baltische Litauen und gibt einen ersten Hinweis auf die Bedeutung des Baltikums für den Kampf um die Beherrschung Nord- und Mitteleuropas.

Erst im 20. Jahrhundert war es soweit: Der Zusammenprall der beiden kontinentalen Mächte, des im Herzen des Drachens Europa gelegenen Deutschlands und des russischen Bären, sollte den Kontinent in seinen Grundfesten erschüttern. Doch so zerstörend sich ein Konflikt zwischen beiden auswirkte, so vorteilhaft kann eine Koalition sein.

Deutschland und Rußland, das sind zwei von jeher ungleiche, aneinandergefesselte Partner, Mittler zwischen dem westlich-abendländischen und dem slawisch-asiatisch beeinflussten Teil Europas. Im Laufe der Zeit entwickelten sie immer wieder *special relationships*, die damals wie heute argwöhnisch von den anderen europäischen Mächten beobachtet wurden und werden. Ihr Ringen um Hegemonie im östlichen Mitteleuropa hat den Weg der europäischen Geschichte entscheidend beeinflusst. Das weite Land im Osten steht seit der Auflösung der Sowjetunion vor der Aufgabe, seine eigene Position zwischen Asien und Europa zu finden und Nationalismus und Großmachtambitionen zurückzustellen, um sich der Gemeinschaft der atlantischen Demokratien anzunähern. Auch Deutschland, Wirtschaftsmacht in der Mitte Europas, mußte nach der Wiedervereinigung seinen außenpolitischen Standpunkt definieren - zwischen der festen Einbindung in atlantische Strukturen und die EU und dem Willen, die früheren Beziehungen zum östlichen Europa

---

<sup>1</sup> Vgl. Ekkehard Klug: Das „asiatische“ Rußland. Über die Entstehung eines europäischen Vorurteils, in: Historische Zeitschrift, Band 2, 1987, S.265-289, hier S.274.

<sup>2</sup> Klug liefert folgende etymologische Erklärung: Rußland wurde bis ins 17./18. Jahrhundert als am nördlichen, nicht wie später am östlichen, Rande Europas gelegen betrachtet. Im Lateinischen steht „Arctos“ für „Norden“, aber auch für „Bär“.

wieder aufleben zu lassen.

Der Hauptaspekt der vorliegenden Arbeit liegt auf der deutschen Rußlandpolitik. Deren Gestaltung in den Jahren 1990 bis 1998, von der deutschen Einheit bis zum Regierungswechsel in Deutschland, wird untersucht. Hierbei werden alle wesentlichen Faktoren der deutschen Rußlandpolitik analysiert. Von besonderem Interesse sind aber nicht nur die Faktoren und Facetten der Beziehungen zwischen den beiden Staaten, sondern auch die Wechselwirkungen, die eventuell zwischen deutscher Rußlandpolitik und dem deutschen Engagement im Baltikum nach 1990 zu beobachten sind.

In der Vergangenheit ergaben sich wichtige Einflüsse auf das deutsch-russische Verhältnis durch das *Baltikum* und die *Deutschbalten*.<sup>1</sup> Der Begriff *baltisch* gehe zurück auf eine sagenhafte Bernsteininsel in der nördlichen Ostsee namens *Baltia*, so der Entdecker und Handelsfahrer Pytheas von Massalia. Eine andere etymologische Theorie leitet den Namen von *baltas* (litauisch für weiß als Bezeichnung für das weiße Meer) ab. Unter dem Begriff *Baltikum* wurden seit dem Ende des 19. Jahrhunderts die historischen Landschaften Livland, Estland und Kurland als Provinzen des Russischen Reiches verstanden. Heute bezeichnet man das Gebiet der Staaten Lettland, Estland und Litauen als das Baltikum. Der Baltizist Professor Georg H.F. Nesselmann hatte 1845 eine Konjunktur des Begriffes *Baltikum* ausgelöst, nachdem das Wort 650 Jahre kaum gebraucht wurde. Nesselmann war bei seinen Forschungen zum Ursprung der baltischen Sprachen zu der Erkenntnis gekommen, daß sie eine eigenständige Sprachgruppe innerhalb des Indogermanischen bilden. Zu den baltischen Sprachen gehören u.a. das Lettische, das Litauische, das Kurische (früher in Kurland verbreitet, im Westen des heutigen Lettland, ausgestorben) und das Altpreußische in Ostpreußen (seit dem 17. Jahrhundert ausgestorben).<sup>2</sup> Die Verwendung des Begriffes *mare balticum* zur Bezeichnung der Ostsee wird Arnold von Lübeck zugeschrieben, einem Benediktinerabt und Chronisten, der 1209 die sogenannte „*Chronica Slavorum*“ veröffentlichte.

Die bis 1940 in den baltischen Staaten lebenden Angehörigen der deutsch-baltischen Oberschicht wirkten als Mittler im west-östlichen Handel und der deutsch-russischen Dip-

---

<sup>1</sup> Vgl. Lutz Mackensen: *Ursprung der Wörter. Etymologisches Wörterbuch der deutschen Sprache*, Wiesbaden 1985, S.58.

<sup>2</sup> Das Estnische hingegen gehört zu den finno-ugrischen Sprachen.

lomie. Die historische Leistung der Deutschbalten bestand in der andauernden Einordnung des Baltikums und seiner Bevölkerung in christlich-abendländische Zusammenhänge. Der Wegfall dieser Mittler zwischen Deutschland und Rußland nach dem Hitler-Stalin-Pakt marginalisierte die Bedeutung des Baltikums für die deutsche Außenpolitik und damit auch für die deutsch-russischen Beziehungen für lange Zeit. Folgende Fragen ergeben sich und sollen im Rahmen dieser Arbeit umfassend untersucht und beantwortet werden:

1. Welche Faktoren bestimmten die Gestaltung der deutschen Rußlandpolitik von 1990 bis 1998?
2. Wie hat die deutsche Rußlandpolitik das deutsche Engagement im Baltikum von 1990 bis 1998 beeinflusst?

## **2. Stand der Forschung**

Das Thema der deutsch-russischen Beziehungen nach 1990 wird in der Fachliteratur vor allem in Form von Aufsätzen behandelt, die sich zumeist speziellen Aspekten dieses umfangreichen Themenkomplexes widmen. Es existieren kaum Monographien zum Thema der deutsch-russischen Beziehungen, in denen der Einfluß des Baltikums Erwähnung findet. Herausragend ist hier Walter Laqueurs Klassiker *„Deutschland und Rußland“*, der die historischen Grundlagen der deutsch-russischen Beziehungen beleuchtet. Dem aktuellen Aspekt der russischen Deutschlandpolitik haben sich zugewandt: Tanja Wagensohn mit *„Von Gorbatschow zu Jelzin“*, einer Analyse der russischen Deutschlandpolitik von 1985 bis 1995, Claudia Schmedt mit *„Russische Außenpolitik unter Jelzin“*, Kirsten Westphal mit *„Hegemon statt Partner – Rußlands Politik gegenüber dem nahen Ausland“*. Angela Stent hat das Thema der deutsch-russischen Beziehungen mit *„Rivalen des Jahrhunderts. Deutschland und Rußland im neuen Europa“* umfassend behandelt, ist dabei allerdings nicht auf die spezifischen Fragestellungen vorliegender Arbeit eingegangen. Den sicherheitspolitischen Aspekt der deutsch-russischen Beziehungen untersucht Celeste Wallander in: *„Mortal Friends, Best Enemies. German-Russian Cooperation after the Cold War“*. Der Entwicklung der baltischen Staaten widmeten sich Marianna Butenschön mit *„Estland, Lettland, Litauen“* und Boris Meissner mit *„Die baltischen Nationen“*.

Einige Sammelbände und eine Vielzahl von Aufsätzen nehmen sich verschiedener Aspekte

der deutsch-russischen, deutsch-baltischen und baltisch-russischen Beziehungen an. Es bleibt aber festzustellen, daß in der politikwissenschaftlichen Forschung weder die Frage nach den Faktoren der deutschen Rußlandpolitik von 1990 bis 1998 noch das Thema der Wechselwirkung zwischen deutscher Rußlandpolitik und dem Baltikum gesonderte Beachtung gefunden haben.

### 3. Theoretischer Hintergrund

Die moderne Politikwissenschaft hält eine Fülle von Theorien zu den internationalen Beziehungen bereit. Das *Handwörterbuch Internationale Politik* etwa zählt zwanzig verschiedene Konzepte zu den „wichtigsten“.<sup>1</sup>

Die große thematische und methodische Diversifikation der Theorien zu den internationalen Beziehungen läßt sich vor allem zurückführen auf „*die zunehmende Perzeption transnationaler Beziehungen in zahlreichen Bereichen, vor allem auf der nicht-staatlichen Ebene, auf die Ablösung des Staates als zentraler Analyseeinheit.*“<sup>2</sup> Hinzu kommt eine weitgehende Integration der verschiedenen Sozialwissenschaften in die Politikwissenschaft. Soziologische, psychologische und ökonomische Fragestellungen werden in Untersuchungen der internationalen Beziehungen integriert. Eine komplexe Theorie der internationalen Beziehungen, die alle Ansätze in sich vereinen könnte, existiert nicht, vielmehr ist der wissenschaftliche Diskurs stark fragmentiert. Ethische Normen und enge Spezialgebiete sind oftmals Gegenstand der Forschung, die Integration ökonomischer Theorien ist eine Grundtendenz. Viele Wissenschaftler richten ihre Interessen auf die Interdependenzen zwischen Politik und Wirtschaft;<sup>3</sup> die beobachtbar stetig wachsende Macht multinationaler Konzerne und das Schlagwort *Globalisierung* haben eine epistemologische Konjunktur ausgelöst. Der Vergleich all dieser Theorien ist nicht Gegenstand vorliegender

---

<sup>1</sup> Helga Haftendorn: Theorie der internationalen Beziehungen, in: Woyke, Wichard (Hrsg.): *Handwörterbuch Internationale Politik*, Bonn 1990, S.480-494, hier S.485.

<sup>2</sup> Ebenda.

<sup>3</sup> Ebenda, S.486.

Arbeit, an dieser Stelle sollen nur zwei theoretische Ansätze dargestellt werden, die hier teilweise verwendet werden.

Es wird vor allem auf einen Ansatz zurückgegriffen, der für eine umfassende Analyse als nützlich angesehen wird: der *Neorealismus*, gründend auf dem *Politischen Realismus*. Neben Hans J. Morgenthau sind die bekanntesten Vertreter des Realismus George F. Kennan und Henry Kissinger. Die klassische Schule des *Politischen Realismus* bemüht sich, einen hermeneutischen, gesamtheitlichen Blickwinkel auf Akteure und Ereignisse der internationalen Politik zu erhalten. Dabei gilt hier die Prämisse: Internationale Politik ist das Wechselspiel von Macht und Interesse. Erforscht wird Realität: „Für den Realismus besteht Theorie darin, Tatsachen festzustellen und ihnen durch Vernunft Sinn zu verleihen. Er geht davon aus, daß das Wesen einer Außenpolitik nur durch die Prüfung bereits erfolgter politischer Handlungen und deren vorhersehbaren Konsequenzen erklärt werden kann.“<sup>1</sup> Der Realismus konstruiert ein Modell rationalen Handelns der politischen Akteure, bei dem diese die Strategie wählen, die als Ergebnis den größtmöglichen Nutzen oder den geringsten Schaden verspricht.

Der Realismus geht von der Prämisse aus, daß internationale Politik ihrem Wesen nach als Machtpolitik interpretiert werden kann, weil dem Politikwissenschaftler die Beweggründe der Politik nur schwer zugänglich seien. Daher wird angenommen: „Der politische Realist denkt in den Begriffen eines als Macht verstandenen Interesses.“<sup>2</sup> Folgerichtig sollten Staaten, die erfolgreiche Außenpolitik betreiben wollen, ihr Handeln am Machtinteresse orientieren. Die Wurzeln dieser Annahme liegen im Begriff der Staatsräson, wie Macchiavelli ihn entwickelte. Im Idealfall erreichen die Staaten durch ihr machtorientiertes Handeln ein Gleichgewicht der Kräfte, das dem internationalen System Stabilität verleiht.

Die Weltbilder und die daraus folgenden Handlungen der Akteure in der internationalen Politik sind wohl kaum zeitlos gültig, wie in der Realismustheorie unterstellt. Allerdings hat sich der Einfluß von kollektivem historischen Bewußtsein und der Rückfall in alte, erprobte Sichtweisen und Handlungsmuster in der Realpolitik der neunziger Jahre (beispielsweise durch die Ereignisse auf dem Balkan, beim Zerfall Jugoslawiens) oft bestätigt.

---

<sup>1</sup> Hans J. Morgenthau: Macht und Frieden. Grundlegung einer Theorie der internationalen Politik, Gütersloh 1963, S.50.

<sup>2</sup> Ebenda, S.57.

Einer Denationalisierung und räumlichen Entgrenzung von Staaten der westlichen Hemisphäre durch wachsende Ökonomisierung der Politik steht ein wiedererwachter, rückwärtsgewandter Nationalismus in vielen Staaten des ehemaligen Ostblocks gegenüber.<sup>1</sup> Dies ist der Ansatzpunkt für eine Betrachtung des historischen Hintergrundes der lange Zeit nur latenten, in den neunziger Jahren aber akut gewordenen Konflikte.

Der *Neorealismus* beschreibt eine Weiterentwicklung der älteren Tradition des Politischen Realismus, es wird eine eigene Ausrichtung der Forschungsstrategien durch verschiedene Einflüsse deutlich: außenpolitische Entscheidungstheorie, Systemtheorien der internationalen Politik und Ansätze sozialpsychologischer Forschung.<sup>2</sup>

Die Neorealismustheorie wird hier als geeignetes Werkzeug für die pragmatische Analyse der internationalen Beziehungen präferiert. Mit ihrer Hilfe sollen in dieser Arbeit historische, strukturelle und institutionelle Rahmenbedingungen der deutschen Rußlandpolitik und ihre Wechselwirkungen mit der Baltikumpolitik untersucht werden.

Die Schwäche von Realismus und Neorealismus besteht in ihrer Tendenz, als *Theorie* nicht an der Empirie geprüfte Hypothesen zu verstehen, sondern logische Konstrukte, die die empirische Vielfalt zu ordnen oder aus einer einzigen Ursache zu erklären versuchen.<sup>3</sup> Einen weiteren Kritikpunkt formulierte Rapoport: Die Rationalitätsannahme der realistischen Theorie gilt nur bedingt, außerdem kann rationales Handeln in seinen Konsequenzen durchaus zu irrationalen Konsequenzen führen.<sup>4</sup>

Wie oben erwähnt, hatte die außenpolitische *Entscheidungstheorie* Einfluß auf die Entstehung des Neorealismus, daher soll im folgenden der akteurszentrierte Ansatz der Entscheidungstheorie kurz erläutert werden. An passender Stelle wird auf bestimmte Akteure innerhalb der deutsch-russischen Beziehungen von 1990-98 der entscheidungstheoretischen Fokus gerichtet.

Die *Entscheidungstheorie* untersucht den Einfluß von individuellen oder kollektiven Ak-

---

<sup>1</sup> Vgl. Mathias Albert: *Fallen der Weltordnung. Internationale Beziehungen und ihre Theorien zwischen Moderne und Postmoderne*, Opladen 1996, S.31.

<sup>2</sup> Vgl. Gottfried-Karl Kindermann: *Internationale Politik in Theorie, Analyse und Praxis*, in: Kindermann, Karl-Gottfried: *Grundelemente der Weltpolitik*, München 1986, S.59-106, hier S.63.

<sup>3</sup> Vgl. ebenda, S.50.

<sup>4</sup> Vgl. List, Martin; Behrens, Maria; Reichhardt, Wolfgang; Simonis, Georg: *Internationale Politik. Probleme und Grundbegriffe*, Opladen 1995, S.38.

teuren, die auf der Grundlage ihrer verfügbaren Informationen und eigener Interessen aus einer Anzahl von Handlungsmöglichkeiten eine auswählen, implementieren und dadurch eine gegebene Situation ändern.<sup>1</sup> Dazu definieren die Akteure zunächst die Ausgangssituation, in der sie sich befinden – die perzipierten Charakteristika der internationalen Umwelt sind hier relevante Faktoren. So kann die Wahrnehmung des Akteurs durchaus von der objektiven (intersubjektiven) Realität abweichen; seine Entscheidungen trifft der Akteur innerhalb seines eigenen inneren Umweltmodells.<sup>2</sup> Eine für den außenstehenden Beobachter naheliegende Option wurde vielleicht nicht ausgewählt, weil sich der Akteur dieser Handlungsmöglichkeit gar nicht bewußt war, sie lag außerhalb seines Perzeptionsrahmens. Außerdem bewertet der Akteur die möglichen Auswirkungen seiner Entscheidungen auf die gegebene Situation, wiederum gemäß seiner subjektiven Sicht. Die endgültige Entscheidung trifft der Akteur, wenn er die Handlungsoption ausgewählt hat, die aus seiner Sicht seinen Zielen am besten zu dienen scheint.<sup>3</sup>

Die Situationsdefinition eines Akteurs setzt sich demnach aus den Resultaten der ersten vier Schritte des Entscheidungsprozesses zusammen, die aufeinander aufbauen: Definition der Ausgangslage und des Ziels, Entwicklung von Handlungsoptionen, Bewertung dieser Optionen, Auswahl einer der Handlungsmöglichkeiten. Die Qualität eines Entscheidungsergebnisses hängt also in starkem Maße davon ab, wie realitätsnah die Definition des *operational environment* erfolgte. Dessen objektive Beurteilung wird in den internationalen Beziehungen durch mehrere Faktoren erschwert: Die internationalen Beziehungen sind sehr komplex, involvieren eine Vielzahl verschiedener Akteure und Sachgebiete und entwickeln sich seit dem Ende des Kalten Krieges auf rasche und oftmals unvorhersehbare Art und Weise. Das Risiko von Fehlperzeptionen der Informationsflut steigt, wenn ein relevanter Faktor zugunsten eines anderen unterbewertet und damit eine wichtige Entwicklung nicht wahrgenommen wird. Drei Arten von Fehlperzeptionen können unterschieden werden:<sup>4</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. Helga Haftendorn: Theorien der Internationalen Beziehungen., in: Rittberger, Volker(Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen. PVS Sonderheft Nr.21, Opladen 1990.

<sup>2</sup> Vgl. Brecher, Michael; Steinberg, Blema; Stein, Janice: A Framework for Research on Foreign Policy Behavior, in: Journal of Conflict Resolution Nr.13, S.75ff.

<sup>3</sup> Vgl. Maoz, Zeev: National Choices and Internatinal Processes, Cambridge 1990, S.159.

<sup>4</sup> Vgl. Vertzberger, Jakoov: The world in their minds: Information Processing, Cognition and Perception in Foreign Policy Decision-Making, Stanford 1990, S.37f.

*Relevance gap:* Ein Ereignis in der internationalen Umwelt wird wahrgenommen, allerdings in seiner Relevanz für die anstehende Entscheidung über- oder unterbewertet.

*Evaluation gap:* Alle relevanten Elemente der Ausgangslage werden zwar wahrgenommen, aber die Bedeutung der einzelnen Elemente innerhalb ihres Beziehungsgefüges wird falsch gewichtet.

*Cognizance gap:* Der Akteur nimmt gewisse Elemente der Lage gar nicht wahr und kann sie auch nicht mit in seinen Entscheidungsprozeß einbeziehen.

An einer Situationsdefinition sind in der Regel mehrere Personen oder Organisationen beteiligt. Auch ist das strukturelle Umfeld von großer Relevanz. Es stellt sich also die Frage, welche strukturellen und institutionellen Rahmenbedingungen in der Bundesrepublik gegeben sind.

Im Rahmen vorliegender Arbeit ist der entscheidungstheoretische Ansatz nur ergänzend verwendbar, da er eher zur Analyse von Einzelentscheidungen genutzt werden kann. Strukturen und Entscheidungsprozesse innerhalb politischer Institutionen sollen in der Entscheidungstheorie durch Fallbeispiele lediglich verdeutlicht werden. Der Anspruch vorliegender Arbeit ist aber ein umfassenderer: Das Zusammenspiel von System, Perzeption, Umwelt und Akteuren soll anhand einer Entwicklungslinie erläutert werden. Zudem ließe die Quellenlage eine reine Analyse nach der außenpolitischen Entscheidungstheorie kaum zu, da ein Zugriff auf die Dokumentation interner Entscheidungsprozesse nötig wäre. Ein solcher wird vom Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes jedoch erst nach einer Frist von 25 Jahren gewährt.

#### **4. Methodik**

Da der Neorealismus für diese Untersuchung als geeignetes Werkzeug betrachtet wird, empfiehlt sich ein Vorgehen nach dessen Methodik mit geringen Modifikationen. Die methodischen Kernelemente des Neorealismus bestehen nach Kindermann aus einem auf Methodenpluralismus und Ergebnisintegration beruhenden Analyseverfahren, der *Kons-*

*tellationsanalyse*, die unter Anwendung von fünf doppelpoligen<sup>1</sup> Begriffspaaren durchgeführt werden soll: *System und Entscheidung, Interesse und Macht, Wahrnehmung und Wirklichkeit, Kooperation und Konflikt, Norm und Nutzen.*<sup>2</sup> Die Systematik der Konstellationsanalyse empfiehlt das Vorgehen in sieben Schritten in dieser Reihenfolge: *Systemanalyse, Perzeptionsanalyse, Interessenanalyse, Machtanalyse, Normenanalyse, Verhaltensanalyse* und abschließend *Synopsis* zur Erkenntnis des Wirkungszusammenhangs.<sup>3</sup>

Nach dieser Systematik ist vorliegende Arbeit gegliedert, wobei die empfohlene Reihenfolge der Schritte leicht abgeändert wurde, indem hier die Perzeptionsanalyse vorangestellt und in ihrem Rahmen etwas ausführlicher auf die Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen eingegangen wird.<sup>4</sup> Zudem wird der Normenanalyse eine stärkere Bedeutung beigemessen – sie erfolgt hier als dritter Schritt.

Die historische Entwicklung der deutsch-russischen Beziehungen wird zuerst dargestellt: *Eine „Perzeptionsanalyse verdeutlicht Hypothesen zu geschichtlich, systemisch und erfahrungsgeprägten subjektiven Sichtweisen und Lagebeurteilungen hinsichtlich der Konstellation insbesondere seitens der Führungszentren der einzelnen beteiligten Systeme.“*<sup>5</sup> In diesem Abschnitt der Arbeit sollen in einer historischen Einführung die Ursprünge und die Entwicklung der Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland über die Jahrhunderte hinweg skizziert werden, dabei liegt der Fokus – soweit sinnvoll - auf der Bedeutung des Baltikums für diese Beziehungen. Schlaglichtartig werden Ereignisse und Akteure hervorgehoben, denen vom Autor besondere Relevanz für das Thema dieser Arbeit zugeschrieben wird oder die für bestimmte Sichtweisen und Epochen als charakteristisch angesehen werden.

Im zweiten Abschnitt erfolgt eine *„Systemanalyse der an der Konstellation maßgeblich beteiligten Aktionseinheiten unter besonderer Berücksichtigung ihrer Führungszentren*

---

<sup>1</sup> Der von Kindermann angeführte Begriff *doppelpolig* erscheint hierbei fragwürdig, impliziert er doch das Vorhandensein zweier Antipoden, entgegengesetzter Pole. Nicht alle verwendeten Begriffspaare können jedoch als antagonistisch begriffen werden.

<sup>2</sup> Vgl. Gottfried-Karl Kindermann: Internationale Politik in Theorie, Analyse und Praxis, a.a.O, S.63f.

<sup>3</sup> Vgl. ebenda, S. 80f.

<sup>4</sup> Dieses Vorgehen empfiehlt sich, da eine historische Einführung in das Thema das Verständnis späterer Analyseschritte erleichtert.

<sup>5</sup> Ebenda.

und ihrer Prozesse der politischen Entscheidungsbildung.“<sup>1</sup> Daher werden hier die institutionellen und strukturellen Grundlagen der deutschen und russischen Außenpolitik von 1990-98 analysiert. Hierbei stellt sich die Frage, in welcher Konstellation System und Entscheidung zueinander stehen. Bei der Untersuchung der deutschen Institutionen ist unter diesem Aspekt eine Untersuchung der außenpolitischen Kompetenzverteilung zwischen Kanzleramt und Auswärtigem Amt notwendig.

Eine **Normenanalyse** stellt im dritten Kapitel „*Normative Bindungen der einzelnen Systeme durch Ethik, Ideologie sowie Recht und ihre Interpretation der internationalen Rechtslage...*“<sup>2</sup> vor, wobei die konzeptionellen und theoretischen Grundlagen der deutsch-russischen Beziehungen erklärt werden. Hier wird das deutsch-sowjetische Vertragswerk, einer kurzen Betrachtung unterzogen, da es als Fundament der bilateralen deutsch-russischen Beziehungen in den Neunzigern gelten kann. Des Weiteren ist die Wertbindung deutscher Rußlandpolitik im Diskussionsfeld zwischen *nationalen Interessen* und *internationaler Verantwortung* zu untersuchen.

Die Ausrichtung der Außenpolitik eines Staates nach seinen *nationalen Interessen* ist eines der Axiome des Neorealismus, dementsprechend kommt der Analyse der vitalen Interessen der Staaten im vierten Kapitel eine herausragende Rolle zu. (Der Begriff *nationale Interessen* wird bereits in Kapitel III.1.2.2 ausführlich diskutiert.) Die „**Interessenanalyse** untersucht die von den Führungszentren der einzelnen Aktionssysteme für diese festgelegten Interessenlagen und Interessenprioritäten mitsamt ihren politischen, ökonomischen, militärischen oder kulturellen Determinanten.“<sup>3</sup> unter Beachtung nicht nur internationaler, sondern auch innersystemischer (z.B. innerstaatlicher) Determinanten für das außenpolitische Verhalten von Aktionssystemen im Beziehungsgefüge der internationalen Politik. Außenpolitik wird auch als Funktion der Innenpolitik betrachtet, darum ist eine Erörterung der Rolle der öffentlichen Meinung und der Presse sowie des Einflusses von Interessengruppen notwendig.

Eine **Machtanalyse** widmet sich im fünften Abschnitt der „*relativen Machtlage der einzelnen beteiligten Aktionssysteme*“<sup>4</sup> Hierbei werden Wirtschaftskraft, militärische Macht

---

<sup>1</sup> Gottfried-Karl Kindermann: Internationale Politik in Theorie, Analyse und Praxis, a.a.O, S.63f.

<sup>2</sup> Ebenda.

<sup>3</sup> Ebenda.

<sup>4</sup> Ebenda, S.81.

und Einflußmöglichkeiten Deutschlands und Rußlands untersucht.

Im sechsten Kapitel erfolgt eine „**Analyse der Verhaltensstrategie** der einzelnen Aktionsräume (insbesondere Kooperation und Konflikt) auf der Basis ihrer Interessenlagen, Perzeptionen und Machtstrukturen.“<sup>1</sup> In diesem Abschnitt werden die Ereignisse und Akteure der deutsch-russischen Beziehungen von 1990 bis 1998 vertiefend dargestellt. Hierbei dient die chronologische Abfolge der Ereignisse als Grundlage, um die Ausgestaltung der zwischenstaatlichen Beziehungen durch die Akteure illustrieren zu können. Dabei steht „die Herausarbeitung theoretisch und praktisch relevanter Determinanten menschlicher Motivations-, Aktions-, und Reaktionsweisen“<sup>2</sup> im Vordergrund, wobei die durch unterschiedliche Standorte, Erfahrungen, Systeme und Interessen der Akteure bedingte Perspektivenvielfalt ebenfalls eine bedeutsame Rolle spielt.

Den Abschluß der Untersuchung bildet die **Synopsis**, die im siebenten Kapitel einer „Korrelierung und Integration der Ergebnisse der Teilanalysen zwecks Erkenntnis der Strukturierung und des Wirkungszusammenhangs der (als Interaktionssystem verstandenen) Gesamtkonstellation“<sup>3</sup> dienen soll. Die in der Arbeit untersuchten Fragen werden beantwortet, und abschließend einige Bemerkungen zur deutschen Rußlandpolitik seit 1998 angebracht.

## 5. Quellenlage

Bei wissenschaftlichen Fragestellungen aus dem Bereich der deutschen Außenpolitik ist eine zeitnahe politikwissenschaftliche Aufarbeitung oft mit Schwierigkeiten verbunden, da wegen der jahrzehntelangen Fristen bis zur Veröffentlichung der Protokolle und Unterlagen des Auswärtigen Amtes insbesondere der Zugriff auf offizielle Dokumente kaum möglich ist. Diesen Schwierigkeiten wurde in vorliegender Arbeit vor allem durch eine umfassende Auswertung und Analyse von Zeitungsartikeln, Aufsätzen, unveröffentlichten Re-

---

<sup>1</sup> Gottfried-Karl Kindermann: Internationale Politik in Theorie, Analyse und Praxis, a.a.O., S.81.

<sup>2</sup> Ebenda, S.64.

<sup>3</sup> Ebenda, S.81.

demanuskripten, Autobiographien und Interviews mit Augenzeugen und Experten begegnet.

So interviewte der Verfasser den ehemaligen Politischen Direktor des Auswärtigen Amtes und Leiter der Evaluierungsmission ins Baltikum 1991, Staatssekretär a.D., Berndt von Staden, im Mai 1999 in Vaihingen/Enz; den damaligen estnischen Ministerpräsidenten, Mart Laar, im Juni 2000 in der Staatskanzlei auf dem Domberg in Tallinn; den ehemaligen deutschen Botschafter in Lettland, Hagen von der Wenge Graf Lambsdorff, im August 2000 in der deutschen Botschaft in Prag; den ehemaligen deutschen Botschafter in Estland, Henning von Wistinghausen, im Januar 2001 in der deutschen Botschaft in Helsinki; den damaligen estnischen Staatspräsidenten, Lennart Meri, im Juni 2001 in seinem Amtssitz Kadriorg in Tallinn.

Eine abschließende Bearbeitung des Themas dieser Arbeit mit einem entscheidungstheoretischen Ansatz, die einen Zugriff auf interne Dokumente des Auswärtigen Amtes erfordern würde, bleibt einer späteren Generation von Politikwissenschaftlern vorbehalten.

# **I. Perzeptionsanalyse: Geschichte und Wahrnehmung der deutsch-russischen Beziehungen**

## **1. Rußlands Sonderweg und die deutsche Eroberung des Baltikums**

Schon sehr früh entwickelten die Lande der Rus - das spätere Rußland - das Selbstverständnis und die Eigenarten, die ihre Politik prägten und damit ihr Verhältnis zum westlichen Europa gestalten sollten. Die Genese des lateinisch-christlichen Europa, das langsame Vordringen der römischen Kultur und des Christentums über den Süden in den Westen Europas führte zur Entstehung des christlichen Abendlandes. Die östliche slawische Welt wurde dabei in eine Randposition gedrängt, aus der sie sich durch die vergleichsweise späte Übernahme des Christentums nicht mehr herauslösen konnte.<sup>1</sup> Aus diesem Grunde ist es notwendig, näher auf die Umstände der Entstehung Rußlands einzugehen, die seine Eigenarten beeinflussten. Ähnlich wichtig für das Verständnis der späteren Entwicklung der deutsch-russischen Beziehungen mit Fokus auf dem Baltikum ist die deutsche Eroberung und die weitere Geschichte des Baltikums.

### **1.1 Waräger und Slawen**

Die Abstammung der Russen wird zurückgeführt auf ostslawische Stämme, die das Land um Kiew und entlang der Flußläufe von Newa, Wolchow und am Ilmensee besiedelten. Durch die günstigen natürlichen Bedingungen war eine Schifffahrt fast durchgängig von der Ostsee bis zur Wolga und zum Schwarzen Meer möglich. Diese Schwarzmeerroute wurde vor allem von den Warägern, in Südschweden lebenden Normannen, genutzt. Die Waräger errichteten kleine Posten entlang des Handelsweges, um ihre Handelswege vor

---

<sup>1</sup> Vgl. Hans Hecker, Rußland und Europa im Mittelalter, in: Mechthild Keller(Hrsg.), Russen und Rußland aus deutscher Sicht im 9.-17.Jahrhundert, München 1985, S.35-54, hier S.36.

den Slawen zu schützen.<sup>1</sup>

Es gibt verschiedene Ansichten über den Einfluß der Waräger auf die Slawen. Allgemein wird aber angenommen, daß der Gründer des ersten russischen Staatswesens ein Waräger, der legendäre Rurik gewesen sei, den die zerstrittenen Slawenstämme um 862 ins Land riefen, damit er über sie herrsche.<sup>2</sup> Die Slawen hatten zuvor die skandinavischen Waräger aus ihrem Siedlungsgebiet über die Ostsee vertrieben. Die Ostsee hieß bis ins 17. Jahrhundert hinein bei den Russen *Warashskoje morje*, Warägisches Meer. Die Nachkommen Ruriks, aus dem Geschlecht der Rurikiden, herrschten über Rußland bis zum Ende des 16. Jahrhunderts.

## 1.2 Christianisierung der Rus und erste Kontakte mit den Deutschen

Für die Beantwortung der Frage nach dem asiatischen oder europäischen Charakter Rußlands ist das Jahr 987, das Jahr der Christianisierung der Rus, von entscheidender Bedeutung. Wladimir der Heilige, Großfürst der Kiewer Rus, konvertierte zum Christentum, wobei er die Wahl zwischen Ost- und Westkirche hatte.<sup>3</sup> Er entschied sich angesichts des militärischen Hilfeersuchens und eines Versprechens des byzantinischen Kaisers Basileios II., ihm die Kaiserschwester Anna zur Frau zu geben, für das griechisch-orthodoxe Christentum mit seiner prachtvollen Liturgie<sup>4</sup>. Die Chroniken berichten, daß Wladimir sich auch für eine der anderen großen Religionen hätte entscheiden können, denn Abgesandte des Islam, des Judentums und der Römischen Kirche umwarben den Heiden.<sup>5</sup>

Wahrscheinlich erkannten die *nemcy*, die *Stummen* (damals noch eine undifferenzierte Bezeichnung für *Deutsche* im weitesten Sinne, auch für andere Ausländer gültig), im Her-

---

<sup>1</sup> Vgl. Günther Stökl: Russische Geschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 1997, S.33f.

<sup>2</sup> Eine der Theorien zur Entstehung des Namens der „Rus“: möglicherweise stammt er vom finnischen „Ruotsi“ (die Ruderer) als Bezeichnung für die Schweden ab.

<sup>3</sup> Vgl. Günther.Stökl: a.a.O., S.58f.

<sup>4</sup> Vgl. Werner Scheck, Geschichte Rußlands, München 1980, S. 34f.

<sup>5</sup> Vgl. ebenda, S.33.

zen Europas noch nicht die ganze Tragweite von Wladimirs Entscheidung. Es konnte sie aber nicht gleichgültig lassen, daß an Europas Ostflanke nun ein gewaltiger, gleichfalls christlicher Staat lag, mit dem eine grundsätzliche Verständigung möglich war, denn der theologische Gegensatz zwischen Ost- und Westrom wurde in dieser Zeit als nicht so gravierend wie später empfunden.<sup>1</sup> Wladimir soll sogar lateinische Missionare ins Land geholt haben, um die Christianisierung der Rus zu beschleunigen.<sup>2</sup>

Die Auswirkungen der Entscheidung für die Patriarchats- und gegen die Papstkirche waren groß: Der Anspruch, die einzig rechtgläubige Kirche zu repräsentieren, führte nach dem Schisma von 1054 sukzessive zu immer größerer Ablehnung der Lateiner und ihrer „Häresie“ bis zur Verneinung der kirchlichen Gemeinsamkeiten. *„Was in Konstantinopel geschehen war, hat sich zwar nicht sofort auf Kiew ausgewirkt, aber es hat vom 12. Jahrhundert bis zum heutigen Tag das innere Verhältnis Rußlands zum lateinischen Westen entscheidend bestimmt.“*<sup>3</sup>

In Verbindung mit der Autokephalie<sup>4</sup> der orthodoxen Kirche manifestierte sich so mit dem Fall Konstantinopels 1453 das Selbstverständnis, zur einzigen Schutzmacht der orthodoxen Christenheit berufen zu sein. Die Theorie von Moskau als *Drittes Rom* wurde entwickelt.<sup>5</sup> Hier liegen die Wurzeln für das durch die Jahrhunderte demonstrierte hegemoniale Interesse Rußlands an allen orthodoxen Gebieten in Südosteuropa, vor allem der Balkanregion.

Das ökonomische Potential Kiews wurde im Verlauf der Jahrhunderte schwächer. Einer der Gründe dafür waren häufige Überfälle nomadisierender Steppenvölker auf Kaufleute, die den südlichen Handelsweg von Kiew nach Byzanz nutzten. Die Macht der Fürsten in den nördlicheren Landesteilen wuchs parallel zur Verlagerung der wichtigsten Handelsrouten in den baltischen Raum. Mit dem Zerfall der Kiewer Rus erstarkten die Handelszentren Nowgorod, Pskow und Smolensk, die seit dem ausgehenden 12. Jahrhundert Kontakte zur Hanse knüpften. Neben zahlreichen Verträgen und Abmachungen gab es persön-

---

<sup>1</sup> Vgl. Hans Hecker, a.a.O., S. 43.

<sup>2</sup> Stökl bezweifelt den Wahrheitsgehalt dieser Überlieferung aus der russischen Chronik. Vgl. Günther Stökl: a.a.O., S.64.

<sup>3</sup> Ebenda, S.66.

<sup>4</sup> Autokephalie: Unabhängigkeit einer orthodoxen Nationalkirche mit eigener Jurisdiktionsgewalt.

<sup>5</sup> Vgl. Hans Hecker: a.a.O., S.44.

liche Begegnungen, vor allem Besuche von westlichen Delegationen. Eine erste völkerverbindende Hilfsaktion soll damals stattgefunden haben: *„Als im Jahre 1231 eine Hungersnot in Nowgorod grassierte, eilten deutsche Kaufleute, die von der Not gehört hatten - sicher nicht ganz uneigennützig - mit Schiffsladungen Getreide herbei.“*<sup>1</sup>

### **1.3 Schwertbrüderorden und Deutscher Orden**

Nachdem Ende des 12. Jahrhunderts niederdeutsche Kaufleute und Missionare an der Düna Handels- und Missionsstationen errichtet hatten, kämpften bald darauf deutsche Ordensritter um die Bekehrung der Heiden im „Marienland“, wie das Baltikum genannt wurde. Im Jahre 1199 wurde der Bremer Domherr Albert von Buxhoevede Bischof von Livland. Deutsche Stadtgründungen wie im Jahre 1201 Riga und 1230 Reval, das heutige Tallinn<sup>2</sup>, erhielten lübisches Recht und traten um 1285 der Hanse bei. In ihren Mauern blühte das wirtschaftliche und kulturelle Leben. Die Urbevölkerung aber, die Esten, Letten und Liven waren vom Stadtleben weitgehend ausgeschlossen und wurden in ihrem eigenen Land bald zu erbuntertänigen Bauern und später zu Leibeigenen deutscher Gutsbesitzer. *„Stadtluft machte sie nicht nur frei, sondern auch deutsch.“*<sup>3</sup>

Obwohl die reiche russische Kaufmannsstadt Nowgorod Handelskontakte und kulturelle Beziehungen mit den lateinischen Christen förderte,<sup>4</sup> konnte sich der Einfluß der römischen Kirche nicht mit Hilfe des Deutschen Ordens und des ihm seit 1237 unterstellten livländischen Schwertbrüderordens über die neu gegründeten baltischen Bistümer nach Osten ausdehnen. Zum erstenmal kollidierten deutsche und russische Interessen im Baltikum. Bald waren russische Einflußgebiete gefährdet: So wurde die Beistadt Nowgorods, Pskow, 1240 von den Schwertbrüdern eingenommen. *„Handelsverkehr, Missionsauftrag*

---

<sup>1</sup> Vgl. N.V. Pawlow: a.a.O., S.7.

<sup>2</sup> Tallinn leitet sich von „taani linn“ ab – „dänische Stadt“.

<sup>3</sup> Vgl. Marianna Butenschön: Estland, Lettland, Litauen. Das Baltikum auf dem langen Weg in die Freiheit, München 1992, S. 25.

<sup>4</sup> Der erste Entwurf eines Handelsvertrages zwischen Nowgorod und der Hanse aus dem Jahre 1189 ist bis heute erhalten. Vgl. Günther Stökl: a.a.O., S.119.

*und weltliche Machtbildung waren in ihren Interessen schwer miteinander in Einklang zu bringen...Dasselbe Nowgorod, das sich durch den Orden bedroht fühlte und dessen Angriffe mit Erfolg abwehrte, nahm die gotländischen und deutschen Kaufleute in seine Mauern auf...<sup>1</sup>*“ Es kam zur Schlacht auf dem Peipussee 1242, in der Alexander Newskij das Heer der Deutschordensritter besiegte und zum russischen Helden avancierte. Von nun an stand der baltische Raum im Interesse der russischen Herrscher. Aber auch die in ihrem Expansionsdrang im Westen gebremsten und nach Osten gelenkten heidnischen Litauer wollten die russischen Fürstentümer unter ihre Herrschaft bringen.<sup>2</sup> Im Laufe langjähriger Kämpfe zeichnete sich ab, daß das kleine Fürstentum Moskau Nowgorod als Machtzentrum ablösen sollte.

#### **1.4 Isolation während der Mongolenherrschaft<sup>3</sup> in Rußland**

Mit der Verlagerung des Machtzentrums in das Fürstentum Moskau schlofen die Verbindungen Rußlands zum Westen ein. Die Fürsten *za lese*, hinter dem Wald, waren ihrer russischen Muttererde treu und hatten wenig Verlangen nach Handelskontakten oder dynastischen Verbindungen mit Europa.

Durch ein weltpolitisches Ereignis, das die gesamte abendländische Welt erschüttern sollte, wurde die selbstgewählte Isolation der russischen Herrscher für Jahrhunderte zementiert: In einem dreijährigen Feldzug eroberten die Mongolen unter Batu Khan bis 1240 Rußland. Der Eroberungskrieg sollte noch viel weiter nach Westen fortgeführt werden, aber das lateinisch-christliche Abendland wurde durch eine innere Führungskrise der Mongolen gerettet.<sup>4</sup>

---

<sup>1</sup> Günther Stökl: a.a.O., S.120.

<sup>2</sup> Vgl. Werner Scheck, a.a.O., S.53.

<sup>3</sup> Die Bezeichnung „Tataren“, die auch oft verwendet wird, ist russischer Herkunft; ursprünglich waren die Tataren ein von Dshingis Khan besiegtes Mongolenvolk. Der Name wurde dann von den Russen zur Bezeichnung ihrer Eroberer eingeführt und verbreitete sich in ganz Europa.

<sup>4</sup> Vgl. Hans Hecker: a.a.O., S.47.

Der größte Teil Rußlands wurde als *ulus* dem mongolischen Großreich einverleibt und blieb unter der Herrschaft der Tataren. Das kulturelle Leben des Landes verödete; die durch Straffeldzüge der Mongolen ausgelösten Wanderungsbewegungen führten zu wirtschaftlichen Krisen und dem Niedergang hochentwickelter Berufszweige. Nur die orthodoxe Kirche blieb dank der religiösen Toleranz der Mongolen unbehelligt und wurde so zur letzten intakten gesamtrussischen Institution. Durch diese erzwungene Isolation wurde die Verbindung zur lateinischen Westkirche endgültig gelöst und die machtvolle Position der russisch-orthodoxen Kirche im russischen politischen und gesellschaftlichen Leben begründet.<sup>1</sup>

Rußland war zwar für zwei Jahrhunderte von der europäischen Entwicklung ausgeschlossen, aber der Einfluß der tatarischen Eroberer sollte nicht ausreichen, den überwiegend europäischen Charakter Rußlands völlig zu „asiatisieren“. Es gab kaum ethnische Vermischungen zwischen Eroberern und Russen, und auch die mongolischen Institutionen und Verhaltensweisen wurden nicht übernommen. Einige Eigenheiten der russischen Gesellschaft und Kultur jedoch lassen sich wohl auf diese Zeit zurückführen, in der die Russen gezwungen waren, eigene Wege und Entwicklungsmöglichkeiten zu finden.<sup>2</sup> Zudem fehlte dem agrarisch geprägten Rußland lange die frische Stadtluft ständischer Freiheiten. Es konnten sich keine Bürgergesellschaft und keine verlässliche Rechtssprechung entwickeln. Die Triebkräfte der westeuropäischen geistigen Entwicklungen, wie Humanismus, Reformation und Aufklärung drangen nicht bis aufs flache russische Land vor.<sup>3</sup>

Die Ereignisse des 13. Jahrhunderts, der Zeit der Tatareneroberung und ihrer Herrschaft über die Rus, prägten das westeuropäische Vorurteil von Rußland als einem fremdartigen, asiatischen Land. In der Wahrnehmung der Mitteleuropäer waren die Russen, bedingt durch ihre Isolation, nicht mehr präsent. Die Periode der Mongolenherrschaft hat das russische Selbstverständnis vom leidtragenden und leidensfähigen Volk, das zum Wohlergehen des restlichen Christentums leiden muß, begründet.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. Hans Hecker: a.a.O., S.48.

<sup>2</sup> Vgl. ebenda, S.49.

<sup>3</sup> Vgl. Werner Conze: Das deutsch-russische Verhältnis im Wandel der modernen Welt, Göttingen 1967, S.7ff.

## 1.5 Untergang des Ordensstaates und russische Eroberung Livlands

Eine „*Sammlung der russischen Erde*“<sup>2</sup> durch die Moskauer Großfürsten verhalf diesen bis zur Mitte des 15. Jahrhunderts zur unanfechtbaren inneren Machtstellung über alle anderen Teilfürstentümer.<sup>3</sup> Die tatarische *Goldene Horde* war zersplittert und stellte ebenso wie die Litauer keine große Gefahr mehr für den Moskauer Machterhalt dar.<sup>4</sup> Dieser Beginn der autokratischen Herrschaft in Rußland, die lange währen sollte, fiel in die Zeit der Wiederaufnahme der Kontakte mit dem Westen. So waren die Beziehungen zwischen den Europäern und Rußland bis ins 16. Jahrhundert gekennzeichnet: „*erstens durch die aktive Auseinandersetzung mit den unmittelbaren Nachbarn, den Tataren, Litauern, Polen, Livland und Schweden; zweitens durch die allmähliche Wiedereingliederung in die europäische Politik; drittens durch das diplomatische Ringen um die Anerkennung der Moskauer Zarenwürde; viertens durch die begrenzte Aktivierung wirtschaftlicher und kultureller Kontakte.*“<sup>5</sup>

Vorrangiges Ziel der Moskauer Außenpolitik war es, eine militärische Kooperation der Tataren mit den westlichen Nachbarn, besonders Litauern und Livländern, nicht zuzulassen. Es begann die Auseinandersetzung mit Litauen, dem die Fürstentümer wieder entrissen wurden, die einmal zur Kiewer Rus gehört hatten. Wieder stand das Baltikum im Zentrum der Aufmerksamkeit der Moskauer Herrscher. Galt es zunächst, ein Vordringen der Schweden und Livländer abzuwehren, so entfesselte Iwan IV., genannt der Schreckliche, einen Eroberungskrieg mit dem Ziel, einen sicheren Zugang zur Ostsee zu erhalten. Nur so sah er eine Möglichkeit, die der wirtschaftlichen Entwicklung Rußlands förderlichen traditionellen Handelswege über die est- und livländischen Häfen des Deutschen Ordens nach Nowgorod wiederzubeleben und den Import von Waren und Fachkräften sicherzustellen.<sup>6</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. Carsten Goehrke u.a.: Rußland, Frankfurt am Main 1973, S.92.

<sup>2</sup> Ein Ausdruck, der zur Rechtfertigung des Moskauer Machtstrebens genutzt wurde: Er impliziert die rechtmäßige Nachfolge als Erbe Kiews und damit die Aufgabe, die von fremden Mächten (Litauen) besetzten ehemaligen Lande der Kiewer Rus wiederzugewinnen.

<sup>3</sup> Vgl. Günther Stökl: a.a.O., S.193ff.

<sup>4</sup> Vgl. Carsten Goehrke u.a.: a.a.O., S.49.

<sup>5</sup> Hans Hecker: a.a.O., S.49.

<sup>6</sup> Vgl. Carsten Goehrke: a.a.O., S.140.

Die große Zeit des Deutschen Ordens war vorbei. Livland war zum schwächsten Nachbarn Rußlands geworden. „Mit dem für die russische Außenpolitik seit dieser Zeit traditionellen Gespür für schwache Stellen im Kranz der umliegenden Staaten“<sup>1</sup> begann Iwan 1558 mit der Eroberung Livlands. Zuvor hatte er die Erneuerung des Friedensvertrages zwischen Rußland und dem Orden unter anderem mit Forderungen nach der freien Religionsausübung für die russische Minderheit in Livland und Nachzahlungen für längst vergessene historische Tributforderungen verkompliziert und hinausgezögert.<sup>2</sup> Der russische Bär hatte sich nun in die Kehle des europäischen Drachen verbissen; das lange Ringen um die Vorherrschaft im Norden sollte bis zur Zeit Peters des Großen andauern.

Das *Marienland Livland* (das heutige Lettland und Estland) hatte von 1346 bis 1561 dem Deutschen Orden unterstanden und war Teil des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation. 1524 hatte die Reformation in Livland begonnen, die der Grund für die bis heute währende protestantische Konfession der Esten und Letten war.<sup>3</sup> Nach der Niederlage im Livländischen Krieg gegen die Moskoviter zerfiel das Ordensland in die Landesteile Estland (1561-1710 zu Schweden), Livland (1561-1621 zu Polen-Litauen, 1621-1710 zu Schweden) und das Herzogtum Kurland (1562-1795 unter polnischer Lehnshoheit).<sup>4</sup>

Iwan der Schreckliche führte trotz seines grundsätzlichen Mißtrauens gegenüber dem Westen theologische Streitgespräche mit lateinischen Christen an seinem Hofe,<sup>5</sup> bediente sich jedoch zur Rechtfertigung seiner Eroberungskriege der orthodoxen Lehren. Einerseits achtete der Zar auf eine strenge Abgrenzung zum lateinischen Westen, auf der anderen Seite erwartete er aber dessen Anerkennung seiner Eigenständigkeit und Gleichrangigkeit in seinem Selbstverständnis als Kaiser des *Dritten Roms*.

Die Russen waren grausame Eroberer. Die Kunde von ihren Schreckenstaten in Livland und ihrer angeblich primitiven, unterwürfigen Lebensart gelangte durch den Gesandten

---

<sup>1</sup> Vgl. Carsten Goehrke: a.a.O., S.140.

<sup>2</sup> Vgl. Günther Stökl: a.a.O., S. 242.

<sup>3</sup> Durch die schwedische Eroberung Livlands 1629 wurde hier der Protestantismus bewahrt, der durch den polnischen Einfluß gefährdet war. Vgl. Gerd von Pistohlkors: Die historischen Voraussetzungen für die Entstehung der drei baltischen Staaten, in: Boris Meissner: Die baltischen Nationen, Köln 1990, S.11-51, hier S.13.

<sup>4</sup> Vgl. Duden. Das Neue Lexikon, Mannheim 1996, S.939, S.2049f.

<sup>5</sup> Vgl. Günther Stökl: a.a.O., S.255.

des deutschen Kaisers, Herberstein, bis nach Deutschland.<sup>1</sup> Sie sorgte in der gebildeten Schicht für großes Aufsehen und sollte das Rußlandbild der Deutschen über Jahrhunderte prägen.<sup>2</sup> Herbersteins Schrift besaß einen systematischen Aufbau und behandelte die wichtigsten Bereiche des russischen Lebens seiner Zeit. *„(So) konnte man sich fortan wenigstens in den Amtskammern deutscher Fürsten und in den Studierstuben der Gelehrten konkretere Vorstellungen von dem fernen Land im Osten machen.“*<sup>3</sup> Herberstein wurde aber auch zum Schöpfer von Klischees und Vorurteilen, die die deutschen Vorstellungen von Rußland und damit die deutsch-russischen Beziehungen in den folgenden Jahrhunderten beeinflussen. Er schilderte die Russen als *„unbarmherzig und unmild, grausam aber unterwürfig“*<sup>4</sup> und daher nur von einem starken Mann zu regieren.

Es gab auch auf russischer Seite Vorurteile und antideutsche Gefühle. Die tiefverwurzelte Xenophobie der Russen wurde verstärkt durch den großen Einfluß der orthodoxen Kirche, die die lateinischen Häretiker verleumdete und das Eindringen moderner Ideen des Humanismus und der Renaissance fürchtete.<sup>5</sup> Auch die lange Isolation unter den Mongolen trug zur Angst vor allem Fremden und Neuen bei.

Andere Informationen über Rußland stammten von einem der Begründer wissenschaftlicher Reiseliteratur, Adam Olearius. Als Gesandtschaftssekretär des holsteinisch-gottorfischen Herzogs Friedrich III. reiste Olearius in die Rus und nach Persien; seine Reisebeschreibung machte dieses Unternehmen berühmt und begründete seinen Ruhm, so daß der Herzog ihn 1639 als Hofmathematiker, 1649 als Bibliothekar einstellte. Olearius' Reisebeschreibung *„Vermehrte Neue Beschreibung Der Muscowitischen und Persischen Reyse So durch gelegenheit einer Holsteinischen Gesandtschaft an den Russischen Zaar und König in Persien geschehen“* vermittelte dem Leser in Mitteleuropa unter ande-

---

<sup>1</sup> Siegmund von Herberstein: *Moscouia der Hauptstadt in Reissen*, 1557. Zitiert nach: E.Klug: a.a.O. Das Buch Herbersteins erlebte bis 1600 zwanzig Auflagen.

<sup>2</sup> Vgl. Walter Laqueur: *Deutschland und Rußland*, London 1965, S.30.

<sup>3</sup> Lothar Dralle: *Von der Sowjetunion lernen. Zur Geschichte der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft*, Berlin 1993, S.30.

<sup>4</sup> Siegmund von Herberstein: a.a.O.

<sup>5</sup> Vgl. Günther Stökl: a.a.O., S.294.

rem die ersten Informationen über die russische orthodoxe Kirche.<sup>1</sup>

## 2. Preußen und Rußland

### 2.1 Allmähliche Öffnung Rußlands nach Westen

Erst mit dem Dynastienwechsel von den Rjurikiden zu den Romanows und der Wahl Michail Romanows zum Zaren 1613 begann nach einer langanhaltenden Depression, der Zeit der *Wirren*, die das Land ausbluten ließ, die vorsichtige Öffnung Rußlands gegenüber dem Westen. Das Moskauer Reich stand in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts im Bann der ganz Mittel- und Osteuropa bedrohenden Türken, knüpfte angesichts dieser Gefahr vielfältige diplomatische Beziehungen mit den westlichen Staaten und trat 1684 der Antitürkenliga bei. Es konnte sich auch nicht in Isolationismus zurückziehen, da es von den europäischen Staaten als Machtfaktor erkannt worden war und von nun an in deren außenpolitische Überlegungen mit einbezogen wurde.<sup>2</sup>

Nun begann Moskau, europäische Politik zu machen, allerdings auf eine doppelbödige Art: Regierung und orthodoxe Kirche schirmten das Land nach außen hin ab, „...um durch *Schüren der Spionagefurcht die Bevölkerung vor der Ansteckung durch westliche Ideen zu bewahren; auf der anderen Seite zwang die Notwendigkeit, nicht zu stark hinter die rapide technische und militärische Entwicklung der übrigen europäischen Großmächte zurückzufallen, dazu, die Hilfe ausländischer Fachleute weit stärker als vorher in Anspruch zu nehmen.*“<sup>3</sup> Jedoch muß der Einfluß der westlichen aufklärerischen Ideen relativiert werden, denn sie beeinflussten nur kleine Teile der Oberschicht. Das 17. Jahrhundert schuf insgesamt die Voraussetzungen für die Europäisierungsmaßnahmen Peters des Gro-

---

<sup>1</sup> Vgl. Brockhaus-Enzyklopädie, Wiesbaden 1974, Bd.13, S.716, sowie Uwe Liszkowski: Adam Olearius' Beschreibung des Moskauer Reiches, in: Mechthild Keller (Hrsg.): Russen und Rußland aus deutscher Sicht. 9. - 17. Jahrhundert. München 1985, S.223-247.

<sup>2</sup> Vgl. Günther Stökl: a.a.O., S.294.

<sup>3</sup> Vgl. Carsten Goehrke: a.a.O., S.171.

ben.

## 2.2 Peter der Große und der nordische Krieg

Peter I., genannt der Große, übernahm 1694 die Regierungsgeschäfte. Seine Politik zielte darauf ab, die Europäisierung Rußlands verstärkt weiterzutreiben, um das rückständige Land zu einer europäischen Macht werden zu lassen. 1700 griff der Zar Schweden an, die baltischen Länder im Blick. Zunächst eroberte er in einem Landkrieg die Städte Narwa und Dorpat, um dann eine schlagkräftige baltische Flotte aufzubauen. Diese sollte später von Kronstadt aus, auf der St. Petersburg vorgelagerten Insel Kotlin gelegen, im Ostseeraum operieren und Rußland zur Herrschaft über die Ostsee verhelfen.

Das enge Verhältnis zwischen der noch jungen, stärksten Macht im norddeutschen Raum, Preußen, und Rußland begann mit deren Anschluß an die antischwedische Koalition im Nordischen Krieg, der von 1700 bis 1721 währte. In der Endphase des Krieges wurde Peter der Große zur beherrschenden Figur der Koalition. Rußland war die Vormacht im Ostseeraum.<sup>1</sup> Um die Vormachtstellung im baltischen Raum und die Zugehörigkeit zum modernen Europa zu manifestieren, verlegte Peter die russische Hauptstadt von Moskau ins neugegründete St. Petersburg. Dies war eine symbolische Handlung, die dem russischen Volk große Opfer abverlangte. Zehntausende kamen beim Bau der Stadt in den unwirtlichen Sümpfen des Newadeltas ums Leben.

Für die Umgestaltung des rückständigen russischen Reiches zu einem mit Preußen vergleichbaren effektiven Dienst- und Militärstaat benötigte der Zar große Ressourcen an Menschen und an Material. Vor allem eine gut ausgebildete, staatstragende Beamten-schaft, die die Übernahme westlicher Verwaltungsformen und Organisationsmaximen hätte forcieren können, fehlte dem Zaren.<sup>2</sup> Folgerichtig wurden Handwerker und Wissenschaftler aus Deutschland und anderen westlichen Ländern importiert. Eine besondere Rolle kam den Deutschbalten nach der Eroberung des Baltikums durch Rußland zu. Estland, Livland (1710) und Kurland (1795) wurden die *deutschen Provinzen* Rußlands. Im Frieden von Nystadt (1721) sicherte Peter der Große den Städten und den Ritterschaften Privilegien zu, die sie unter der Schwedenherrschaft verloren hatten. Diese Vorrechte führten zur autonomen Selbstverwaltung in Stadt und Land. Somit war eine Vorausset-

---

<sup>1</sup> Vgl. Ulf Dirlmeier u.a. (Hrsg.): Kleine deutsche Geschichte, Stuttgart 1995, S.205.

<sup>2</sup> Vgl. Carsten Goehrke: a.a.O., S.175.

zung für den späteren starken Einfluß der Deutschbalten in der russischen Administration geschaffen. Viele von ihnen traten in russische Dienste.<sup>1</sup>

Die kurze Phase nach dem Krieg wurde in der älteren russischen Historiographie auch als die *holsteinische Periode* bezeichnet, weil in dieser Zeit eine dynastische Verbindung zwischen dem Russischen Reich und dem Haus Holstein-Gottorf bestand. Die Ansprüche des holsteinischen Herzogs Karl Friedrich gegenüber Dänemark wurden vom russischen Zaren unterstützt, nachdem die Heirat zwischen Karl Friedrich und Anna Petrovna, der Tochter Peters I. vereinbart und damit die Grundlage für die dynastische Verknüpfung gelegt war.<sup>2</sup>

Die *petrinischen Prinzipien* in der russischen Außenpolitik beinhalteten eine preußenfreundliche Grundeinstellung, die aber spätestens im Siebenjährigen Krieg mit dem Beitritt Rußlands zum österreichisch-französischen Vertrag 1756 endete. Friedrich II. von Preußen (Friedrich der Große) hatte einen erheblichen Beitrag zur Ausprägung des Rußlandbildes der Deutschen geleistet. Er thematisierte in seinen Schriften häufig die Russen und Rußland, so im Antimacchiavell: „*die Moscowiter seien wie Bären: wehe dem, der sie loskette; einmal freigelassen, seien sie schwer wieder an die Kette zu legen.*“<sup>3</sup> Friedrich, und mit ihm Preußen, stand mit schwacher englischer Unterstützung gegen alle europäischen Großmächte inklusive Rußlands. Seine Intimfeindin in dieser kritischen Situation war die Zarin Elisabeth I. Nur ihr plötzlicher Tod im Jahre 1762, das *Mirakel des Hauses Brandenburg*, bewahrte Preußen vor dem Untergang.

Der neue Zar, Peter III., war ein großer Bewunderer Friedrichs und schloß sofort einen Friedensvertrag.<sup>4</sup> Preußen und Rußland wurden Bündnispartner, was sich für Preußen bei der ersten Teilung Polens 1772 auszahlte. Nachdem die Frau Peters III., Katharina II. genannt die Große, die Regierung an sich gerissen hatte, blieb das Verhältnis Preußen-Rußland weiterhin stabil. Friedrich bemühte sich, die dynastischen Verbindungen zu Rußland zu erneuern und vermittelte die Vermählung seiner Nichte Prinzessin Sophie Doro-

---

<sup>1</sup> Vgl. Carsten Goehrke: a.a.O., S.184.

<sup>2</sup> Vgl. Eckhard Hübner: Das Fürstentum Lübeck, Schleswig-Holstein und die nordeuropäische Politik im 18. Jahrhundert, in: Lohmeier, Dieter (Hrsg.): Kiel – Eutin – St.Petersburg. Die Verbindung zwischen dem Haus Holstein-Gottorf und dem russischen Zarenhaus im 18. Jhdt., Heide 1987, S.12f.

<sup>3</sup> Die Werke Friedrichs des Großen. In deutscher Übersetzung. Gustav B.Holz (Hrsg.), Berlin 1912f, Band II, S.50.

<sup>4</sup> Vgl. Werner Scheck: a.a.O., S.240f.

thea von Württemberg mit Paul, dem Sohn Katharinas II.

Katharina die Große schob im Laufe ihrer Regierungszeit die Westgrenzen Rußlands bis an den Bug und nach Memel vor. Preußen erwarb durch die zwei späteren polnischen Teilungen im Einverständnis mit Rußland weitere Gebiete im Osten, unter anderem Danzig,<sup>1</sup> und Rußland verleibte sich das lettisch besiedelte Kurland mitsamt seiner deutschen Oberschicht ein.<sup>2</sup>

### **2.3 Die deutsche Reichseinigung und Rußland – nationales Erwachen der Balten**

Am Anfang des 19. Jahrhunderts, im Zeitalter der Nationalstaaten, entstand mit der Entwicklung des Pressewesens die öffentliche Meinung, die fortan das Bild der Völker voneinander bestimmen und auch Auswirkungen auf die Gestaltung der Außenpolitik haben sollte. Das deutsch-russische Verhältnis wurde stark von gegenseitig zugewiesenen Stereotypen und Vorurteilen geprägt. So wurden den Russen oft Nachahmungsbegehrde, Faulheit und List, Unehrenhaftigkeit und Schmeichlerei sowie Halbwildheit nachgesagt. All diese Eigenschaften wies selbst der den Slawismus verklärende Dichter und Philosoph Johann Gottlieb Herder den Russen noch im ausgehenden 18. Jahrhundert zu.<sup>3</sup> Herder wirkte gemeinsam mit seinen Mitstreitern Johann Georg Hamann und den Buchhändlern Hartknoch für die Anerkennung der nationalen Identität der kleinen baltischen Völker. Das Bewußtsein der eigenen Nationalität wurde durch die kirchlich und ritterschaftlich geförderte Volksbildung in den baltischen Provinzen des Russischen Reiches ermöglicht.<sup>4</sup> Zwischen 1816 und 1819 wurde auf Beschluß der Ritterschaften die Leibeigenschaft in Kurland, Estland und Livland aufgehoben. Der hohe Alphabetisierungsgrad der autochthonen Bevölkerung ist auf den planmäßigen Katechismusunterricht durch die deutsch-

---

<sup>1</sup> Vgl. Ulf Dirlmeier: a.a.O., S.248f.

<sup>2</sup> Vgl. Carsten Goehrke: a.a.O., S.140f.

<sup>3</sup> Vgl. Lothar Dralle: a.a.O., S.49.

<sup>4</sup> Vgl. Gerd von Pistolkohrs: a.a.O., S.13f.

baltischen Pastoren sowie frühe Bibelübersetzungen ins Estnische und Lettische zurückzuführen.<sup>1</sup> Mit dem ersten gesamtestnischen Sängerfest 1869 in Dorpat/ Tartu und dem ersten gesamtlettischen Sängerfest 1873 in Riga wurde das Nationale Erwachen der beiden Völker manifestiert.

Es muß differenziert werden zwischen der schwankenden öffentlichen Meinung und den Ansichten, die die praktische Politik bestimmten. Die Freundschaft mit Rußland war lange Jahre hindurch der Grundpfeiler der preußischen Außenpolitik. Gerade im gemeinsamen Kampf in den Befreiungskriegen 1813/14 gegen die napoleonische Herrschaft hatten sich die Russen als Verbündete erwiesen. Dieses Bündnis sollte in der Heiligen Allianz zwischen Rußland, Preußen und Österreich im Jahre 1815 noch verfestigt werden. Die Mächte beschloßen, die christlichen Religionsprinzipien zur Grundlage aller Innen- und Außenpolitik zu machen. Metternich wandelte die Allianz in ein konservatives Bündnis, das den Keim der Revolutionen in Europa ersticken sollte.<sup>2</sup>

Es gab auch revolutionär-patriotische Gruppen in Deutschland, in denen starke antirussische Gefühle vorherrschten. Sie brachten Rußland und seinen Kaiser Nikolaus I., den „Gendarmen Europas“, mit der Konservierung einer despotischen Herrschaftsform in Verbindung. *„Die deutsche öffentliche Meinung, soweit sie linksgerichtet war, war anti-russisch, gerade weil sie in Rußland den vertrauten Freund ihrer eigenen Regierung, besonders der in Preußen, sehen mußte.“*<sup>3</sup> So schrieb der Dichter Ferdinand Freiligrath, Deutschland könne erst nach der Niederwerfung der Russen einig und frei werden.<sup>4</sup> Die meisten Liberalen und Demokraten seiner Zeit teilten diese Meinung. Auch zwei seiner berühmtesten Zeitgenossen, Marx und Engels, forderten gerade im Jahr der deutschen Revolution 1848, und sogar noch 1875 (jetzt etwas verhaltener) einen Krieg gegen Rußland: *„Keine Revolution in Westeuropa kann aber siegen, solange der jetzige russische Staat neben ihr besteht.“*<sup>5</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. Friedrich Scholz: Die Entstehung eines einheimischen Schrifttums und die Anfänge einer schönen Literatur in der Region des Baltikums als Resultat der Symbiose zwischen Balten und Deutschen, in: Hans Hecker und Silke Spieler (Hrsg.): Deutsche, Slawen und Balten. Aspekte des Zusammenlebens im Osten des Deutschen Reiches und in Ostmitteleuropa, S.41-54, hier: S.43ff.

<sup>2</sup> Vgl. Walter Laqueur: a.a.O., S.30.

<sup>3</sup> Ebenda.

<sup>4</sup> Vgl. ebenda, S.31.

<sup>5</sup> Friedrich Engels: Soziales aus Rußland, in: Marx/Engels: Ausgewählte Werke, Band IV, S.337-375, hier Fußnoten werden auf der nächsten Seite fortgesetzt.

Karl Marx polemisierte 1856: „*Der blutige Schlamm mongolischer Sklaverei und nicht die rüde Herrschaft der Normannenzeit war Moskaus Wiege, und das moderne Rußland ist nur eine Metamorphose dieses mongolischen Moskaus.*“<sup>1</sup> Der geistige Vater der späteren Sowjetunion, der Begründer der Wissenschaft vom historisch-dialektischen Materialismus, brachte seine Russophobie in unzähligen Bemerkungen und Polemiken zum Ausdruck. Eine Ironie der Geschichte, die viele Jahre später vor allem den Historikern in der Sowjetunion ein Dilemma bescherte; also behaupteten sie, die Auslassungen von Marx und Engels hätten nur dem zaristischen Regime gegolten. Tatsächlich aber bezog sich das vernichtende Urteil genauso auf die russische Geschichte, den Panslawismus<sup>2</sup> und sogar den russischen Volkscharakter. Die Aversion der Linken in Deutschland gegen Rußland war begründet: Die Angst vor dem revolutionären Potential des zersplitterten Deutschlands veranlaßte den russischen Zaren Nikolaus zur Stärkung Preußens.

Rußland kämpfte im Krimkrieg (1853-1856) erfolglos gegen alle europäischen Mächte außer Preußen und Österreich. Der Nachfolger Nikolaus´ auf dem russischen Thron, Alexander II., wollte Rußland den Weg zurück ins Herz Europas ebnen und sah deshalb Preußen wieder als den natürlichen Verbündeten an.<sup>3</sup> Schon anlässlich seines Besuchs bei Friedrich Wilhelm IV., dem Bruder seiner Mutter Charlotte, im Frühjahr 1856, versicherte er Friedrich, ihm wohlgesonnen zu sein.<sup>4</sup> Der russische Zar Alexander II. zeigte Sympathien gegenüber Reichskanzler Bismarck, dem früheren Gesandten in St. Petersburg. Bismarck war 1858 nach Rußland versetzt worden, in ein „*ehrenvolles Exil*“, wie er selbst sagte. Die Zeit im „*Zwischenzustand*“ hatte jedoch ihn seelisch und gesundheitlich stark angegriffen. Er litt unter den ungesunden Petersburger Wintern und dem Gefühl der Unfähigkeit, in die deutsche Politik einzugreifen.<sup>5</sup>

1863 sollte für Bismarck ein schwieriges Jahr werden. Im Januar kam es zum polnischen Aufstand gegen die russische Herrschaft. Der preußische Ministerpräsident reagierte

---

S.340.

<sup>1</sup> Aus einer Artikelserie von Karl Marx für englische Zeitungen: „Enthüllungen zur Geschichte der Diplomatie des 18.Jahrhunderts“, London 1856. Zitiert nach: Lothar Dralle: a.a.O., S.52.

<sup>2</sup> Panslawismus bezeichnet das Streben nach einem Zusammenschluß aller Slawen auf politischem wie auf kulturellem Gebiet.

<sup>3</sup> Vgl. Carsten Goehrke: a.a.O.,S.241.

<sup>4</sup> Vgl. Werner Scheck: a.a.O., S.327.

<sup>5</sup> Vgl. Lothar Gall: Bismarck. Der weiße Revolutionär, Frankfurt/Main 1983, S.197.

prompt und schickte den königlichen Generaladjutanten Gustav von Alvensleben nach St. Petersburg. Am 8. Februar verpflichteten sich Preußen und Rußland in den *Alvenslebischen Konventionen* zur gegenseitigen Unterstützung bei der Niederschlagung des Aufstands. Nicht nur die öffentliche Meinung in Deutschland, auch England und Frankreich ergriffen Partei für die polnische Freiheitsbewegung. Doch Bismarck hatte sich durch seinen Schritt nicht nur das Wohlwollen Rußlands für die Zukunft gesichert, er verhinderte vor allem eine Annäherung Rußlands an Frankreich und somit eine unheilvolle Einkreisung Preußens.<sup>1</sup>

So blieb Rußland im preußisch-österreichischen Krieg von 1866 neutral, zeigte jedoch eine deutliche Neigung zu Preußen. Auch im deutsch-französischen Krieg wahrte Rußland seine Neutralität, obwohl die Provisorische Regierung Frankreichs im Oktober 1870 ein Hilfersuchen an den Zaren richtete.<sup>2</sup> Auf den Rat Bismarcks hin nutzte Alexander II. die momentane Schwäche Frankreichs und entledigte sich einer Fessel des Friedens von 1856, der Vertragsklausel über die Neutralisierung des Schwarzen Meeres. Preußen unterstützte die russische Kündigung der Klausel gegen den Einspruch Englands, und im Gegenzug verzichtete Rußland auf denkbare Einwendungen gegen die deutsche Reichsgründung und die Abtrennung Elsaß-Lothringens von Frankreich.<sup>3</sup> Die deutsche Einigung wurde sogar aktiv unterstützt, indem der Zar 1870 eine Observationsarmee von 300.000 Mann in Wolhynien, an der Grenze zum österreichischen Galizien aufmarschieren ließ, um Österreich zu binden und von einem Bündnis mit Frankreich abzuhalten.<sup>4</sup>

Mit der deutschen Einigung unter preußischer Führung hatte sich das europäische Kräftegleichgewicht entscheidend verändert. Österreich-Ungarn hatte seinen Einfluß auf Mitteleuropa nach der Niederlage 1866 eingebüßt und suchte vorsichtig nach einem neuen Verbündeten. Frankreich empfand die Niederlage von 1871 als Schmach und suchte ebenfalls nach neuen Verbündeten, um sich am erstarkten deutschen Nachbarn zu rächen. Die latente Feindschaft zu Deutschland stellte für dritte Staaten eine Trumpfkarte im europäischen Ringen um die Macht dar. Großbritannien hatte sich vom europäischen Festland abgewendet und sorgte sich vor allem um seine überseeischen Kolonien, die durch Frank-

---

<sup>1</sup> Vgl. Lothar Gall: a.a.O., S.300ff.

<sup>2</sup> Vgl. ebenda, S.328.

<sup>3</sup> Vgl. Werner Scheck: a.a.O., S.328.

<sup>4</sup> Vgl. Jörg Kastl: Am straffen Zügel. Bismarcks Botschafter in Rußland, München 1994, S.25.

reichs Ansprüche in Nordafrika und russische Ambitionen im Nahen und Mittleren Osten gefährdet waren.<sup>1</sup> Rußlands ehemalige Größe war nach den Krimkriegen dahin. Es hatte seine Rolle als „Gendarm Europas“ verloren. Das Zarenreich war auf Verbündete angewiesen oder mußte feindliche Koalitionen wie im Krimkrieg hintertreiben.

Nach der Gründung des Deutschen Reiches verfolgte Bismarck eine Friedenspolitik, weil Deutschland seiner Meinung nach saturiert war.<sup>2</sup> In seiner Bündnispolitik besaßen die Beziehungen zu Rußland den höchsten Stellenwert. Er strebte ein politisches Gleichgewicht an, in dem alle europäischen Mächte mit Ausnahme Frankreichs auf Deutschland angewiesen waren und durch diese Beziehung von Koalitionen gegen Deutschland abgehalten werden konnten. Bismarcks Politik gegenüber Rußland beruhte unter anderem auf der Gewißheit des unversöhnlichen Gegensatzes zwischen der Landmacht Rußland und der Seemacht England.<sup>3</sup> Bismarck sah die Gefahr eines russisch-französischen Zusammengehens, da beide Mächte revisionistische Absichten hegten. Dagegen standen jedoch die deutsch-russischen Gemeinsamkeiten und die traditionelle Freundschaft, die sich auf die gemeinsame Abwehr demokratischer, liberaler oder sozialistischer Neuerungen, der *principes révolutionnaires*, gründete.<sup>1</sup> Um die einseitige Ausrichtung seiner Bündnispolitik auf Rußland abzufedern, wurden die Beziehungen zu Österreich-Ungarn aufgewertet. So entstand ein spannungsgeladenes Mächtedreieck, denn Rußland hatte von Österreich im Krimkrieg Unterstützung erwartet, weil der Ungarn-Aufstand 1849 mit russischer Hilfe niedergeschlagen worden war.

Im Jahre 1879 wurde die russische Befindlichkeit gestört: Man fühlte sich von Bismarck verraten und international isoliert. Trotz des unter Mühen gewonnen russisch-türkischen Krieges 1878/79 führte eine englische Kriegsdrohung zur Teilnahme Rußlands am Berliner Kongreß, und vor allem die russischen Panslawisten verdammt Bismarck. Der wiederum schloß noch im selben Jahr ein Schutzbündnis gegen Rußland mit Österreich ab, erneuerte aber dann im Jahre 1881 das Dreikaiserbündnis von 1873 mit Österreich und Rußland, um eine zweiseitige Frontstellung zwischen den sich annähernden Mächten Frankreich und Rußland zu vermeiden.

---

<sup>1</sup> Vgl. Jörg Kastl: Am straffen Zügel. Bismarcks Botschafter in Rußland, München 1994, S.14f.

<sup>2</sup> Vgl. Ulrich Lappenküper: Die Mission Radowitz. Untersuchungen zur Rußlandpolitik Otto von Bismarcks, Göttingen 1988, S.98.

<sup>3</sup> Carsten Goehrke: a.a.O., S.245.

Der 1887 abgeschlossene geheime Rückversicherungsvertrag konnte die zunehmende Entfremdung zwischen Rußland und Deutschland nicht mehr aufhalten. Er verpflichtete die Vertragspartner zur Neutralität im Falle eines Angriffs von Frankreich bzw. Österreich-Ungarn. Der Vertrag wurde nach Bismarcks Sturz 1890 nicht mehr erneuert. Das deutsch-russische Verhältnis hat sich dadurch kaum noch weiter verschlechtert. Der deutschbaltische Historiker Johannes Haller beschrieb das Verhältnis aus der Sicht von 1915 rückblickend so: „*Es blieb, was es schon die letzten Jahre gewesen war: verhüllte Feindschaft.*“<sup>2</sup>

Bismarcks Rußlandpolitik war damit letztendlich zwar gescheitert, aber seine Vorstellungen von der Notwendigkeit eines freundschaftlichen und friedlichen Verhältnisses zwischen Deutschland und Rußland wurden zu einem wichtigen Erbe realistischer deutscher Staatspolitik.<sup>3</sup>

## **2.4 Russifizierung, Panslawismus und das Ende der Privilegien der Deutschbalten**

Der russische Nationalismus und mit ihm der Panslawismus erreichten ihren propagandistischen Höhepunkt am Ende des 19. Jahrhunderts: Die angestrebte Russifizierung des Reiches sollte neben der Unterdrückung der Polen, Finnen und Ukrainer, den Einfluß der deutschbaltischen Oberschicht, die dem Reichsdienst bisher viele Staatsmänner und Generäle gestellt hatte, zurückdrängen. Die Stellung der Deutschbalten in Rußland war schon zuvor schwierig gewesen: „*Als privilegierte, gebildete Minderheit richtete sich ihr Bestreben darauf, gewisse Positionen der Verwaltung und der Armee für sich zu monopolisieren; aber das waren häufig Routineposten in Provinzstädten, um die sich die russische Aristokratie ohnehin nicht bemühte.*“<sup>4</sup> Als die panslawistische Propaganda ihren Höhepunkt erreichte, waren ungefähr 40 Prozent der höheren Kommandostellen in der

---

<sup>1</sup> Vgl. Jörg Kastl: a.a.O., S.21.

<sup>2</sup> Johannes Haller: Deutschland und Rußland, Tübingen 1915, S.25.

<sup>3</sup> Vgl. Sigrid Wegner-Korfes: Otto von Bismarck und Rußland, Berlin 1990, S.19.

<sup>4</sup> Walter Laqueur: a.a.O., S.34f.

Armee von Russen deutscher Herkunft besetzt. Im Außenministerium waren es 57 Prozent und im Kriegsministerium 46 Prozent der Stellen. Der Bevölkerungsanteil der Deutschen hingegen betrug weniger als ein Prozent.<sup>1</sup> Die Deutschen hegten kaum Antipathien gegenüber den Russen, mit denen sie lebten, doch wurden ihre Privilegien, ihre Autonomie in kulturellen und religiösen Dingen, sukzessive abgebaut. Das führte zu einer Verbitterung der Deutschbalten, die sie nicht verschweigen wollten.

Bismarcks Reaktion auf die Russifizierungsversuche im Baltikum fiel moderat aus, weil die mißtrauischen Russen deutsche Ansprüche auf die Ostseeprovinzen des Russischen Reiches fürchteten. Er mahnte seinen Botschafter zu höchster Vorsicht, obwohl in *„jedem Deutschen ein gemütliches Interesse an den deutschen Elementen in den baltischen Provinzen vorhanden“* sei.<sup>2</sup>

Der immer offener werdende Konflikt zwischen den panslawistischen Forderungen nach Russifizierung auch der nichtslawischen Minderheiten und dem Autonomieanspruch der in halbkolonialer Herrschaft lebenden Deutschbalten trieb einige Publizisten zu harschen Veröffentlichungen: Hervorzuheben sind hier die „Livländische Antwort“ des Dorpater Historikers Karl Schirren sowie Victor Hehn.<sup>3</sup> Dessen Buch „De moribus Ruthenorum“<sup>4</sup> prägte das Denkschema, mit dem viele Sachverständige in Deutschland Rußland betrachteten. Hehn war Naturwissenschaftler und ließ sich über die äußere Erscheinung der Russen genauso beleidigend aus wie über ihren Charakter, ihre Lebensweise und ihre Intelligenz. Den Russen fehle eine Reihe von Eigenschaften und Fähigkeiten, die zum Beispiel den Deutschen das Erreichen entschieden höherer Kulturleistungen ermöglicht hätten. Die Russen seien nur in Gegenwart anderer zivilisiert. Sie hätten nichts erfunden und könnten ohne Verlust für die Menschheit von der Liste der zivilisierten Nationen gestrichen werden.<sup>5</sup> Noch Jahrzehnte später zitierten Alfred Rosenberg und Adolf Hitler die Vorurteile Hehns.

---

<sup>1</sup> Vgl. ebenda, S.49.

<sup>2</sup> Jörg Kastl: a.a.O., S.30.

<sup>3</sup> Vgl. Günther Stökl: a.a.O., S.516.

<sup>4</sup> Victor Hehn: De moribus Ruthenorum. Zur Charakteristik der russischen Volksseele. Stuttgart 1892.

<sup>5</sup> Vgl. Michael Garleff: Deutschbalten zwischen den Kulturen, in: Mechthild Keller (Hrsg.): Russen und Rußland aus deutscher Sicht. 19./20. Jahrhundert: Von der Bismarckzeit bis zum Ersten Weltkrieg, S. 427-481, hier: S.471.

### 3. Deutschland und Rußland in den Weltkriegen

Am Vorabend des Ersten Weltkrieges gab es innerhalb der deutschen Bevölkerung verschiedene Rußlandbilder. Dralle unterscheidet drei Hauptgruppen:<sup>1</sup> Die *Realpolitiker* sahen Rußland als natürlichen Verbündeten Deutschlands an, in der Tradition des Preußenkönigs Friedrichs II. bis hin zu Bismarck. Das Bündnis war jedoch schon 1891 mit der Nichtverlängerung des Rückversicherungsvertrages endgültig zerbrochen. Die zweite Gruppe war die der *Russophilen*, der deutschen Bildungsbürger, die im Russen das Reine, Unverbrauchte und Zukünftige sahen und von der Literatur Tolstojs und Dostojewskis ergriffen waren. Die bei weitem größte Gruppe aber stellten die *Unvoreingenommenen*, die kein festes Rußlandbild im Kopf hatten, jedoch schemenhafte Bilder in den Tiefen ihres Gedächtnisses, in denen sich ein Überlegenheitsgefühl gegenüber den rückständigen Russen mit Angst vor ihrer Wildheit und Grausamkeit paarte. Es war ein sehr ambivalentes Bild, das in den folgenden Jahrzehnten eher noch kontrastreicher werden sollte, und das bis in unsere Tage noch nicht endgültig verblaßt ist.

#### 3.1 Der Erste Weltkrieg

Mit der Kriegserklärung an Rußland am 1. August 1914 begann eine neue Epoche in den deutsch-russischen Beziehungen, die den größten Teil des Jahrhunderts mit kurzen Unterbrechungen andauern sollte: die Epoche der Konfrontation, des heißen und des Kalten Krieges zwischen den Völkern. Eine Welle von antirussischen Gefühlen überflutete Deutschland im Ersten Weltkrieg, und wieder waren es Deutschbalten, die sich zu den Wortführern machten: die beiden Historiker Theodor Schiemann und Johannes Haller sowie der politische Publizist Paul Rohrbach verlangten die Teilung Rußlands in „*seine*

---

<sup>1</sup> Typologie siehe: Lothar Dralle: a.a.O., S.55 ff.

natürlichen historischen und ethnischen Bestandteile Finnland, Polen, Bessarabien, die baltischen Provinzen, die Ukraine, den Kaukasus, Turkestan“.<sup>1</sup> Haller schrieb zu dieser Zeit über Rußland: „Niemand kann bestreiten, daß unter den Großmächten ... Rußland die zurückgebliebenste, geistig und sittlich roheste sei. Auf den Spuren ihres Vordringens nach Westen begegnet man nur der Zerstörung und Vernichtung, nirgends hat sie Neues zu schaffen, Leben und Bildung zu erzeugen verstanden, eben darin die echte Erbin des Mongolentums.“<sup>2</sup>

Nach Anfangserfolgen der deutschen Truppen und ihrer Verbündeten kam der Vormarsch der Mittelmächte (Deutsches Reich, Österreich-Ungarn, später auch Osmanisches Reich und Bulgarien) fast überall in Europa zum Stillstand, lediglich im Osten waren Erfolge zu vermelden. Das Zarenreich stand kurz vor dem Zusammenbruch. Nach der Februarrevolution mußte Nikolaus II., der letzte Zar der 300 Jahre regierenden Romanow-Dynastie, am 15. März 1917 abdanken.<sup>3</sup> In Rußland bestanden nun zwei Regierungen nebeneinander: die bürgerlich-liberale *Provisorische Regierung* und der von den Linksparteien, den Bolschewiki und Menschewiki, gestützte *Petrograder Sowjet*.<sup>4</sup> In dieser Situation lag eine weitere Destabilisierung Rußlands im Interesse der deutschen Obersten Heeresleitung (OHL), denn sie stellte einen Friedensschluß mit Rußland in Aussicht, der Kräfte für die anderen Kriegsschauplätze freisetzen sollte. Da die herrschende *Provisorische Regierung* den Krieg gegen Deutschland weiter fortsetzen wollte, unterstützte Deutschland widerwillig die russischen Kriegsgegner, die sozialistischen Revolutionäre, um somit den *Petrograder Sowjet* zu stärken und einen Separatfrieden aushandeln zu können.

Die Verstärkung, die die Bolschewiki am meisten benötigten, fand sich in der Schweiz: Wladimir Iljitsch Uljanow, genannt Lenin, wartete hier im Exil ungeduldig auf eine Chance zur Rückkehr nach Rußland. Diese wurde ihm nun von der OHL eröffnet, die gegen die Durchreise russischer Revolutionäre keine Bedenken erhob, falls sie im Sammeltransport unter sicherer Begleitung erfolge. Lenin traf am 16. März auf dem Finnischen Bahnhof in

---

<sup>1</sup> Lothar Dralle: a.a.O., S.42.

<sup>2</sup> Johannes Haller, a.a.O., S.31.

<sup>3</sup> Daten werden hier nach dem in Rußland erst ab Februar 1918 gültigen Gregorianischen Kalender angegeben, dem gegenüber der Julianische um 13 Tage zurückliegt.

<sup>4</sup> Sankt Petersburg wurde 1914 bei Kriegsbeginn in Petrograd (grad = Burg) umgetauft, um den ungeliebten deutschen Namen zu russifizieren. Nach Lenins Tod 1924 hieß die Stadt Leningrad, bis sie 1991 wieder rückbenannt wurde.

Petrograd ein, wo er seine Aprilthesen verkündete. Diese enthielten die Forderung nach sofortigem Kriegsende, einem Bündnis von Proletariat und Bauernschaft sowie nach einem Rätestaat.<sup>1</sup>

Bis zum Herbst konnten die Bolschewiki unter Lenins Führung und mit finanzieller Unterstützung aus Deutschland ihre Anhängerschaft stetig vergrößern. Mit insgesamt etwa 26 Millionen Reichsmark hatten die Deutschen die bolschewistische Parteilinie und damit die Weltwende 1917 subventioniert.<sup>2</sup> In der Nacht vom 6. auf den 7. Oktober kam es zum Sturm auf das Winterpalais und zur Verhaftung der Provisorischen Regierung. Zeitgleich wurden strategisch wichtige Stellen der Stadt besetzt. Die Bevölkerung nahm kaum Notiz von der „Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“, die sehr ruhig und mit wenig Blutvergießen ablief.<sup>3</sup>

Lenin erfüllte die deutschen Erwartungen mit einem Waffenstillstand am 15. Dezember. Am 3. März 1918 schloß die junge Sowjetunion in Brest-Litowsk einen Separatfrieden mit dem Deutschen Reich, der für dieses sehr vorteilhaft war: Rußland war aus dem Kreise der Kriegsgegner Deutschlands herausgebrochen, und der Vertrag kam einem von Deutschland oktroyierten Diktatfrieden gleich.<sup>4</sup> Doch die Sowjets hatten zumindest einen Teilerfolg errungen: das Kaiserreich erkannte als erster Staat der Welt die Sowjetunion an und ließ einen deutschen Gesandten in der neuen Hauptstadt Moskau akkreditieren. Der Gesandte, Wilhelm Graf von Mirbach, fiel bald darauf einem Mordanschlag zum Opfer. Dieses Attentat war der Auftakt zu einem Bürgerkrieg, der in Rußland mehr Todesopfer als der Krieg fordern sollte: Neun Millionen Menschen fielen bei den langwierigen Kämpfen zwischen der von Leonid Trotzki gebildeten *Roten Armee* und den konterrevolutionären *Weißten Armeen*, die aus Menschewiki, Monarchisten und bürgerlichen Demokraten bestanden. Das Land glich einem großen Scherbenhaufen: Die Industrie lag völlig darnieder, die Bergwerke arbeiteten nicht und die brotlos gewordenen Arbeiter strömten aufs Land, wo es kaum besser stand.<sup>5</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. Hans Dollinger: Von Lenin bis Gorbatschow. Die deutsch-sowjetischen Beziehungen, Recklinghausen 1991, S.19.

<sup>2</sup> Vgl. ebenda, S.25.

<sup>3</sup> Vgl. Christine Hamel: Sankt Petersburg, Nürnberg 1993, S.47.

<sup>4</sup> Vgl. Hans Dollinger: a.a.O., S.28.

<sup>5</sup> Vgl. Werner Scheck: a.a.O., S.382.

Auch in Deutschland gab es große innere Umwälzungen: die Abdankung des Kaisers, die Novemberrevolution und die Konstituierung der demokratischen Weimarer Republik, deren Verfassung am 11. August 1919 ausgerufen wurde. Doch schon kurz zuvor, am 28. Juni, sollte die junge Republik von Weimar den als „Schandvertrag“ empfundenen Vertrag von Versailles unterzeichnen; damit verlor Deutschland weite Gebiete an Polen, Frankreich, Belgien und Dänemark und verpflichtete sich zur Zahlung von Reparationen.<sup>1</sup>

### 3.2 Baltische Unabhängigkeit

Mit dem Vertrag von Versailles mußten die Deutschen nur anderthalb Jahre, nachdem sie der Sowjetrepublik den Frieden von Brest-Litowsk diktiert hatten, gleichfalls einen Diktatfrieden akzeptieren.<sup>2</sup> Die mit dem Versailler Vertrag belastete Weimarer Republik sah sich nun in der Situation, einen antikommunistischen, dem demokratischen Westen - zumindest theoretisch - genehmen Weg der gesellschaftlichen Entwicklung eingeschlagen zu haben, aber dessen ungeachtet von den westlichen Mächten nicht als gleichberechtigt betrachtet zu werden.

Rußlands Lage war ähnlich isoliert: Die Schaffung eines *cordon sanitaire* aus neugegründeten bzw. veränderten Pufferstaaten von Finnland über die baltischen Republiken, Polen, die Tschechoslowakei, *Trianon-Ungarn* und Rumänien bis zum Schwarzen Meer sollte einen sowjetrussischen Einbruch nach Mitteleuropa verhindern. Dabei kam Polen, das auch Deutschland abschirmen sollte, eine Schlüsselfunktion zu.

Im Baltikum hatten die Völker der Letten, Esten und Litauer vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des Ersten Weltkrieges in einer russischen Reichsprovinz gelebt. Im Jahre 1918 erklärten sich Litauen, Lettland und Estland für unabhängig; sie proklamierten Republiken, die von Moskau erst 1920 anerkannt wurden. Zuvor griffen die Sowjettruppen am 22. November 1918 die baltischen Staaten unter dem Vorwand an, sie vom

---

<sup>1</sup> Vgl. Jürgen Reulecke: Die Zeit der Weltkriege, in: Ulrich Hermann (Hrsg.): Kleine deutsche Geschichte, Stuttgart 1995, S.323-382, hier: S.341.

<sup>2</sup> Vgl. ebenda, S.51.

Joch des deutschen Imperialismus befreien zu wollen.<sup>1</sup> Der Friede von Dorpat wurde von der Sowjetunion mit Estland am 2. Februar 1920, der Friede von Moskau mit Litauen am 12. Juli 1920 und der Friede von Riga mit Lettland am 11. August 1920 geschlossen.<sup>2</sup> In den Folgejahren erlebten die baltischen Staaten einen politischen und wirtschaftlichen Aufschwung. Die Republiken gaben sich demokratische Verfassungen, und Estland tat sich durch eine äußerst liberale Minderheitengesetzgebung hervor. Doch schon 1926 wurde in Litauen ein autoritäres Regime errichtet. In Estland übernahm 1934 Konstantin Paets im Zuge eines Staatsstreiches die Macht und errichtete ebenfalls ein autoritäres Regime,<sup>3</sup> wie auch im selben Jahr Karlis Ulmanis in Lettland.<sup>4</sup>

### 3.3 Der Vertrag von Rapallo

Schon bald gab es Annäherungen auf verschiedenen Ebenen zwischen den beiden nach dem Krieg international isolierten Staaten Rußland und Deutschland, die sich zunächst ihrer Monarchien entledigt hatten und dann begannen, neue Staats- und Gesellschaftsformen durchzusetzen.<sup>5</sup> Auf kultureller Ebene entwickelte sich ein reger Austausch - von den rechten, völkischen Kräften abgesehen, die den „Kulturbolschewismus“ erbittert bekämpften. In Berlin wurde von linksliberal-intellektuellen Kreisen die *Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland* gegründet.<sup>6</sup> Man bewunderte die russische Avantgarde;

---

<sup>1</sup> Vgl. Henn-Jüri Uibopuu: Die Entwicklung des Freistaates Estland, in: Boris Meissner (Hrsg.): Die baltischen Nationen, Köln 1990, S.52-62, hier: S.53.

<sup>2</sup> Vgl. Werner Scheck: a.a.O., S.380.

<sup>3</sup> Nach Darstellung eines estnischen Historikers sind die Präsidenten der Baltenrepubliken von der Sowjetunion direkt bestochen, indirekt unterstützt oder sogar erpreßt worden. So habe Paets jährlich bis zu 4000 Dollar erhalten und im Gegenzug unter anderem 1925 die Entlassung des Außenministers Pusta unterstützt, der treibende Kraft einer *Baltischen Entente* war und damit die sowjetische Außenpolitik störte. Vgl. zu den Forschungen von Magnus Ilmjarv: „Bestechung baltischer Präsidenten?“, FAZ vom 9.9.1999.

<sup>4</sup> Vgl. Adolfs Silde: Die Entwicklung der Republik Lettland, in: Boris Meissner: a.a.O., S.63-74, hier: S.71.

<sup>5</sup> Im russischen Bürgerkrieg hatten zudem Tausende Deutsche auf beiden Seiten gekämpft, was die Wechselwirkungen zwischen Deutschland und Rußland verstärkte.

<sup>6</sup> Vgl. Lothar Dralle: a.a.O., S.59.

Künstler wie der Regisseur Sergej Eisenstein, Schriftsteller wie Michail Scholochow und Isaak Babel oder der revolutionäre Dichter Wladimir Majakowski beeinflussten das deutsche Kulturleben stark. Die Wirkung der russischen Avantgarde ließ erst in den späten zwanziger Jahren nach.

Die sowjetische Staatsführung unterstützte die deutschen Kommunisten mit „Aufrufen an die werktätigen Massen“ zur sozialistischen Revolution.<sup>1</sup> Parallel zu dieser subversiven Propaganda wurden die Kontakte auf der diplomatischen Ebene mit einem Handelsabkommen, in dem Deutschland die amtierende sowjetrussische Regierung als die einzig legitime anerkannte, am 6. Mai 1921 wiederbelebt.<sup>2</sup>

Zur Festlegung der von Deutschland zu leistenden Kriegsreparationen wurde für den April 1922 eine Konferenz in Genua angesetzt, in deren Vorfeld die sowjetische und die deutsche Delegation in Berlin ein Abkommen unterzeichneten, das gemeinsame Absichten festlegte. Dieses Dokument enthielt bereits die Kernpunkte des Vertrages von Rapallo. Während der Konferenz sahen sich die russische und die deutsche Delegation isoliert. Die Russen sollten - als Preis für die offizielle Anerkennung der Sowjetunion - ihre Vorkriegsschulden an die Westmächte zahlen, und diese in Form von Reparationen von Deutschland fordern.<sup>3</sup> Die deutsche Delegation unter der Leitung von Reichskanzler Wirth und Außenminister Walter Rathenau fürchtete ein Zusammengehen der Russen mit den Westmächten. Dem wollte man entgegenwirken und nahm Verhandlungen mit der russischen Seite unter Volkskommissar Grigorij Tschitscherin auf, die am 16.4.1922 zum Abschluß des Vertrages von Rapallo führten. „*Dieses Abkommen schlug auf der internationalen Szene wie eine Bombe ein*“<sup>4</sup>, obwohl es sich um kein Angriffs- oder Verteidigungsbündnis handelte, sondern nur um die symbolische Behauptung außenpolitischer Selbständigkeit zweier schwarzer Schafe. Der größte Effekt auf der politischen Weltbühne ergab sich für Deutschland aus der Drohung, jederzeit eine politische Allianz mit Moskau eingehen zu können, falls die Westmächte die Deutschen zu sehr bedrängen sollten.<sup>5</sup>

---

<sup>1</sup> Den Höhepunkt der sowjetischen Einmischung in die innerdeutschen Angelegenheiten bildete der ungewollte Aufstand in Hamburg 1923 im Rahmen des „deutschen Oktober“. Nach diesem gescheiterten Unternehmen beschränkte sich die Sowjetunion auf den diplomatisch-politischen Einfluß.

<sup>2</sup> Vgl. Hans Dollinger: a.a.O., S.61.

<sup>3</sup> Vgl. Werner Scheck: a.a.O., S.385.

<sup>4</sup> Walter Laqueur: a.a.O., S.146.

<sup>5</sup> So stand die Moskauer Regierung im Geist des Rapallo-Vertrages zu Deutschland, als im Januar 1923 Fran-Fußnoten werden auf der nächsten Seite fortgesetzt.

Damit begann ein neuer Abschnitt der deutsch-russischen Beziehungen: Die Staaten verpflichteten sich zur Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen bei Verzicht auf jegliche Wiedergutmachung für durch Deutschland verursachte Kriegsschäden bzw. für verstaatlichtes deutsches Eigentum in Rußland. Die wirtschaftlichen Beziehungen sollten ausgeweitet werden, eine Meistbegünstigungsklausel gelten.<sup>1</sup>

Die Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und bald auch auf militärischem Gebiet erwies sich als sehr fruchtbar: Deutsche Offiziere errichteten in Rußland Schulen für die militärische Ausbildung an Waffensystemen, die in Deutschland durch den Versailler Vertrag verboten waren. Man arbeitete bei der Erprobung neuer Panzer und Flugzeuge zusammen und übte den Gaskrieg.<sup>2</sup> Deutsche Rüstungsfabriken wollten Niederlassungen in Rußland errichten. Eine Junkers-Filiale bei Moskau und eine Fabrik für Gaskampfstoffe bei Samara waren geplant, wurden aber nicht gebaut. In russischen Munitionsfabriken wurde schwere Artilleriemunition für die Reichswehr produziert.<sup>3</sup>

Dem Chef der Obersten Heeresleitung, General von Seeckt, gelang es, diese enge Zusammenarbeit über zehn Jahre weitgehend geheimzuhalten. Die Zusammenarbeit dauerte bis September 1933 an. Ohne die auf russischen Übungsplätzen gesammelten Erfahrungen der Luftwaffen- und Panzeroffiziere wäre die deutsche Aufrüstung nach 1933 nicht so schnell und effizient verlaufen. Die Sowjets andererseits profitierten vor allem von den technischen Kenntnissen der Deutschen. Die Reichswehr wurde der Lehrer der Roten Armee, die sich wenige Jahre später als guter Schüler erweisen sollte.

Die deutsche Industrie war sehr daran interessiert, den großen Absatzmarkt im Osten zu erschließen. So wurden Konferenzen und Messen zur Förderung des Warenverkehrs veranstaltet und im Oktober 1925 in Berlin ein Wirtschaftsvertrag unterzeichnet. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit der beiden Staaten hatte eine lange Tradition: Schon 1865 war Deutschland der bedeutendste Im- und Exportpartner für Rußland. Die beiden Staaten ergänzten sich schon damals im Handel gegenseitig, indem Rußland Rohstoffe expor-

---

zosen und Belgier im Ruhrgebiet einmarschierten, um mangelnde Sachlieferungen laut Versailler Vertrag zu erzwingen.

<sup>1</sup> Vgl. Hans Dollinger: a.a.O., S.64.

<sup>2</sup> Vgl. Olaf Groehler: Selbstmörderische Allianz. Deutsch-russische Militärbeziehungen 1920-1940, Berlin 1992, S. 45ff.

<sup>3</sup> Vgl. ebenda, S.40f.

tierte und Maschinen importierte. Deutschland war dabei für Rußland als Handelspartner wichtiger als Rußland für Deutschland.<sup>1</sup>

Schon im Wilhelminischen Zeitalter war ein Phänomen aufgetreten, das sich in der Spätphase der Weimarer Republik wiederholte: Eine Abkühlung des politischen Verhältnisses (ab 1881) ging einher mit einem Aufschwung der wirtschaftlichen Beziehungen. Das hielt an bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Als die kriegsbedingte Depression überwunden war, stieg der Prozentsatz der deutschen Ausfuhr nach Rußland von 3,3 Prozent im Jahre 1928 bis 1932 auf 10,9 Prozent. Der Anteil Deutschlands an den Importen der Sowjetunion erhöhte sich bis 1932 auf 46 Prozent.<sup>2</sup> Nach 1933 sanken die deutschen Exporte stark ab und stiegen erst nach dem deutsch-sowjetischen Vertrag in den Jahren 1939 bis 1941 wieder an.<sup>3</sup>

Trotz seines Rohstoffreichtums mangelte es Rußland an Devisen für den Import der dringend benötigten deutschen Maschinen. Beide Seiten waren willens, Geschäfte zu tätigen, doch konnte Deutschland nicht alle erbetenen langfristigen Kredite gewähren. Mit dem Abschluß des *Berliner Vertrages* von 1926, der ein Neutralitätsabkommen zwischen Deutschland und der Sowjetunion enthielt, sollte die eventuelle sowjetische Perzeption einer Westausrichtung der deutschen Politik nach den Verträgen von Locarno (1925) konterkariert werden. Die Verträge von Locarno beinhalteten den Verzicht auf gewaltsame Revisionen der deutsch-französischen und deutsch-belgischen Grenzen sowie Schiedsverträge Deutschlands mit der Tschechoslowakei und Polen. Mit dem Berliner Vertrag sollte russischen Befindlichkeiten Rechnung getragen werden; der Sowjetunion wurde eine Kredittranche über 300 Millionen Reichsmark genehmigt. Das Wirken von Außenminister Gustav Stresemann hatte Deutschland damit „...*die Chance erhalten, kraft seiner geographischen Lage der gegebene große Mittler und die Brücke zwischen Ost und West zu sein.*“<sup>4</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. Angela Stent: *Rivalen des Jahrhunderts. Deutschland und Rußland im neuen Europa*, Berlin 2000, S.23.

<sup>2</sup> Vgl. Hans Dollinger: a.a.O., S.76.

<sup>3</sup> Vgl. Walter Laqueur: a.a.O., S.151.

<sup>4</sup> Gustav Stresemann zitiert nach: Hans Dollinger: a.a.O., S.73.

### 3.4 Der Hitler-Stalin-Pakt: Ende der deutschen Geschichte im Baltikum

Deutschland gab seine Brückenposition zwischen Ost und West schon bald nach Adolf Hitlers Machtantritt auf: Noch am 5. Mai 1933 wurde der Berliner Vertrag - zur Regelung der mittlerweile etwas kühler gewordenen deutsch-sowjetischen Beziehungen - verlängert, aber schon am 26. Januar 1934 leitete ein Nichtangriffspakt mit Polen die große Wende in der deutschen Ostpolitik ein. Nach Rapallo hatte es geheißen: „*Mit Moskau gegen Warschau*“ - und damit auch gegen dessen Verbündeten Paris. Doch nach dem Austritt aus dem Völkerbund und dem Pakt mit Polen lautete die Parole nun: „*Mit Warschau gegen Moskau*“.<sup>1</sup> So wurde der Versailler Vertrag geschickt ausgehebelt, der Deutschlands Aggressivität mit der Umklammerung durch Polen und Frankreich lähmen sollte. Gleichzeitig ließ Hitler aber auch die wichtigste der gemeinsamen Interessen der UdSSR und Deutschlands gegenstandslos werden: die stillschweigende Revisionsabsicht beider hinsichtlich ihrer Grenzen mit Polen. Als die Sowjetunion dann im Gegenzug 1934 in den Völkerbund aufgenommen wurde und 1935 einen Beistandspakt mit Frankreich unterzeichnete, verkehrten sich die internationalen Positionen Deutschlands und der Sowjetunion ins Gegenteil.<sup>2</sup>

Die Zusammenarbeit zwischen Roter Armee und Wehrmacht war bereits aufgegeben worden, und Hitler begann immer unverhohlener seine in „Mein Kampf“ dargelegten Ziele, die Zerschlagung der Sowjetunion und Eroberung von „Lebensraum im Osten“, zu propagieren. Hitler entwickelte seine Vorstellungen von Rußland und den Russen bereits in den Jahren 1919 bis 1923, stark beeinflusst von Deutschbalten und russischen Emigranten, die im Gefolge des Bürgerkriegs nach Deutschland geflüchtet waren. Die beiden wichtigsten Mitstreiter Hitlers aus dieser Gruppe waren die baltischen Flüchtlinge Alfred Rosenberg und Max Erwin von Scheubner-Richter. Sie bekehrten Hitler allmählich zum Antikommunismus und Antibolschewismus und halfen ihm bei der Entwicklung der bekannten Urteile über die Russen, die „*Untermenschen*“. Starken Eindruck machte der Publizist Alfred Ro-

---

<sup>1</sup> Hans Dollinger: a.a.O., S.80.

<sup>2</sup> Vgl. Lothar Dralle: a.a.O., S.62.

senberg mit seiner Schrift „Mythus des 20. Jahrhunderts“ auf Adolf Hitler.<sup>1</sup>

Der geheimnisumwitterte Deutschbalte Scheubner-Richter dagegen war ein enger Vertrauter Hitlers und ein Genie im Beschaffen von Geld für die junge NSDAP, die er auch mit seinen politischen Verbindungen unterstützen konnte. Scheubner-Richter starb 1923 durch eine Kugel, als er Arm in Arm mit Hitler auf die Feldherrnhalle zumarschierte und diesen im Sterben mit niederriß und so vielleicht vor einer Kugel bewahrte.<sup>2</sup> Wenn auch deren Wirkung nach 1923 nachließ, so blieb ihr ideologisches Erbe doch grundlegend für die Propagandaarbeit der 1933 gegründeten Antikomintern, des Gegenspielers der Kominintern<sup>3</sup>.

Die deutsch-sowjetischen Beziehungen in den Jahren 1933 bis 1939 gestalteten sich sehr widersprüchlich und wechselhaft. Zwei totalitäre Diktaturen standen sich gegenüber, und Wellen feindseliger Propaganda überrollten beide Länder. Dabei agitierte Josef Stalin, der bis 1927 seine Macht konsolidiert und in den Jahren 1936-37 durch die berüchtigten Säuberungen endgültig gesichert hatte, etwas verhaltener und ließ von Zeit zu Zeit den Wunsch nach Annäherung an Deutschland erkennen.<sup>4</sup>

Auf eine kaum so zu erwartende Art deckten sich die Interessen der beiden Diktatoren im Jahre 1939: Hitler wollte Krieg, und sein erstes Kriegsziel sollte Polen sein. Durch eine Verständigung mit Moskau wollte er die Polen endgültig isolieren und die sowjetisch-britisch-französischen Verhandlungen in Moskau zum Scheitern bringen, um sich für einen Krieg im Westen Europas ein sicheres Hinterland im Osten zu bewahren. Stalin wollte – zumindest damals – keinen Krieg, traute aber den Westmächten kaum und wollte Hitlers Aufmarschgebiet so weit wie möglich im Westen sehen, um einen Angriff Deutschlands auf die UdSSR zu verhindern.<sup>5</sup>

Folgerichtig, aber überraschend, kam es zum Abschluß eines Wirtschafts- und Kreditvertrages zwischen Deutschland und der Sowjetunion am 19. August 1939, vier Tage später dann zum sogenannten *Hitler-Stalin-Pakt*. Die beiden Verlierer des Ersten Weltkrieges

---

<sup>1</sup> Vgl. Walter Laqueur: a.a.O., S.69.

<sup>2</sup> Vgl. ebenda, S.82.

<sup>3</sup> Kommunistische Internationale: Die III. Internationale wurde auf Anregung Lenins 1919 gegründet, sollte die Arbeit der Kommunistischen Parteien mit dem Ziel der Weltrevolution koordinieren.

<sup>4</sup> Vgl. Werner Scheck: a.a.O., S.396f.

<sup>5</sup> Vgl. Hans Dollinger: a.a.O., S.89.

einigten sich darin auf die Wiederherstellung der Grenzen von 1914, eine gegenseitige Beistandsverpflichtung und gaben sich die Garantie, in kein gegen den anderen gerichtetes Bündnis einzutreten. Der eigentliche politische Kern dieses Bündnisses der beiden bis dahin so feindlichen Vertragspartner aber war das *geheime Zusatzprotokoll* zu dem Vertrag. Inhalt des Zusatzprotokolls war die Aufteilung Europas in Interessensphären: Polen sollte liquidiert werden, der Sowjetunion wurde der Einfluß auf die Staaten Finnland, Estland, Lettland, Litauen und das rumänische Bessarabien zugesichert.<sup>1</sup> Die Existenz des Zusatzprotokolls wurde von der Sowjetunion bis zum Jahre 1989 abgestritten, um den damit erreichten Landgewinn im Westen zu bewahren. Erst dann hat Michail Gorbatschow einen Untersuchungsausschuß eingesetzt, der die Existenz bestätigen konnte.

Die baltischen Länder wurden noch im Spätherbst des Jahres zu Beistandspakten mit der Sowjetunion gezwungen, die dieser die Errichtung von Marine- und Luftstützpunkten an der Ostseeküste ermöglichte.<sup>2</sup> Im Sommer 1940 wurden die baltischen Staaten dann endgültig annektiert. Hitler und Stalin handelten einen Vertrag über Lettland, Estland und Litauen aus, der die Aussiedlung von rund 13.700 Deutschbalten aus Estland und rund 51.000 Personen aus Lettland regelte. Das Gros der Deutschbalten wurde in den Reichsgau Danzig-Westpreußen, der Rest in den Reichsgau Wartheland eingewiesen.<sup>3</sup> Heinrich Himmler, seit 1939 der *Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums*, sorgte für die Ansiedlung vor allem in Posen, Litzmannstadt und Gotenhafen. In einer zweiten Welle folgten 1941 noch einmal insgesamt 17.500 Nachumsiedler, von denen aber nur etwa die Hälfte deutscher Nation waren.<sup>4</sup> Damit ging die Geschichte der Deutschen im Baltikum zuende.<sup>5</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. „Geheimes Zusatzprotokoll zum deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28.September 1939“, Reproduktion nach: Osteuropa Nr.5/1989.

<sup>2</sup> Vgl. Werner Scheck: a.a.O., S.401.

<sup>3</sup> Vgl. Wilfried Schlaw: Die Deutschbalten im 20.Jahrhundert, in: Hans Rothe (Hrsg.): Deutsche im Nordosten Europas, Köln 1991, S.213-236, hier: S.213.

<sup>4</sup> Vgl. ebenda, S.214.

<sup>5</sup> Vgl. Michael Garleff: Die Deutschbalten als nationale Minderheit in den unabhängigen Staaten Estland und Lettland, in: Gerd von Pistohlkors (Hrsg.): Deutsche Geschichte im Osten Europas. Baltische Länder, Berlin 1994, S.452-550, hier S.545.

### 3.5 Der Zweite Weltkrieg

Polen wurde innerhalb von 18 Tagen nach Beginn des Zweiten Weltkrieges am 1. September 1939 von der Wehrmacht erobert und auch die Rote Armee besetzte den der UdSSR zugesicherten Teil des Landes. Je weiter die beiden Bündnispartner Deutschland und UdSSR ihre Machtbereiche ausdehnten, desto schlechter wurde das Verhältnis zwischen ihnen. Deutsche Industrielieferungen verspäteten sich, deutsche Truppen wurden an der Grenze zur Sowjetunion stationiert und auf dem Balkan kollidierten die Interessen.<sup>1</sup> Am 22. Juni 1941 schließlich begann mit dem Angriff auf die Sowjetunion das Ende der traditionellen deutsch-russischen Beziehungen. Im Laufe des grausamen Krieges wurden die beiden Völker zu erbitterten Feinden.

Die 1924 innerhalb der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) gegründete *Republik der Wolgadeutschen* wurde aufgelöst; unter dem zu Unrecht erhobenen Vorwurf der kollektiven Kooperation mit Deutschland wurden die Wolgadeutschen vor allem nach Zentralasien umgesiedelt. 800.000 Menschen aus dem Wolgagebiet wurden in Viehwaggons nach Sibirien deportiert, wo sie in der *Trudarmee*, der Arbeitsarmee, unter unmenschlichen Bedingungen Zwangsarbeit leisten mußten. Viele kamen dabei ums Leben.<sup>2</sup> Diese Umsiedelung war der traurige Höhepunkt eines Prozesses, der schon im 19. Jahrhundert mit dem Aufkeimen des Panslawismus begonnen hatte: Die meisten Vorrechte der Deutschen wurden um 1881 abgeschafft. Viele Rußlanddeutsche zogen nach Sibirien, um dem Druck Moskaus zu entgehen. Diejenigen, die an der Wolga geblieben waren, kamen nicht zur Ruhe; der Deutschenhaß führte im Jahr 1915 zu einem Pogrom in Moskau, und im selben Jahr ließ der Zar 200.000 Rußlanddeutsche nach Sibirien deportieren. Die *Entkulakisierung* im Jahre 1928, bei der wohlhabende Bauern enteignet und in den Norden geschickt wurden, traf vor allem die fleißigen und zumeist wohlhabenden rußlanddeutschen Bauern.

Die deutsche Niederlage in der Schlacht von Stalingrad 1943 markierte die Wende des Krieges. Beim folgenden Vormarsch der Roten Armee rächten sich die Russen für die Grausamkeiten der Deutschen. „*War in dieser Weise das alte Klischee von den grausa-*

---

<sup>1</sup> Vgl. Werner Scheck: a.a.O., S.401.

<sup>2</sup> Vgl. ebenda, S.403.

*men, wilden und tückischen Russen Wirklichkeit geworden, dann nützte es den Betroffenen wenig, daß auch das deutsche Überlegenheitsgefühl Nahrung fand, wenn einer der Rotarmisten darüber staunte, daß in Deutschland 'Wasser aus Wand' und 'Licht aus Decke' kam. Das Verhältnis der Deutschen und Russen zueinander war auf seinem niedrigsten Stand angekommen, den es jemals hatte.“<sup>1</sup>*

## **4. Deutsch-russische Beziehungen und das Baltikum: vom Kriegsende bis zur deutschen Wiedervereinigung**

### **4.1 Zwei deutsche Staaten**

Die Besetzung und Teilung Deutschlands - beschlossen in Jalta und Teheran, zementiert durch die Gründung der Bundesrepublik am 23. Mai 1949 und der Deutschen Demokratischen Republik am 7. Oktober 1949 - gestalteten eine Politik des demokratisierten Restdeutschland gegenüber der Sowjetunion schwierig. War einerseits die deutsche Wiedervereinigung das stete Ziel aller Ost- und Westpolitik der Bundesrepublik, so mußte während des Kalten Krieges auch den Befindlichkeiten jener Macht Rechnung getragen werden, die das gesamte östliche Europa unter ihre Hegemonie gebracht hatte. Die Währungsreform in der Bizone und die Blockade Berlins durch die Sowjetunion bildeten den vorläufigen Höhepunkt der Auseinandersetzungen. Europa war in einen Stabilitätszustand eingetreten, *„der trotz seiner Unnatürlichkeit mit friedlichen Mitteln nicht mehr zu erschüttern war.“<sup>2</sup>*

Der Riß zwischen den beiden konkurrierenden Gesellschaftssystemen zog sich durch Deutschland, das aus der Mittlerrolle nun in eine Frontstellung zwischen Ost und West geraten war. Somit war zunächst jede Rußlandpolitik der Bundesrepublik untrennbar mit der Politik der neuen westlichen Bündnispartner verknüpft. Die DDR konnte gegenüber dem übermächtigen sozialistischen „Klassen- und Waffenbruder“ kaum Eigenständigkeit

---

<sup>1</sup> Lothar Dralle: a.a.O., S.69.

<sup>2</sup> Werner Scheck: a.a.O., S.407.

zeigen, wurde vielmehr selbst zu einem kommunistischen Regime mit unverkennbar russisch-sowjetischen Zügen. Der Charakter der Volksdemokratie und des Verhältnisses zum großen Bruder offenbarten sich endgültig, als am 17. Juni 1953, kurz nach Stalins Tod, sowjetische Truppen einen Arbeiteraufstand in der DDR blutig niederschlugen.

In der Bundesrepublik wurde Konrad Adenauers Politik der Westintegration mehr und mehr akzeptiert. „Adenauer, der *rheinländische Katholik, der Preußen und dessen traditionellen Beziehungen zum Osten mißtraute, war mehr an einer Westbindung interessiert als an einer Annäherung an den Osten. Sein Hauptziel bestand darin, die volle Zugehörigkeit der Bundesrepublik zum westlichen Bündnis zu erreichen.*“<sup>1</sup> Die Westbindung bedeutete außenpolitischen Schutz gegen den Kommunismus und bot mit der sozialen Marktwirtschaft jedem einzelnen eine Mindestsicherheit und die Chance zum individuellen sozialen Aufstieg.<sup>2</sup> Auf diese wirtschaftlichen Perspektiven war die *Magnettheorie* der späten vierziger Jahre gegründet, die von einer Anziehungskraft des prosperierenden Westens auf den Osten Deutschlands ausging. Sie wies genau wie die in den fünfziger Jahren vertretene *Politik der Stärke* auf den Zweck der Wiedervereinigung hin. Unter dieser Prämisse war jede Rußlandpolitik gleichzeitige Deutschlandpolitik: „*Supranational nach Westen, national nach Osten, praktische Politik nach Westen, Forderungen nach Osten, Kompromißbereitschaft nach Westen, unnachgiebige Grundsatzpositionen nach Osten, so entwickelte sich die Bonner Politik der fünfziger Jahre.*“<sup>3</sup>

Eine Anekdote am Rande der Geschichte blieben die beiden Noten Stalins an die Westmächte von 1952, die freie Wahlen und die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands anboten, wenn die Bundesrepublik auf den Beitritt zur geplanten europäischen Verteidigungsgemeinschaft verzichte.<sup>4</sup> Doch weder die Westmächte noch die Bundesrepublik waren bereit, das Risiko einer Neutralität Deutschlands einzugehen, denn dem Vorschlag Stalins wurde eine vor allem propagandistische, auf Prestigegewinn ausgerichtete Intention unterstellt. Kurz vor der Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO im Jahre 1955 wiederholte die Sowjetunion den Vorschlag in abgeschwächter Form, blieb aber ebenso

---

<sup>1</sup> Vgl. Angela Stent: a.a.O., S.33.

<sup>2</sup> Vgl. Christof Kleßmann: Teilung und Wiederherstellung der nationalen Einheit, in: Ulrich Herrmann: a.a.O., S.383-460, hier: S.404

<sup>3</sup> Egon Bahr: Zu meiner Zeit, München 1998, S.66.

<sup>4</sup> Vgl. Angela Stent: a.a.O., S.32.

erfolglos.<sup>1</sup>

Die DDR erfüllte drei wesentliche Funktionen für die Sowjetunion: Sie war unentbehrlich für das sowjetische Sicherheitsdenken als Pufferstaat, der ostdeutsche Technologietransfer war lebenswichtig für die sowjetische Wirtschaft und die DDR-Führung war innerhalb des sozialistischen Lagers die stärkste ideologische Stütze der Sowjetunion. Andererseits galt die DDR als künstlicher Staat, der ohne die Sowjetunion nicht überlebensfähig gewesen wäre.<sup>2</sup> Eine Konsequenz, die sich aus der Wichtigkeit Ostdeutschlands für die Sowjets ergab, war die Unbeschwertheit ostdeutscher Machteliten, die sich der Hilfe Moskaus in entscheidenden Momenten stets sicher sein konnten.

## **4.2 Sowjetisierung des Baltikums, Massendeportationen**

Das Fehlen der Deutschbalten als Mittler zwischen Deutschland und Rußland nach dem Hitler-Stalin-Pakt marginalisierte die Bedeutung des Baltikums für die deutsch-sowjetischen Beziehungen nach Kriegsende. Nach der kurzen Zeit der deutschen Besetzung des Baltikums von 1941-1944 marschierten wieder sowjetische Truppen ein. Ab sofort wurde die Politik der Sowjetisierung, die schon nach der Annexion 1940 verfolgt worden war, verstärkt fortgesetzt. Nachdem in Estland von der Sowjetmacht eingesetzte Funktionäre die Staatsämter übernommen hatten, begannen die Deportationen der einheimischen Bevölkerung in die UdSSR.<sup>3</sup> Die Opfer der ersten Deportationswelle 1944 waren Esten, die mit den Deutschen kollaboriert hatten oder als potentielle Partisanen (*Waldbrüder*) angesehen wurden. Die zweite Deportationswelle 1949 erfaßte Bauern, die sich der Zwangskollektivierung widersetzen. Im Gegenzug wurden Russen angesiedelt, die das politische System stabilisieren und nationalistischen Tendenzen entgegenwirken

---

<sup>1</sup> Vgl. Christof Kleßmann: a.a.O., S.406.

<sup>2</sup> Vgl. Bernd Faulenbach: Die SED-Diktatur in der DDR, in: Ludger Kühnhardt/ Alexander Tschubarjan (Hrsg.): Rußland und Deutschland auf dem Weg zum antitotalitären Konsens, Baden-Baden 1999, S. 127-142, hier: S.136.

<sup>3</sup> Vgl. Henn-Jüri Uibopuu: Estland pocht auf seine Eigenständigkeit, in: Boris Meissner: a.a.O., S.110-130, hier S.110f.

sollten.<sup>1</sup> Zudem wurden sie im Zuge der schnell vorangetriebenen Industrialisierung als Arbeitskräfte für die überdimensionierten Industriebetriebe benötigt. Insgesamt verloren die Esten, Letten und Litauer bis 1953 durch Flucht, Deportation und Massenmord rund ein Viertel ihrer Bevölkerung.<sup>2</sup>

### 4.3 Kalter Krieg

Der Kalte Krieg begann spätestens 1947 mit der *Truman-Doktrin*<sup>3</sup>, der Ankündigung des *Marshall-Planes*<sup>4</sup> und der Gründung des kommunistischen Informationsbüros *Kominform*<sup>5</sup>. Die Fronten verhärteten sich weiter im Fortschreiten der jeweiligen Blockintegration der beiden deutschen Staaten: Auf westlicher Seite mit der *Montan-Union* von 1952, dem Beitritt zur *Westeuropäischen Union* (WEU) und schließlich der Gründung der *Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft*, die eine sehr enge wirtschaftliche Verflechtung der Bundesrepublik mit Westeuropa zur Folge hatte. Der östliche Teil Deutschlands sollte mit der Gründung des *Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe* (RGW) schon ab 1949 eine wirtschaftliche Koordination mit den anderen Ostblockstaaten vornehmen, die aber nur beschränkt erfolgreich war. Der *Warschauer Vertrag* von 1955 stellte ein formal multilaterales militärisches Bündnissystem dar, das aber unter dem Diktat der Sowjetunion stand, wie die Intervention im *Prager Frühling* 1968 und die militärische Drohung an Polen 1981 zeigen sollten.

---

<sup>1</sup> Vgl. Henn-Jüri Uibopuu: a.a.O., S.111.

<sup>2</sup> Vgl. Marianna Butenschön: Estland, Lettland, Litauen. Das Baltikum auf dem langen Weg in die Freiheit, München 1992, S.27.

<sup>3</sup> Die Truman-Doktrin bezeichnet eine außenpolitische Leitlinie der USA, nach der anderen „freien“ Völkern auf deren Ersuchen hin überall auf der Welt Hilfe beim Kampf gegen den Kommunismus geleistet werden muß.

<sup>4</sup> Der Marshall-Plan war ein Wiederaufbauprogramm der USA für europäische Staaten, das von den Ländern im Einflußbereich der SU unter Druck Stalins abgelehnt wurde.

<sup>5</sup> Die Kominform war ein schwaches Abbild der Komintern, im Gegenzug zum Marshallplan unter Stalin zur Kontrolle der sozialistischen Länder gegründet.

In der Spätphase der Regierung Adenauer zeichnete sich trotz aller wirtschaftlicher und außenpolitischer Erfolge ab, daß die Politik der Stärke nicht zur Annäherung zwischen beiden deutschen Staaten führen konnte. Hauptgrund dafür war der Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik, der mit der *Hallstein-Doktrin* durchgesetzt werden sollte. Diese sah einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Staaten vor, die die DDR offiziell anerkannten; dementsprechend weigerte sich die Bundesregierung, selbst Kontakte zu östlichen Ländern anzuknüpfen.

Am 8. September 1955 unternahm Bundeskanzler Adenauer jedoch seine „*politische Fahrt ins Blaue*“<sup>1</sup> nach Moskau. Staatssekretär Walter Hallstein, der geistige Vater der gleichnamigen Doktrin, Außenminister Heinrich von Brentano sowie der Sozialdemokrat Carlo Schmid und andere begleiteten den Kanzler. Auf der Tagesordnung standen zwei brisante Themen: Die Vertreter der Sowjetunion, Nikita Chruschtschow und Nikolai Bulganin, strebten die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Bundesrepublik an. Konrad Adenauer setzte sich für die 9.626 deutschen Kriegsgefangenen und weitere rund 20.000 Zivilinternierte in der Sowjetunion ein. Die Freilassung der Gefangenen wurde zu einem nachwirkenden Triumph Adenauers.<sup>2</sup>

Die diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR aber wurden überschattet vom strikten Beharren Adenauers auf der *Hallstein-Doktrin*, der die Anerkennung der DDR durch die Sowjetunion zuwiderlief. Eine Zeitlang konnte eine auf dieser Doktrin basierende Außenpolitik der Bundesrepublik die internationale Anerkennung der DDR verzögern, aber spätestens mit dem Mauerbau im Jahre 1961 und der damit langfristig zementierten Teilung zeigte sich das Scheitern der Politik der Stärke.

Die nächste Bundesregierung unter Ludwig Erhardt hielt im wesentlichen an den außenpolitischen Leitlinien Adenauers fest, dennoch wollte Außenminister Gerhard Schröder mit einer *Politik der kleinen Schritte* der Sowjetunion entgegenkommen. Die letzte außenpolitische Initiative Chruschtschows - kurz vor seinem Sturz im Oktober 1964 - betraf die Wiedervereinigung Deutschlands. Darin war die Rede von friedlicher Koexistenz, sogar einem Staatenbund der BRD und der DDR. Doch durch den Sturz Chruschtschows

---

<sup>1</sup> Vgl. Hans Dollinger: a.a.O., S.115.

<sup>2</sup> Vgl. Heinz Geyr: Einheit und Zerfall. Deutschland und die Sowjetunion im Gegenlauf der Geschichte, Hamburg 1993, S.12.

wurde eine Entspannung im deutsch-russischen Verhältnis erneut verschoben.<sup>1</sup>

#### 4.4 Neue Ostpolitik

Der Außenminister einer neugebildeten Großen Koalition, Willi Brandt, stellte unter Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger ab 1966 die Weichen für die *Neue Ostpolitik*, die einen *Wandel durch Annäherung* schaffen sollte.<sup>2</sup> Eine Anerkennung des geographischen Status quo in Europa sollte die Voraussetzung dafür sein, am Ende den politischen Status quo zu überwinden. Durch die Neue Ostpolitik kam zum ersten Mal ein offizieller politischer Kontakt zwischen Bonn und Berlin zustande, denn von einer Anerkennung der DDR erhoffte man sich im Westen auf lange Sicht eine Verbesserung der Beziehungen und eine Aufrechterhaltung der „*Nation als Kommunikationszusammenhang*“<sup>3</sup>. Die Intention der *Neuen Ostpolitik* war vor allem eine Regelung des Berlin-Zuganges durch die Ermöglichung des zivilen Transitverkehrs zwischen der BRD und West-Berlin. Die 1969 gewählte neue Bundesregierung unter Willi Brandt schuf mit der staatsrechtlichen (und nicht völkerrechtlichen) Anerkennung der DDR ein Fundament, auf das ein ostpolitisches Vertragswerk bauen konnte. Das Verhältnis zur Sowjetunion und zu Polen entspannte sich nun endgültig, weil durch Gewaltverzichts- und Grenzverträge die europäische Nachkriegsordnung akzeptiert wurde. Auf sowjetischer Seite erhoffte man sich durch eine wirtschaftliche Kooperation die Lockerung der engen Westbindung Bonns und eine Stärkung der „friedliebenden“ Stimmen in der öffentlichen Meinung der Bundesrepublik, die schon wegen des Vietnamkrieges den USA nicht günstig gesonnen war.<sup>4</sup>

Die Voraussetzung für Zugeständnisse der Sowjetunion in der Berlin-Frage waren die Abschlüsse des *Moskauer Vertrages* am 12. August 1970 und des *Warschauer Vertrages* am 7. Dezember 1970. Daher liefen Gespräche der vier Großmächte parallel zu den Verhand-

---

<sup>1</sup> Vgl. Hans Dollinger: a.a.O., S.120.

<sup>2</sup> Zur Entstehung des Begriffes siehe: Egon Bahr: Zu meiner Zeit, S.154f.

<sup>3</sup> Ulf Dirlmeier: a.a.O., S.420.

<sup>4</sup> Vgl. Angela Stent: a.a.O., S.46.

lungen über die Ostverträge und endeten mit dem Viermächteabkommen am 3. September 1971. Zur Ratifizierung der Verträge im deutschen Bundestag bedurfte es wiederum einer günstigen Regelung der Berlin-Frage zugunsten Deutschlands, da ansonsten der erbitterte Widerstand verschiedener Abgeordneter zu einem Scheitern der Vorlage führen konnte. Die Berlin-Frage und die Zustimmung zu den Ostverträgen waren durch ein politisches Junktim verbunden - daher die innenpolitische Brisanz, die sich in erbitterten Auseinandersetzungen im Bundestag und in der Öffentlichkeit zeigte.

In der Bundesrepublik wurden von den Gegnern der Ostverträge regelrechte Kampfschriften veröffentlicht, in denen vor einer Auslieferung Westdeutschlands an Ulbricht und vor den Gefahren eines neu entstehenden Nationalismus im Gefolge des Revisionsverzichts gewarnt wurde.<sup>1</sup> Die Auseinandersetzungen führten zu einem - schließlich gescheiterten - Mißtrauensvotum und in der Folge zu Neuwahlen, die der sozialliberalen Koalition eine klare Mehrheit brachten. Somit war die Akzeptanz der *Neuen Ostpolitik* durch Wahlen bestätigt worden. In der DDR wiederum wurde befürchtet, daß auf längere Sicht das kommunistische Lager durch die kooperative Ostpolitik Brandts ideologisch aufgeweicht und die Rolle der DDR geschwächt werde.<sup>2</sup> Der ostdeutsche Außenminister Otto Winzer prägte in diesem Zusammenhang das Wort von der „*Aggression auf Filzlatschen*“.<sup>3</sup>

Der Abschluß eines deutsch-deutschen Grundlagenvertrages im Jahre 1972 war ein großer Schritt auf dem Weg zur Entspannung zwischen Ost und West. Die DDR erkannte die Bundesrepublik als separaten Staat an, während die DDR im Westen als separater Staat innerhalb einer Nation galt.<sup>4</sup> Gefestigt wurde diese Anerkennung durch die Unterzeichnung der *KSZE-Schlußakte* in Helsinki 1975. Diese schrieb neben anderen vertrauensbildenden Maßnahmen den Verzicht auf jegliche Einmischung in innere Angelegenheiten der 35 Unterzeichnerstaaten untereinander fest.<sup>5</sup> „*In der Haltung der Sowjetunion zum deutsch-deutschen Verhältnis spielte stets ein vorsichtiges Abwägen von Vor- und Nachteilen eine Rolle.*“<sup>6</sup> Eine unkontrollierbare Eigendynamik der Annäherung und eine

---

<sup>1</sup> Ein Beispiel: Hans Graf Huyn: Der Moskauer Vertrag vom 12. August 1970. Ein Triumph des Kreml, Leer 1970.

<sup>2</sup> Vgl. Hans Dollinger: a.a.O., S.124.

<sup>3</sup> Egon Bahr: Zu meiner Zeit, S.157.

<sup>4</sup> Vgl. Angela Stent: a.a.O., S. 54.

<sup>5</sup> Vgl. Ulf Dirlmeier: a.a.O., S.422.

<sup>6</sup> Angela Stent: a.a.O., S.55.

Schwächung des Sozialismus in der DDR durch den Einfluß der Bundesrepublik auf die ostdeutsche Gesellschaft sollten vermieden, gleichzeitig aber die wirtschaftliche Kooperation vorangetrieben werden.

Im wirtschaftlichen Sektor wurden 1973 mit einem Zehnjahresvertrag über die Entwicklung der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit die traditionellen Beziehungen aufgefrischt. In den Folgejahren wurden weitergehende Verträge abgeschlossen, und so wuchs der Handelsverkehr zwischen Bundesrepublik und UdSSR von 1970 bis 1979 um das Achtfache. Gegen Ende der Siebziger wiederholte sich ein Phänomen, das aus der Zeit der Weimarer Republik bekannt war: Steigendem Handelsverkehr zwischen Deutschland und Rußland stand eine ideologisch-politische Entfremdung und Abkühlung gegenüber.<sup>1</sup>

Bis 1980 war das Klima zwischen Ost und West weltweit frostiger geworden. Das Verhältnis zwischen Reagan und Breshnew wirkte sich auf die deutsch-sowjetischen Beziehungen aus. Der Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan im Dezember 1979 wurde vom Westen verurteilt. Zeitgleich sollte der *NATO-Doppelbeschluß* die Sowjetunion veranlassen, bis 1983 ihr strategisches Übergewicht in Europa abzubauen, um die angedrohte Stationierung von Pershing II und Cruise-Missiles-Raketen durch die NATO in Westeuropa zu vermeiden. Dieser Beschluß ging zurück auf die Besorgnis des Bundeskanzlers Helmut Schmidt in Anbetracht des strategischen Ungleichgewichts in Europa.<sup>2</sup>

Die letzten beiden Jahre der Breshnew-Ära bis zu seinem Tod 1982 brachten - wie auch das folgende „Interregnum der alten Männer im Kreml“ - eine Stagnation in der Innen- und Außenpolitik der Sowjetunion während der kurzen Amtszeiten der 70 und 73 Jahre alten Generalsekretäre Jurij Andropow und Konstantin Tschernenkow. *„In nur 28 Monaten wechselte das höchste Amt einer Weltmacht dreimal den Inhaber – keine günstige Voraussetzung für Stabilität und neue Konzeptionen in der Politik.“*<sup>1</sup>

Die durch die Bundestagswahl 1983 bestätigte christlich-liberale Regierung unter Helmut Kohl wurde in Moskau zunächst als negative und rückwärtsgewandte Kraft beurteilt. Angela Stent beschreibt die mutmaßlichen Gründe für das Mißtrauen der Sowjets in der Sprache der Propaganda Moskaus: *„Erstens, weil sie (die Bundesregierung, d.V.) die Sta-*

---

<sup>1</sup> Vgl. Angela Stent: a.a.O., S.57.

<sup>2</sup> Vgl. ebenda, S.58.

*tionierung der amerikanischen Raketen und die Strategische Verteidigungsinitiative (SDI) der USA aktiv unterstützte, und zweitens, weil sie die revanchistischen Forderungen der Heimatvertriebenenverbände billigte, die sich weigerten, den Verlust der ehemaligen deutschen Ostgebiete zu akzeptieren.“<sup>2</sup> Die atomare Bedrohung, die durch die sowjetische Propaganda im Bewußtsein der Öffentlichkeit noch verstärkt wurde, überschattete jeglichen Entspannungsversuch. Die ökonomischen Beziehungen zur Bundesrepublik, dem größten Lieferanten der UdSSR, hatten jedoch Vorrang vor politischen Bedenken. So ergab sich beispielsweise ein längeres Gespräch zwischen Jurij Andropow, dem Bundespräsidenten Carstens und Außenminister Genscher anlässlich des Begräbnisses von Leonid Breschnew.<sup>3</sup> Im Gegensatz zu der Konfrontation zwischen den Supermächten wurde das deutsch-deutsche Verhältnis besser: Wegen mangelnder wirtschaftlicher Unterstützung durch die Sowjetunion verhandelte Honecker mit Franz-Josef Strauß über Milliardenkredite für die DDR und lockerte daraufhin die Ausreisebestimmungen, so daß 1984 40.000 DDR-Bürger in die Bundesrepublik übersiedeln konnten.<sup>4</sup>*

#### **4.5 Probleme im Baltikum**

Durch die stetige Ansiedlung russischer Arbeitskräfte kam es in der lettischen und der estnischen SFSR zu einer Überfremdung. Noch 1934 bestand die Bevölkerung Estlands aus 992.520 (ca.90 Prozent) Esten, 92.656 Russen und 16.350 Deutschen, nach den Deportationen 1953 gab es noch 868.000 Esten und 88.000 Russen. Im Jahre 1979 waren es 947.800 (ca.70 Prozent) Esten und 443.000 Russen und Weißrussen.<sup>5</sup> In Lettland waren die Probleme größer: Die autochthone Bevölkerung war hier noch weiter zurückgedrängt worden, nur noch 53 Prozent der insgesamt 2,6 Millionen Einwohner waren Letten.<sup>6</sup> Die

---

<sup>1</sup> Vgl. Günther Stökl: a.a.O., S.832.

<sup>2</sup> Angela Stent: a.a.O., S.66.

<sup>3</sup> Vgl. Günther Stökl: a.a.O., S.835.

<sup>4</sup> Vgl. Angela Stent: a.a.O., S.71.

<sup>5</sup> Vgl. Henn-Jüri Uibopuu: a.a.O., S.115f.

<sup>6</sup> Vgl. Duden: a.a.O., S.2015.

Litauer hingegen hatten kaum Probleme mit großen Minderheiten: 80 Prozent der 3,7 Millionen Einwohner sind Litauer.<sup>1</sup>

Außerdem waren in den drei baltischen Sowjetrepubliken große ökologische Probleme durch die Industrialisierung und den rücksichtslosen Abbau von Bodenschätzen entstanden. Das dünn besiedelte Estland hatte am meisten unter der Ausbeutung seiner Naturreichtümer zu leiden. Ausgehend von diesen ethnischen und ökologischen Problemen wurden in den achtziger Jahren politische Forderungen von verschiedenen baltischen Organisationen und Verbänden erhoben. Als Beispiel soll hier das Programm der estnischen Volksfront *rahvarinde* angeführt werden. (Die lettische Volksfront und die litauischen *Sajudis* stellten ähnliche Forderungskataloge auf):<sup>2</sup>

- sofortige Änderung der Verfassung der UdSSR und der ESSR zur Erweiterung der Rechte der Unionsrepubliken;
- wirtschaftliche Selbstverwaltung Estlands;
- die Veröffentlichung einer Liste der Opfer aller Deportationen unter Stalin 1940 bis 1949 sowie der Dokumentation im Geschichtsmuseum der ESSR;
- ein Stop der negativen Immigration.

Nachdem die Volksfronten bei den Wahlen zu den baltischen Parlamenten gesiegt hatten, erklärte Litauen am 11.3.1990 seine Unabhängigkeit, Estland am 30.3.1990 und Lettland am 4.5.1990. Die Proteste der baltischen Völker gipfelten in großen Sängerfesten. So hatten sich am 30. Juni 1990 auf dem Sängerfeld in Tallinn 500.000 Menschen versammelt, um sich ihre Freiheit zu ersingen.<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. Duden: a.a.O., S.2042.

<sup>2</sup> Vgl. Henn-Jüri Uibopuu: a.a.O., S.119.

<sup>3</sup> Vgl. Duden: a.a.O., S.2015 u. S.2016.

## 4.6 Gorbatschow

Im Jahre 1985 trat das mit Abstand jüngste Mitglied des Politbüros sein Amt im Kreml an: Michail Gorbatschow war der erste akademisch gebildete Staats- und Parteichef der UdSSR seit Lenin. „*Gorbatschows Umbauprogramm, das mit den Schlagworten Neues Denken, Glasnost<sup>1</sup> und Perestroika<sup>2</sup> seit 1986 weltweit Popularität gewann, setzte die Gültigkeit der Breshnew-Doktrin (der begrenzten Souveränität der ostmitteleuropäischen Staaten im sowjetischen Einflußbereich) außer Kraft.*“<sup>3</sup> So konnten sich die Oppositionsbewegungen in den Ostblockländern, vor allem in Polen und Ungarn, entwickeln, ohne daß der Schatten der Sowjetunion und der Roten Armee drohend über dem Lande lag.

In der Sowjetunion selbst ereignete sich bis dahin Unvorstellbares: Tausende politischer Gefangener kamen frei, die Stalin-Ära wurde aufgearbeitet, die Zensur lockerte sich und die russisch-orthodoxe Kirche durfte ihr Millennium 1988 ganz offiziell feiern, nach siebenzig Jahren der Unterdrückung der Kirche durch den Staat.<sup>4</sup>

Von der Bonner christdemokratisch-liberalen Koalition wurde eine Abrüstungsinitiative Gorbatschows auf dem Gipfeltreffen mit Ronald Reagan 1985 in Genf begrüßt. Für Verwirrung in den deutsch-russischen Beziehungen sorgte 1986 eine Bemerkung Helmut Kohls, in der er Gorbatschow mit Goebbels verglich.<sup>5</sup> Ebenso verwirrend wirkte die Tat des Sportfliegers Matthias Rust, der 1987 die sowjetischen Radarsysteme unterfliegen und

---

<sup>1</sup> *Glasnost*: Durchschaubarkeit, Offenheit des politischen Prozesses.

<sup>2</sup> *Perestroika*: Umbau des politischen und wirtschaftlichen Systems der UdSSR.

<sup>3</sup> Ulf Dirlmeier: a.a.O., S.453.

<sup>4</sup> Die orthodoxe Kirche hatte nach der Oktoberrevolution 1918 ihren gesamten weltlichen Besitz verloren, und ihr war jede Unterrichtstätigkeit versagt; erst mit ihrer Unterstützung der Roten Armee zur Befreiung der „Heiligen Russischen Erde“ im Zweiten Weltkrieg milderten sich die Repressionen des Staates.

<sup>5</sup> Kohl hatte in einem Interview mit der amerikanischen Zeitschrift „Newsweek“ über Gorbatschow gesagt: „Ich bin kein Narr, ich halte ihn nicht für einen Liberalen. Es gibt genug Narren in der westlichen Welt zwischen Journalisten und Politikern. Die Frau Gorbatschow ist eine attraktive Frau, die reist nach Paris und kauft sich natürlich Kleider in Paris. Das hat doch damit überhaupt nichts zu tun. Das ist ein moderner kommunistischer Führer. Der war nie in Kalifornien, nie in Hollywood, aber der versteht was von PR. Der Goebbels verstand auch was von PR. Man muß die Dinge doch auf den Punkt bringen.“ Kohl zitiert nach: Der Spiegel, Nr.19/1986.

unversehrt auf dem Roten Platz in Moskau landen konnte. Gorbatschow nutzte den Skandal, indem er einige ihm nicht genehme greise Armeeführer und den Verteidigungsminister absetzte. So wurde Gorbatschow die Möglichkeit gegeben, die Voraussetzungen für ein Ende des Krieges in Afghanistan zu schaffen.<sup>1</sup> Die letzten russischen Truppen wurden bis Februar 1990 aus Afghanistan abgezogen.<sup>2</sup>

Bundeskanzler Kohl weilte erstmalig im Oktober 1988 bei Gorbatschow in Moskau; während dieses Treffens wurde die deutsche Zweistaatlichkeit noch einmal betont. Kohl erinnerte aber an die Erfahrungen deutsch-russischen Zusammenwirkens in früheren Jahrhunderten und deutete einen Ausblick auf künftige Möglichkeiten an. Im Juni des Folgejahres besuchte Gorbatschow, jetzt Präsident der UdSSR, die Bundesrepublik und unterzeichnete eine symbolische Erklärung über die Grundsätze der Menschenrechte, des Völkerrechts und des Rechts auf Selbstbestimmung. Gorbatschow hatte in der Bundesrepublik einen höheren Bekanntheitsgrad als der SPD-Spitzenpolitiker und damalige nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau erreicht.<sup>3</sup> Gorbatschows Popularität im Westen, seine These vom *gemeinsamen europäischen Haus* und eine allmähliche Verbesserung der sowjetisch-bundesdeutschen Beziehungen bereiteten Honecker Sorge: Eine Entspannung der Beziehungen zwischen Westdeutschland und der UdSSR konnte den Sonderstatus der DDR als Speerspitze des Sozialismus gegen den Klassenfeind in Frage stellen.

#### **4.7 Deutsche Wiedervereinigung**

Eine Geschichte des deutsch-russischen Verhältnisses muß Rußland eine entscheidende Rolle bei der ersten (1871) und zweiten (1990) Vollendung der deutschen Einheit zugestehen. Wenn auch die Situationen und weltpolitischen Konstellationen nicht vergleichbar sind, scheint sich in ihnen doch eine gewisse Symmetrie der Ereignisse widerzuspiegeln.

---

<sup>1</sup> Rusts Beitrag zur Beendigung des Afghanistankrieges war eher marginal.

<sup>2</sup> Vgl. Günther Stökl: a.a.O., S.851.

<sup>3</sup> Vgl. Angela Stent: a.a.O., S.137.

In der DDR wurden Gorbatschows Perestroika- und Glasnost-Programme nur zensiert veröffentlicht, jegliche Reform wurde strikt abgelehnt. Der Vertrieb des *Sputnik*, einer deutschsprachigen Zeitschrift, die über die Entwicklungen in der UdSSR informierte, wurde 1988 eingestellt. In einem Artikel war über geheime Absprachen zwischen Hitler und Stalin vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges berichtet worden, was nicht dem offiziellen sozialistischen Geschichtsbild entsprach.<sup>1</sup>

Gorbatschow sah sich veranlaßt, zu den pompösen Feiern anlässlich des 40. Geburtstages der Deutschen Demokratischen Republik am 7. Oktober 1989 Erich Honecker zu belehren: „*Die Geschichte hat ihre eigenen Gesetzmäßigkeiten, ihr Tempo, ihren Rhythmus, der vom Heranreifen objektiver und subjektiver Entwicklungsfaktoren bestimmt wird. Das zu ignorieren, bedeutet, neue Probleme zu schaffen...*“, inoffiziell ergänzte er diese Worte durch das bekannte Bonmot: „*Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.*“<sup>2</sup>

Die Außenpolitik der Bundesrepublik und der DDR gegenüber der UdSSR wandelte sich auf merkwürdige Weise: Die unflexiblen Funktionäre in der Staats- und Parteiführung der DDR suchten immer mehr Eigenständigkeit gegenüber dem Reformkurs der Sowjetunion zu wahren; die Außenpolitik der Bundesrepublik hingegen öffnete sich dem Kreml und kam dessen Bemühungen um Frieden, Stabilität und Partnerschaft entgegen. Folgerichtig griffen die in der DDR stationierten russischen Truppen nicht ein, als Umwälzungen im Verlauf der friedlichen Revolution im Spätherbst 1989 begannen. Gorbatschow stellte sich auch den immer lauter werdenden Forderungen nach einer schnellen Einheit Deutschlands nicht entgegen, erwies sich sogar als ein eher wohlwollender Förderer derselben - für den Preis wirtschaftlicher Unterstützung des Reformprozesses in Rußland durch Deutschland.<sup>3</sup> Damit war die grundsätzliche Frage, was Deutschland der Sowjetunion als Preis für die deutsche Wiedervereinigung anbieten könne, beantwortet.<sup>4</sup>

Ein wichtiges Telefonat zwischen Kohl und Gorbatschow fand zwei Tage nach dem Fall der Mauer, am 11. November 1989, statt. Doch war die Wiedervereinigung noch kein explizites Thema.<sup>5</sup> Erst als Walentin Falin als Emissär der Sowjetunion am 21. November

---

<sup>1</sup> Vgl. ebenda, S.105.

<sup>2</sup> Zitiert nach Hans Dollinger: a.a.O., S.136.

<sup>3</sup> Vgl. Günther Stökl: a.a.O., S.863.

<sup>4</sup> Vgl. Egon Bahr: a.a.O., S.91.

<sup>5</sup> Vgl. Tanja Wagensohn: Von Gorbatschow zu Jelzin. Moskaus Deutschlandpolitik im Wandel, Baden-Baden Fußnoten werden auf der nächsten Seite fortgesetzt.

einen Fragenkatalog überbrachte, in dem Kohl angeregt wurde, zum Zwecke der Wiedervereinigung über einen NATO-Austritt Deutschlands nachzudenken, wurde die Einheit zum alles überstrahlenden Motto der deutschen Politik.<sup>1</sup>

Das war der Auftakt zu einem „*diplomatischen Husarenritt*“<sup>2</sup>: Der Kanzler legte wenige Tage später im Bundestag ein Zehn-Punkte-Programm zur Schaffung einer deutschen Föderation vor, ohne Gorbatschow, Bush oder Mitterand zuvor zu informieren.<sup>3</sup> Das deutsch-sowjetische Verhältnis verschlechterte sich dadurch; Außenminister Eduard Schewardnadse beschwerte sich bei seinem Amtskollegen Hans-Dietrich Genscher in Anspielung auf den Gorbatschow-Goebbels-Vergleich von Kohl: „*Nicht einmal Hitler hat sich so etwas geleistet.*“<sup>4</sup> Kohl stellte in seinem Programm seine Vorstellungen von notwendigen Etappen auf dem Weg zur deutschen Einheit vor: ungehinderter Reiseverkehr zwischen BRD und DDR; weitere Zusammenarbeit mit der DDR zum Wohl ihrer Bürger; die Aufhebung des SED-Machtmonopols, des politischen Strafrechts; den Abbau der Planwirtschaft; die Einbettung des Einheitsprozesses in den gesamteuropäischen Prozeß.<sup>5</sup>

Der endgültige Positionswechsel der Sowjetunion wurde erst nach einem Gespräch mit dem DDR-Ministerpräsidenten Hans Modrow am 30. Januar 1990 in Moskau offenbart. Modrow stellte einen Plan zur schrittweisen Vereinigung der beiden deutschen Staaten zu einer Föderation vor, der sieben Punkte enthielt:<sup>6</sup>

- Schaffung einer Vertragsgemeinschaft mit konföderativen Elementen wie Wirtschafts-, Währungs- und Verkehrsunion;
- Bildung einer Konföderation von BRD und DDR mit gemeinsamen Organen und Institutionen;
- Übertragung von Souveränitätsrechten beider Staaten an Machtorgane einer

---

2000, S.102.

<sup>1</sup> Vgl. „Helmut im Glück“, Der Spiegel, Nr.24/1998, S.54-61, hier S. 59.

<sup>2</sup> Hans Arnold: Deutschlands Größe. Deutsche Außenpolitik zwischen Macht und Mangel, München 1995, S.17.

<sup>3</sup> Vgl. Tanja Wagensohn: a.a.O., S.103.

<sup>4</sup> Ebenda, S.59.

<sup>5</sup> Vgl. Helmut Kohl: Zehn-Punkte-Programm, in: Europa-Archiv 24/1989, S.728-734.

<sup>6</sup> Hans Modrow: Für Deutschland, einig Vaterland. Konzeption für den Weg zu einem einheitlichen Deutschland vom 1.Februar 1990, in: Ingo von Münch (Hrsg.): Dokumente zur Wiedervereinigung Deutschlands, Stuttgart 1991, S.79-81.

Konföderation;

- Bildung eines einheitlichen deutschen Staates in Form von Konföderation oder deutschem Bund;
- strikte Erfüllung früher abgeschlossener Verträge zwischen DDR und BRD;
- Wahrung der Interessen und Rechte der vier Mächte;
- militärische Neutralität von DDR und BRD auf dem Weg zur Föderation.

Ohne klare Leitlinien für eine gesamtdeutsche Politik konnte Gorbatschow sich nur den Ereignissen fügen. Deshalb ließ er den Deutschen von nun an freie Hand, obwohl er den Prozeß der deutschen Einigung gern verlangsamt hätte. Gegenüber Helmut Kohl, der den Ruhm für diesen Durchbruch ernten sollte, wiederholte Gorbatschow am 10. Februar noch einmal seinen Entschluß: Die Sowjetunion werde die Entscheidung der Deutschen, in einem Staat zu leben, sowie die deutschen Vorstellungen von Zeit und Weg der Einigung respektieren.<sup>1</sup> Die sowjetische Außenpolitik erschien zu dieser Zeit insgesamt recht unkoordiniert. Das lag zum Teil daran, daß bislang zwei Institutionen für die deutsch-sowjetischen Beziehungen zuständig waren: Das Außenministerium steuerte die Beziehungen zur Bundesrepublik und das Zentralkomitee der KPdSU regelte alle Angelegenheiten mit dem sozialistischen Bruderstaat DDR. Eine Abstimmung zwischen den beiden Apparaten war bislang, außer auf allerhöchster Ebene zwischen Gorbatschow und Schewardnadse, nicht erfolgt.<sup>2</sup>

Somit war der Weg zur deutschen Einheit unter geringst möglicher Einbeziehung der westlichen Verbündeten beschritten. Im westlichen Lager herrschte eher Ungewißheit über die russisch-deutsche Annäherung und die schnell voranschreitende Vorbereitung der deutschen Einheit. Nur der deutschfreundliche US-Präsident George Bush unterstützte Helmut Kohl.<sup>3</sup> Mit den vier Siegermächten des Zweiten Weltkrieges sollte die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland im *Zwei-plus-vier-Vertrag* vereinbart werden. doch die Verhandlungen über diesen Vertrag wurden erst wenige Tage vor dem Inkrafttre-

---

<sup>1</sup> Gorbatschow gibt den Weg zur Einheit frei, in: FAZ, 12. Februar 1990.

<sup>2</sup> Vgl. Angela Stent: a.a.O., S.133.

<sup>3</sup> Hierbei spielte vielleicht die Befürchtung eine Rolle, daß die Deutschen für den Gewinn der Wiedervereinigung die westlich-atlantische Allianz mit den USA aufgeben könnten und diese damit ihre feste Position in Mitteleuropa verlieren würde.

ten der für die Einheit entscheidenden deutsch-deutschen Währungsunion aufgenommen. Damit waren gewisse Fragen von vornherein ausgeklammert, wie etwaige Verpflichtungen Deutschlands, bevor es die volle Souveränität erhalten würde.

Eine glückliche internationale Konstellation traf mit der Bereitschaft des deutschen Kanzlers zu politischen Alleingängen zusammen. Als im Frühjahr 1990 die Frage anstand, ob das gesamte vereinte Deutschland NATO-Mitglied sein sollte, drohte der Sowjetunion die Zahlungsunfähigkeit. Auf dem „Strickjacken-Gipfel“ in Schelesnowodsk am 15./16. Juli 1990 demonstrierten die beiden Staatsmänner Kohl und Gorbatschow menschliche Nähe und historisches Bewußtsein: Sie sprachen über „*Bismarck und Realpolitik*“<sup>1</sup>. Hier erhielt Kohl unter Zusicherung der Subventionierung einer Nahrungsmittellieferung für 220 Millionen Mark und der Bürgschaft für einen Kredit über fünf Milliarden Mark von Gorbatschow die Zustimmung zur NATO-Mitgliedschaft Gesamtdeutschlands und zur deutschen Souveränität. Voraussetzung für die sowjetische Zustimmung war eine günstige internationale Konstellation: Die NATO hatte die Aufnahme diplomatischer Beziehungen angeboten, Gorbatschow zum NATO-Rat eingeladen und die Bereitschaft gezeigt, militärische Strategien und Strukturen zu ändern.<sup>2</sup>

Anfang 1990 wurde klar, daß die endgültige Zustimmung der westlichen Verbündeten zur deutschen Einheit, genauso wie die sowjetische, nur erkaufte werden konnte. Die USA erhielten im September 1990 mehr Geld als erwartet für den Irak-Krieg. Die deutsche Initiative zur europäischen Währungsunion war auch begründet durch die französischen Ängste vor einer deutschen Hegemonie in Europa. Die feste Einbindung Deutschlands durch eine monetäre Union versprach Beruhigung.

Mit der Unterzeichnung des *Zwei-plus-vier-Vertrages* am 12. September 1990 durch die sechs Außenminister in Moskau beendeten die vier Mächte „*ihre Rechte und Verantwortlichkeiten in Bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes. Als Ergebnis werden die entsprechenden, damit zusammenhängenden vierseitigen Vereinbarungen, Beschlüsse und Praktiken beendet und alle entsprechenden Einrichtungen der vier Mächte aufgelöst.*“<sup>3</sup> Deutschland erhielt am 1. Oktober 1990 die volle staatsrechtliche Souveränität zurück.

---

<sup>1</sup> Vgl. „Die Hoffnung heißt Germanija“, Der Spiegel, Nr.30/1990, S.18-21, hier S.18.

<sup>2</sup> Vgl. Tanja Wagensohn: a.a.O., S.162.

<sup>3</sup> Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland, in: BPA, Bulletin Nr. 109, 14. September 1990, S.1153-1156.

Somit waren fast auf den Tag genau 35 Jahre nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion die Voraussetzungen für ein vereinigtes Deutschland und damit auch für eine wieder einheitliche, pragmatische und freundschaftliche Rußlandpolitik geschaffen.

## **II. Systemanalyse: Institutionelle Grundlagen der deutsch-russischen Beziehungen**

### **1. Institutionelle Grundlagen deutscher Rußlandpolitik**

#### **1.1 Verfassungsrechtliche Grundlagen**

Die auswärtige Gewalt in der Bundesrepublik ist eine Zentralgewalt, der Bund hat die Vertretung nach außen und die ausschließliche Gesetzgebung über die auswärtigen Angelegenheiten sowie über die Verteidigung inne.<sup>1</sup> Für in Länderkompetenz fallende Bereiche wie beispielsweise die Kulturpolitik können einzelne Bundesländer mit Zustimmung des Bundes Verträge mit ausländischen Staaten abschließen.<sup>2</sup> Formal gesehen vertritt der Bundespräsident den Bund völkerrechtlich nach außen, denn erst mit seiner Unterschrift treten Verträge in Kraft.<sup>3</sup> Seine Einflußmöglichkeiten sind jedoch gering, weil er vorwiegend repräsentative Funktionen erfüllt, wie beispielsweise die Vertretung der Bundesrepublik im Ausland. Da er verpflichtet ist, seine offiziellen außenpolitischen Äußerungen im Rahmen der Regierungspolitik zu halten, werden die betreffenden Reden meist mit dem Auswärtigen Amt abgesprochen oder dort ausgearbeitet.<sup>4</sup>

In der politischen Praxis der Bundesrepublik kommt dem Bundeskanzleramt im auswärtigen Bereich eine besondere Bedeutung zu. Der Bundeskanzler besitzt die normativen Befugnisse und die Richtlinienkompetenz sowie eine umfassende Ausstattung (Kanzleramt, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung und Bundesnachrichtendienst).<sup>5</sup> So regelte das Bundeskanzleramt bis zur Gründung des Auswärtigen Amtes 1951 die auswärtigen Beziehungen, der Kanzler war zugleich Außenminister in Personalunion.

Laut Geschäftsordnung ist heute das Auswärtige Amt federführend in der Außenpolitik;

---

<sup>1</sup> Vgl. Art.32.1 und 73.1 Grundgesetz.

<sup>2</sup> Vgl. Art.32.3 GG.

<sup>3</sup> Vgl. Art.59.1 GG.

<sup>4</sup> Vg. Stephan Bierling: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Normen, Akteure, Entscheidungen, München 1999, S.28.

<sup>5</sup> Vgl. Art.62-69 GG.

der Außenminister soll bei Kabinettsitzungen die außenpolitischen Aspekte der Themen, die internationale Auswirkungen haben können, deutlich machen. Die Kompetenzen des Außenministers sind jedoch eingeschränkt durch eine Funktionsteilung mit anderen Ministerien und durch die starke Stellung des Kanzleramtes.<sup>1</sup> Die Beziehungen, die Nichtregierungsorganisationen (NGOs) auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen pflegen, funktionieren weitgehend unabhängig vom Wirken der Regierung.

Außer der Bundesregierung mit Kanzleramt und Auswärtigem Amt weist das Grundgesetz in auswärtigen Angelegenheiten anderen Bundesorganen keine Initiativrechte zu. Der Bundestag hat ein Mitwirkungsrecht beim Abschluß von politischen Verträgen, Friedensverträgen, Verträgen, die Hoheitsrechte auf zwischenstaatliche Einrichtungen übertragen und bei der Erklärung des Verteidigungsfalles. Das Parlament kann indirekt auf die Außenpolitik einwirken, indem es das Budgetrecht als außenpolitisches Steuerungsinstrument nutzt und damit Einfluß auf Ziele und Strategien beispielsweise des Militärs oder der Entwicklungshilfe nimmt. Andere Einflußmöglichkeiten ergeben sich über die Arbeit der parlamentarischen Ausschüsse für auswärtige Angelegenheiten und Verteidigung oder die Überwachung der Geheimdienste durch die Parlamentarische Kontrollkommission.<sup>2</sup> Hinzugekommen ist im Jahre 1994 die Möglichkeit, über den Einsatz der Bundeswehr außerhalb des NATO-Gebietes mit einfacher Mehrheit abzustimmen. Die ultimative Form des Widerstands gegen die Außenpolitik der Exekutive sind der Fraktionswechsel oder Koalitionsbruch und das konstruktive Mißtrauensvotum.

Der Bundesrat kann in auswärtigen Angelegenheiten lediglich im Rahmen des normalen Gesetzgebungsverfahrens mitwirken. Nur im Bereich der Europapolitik ist jede Übertragung von hoheitlichen Rechten auf die Europäischen Union von der Zustimmung des Bundesrates abhängig.<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. Frank R. Pfetsch: a.a.O., S.30.

<sup>2</sup> Vgl. Stephan Bierling: a.a.O., S.33.

<sup>3</sup> Vgl. Art. 23 GG.

## 1.2 Das Auswärtige Amt

Politik im traditionellen Sinne bedeutete immer Außenpolitik. Nach Bismarcks Verständnis war die Innenpolitik nichts weiter als eine reine Verwaltung. Die Außenpolitik, das virtuose Spiel mit Mächten und Konstellationen, sei die wahre Staatskunst. Sie ist traditionell dem direkten Einfluß des Parlamentes weitgehend entzogen, dessen klassische Domäne das Budget ist.

Das Gros der außenpolitischen Kompetenzen kommt der Bundesregierung zu – im Verfassungsrecht und in der Verfassungswirklichkeit. Die Verteilung der konkreten Aufgaben zwischen Kanzler, Kabinett und den einzelnen Ministern sind indes weder in der Verfassung noch in der Geschäftsordnung der Bundesregierung realitätsnah beschrieben.<sup>1</sup> Die politikwissenschaftliche Forschung hat bisher kaum generalisierbare Thesen darüber hervorgebracht, wer außenpolitische Entscheidungen wie fällt. Eine systematische Untersuchung über den außenpolitischen Entscheidungsprozeß in der Bundesrepublik gibt es bisher nicht.<sup>2</sup> Die im internationalen Vergleich schwierige Informationsgewinnung<sup>3</sup> und jahrzehntelange Verschlußfrist aller diesbezüglichen Protokolle und Akten trägt sicherlich dazu bei.

Die auswärtigen Beziehungen sind sehr komplex geworden, viele Aufgaben des Auswärtigen Amtes (AA) werden in Teilbereichen von Ressortministern, besonders im EU-Ministerrat, erfüllt. Andere ehemalige Aufgaben des AA haben sich auf übernationale Organisationen verlagert, so beispielsweise auf die NATO, die OSZE, die WHO etc. *„Das Wachstum und die Intensivierung außenpolitischer Beziehungen haben insbesondere bei einem Staat wie Deutschland, mit hoher Verflechtung in die Weltwirtschaft und besonderen Sicherheitsproblemen, die eine exponierte Lage zwischen Ost und West mit sich brachte, zur Ausdifferenzierung außenpolitischer Materie geführt.“*<sup>4</sup> Fast alle Politikbereiche weisen heute außenpolitische Bezüge auf. In Wirtschafts-, Sicherheits-, Technologie-, Agrar- und Sozial-, in der Rechts- und vor allem der Finanzpolitik steigt die Bedeutung der Fachminister auf den jeweiligen internationalen Konferenzen.

---

<sup>1</sup> Vgl. Stephan Bierling: a.a.O., S.37.

<sup>2</sup> Die erste diesbezügliche Aufsatzsammlung von Eberwein/Kaiser/Maull 1998 bildet hier eine Ausnahme.

<sup>3</sup> Vgl. Stephan Bierling: a.a.O., S.38.

Die auswärtige Gewalt kann nicht mehr nur von einer bestimmten staatlichen Gewalt wahrgenommen werden, bei internationalen Verhandlungen sind zumeist mehrere Fachbereiche und damit andere Ministerien beteiligt. Die eigentlich für innere Aufgaben zuständigen Fachministerien unterhalten 250 außenpolitisch ausgerichtete Referate, das AA hat lediglich 68 Arbeitseinheiten zur Verfügung.<sup>2</sup> Ein Beispiel für den Anspruch der Fachministerien auf Gestaltung der auswärtigen Politik war 1995 eine Offensive des Verteidigungsministers Rühle im Zuge der Diskussion um die Osterweiterung der NATO und die Rolle Rußlands: Während der Außenminister auf eine Politik des Ausgleichs mit Rußland bedacht war, brachte Volker Rühle neue Schärfe in die Auseinandersetzung. Er unterwanderte die diplomatischen Bemühungen des AA mit der Erklärung, die NATO würde die russische Herausforderung annehmen und sich nicht durch eine Hinhaltetaktik zermürben lassen.<sup>3</sup>

Eine Zusammenarbeit zwischen Auswärtigem Amt und Innenministerium ergab sich beispielsweise im Bereich der Unterstützung und Einbürgerung der Rußlanddeutschen. Die Förderung von Rußlanddeutschen, die bei Pflege ihrer deutschen Kultur als loyale Bürger in Rußland leben wollen, betrifft die russische Innenpolitik und die deutschen auswärtigen Beziehungen. Die Integration von Rußlanddeutschen, die sich entscheiden, nach Deutschland einzuwandern, betrifft die deutsche Innenpolitik. Hier gehen beide Ministerien arbeitsteilig vor: Das AA übernimmt kulturelle und bildungspolitische Maßnahmen, das Innenministerium hingegen gemeinschaftsfördernde, wirtschaftliche und soziale Hilfen.

Die klassische Außen- und Sicherheitspolitik wird von der Globalisierung zunehmend zurückgedrängt. Moderne Außenpolitik muß sich mit Wirtschaftskrisen und Umweltrisiken, mit Einwanderung und internationaler Kriminalität beschäftigen. Solche Problembereiche können nur im Rahmen multinationaler Strukturen abgedeckt werden. Die Zahl der international tätigen Akteure ist gewachsen: Der UNO gehören 185 Staaten an, daneben gibt es 300 inter- und supranationale Organisationen, 10.000 Nichtregierungsorganisationen und 40.000 international tätige Privatunternehmen.<sup>4</sup> Zunehmend entscheiden global ope-

---

<sup>1</sup> Vgl. Frank R. Pfetsch: a.a.O., S.30.

<sup>2</sup> Vgl. Jochen Buchsteiner: „Das Ende einer Erfolgsstory“, Die Zeit vom 9.7.1998.

<sup>3</sup> Vgl. Stefan Kornelius: „Scharfe Antwort Rühles auf Moskaus drohende Töne“, SZ vom 2.5.1995.

<sup>4</sup> Vgl. Jochen Buchsteiner: a.a.O.

rierende Wirtschaftskonzerne über den Zustand der Volkswirtschaften; die Spielräume der nationalen Regierungen verkleinern sich. Dieser Ökonomisierung der internationalen Beziehungen muß sich das AA anpassen - die klassische Diplomatie wird zurückgedrängt und in den Dienst der Wirtschaft gestellt.

Es ist eine Multilateralisierung der auswärtigen Beziehungen zu konstatieren, die durch eine Zunahme der Bedeutung kollektiver Bündnissysteme und deren Organe sowie durch steigende Komplexität und Undurchschaubarkeit der Verhandlungsmasse gekennzeichnet ist. Die Folge dieser Tendenzen ist eine Entscheidungsverlagerung auf die Expertenebene der administrativen Apparate, da zur Durchdringung der jeweiligen Themen Fachwissen erforderlich ist. Diese Notwendigkeit hat einen Bedeutungsverlust der auswärtigen Ausschüsse des Parlamentes, die sich aus Abgeordneten zusammensetzen, zur Folge.

So ist die Koordination der Aktivitäten aller auswärtig tätigen Akteure zu einer der Hauptaufgaben des Auswärtigen Amtes geworden. Dem Bedeutungsverlust des AA wurde von der Regierung Kohl nicht entgegengewirkt, sondern in einem konkurrenzartigen Verhältnis eher Vorschub geleistet, wobei der erfahrene Außenminister Genscher den Gegenpart gab: *„Durch seine außergewöhnliche Stellung vermochte Genscher den tendenziellen Bedeutungsverlust des Außenministeriums zu verzögern, wie er in anderen Demokratien, insbesondere in den USA, seit längerem festzustellen ist.“*<sup>1</sup>

### **1.3 Kanzleramt vs. Außenminister - Machtverteilung in der Bundesregierung**

Traditionell großen Einfluß auf die Stellung des Außenministers hat die Machtverteilung zwischen Kanzleramt und AA. Die jeweilige Stärke des Kanzlers und das politische Gewicht des Außenministers bedingen die Stellung des AA in den unterschiedlichen Regierungskoalitionen. Der erste Außenminister unter Konrad Adenauer, Heinrich von Brentano, zeigte wenig Eigenständigkeit. Grund für seine schwache Stellung waren Adenauers

---

<sup>1</sup> Stephan Bierling: a.a.O., S.43.

Informationsvorsprung durch Kontakte zu den drei Westmächten und die Autorität Adenauers nicht nur als Regierungs-, sondern auch als CDU-Chef.<sup>1</sup> Erst Brentanos Nachfolger, Gerhard Schröder, konnte sich zunächst noch unter Adenauer, dann unter Ludwig Erhard stärker profilieren. Willi Brandt war ein von Beginn an starker Außenminister, bedingt durch sein außenpolitisches Prestige als ehemaliger Regierender Bürgermeister von Berlin und seine Machtstellung in der großen Koalition als SPD-Parteivorsitzender. Eine Marginalisierung des Außenministers war unter Bundeskanzler Helmut Schmidt festzustellen, denn Hans-Dietrich Genscher blieb zunächst im Schatten des wirtschaftlich versierten Kanzlers.<sup>2</sup>

Genscher konnte seine Stärke, das „*geräuschlose diplomatische Wirken*“<sup>3</sup>, weiterentwickeln und mit seinen Erfahrungen ab 1982 unter dem neuen Bundeskanzler Helmut Kohl vor allem bei den Ost-West-Entspannungsbemühungen und im Vereinigungsprozeß außenpolitisches Profil gewinnen. Die besondere Konstellation, in der er als erfahrener Außenminister unter einem neuen Kanzler wirken konnte, verschaffte Genscher einen Vorteil.<sup>4</sup> Deshalb konnte der Außenminister gelegentlich den Eindruck vermitteln, Helmut Kohl in außenpolitischer Kompetenz zu übertreffen. Die Einschätzung des ehemaligen sowjetischen Außenministers Schewardnadse anlässlich Genschers Rücktritt im Jahre 1992 lautete: „*In der Politik wird es farbloser ohne ihn sein, und für ihn ohne die Politik.*“<sup>5</sup>

Beim Amtsantritt von Genschers Protegé Klaus Kinkel war die Konstellation wiederum klassisch: Einem altgedienten Bundeskanzler stand ein Neuling auf dem diplomatischen Parkett gegenüber, dessen Position durch mangelnden parteipolitischen Rückhalt von der FDP weiter geschwächt wurde. Dadurch konnte Bundeskanzler Kohl während seiner Amtszeit auf allen wichtigen Feldern der Außenpolitik, von der Europapolitik bis zu den bilateralen Beziehungen mit Frankreich, Amerika und Rußland seine Dominanz ausbauen. Neben dem Kanzler profilierten sich Finanz- und Verteidigungsminister außenpolitisch auf den Feldern der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion und der NATO-

---

<sup>1</sup> Vgl. Stephan Bierling: a.a.O., S.43.

<sup>2</sup> Vgl. ebenda, S.43.

<sup>3</sup> Frank R.Pfetsch: a.a.O., S.31.

<sup>4</sup> Vgl. Stephan Bierling: a.a.O., S.43.

<sup>5</sup> Eduard Schewardnadse: Genschers Leistung ist ein Vermächtnis für die Zukunft, in: Auswärtiges Amt (Hrsg.): Deutsche Außenpolitik nach der Einheit 1990-1993. Eine Dokumentation, Meckenheim 1994, S.156f, hier S.156.

Erweiterung.<sup>1</sup>

Eine besondere Rolle in der Gestaltung der Außenpolitik spielt seit Egon Bahrs *Neuer Ostpolitik* der siebziger Jahre das Bundeskanzleramt, in dem seit 1977 sogar ein Staatsminister, später der Chef des Kanzleramts, formal nur für die Deutschlandpolitik zuständig war. „Ihren Zenit erreichte die Entwicklung eigener Initiativen und ihre Umsetzung aus dem Kanzleramt heraus während der Wiedervereinigung. Organisatorisches Zentrum der Kanzler-Außenpolitik bildet dabei die Abteilung 2: Auswärtige Beziehungen (und innerdeutsche Beziehungen, bis 1990), Entwicklungspolitik und äußere Sicherheit.“<sup>2</sup> Bei seiner Amtsübernahme hatte Helmut Kohl keinen Abteilungsleiter mit diplomatischer Ausbildung aus dem AA eingesetzt, wie es der Tradition entsprochen hätte, sondern seinen außenpolitischen Berater Horst Teltschik. Genscher hatte Teltschik deswegen als „Laienschauspieler“ bezeichnet.<sup>3</sup> Kohl hielt jedoch an Teltschik fest und manifestierte damit seine Unabhängigkeit vom Auswärtigen Amt.<sup>4</sup> Teltschik baute in den folgenden Jahren ein weltweites Kontaktnetz auf, um so das Informationsmonopol des AA zu umgehen.<sup>5</sup> Die von Kohl forcierte Ernennung Teltschiks zum Staatssekretär im Kanzleramt konnte Genscher mit Unterstützung der FDP verhindern, indem diese nach den Bundestagswahlen von 1990 für die Koalitionsverhandlungen mit der Union die Bedingung stellte, „daß es Anflüge eines Präsidialsystems mit Eingriffen in die Ressortzuständigkeit Genschers nicht geben dürfe“.<sup>6</sup> Kurz darauf schied Teltschik aus der Regierung aus.<sup>7</sup> Sein Nachfolger Peter Hartmann blieb im Schatten des Kanzlers.<sup>8</sup>

Erst nach dem Antritt des neuen Außenministers Kinkel wurde die außenpolitische Abteilung im Kanzleramt wieder aufgewertet. Der neue außenpolitische Berater des Kanzlers, Joachim Bitterlich, von 1993 bis 1998 im Amt, sei oft besser informiert gewesen als der Außenminister, berichtete die *Zeit* und zitierte einen hohen Diplomaten: „Wenn wir er-

---

<sup>1</sup> Siehe Kapitel II.1.2

<sup>2</sup> Stephan Bierlich: a.a.O., S.46.

<sup>3</sup> Günter Bannas: „Ein Kanzlerberater gilt mehr, als seine Besoldungsstufe verrät“, FAZ vom 19.5.2001.

<sup>4</sup> Karl-Rudolf Korte: Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982-1989, Stuttgart 1998, S.37.

<sup>5</sup> Ebenda, S.38.

<sup>6</sup> Claus Gennrich: „Nach loyaler Arbeit macht Teltschik von seiner Freiheit Gebrauch“, FAZ vom 6.12.1990.

<sup>7</sup> Vgl. ebenda.

<sup>8</sup> Vgl. Günter Bannas: a.a.O.

*fahren wollen, was Kohl gesagt hat, müssen wir bei unseren Kollegen im Quai d'Orsay oder im Foreign Office nachfragen*“.<sup>1</sup> Die *Süddeutsche Zeitung* berichtete, daß Bitterlich im Ausland als „heimlicher Außenminister“ empfangen wurde, wobei er seine Reisen nur selten mit dem Außenministerium abstimmte.<sup>2</sup> Oft stellte er das Auswärtige Amt vor vollendete Tatsachen.

Der Machtverlust des Außenministers zeigte sich deutlich bei den Verhandlungen um die deutsch-tschechische Erklärung im Jahre 1995. Kinkel mußte seine Regierungserklärung zu den bilateralen Beziehungen im Kanzleramt Helmut Kohl und Theo Waigel zur Korrektur und Genehmigung vorlegen. Kanzleramtschef Friedrich Bohl redigierte die Erklärung und änderte sie inhaltlich.<sup>3</sup> Einen solch gravierenden Eingriff in die Zuständigkeit des Außenministers hatte es unter dem früheren Amtsinhaber Genscher nach eigener Aussage nicht gegeben: *„Ich kann mich nicht erinnern, eine meiner Regierungserklärungen jemals dem Kanzler vorher gezeigt zu haben.“*<sup>4</sup>

Im Kontext der Europapolitik wurde die Mißachtung des AA durch den Kanzler ebenfalls deutlich: Kohl hatte im Juni 1998 gemeinsam mit Jaques Chirac einen Offenen Brief im Vorfeld des EU-Gipfeltreffens in Cardiff verfaßt, in dem beide Staatsmänner sich gegen einen zu starken Zentralismus im europäischen Integrationsprozeß wandten und mehr Subsidiarität forderten. Vor Veröffentlichung des europakritischen Briefes war der deutsche Außenminister nicht einmal unterrichtet worden.<sup>5</sup> Die Bonner Initiative lief am Auswärtigen Amt vorbei, und Kinkel hatte immer noch keine Kenntnis von dem Brief, als ihn ausländische Kollegen schon erhalten hatten.<sup>6</sup> Über die Gründe für den Alleingang des Kanzlers in diesem Fall mutmaßte der ehemalige Außenminister Genscher in einem Interview: *„Wenn der liberale Außenminister an der Abfassung des Briefes beteiligt worden wäre, wäre er so nicht geschrieben worden.“*<sup>7</sup> Die Motive des Kanzlers für die Umgehung des liberalen Außenministers in Zeiten des Wahlkampfes seien durch den starken Druck vom europafeindlichen CSU-Flügel in der Koalition zu erklären, so Genscher weiter. Bei

---

<sup>1</sup> Jochen Buchsteiner: „Das Ende einer Erfolgsstory“, *Die Zeit* vom 9.7.1998.

<sup>2</sup> Vgl. Udo Bergdoll: „Ein Außenminister auf Abruf“, *SZ* vom 25.6.1996.

<sup>3</sup> Vgl. „Bittere Gefühle“, in: *Der Spiegel*, 18/1995, S.22.

<sup>4</sup> Ebenda.

<sup>5</sup> Vgl. Udo Bergdoll: Bonn: Zerwürfnis zwischen Kinkel und Kanzleramt, *SZ* vom 10./11.6.1998.

<sup>6</sup> Vgl. Thomas Hanke: „Die neue Angst vor Europa“, *Die Zeit* vom 18.6.1998.

<sup>7</sup> „Der neue Provinzialismus“, *Die Zeit* vom 2.7.1998.

allem Willen zur weiteren Integration werde ein antieuropäischer Populismus dem Wähler gegenüber für angebracht gehalten.<sup>1</sup>

Diese Erklärung scheint jedoch nicht weit genug gefaßt zu sein, denn der Machtverlust des AA ist ein stetiger Prozeß, der eine Machtkonzentration im Bundeskanzleramt offensichtlich macht.<sup>2</sup> Von dort bestimmte der Bundeskanzler nicht nur die Richtlinien, sondern auch die konkrete Gestaltung der auswärtigen Politik. Die Beeinflussung der deutschen Außenpolitik und insbesondere der deutsch-russischen Beziehungen durch die persönlichen Bindungen und Präferenzen Helmut Kohls wird daher in dieser Arbeit untersucht.

Die wichtigen Beschlüsse der Regierung Kohl auf außenpolitischem Gebiet wurden bis zum Ausscheiden Genschers vor allem in den Koalitionsrunden verhandelt oder aber während der Treffen (*Elefantenrunden*) der drei Parteivorsitzenden Kohl, Strauß/Waigel und Graf Lambsdorff gefällt.<sup>3</sup> Ab 1992 verloren diese Gremien ihre Bedeutung. Kohl bevorzugte direkte Gespräche der wichtigsten Entscheidungsträger. In den Kabinettsitzungen wurden meist nur Details besprochen und Beschlüsse formell abgesegnet.<sup>4</sup> Auch für die internationale Öffentlichkeit personalisierte der Kanzler seine Außenpolitik mehr und mehr. Eines seiner Instrumente war die persönliche Bindung zu anderen – besonders russischen - Staatsmännern, die sogenannte *Männerfreundschaft*.<sup>5</sup>

## **1.4 Das Bundesverfassungsgericht und Auslandseinsätze der Bundeswehr**

Das Bundesverfassungsgericht hat indirekte Einflußmöglichkeiten auf die Gestaltung

---

<sup>1</sup> Vgl. „Der neue Provinzialismus“, Die Zeit vom 2.7.1998.

<sup>2</sup> Die Evidenz dieses Prozesses wird unterstrichen durch die Querelen zwischen dem außenpolitischen Berater Kanzler Schröders, Michael Steiner, und dem Außenministerium im Mai 2001: Günter Bannas: „Der klassische Konflikt zwischen Kanzleramt und Auswärtigem Amt“, FAZ vom 18.5.2001.

<sup>3</sup> Vgl. Stephan Bierlich: a.a.O., S.51.

<sup>4</sup> Vgl. ebenda.

<sup>5</sup> Ausführlicher hierzu: Kapitel VI.4 dieser Arbeit.

deutscher Außenpolitik, indem es durch seine Urteile auswärtige Kompetenzen bestimmten Institutionen zuweist. Die traditionelle Staatsrechtslehre betrachtet die auswärtige Gewalt als Prerogative der Exekutive. Heute wird die Ansicht vertreten, daß das Grundgesetz eine enge Verknüpfung von Regierungs- und Gesetzgebungsfunktion vorsieht, wobei die Exekutive eine führende Rolle spielt.<sup>1</sup> Diese Ansicht spiegelt sich in den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zum Abschluß völkerrechtlicher Verträge, insbesondere der Ostverträge, und zum Einsatz der Bundeswehr wider. Mit dem Abschluß des Moskauer und des Warschauer Vertrages im Jahre 1970 wurden der Verzicht auf Androhung und Anwendung von Gewalt, die Anerkennung des Grundsatzes der Unverletzlichkeit der Grenzen und der Verzicht auf territoriale Ansprüche postuliert. Im Jahre 1973 wurde auf Anregung von Franz-Josef Strauß von der bayerischen Landesregierung unter Alfons Goppel die Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit des deutsch-deutschen Grundlagenvertrages vom Dezember 1972 durch das Bundesverfassungsgericht eingeleitet. Das BVerfG stellte die Rechtmäßigkeit der Thesen von der Fortexistenz des in beiden Staaten lebenden deutschen Staatsvolks, der fortbestehenden gesamtdeutschen Staatsangehörigkeit und des Wiedervereinigungsgebotes fest<sup>2</sup>. Diese Thesen wurden in einem *Brief zur deutschen Einheit* bekräftigt, der zusammen mit allen Ostverträgen an die jeweiligen Vertragspartner gerichtet wurde. Die entscheidende Formulierung im Brief zum Moskauer Vertrag lautete: „*Sehr geehrter Herr Minister, im Zusammenhang mit der Unterzeichnung des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken beehrt sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland festzustellen, daß dieser Vertrag nicht im Widerspruch zu dem politischen Ziel der Bundesrepublik steht, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt.*“<sup>3</sup>

Die Entsendung der Bundeswehr in Krisenregionen außerhalb des NATO-Gebietes wurde mit einem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 12. Juli 1994 von einer konstitutiven Zustimmung des Bundestages mit einfacher Mehrheit abhängig gemacht und somit

---

<sup>1</sup> Vgl. Henning Schwarz: Die verfassungsgerichtliche Kontrolle der Außen- und Sicherheitspolitik. Ein Verfassungsvergleich Deutschland-USA, Berlin 1995, S.273f.

<sup>2</sup> Vgl. Jens Hacker: Integration und Verantwortung. Deutschland als europäischer Sicherheitspartner, Bonn 1995, S.263.

<sup>3</sup> Dokumentation zur Ostpolitik der Bundesregierung. Verträge, Vereinbarungen und Erklärungen, herausgegeben vom Presse und Informationsamt der Bundesregierung, Leck 1990.

der Beginn einer neuen deutschen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik markiert. In dem vorangegangenen Verfahren sollte auf Antrag der SPD-Fraktion festgestellt werden, ob die Bundesregierung durch ihre Zustimmung zur Mitwirkung der Bundeswehr an Aktionen der NATO und WEU im Jugoslawien-Konflikt gegen das Grundgesetz verstoßen hatte. Im Mittelpunkt des Verfahrens standen dabei die Grundgesetz-Artikel 24 Abs. 2: *„Der Bund kann sich zur Wahrung des Friedens einem System kollektiver Sicherheit unterordnen; er wird hierbei in die Beschränkungen seiner Hoheitsrechte einwilligen, die eine friedliche und dauerhafte Ordnung in Europa und zwischen den Völkern der Welt herbeiführen und sichern.“* sowie Artikel 87a Abs. 2: *„Außer zur Verteidigung dürfen die Streitkräfte nur eingesetzt werden, soweit dieses Grundgesetz es ausdrücklich zuläßt.“* Zunächst wurde vom Verfassungsgericht *„dem Artikel 24 Abs. 2 im Verfassungsgefüge der Platz zugewiesen, der dieser Bestimmung nach überwiegender Meinung der Verfassungs- und Völkerrechtler schon immer gebührt hat.“*<sup>1</sup> Die Vereinten Nationen, die NATO und die WEU wurden vom Bundesverfassungsgericht als System gegenseitiger kollektiver Sicherheit definiert und damit die Einsätze der Bundeswehr außerhalb des NATO-Gebietes verfassungsgemäß, denen ein Mandat des Sicherheitsrates zugrunde liegt. Weitergehend wurde festgestellt, daß Art. 87a Abs. 2 der Anwendung des Art. 24 Abs. 2 nicht entgegenstehe, da durch ihn der Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte im Rahmen eines Systems gegenseitiger kollektiver Sicherheit nicht ausgeschlossen werde, auch wenn es sich nicht um den Verteidigungsfall handelt.<sup>2</sup>

Nach Ansicht der Richter gibt es eine Grundsatzverantwortlichkeit des Parlaments für die Streitkräfte, die sich nicht in der Kontrolle der Bundeswehr erschöpft, sondern die konkrete Entscheidung über ihre Verwendung erfordert. Hierbei wurde auf die Verfassungstradition sowie Art. 59 Abs. 2 verwiesen: *„Verträge, welche die politischen Beziehungen des Bundes regeln oder sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen, bedürfen der Zustimmung oder der Mitwirkung der jeweils für die Bundesgesetzgebung zuständigen Körperschaften in der Form eines Bundesgesetzes.“* Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts war eindeutig: Der Bundestag kann den Einsatz der Bundeswehr (auch den bewaffneten) mit einfacher Mehrheit grundsätzlich beschließen oder ihn ablehnen – das Parlament hat jedoch keinerlei Recht, auf die Dauer oder die näheren Umstände der Entsendung der Streitkräfte Einfluß zu nehmen.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Jens Hacker: a.a.O., S.263.

<sup>2</sup> Vgl. Urteil des BVfG vom 12.7.1994, S.94f.

Entsendung der Streitkräfte Einfluß zu nehmen.<sup>1</sup> Außenminister Kinkel kommentierte die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts so: *„Ein zentrales außen- und sicherheitspolitisches Ziel der Bundesregierung ist damit erreicht. Nach Wiedervereinigung und Wiedererlangung unserer vollen Souveränität ist deutsche Außen- und Sicherheitspolitik voll handlungs- und bündnisfähig. Das gilt im Rahmen der UNO wie für NATO, Europäische Union und WEU.“*<sup>2</sup>

Zu einem weiteren Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 22. November 2001 hat eine Organklage der PDS-Bundestagsfraktion geführt. Fraglich war, ob der NATO-Vertrag verfassungswidrig, informell und ohne Beteiligung des Parlaments ergänzt wurde, als die Bundesregierung das neue strategische NATO-Konzept billigte, ohne die Zustimmung des Bundestages einzuholen.<sup>3</sup> Das Bundesverfassungsgericht entschied, daß es sich beim Einsatz der NATO zur Krisenbewältigung und Wahrung von Sicherheitsinteressen gegen terroristische Vereinigungen (und nicht gegen Staaten) lediglich um eine Konkretisierung von Vertragspflichten handele, wie die Bundesregierung angenommen hatte. Das neue NATO-Konzept stelle weder förmlich noch konkludent eine Änderung dar, sondern müsse als Fortentwicklung des NATO-Vertrages ausgelegt werden. Eine Zustimmung des Bundestages zur neuen NATO-Strategie sei deshalb nicht erforderlich gewesen.<sup>4</sup>

## **2. Institutionelle Grundlagen russischer Deutschlandpolitik**

### **2.1 Verfassungsrechtliche Grundlagen**

Mit der Verabschiedung der neuen russischen Verfassung am 12. Dezember 1993 wurden die neuen theoretischen Grundlagen der Innen- und Außenpolitik manifestiert. Die bis

---

<sup>1</sup> Vgl. Henning Schwarz: a.a.O., S.273ff.

<sup>2</sup> Außenminister Kinkels Rede zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts über die Entsendung der Streitkräfte, in: Das Parlament vom 5.8.1994.

<sup>3</sup> Vgl. Ulrich Fastenrath: „Ein Verteidigungskrieg läßt sich nicht vorab begrenzen“, FAZ vom 12.11.2001.

<sup>4</sup> Vgl. „Zustimmung des Bundestages zur neuen NATO-Strategie nicht erforderlich“, FAZ vom 23.11.2001.

dahin geltende Verfassung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik von 1978 wurde damit außer Kraft gesetzt. Die alte Breshnew-Verfassung hatte die Jahre der Perestroika unbeschadet überstanden. Erst am 12. Juni 1990 hatte der Kongreß der Volksdeputierten der RSFSR die Ausarbeitung einer neuen Verfassung durch eine Kommission unter Jelzins Vorsitz beschlossen.<sup>1</sup>

Die neue russische Verfassung räumt dem Präsidenten als Staatsoberhaupt eine klare Vormachtstellung gegenüber allen anderen Staatsorganen ein – er bestimmt die Grundlinien der Innen- und Außenpolitik.<sup>2</sup> Zudem wird ihm explizit das Recht zugesprochen, die Außenpolitik zu leiten.<sup>3</sup> Er bildet und leitet den Sicherheitsrat und bestätigt die Militärdoktrin – beides bedeutende Faktoren der russischen Außenpolitik.<sup>4</sup> Der Präsident führt die internationalen Verhandlungen und ratifiziert die Verträge.<sup>5</sup>

Die Regierung ist gegenüber dem gewichtigen und unabhängigen Präsidenten herabgesetzt und durch dessen Richtlinienkompetenz zu einem Ausführungsorgan seiner Direktiven degradiert. Aus dieser Stellung der Regierung ergibt sich die äußerst geringe Eigenständigkeit des Außenministeriums. Das Ansehen und die Position der Regierung in der Verfassungswirklichkeit wurden in den neunziger Jahren zudem weiter geschwächt, vor allem durch die häufigen Regierungsumbildungen und personellen Veränderungen gerade in der Leitung strategisch wichtiger Ministerien.<sup>6</sup> In der Verfassungswirklichkeit kann für Jelzins Amtszeit eine Verlagerung einiger Kompetenzen auf verschiedene politische Institutionen konstatiert werden. Ein sukzessiver Abbau der Kompetenzen des Außenministeriums verdeutlichte die Konkurrenz zum Sicherheitsrat und zur außenpolitischen Kommission des Präsidenten, deren Bedeutung wuchs. Hinzu kam ein konzeptioneller Gegensatz zwischen Außen- und Verteidigungsministerium, der mit der Veröffentlichung der russischen Militärdoktrin im November 1993 offenbar wurde.<sup>7</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. Tanja Wagensohn: a.a.O., S.210.

<sup>2</sup> Vgl. Art.80, Abs.3 der Russischen Verfassung.

<sup>3</sup> Vgl. Art.86 der Russischen Verfassung.

<sup>4</sup> Vgl. Art.83 der Russischen Verfassung.

<sup>5</sup> Vgl. Art.86 der Russischen Verfassung.

<sup>6</sup> Vgl. Ljuba Trautmann: Rußland zwischen Diktatur und Demokratie. Die Krise der Reformpolitik seit 1993., Baden-Baden 1995, S.152.

<sup>7</sup> Vgl. Claudia Schmedt: Russische Außenpolitik unter Jelzin. Internationale und innerstaatliche Einflußfaktoren außenpolitischen Wandels, Frankfurt/Main 1997, S.63.

Das alte Parlament, der Oberste Sowjet, betrieb bis zu seiner Auflösung 1993 eine eigene Außenpolitik. Nach der alten Verfassung von 1978 bestimmte der Oberste Sowjet die Richtlinien der Innen- und Außenpolitik der Sowjetunion, ratifizierte internationale Verträge und entschied über Armeeeinsätze. Diese Rechte kollidierten mit den Kompetenzen des Präsidenten. Noch 1992 und 1993 verabschiedete der Oberste Sowjet unter Vorsitz von Ruslan Chasbulatow eine Reihe von Resolutionen, die eine Revision der Grenzen oder die Wiederherstellung der alten Verhältnisse vor dem Zerfall der Sowjetunion bewirken sollten.

Mit der Annahme der neuen Verfassung im Dezember 1993 war der Machtkampf zwischen Parlament und Präsident und damit die Parlamentarisierung der Außenpolitik beendet. Der Außenminister wird auf Vorschlag des Ministerpräsidenten durch den Präsidenten ernannt.<sup>1</sup> Das Parlament hat lediglich ein Mitspracherecht hinsichtlich der Sicherung russischer Staatsgrenzen sowie der Ratifizierung internationaler Verträge.<sup>2</sup> Eine beratende Funktion wird über die Dumausschüsse für internationale Angelegenheiten, geopolitische Fragen sowie GUS-Angelegenheiten wahrgenommen.

## **2.2 Die Macht des Präsidenten**

Jelzin demonstrierte 1992 mit einer Serie von Dekreten, daß er die von der Verfassung vorgesehene führende Rolle des Präsidenten in der Formulierung und Umsetzung der Außenpolitik wahrnehmen wollte.<sup>3</sup> Er unterstellte die Arbeit des Außenministeriums der präsidentiellen Oberaufsicht, indem er seinen Vertrauten Gennadij Burbulis, eine graue Eminenz im Kreml, als direkten Kontrolleur einsetzte. Der damalige Außenminister Kosyrew galt als Garant westlich orientierter russischer Außenpolitik, daher wurde er offiziell von Jelzin gestärkt. Gleichzeitig schuf Jelzin aber im Frühjahr 1992 den Sicherheitsrat als ein

---

<sup>1</sup> Vgl. Art.111 und Art.112 der Russischen Verfassung.

<sup>2</sup> Vgl. Art.106 der Russischen Verfassung.

<sup>3</sup> Vgl. Kirsten Westphal: Hegemon statt Partner – Rußlands Politik gegenüber dem „nahen Ausland“, Osteuropa, Bd. 7, Münster 1996, S.76.

ihm unterstelltes Gremium, das Entscheidungen des Präsidenten vorbereitet. *„So schien Jelzins Strategie schließlich auf eine Aufrechterhaltung des Aushängeschildes Kosyrew und auf eine Verlagerung der wirklichen Entscheidungen in andere Kanäle hinauszulau-  
fen.“*<sup>1</sup> Kurze Zeit später änderte sich der außenpolitische Kurs Jelzins, er wurde härter und nationalistischer. Kosyrew stellte einen Zusammenhang mit dem wachsenden Einfluß des Sicherheitsrates her. In der Folge forderte Jelzin die Diplomaten des Außenministeriums auf, die nationalen Interessen des Landes stärker zu vertreten.<sup>2</sup> So schwenkte Jelzin auf einen außenpolitischen Kurs ein, der sich auf historische Positionen und damit auf die alten Machtstrukturen und –eliten stützte, um seinen innenpolitischen Spielraum ange-  
sichts nationalistischer Tendenzen und seines Machtkampfes mit der Duma zu erweitern.<sup>3</sup> Außenminister Kosyrew selbst bestätigte 1995, daß über die wichtigen Fragen der russi-  
schen Außenpolitik nicht im Außenministerium am Smolensker Platz, sondern im Kreml entschieden werde.<sup>4</sup>

Für den Untersuchungszeitraum der vorliegenden Arbeit kann festgestellt werden, daß die russische Deutschlandpolitik nach der Auflösung der Sowjetunion von Jelzins Persönlichkeit und seinen Vorstellungen geprägt wurde. Wieviel Einfluß die verschiedenen Apparate und Berater des Präsidenten bei seinen jeweiligen Entscheidungen, vor allem bei angegrif-  
fener Gesundheit des Präsidenten, hatten, kann im Rahmen dieser Arbeit nicht beantwor-  
tet werden.<sup>5</sup> Die zeitweilige Konfusion im In- und Ausland darüber, wer in Rußland wel-  
che Rolle spielte, verdeutlicht ein Zitat des Vorsitzenden der Moskauer Stiftung zur Ver-  
teidigung der Glasnost, Simonow. Der urteilte über Zuständigkeit und Verantwortung in  
der russischen Führung so: *„Niemand ist für irgend etwas verantwortlich. Deshalb ist  
der Präsident praktisch für alles verantwortlich – und praktisch doch wieder nicht. Denn  
allen ist klar, daß eine Person nicht für alles verantwortlich sein kann. Als Ergebnis ha-*

---

<sup>1</sup> Ebenda, S.77.

<sup>2</sup> Vgl. ITAR-TASS, 30.1.1993.

<sup>3</sup> Vgl. Kirsten Westphal: a.a.O., S.77.

<sup>4</sup> Vgl. Horst Bacia: „Außenpolitik mit vielen Stimmen“, FAZ vom 29.5.1995.

<sup>5</sup> Einige der engsten Vertrauten Jelzins waren Alexander Korschakow, Leiter des präsidentialen Sicherheitsdien-  
tes, Wiktor Iljuschin, Assistent des Präsidenten und für die Koordination und Kontrolle der Dekrete und  
Verordnungen zuständig, Anatoli Tschubais, Leiter der Präsidentialverwaltung, Schamil Tarpischtschew,  
Tennis-Trainer von Jelzin, der später eine Außenhandelslizenz für den Rohstoffverkauf erhielt, Jelzins  
Tochter und andere illustre Persönlichkeiten aus der Umgebung des Präsidenten, seiner „Familie“.

*ben wir: Niemand ist für irgend etwas verantwortlich. Denn alle sind mit allen verfilzt.*<sup>1</sup>

Die trotz aller Unwägbarkeiten führende Rolle des Präsidenten in der russischen Außenpolitik kam der Freundschaft mit Helmut Kohl und dessen persönlichem Politikstil entgegen. Der russische Präsident schätzte und mochte den deutschen Kanzler und fragte ihn in schwierigen Situationen um Rat. Er freute sich nach Aussagen seines Pressesprechers Kostikow auf die Treffen mit Kohl und war sich sicher, daß er sich auf Kohls Wort verlassen könne.<sup>2</sup>

### **2.3 Der Sicherheitsrat und die außenpolitische Kommission**

Ursprünglich galt der Sicherheitsrat als Beratungsorgan des Präsidenten. Per Dekret erweiterte Jelzin die Kompetenzen des Sicherheitsrates dahingehend, daß dieser ab Juli 1992 wesentliche Grundsätze und Strategien der Innen- und Außenpolitik des Präsidenten entwickelte, die als Handlungsgrundlage für die Exekutivorgane der Russischen Föderation gelten.<sup>3</sup> Der Sicherheitsrat besaß von nun an die Kompetenz zur Behandlung aller sozialen, wirtschaftlichen und allgemein politischen Probleme und zur Entscheidungsvorbereitung im Bereich der Sicherheit.

Mit seinem Dekret vom Juli verstärkte Jelzin die Kompetenzverlagerung zu Lasten der Regierung. Es lagen zwar Überschneidungen zwischen den politischen Kompetenzen des Sicherheitsrates und der Ministerien vor, aber die Koordinations- und Kontrollbefugnis für die Durchsetzung der Entscheidungen des Präsidenten hatte der jeweilige Sekretär des Sicherheitsrates, zunächst Jurij Skokow, typischer Technokrat und ehemaliger Leiter eines Rüstungsbetriebes, ab 1993 Oleg Lobow, inne.<sup>4</sup> *„Die personelle Besetzung des Sicherheitsrates wies seit Anfang 1992 nahezu durchgehend ein Übergewicht national-konservativer Kräfte aus, die aufgrund ihrer politischen Couleur teilweise als dezidierte*

---

<sup>1</sup> „Fundsache“, FAZ vom 12.9.1998.

<sup>2</sup> Vgl. Tanja Wagensohn: a.a.O., S.215. Mehr zur Freundschaft Kohl-Jelzin in Kapitel VI.4.

<sup>3</sup> Vgl. Claudia Schmedt: a.a.O., S.64.

<sup>4</sup> Vgl. Ljuba Trautmann: a.a.O., S.145.

*Gegner der außenpolitischen Linie Kosyrews einzuschätzen sind.*<sup>1</sup> Zwei der konservativen Mitglieder waren die Reformgegner Alexander Rushkoj und Jurij Woronin.

Mit der Gründung der außenpolitischen Kommission beim Präsidenten im Dezember 1992 und der Unterstellung des Außenministeriums unter diese wurde klar, daß Sicherheitsrat und Kommission als konservatives Gegengewicht zur westlich-orientierten, liberalen Außenpolitik Kosyrews gestärkt wurden. Im April 1993 legte die außenpolitische Kommission ein Dokument namens *Grundlegende Leitsätze der Konzeption der Außenpolitik der Russischen Föderation* vor. In diesem wurde Rußland trotz innerer Krise der Status einer Großmacht zugesprochen, die in der internationalen Politik Gehör finden müsse. Die Intensivierung politischer Beziehungen zu westlichen Staaten sollte ab sofort nicht mehr zu den fundamentalen außenpolitischen Interessen Rußlands gezählt werden.<sup>2</sup>

## **2.4 Das Verteidigungsministerium und das Militär**

Im Kontext der Verfassungskrise im Herbst 1993 hatte sich die innenpolitische Lage in Rußland destabilisiert und war mit dem Versuch, Jelzin zu stürzen, eskaliert. In dieser Situation stützten Verteidigungsministerium und Militär den Präsidenten, wodurch dieser zu politischer Loyalität verpflichtet wurde: *„Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, daß die im November 1993 fertiggestellte russische Militärdoktrin inhaltlich stark auf die Interessen von Militär und Verteidigungsministerium gemünzt gewesen war und einen erheblichen Einfluß auf die russische Außenpolitik genommen hatte.*“<sup>3</sup> In der russischen Armee wurde und wird der Verlust des Weltmachtstatus nicht akzeptiert. Die Kohäsion des Offizierskorps soll durch das Beschwören des russischen Großmachtstatus bewahrt werden. Hinter der Forderung verbergen sich allerdings handfeste soziale und wirtschaftliche Interessen: Der *Militärisch-Industrielle Komplex (MIK)* verfolgt rein ökonomische Interessen in einem Zweckbündnis mit den Angehörigen des Militärs, die gern ih-

---

<sup>1</sup> Claudia Schmedt: a.a.O., S.64.

<sup>2</sup> Nesawissimaja Gaseta vom 29.4.1993, zit. nach Kirsten Westphal: a.a.O., S.83.

<sup>3</sup> Claudia Schmedt: a.a.O., S.67.

ren hohen sozialen Status aus Sowjetzeiten restaurieren würden.<sup>1</sup> Das Militär und mit ihm der MIK stellen eine starke *pressure group* dar, deren Loyalität von einer Interessensidentität zwischen militärischer und politischer Führung abhängig zu sein scheint.<sup>2</sup> Gerade die Konzeptionslosigkeit und Schwäche der politischen Führung in den Jahren 1992 und 1993 eröffneten dem Militär große Einflußmöglichkeiten. Die Armee spielte traditionell in Rußland eine wichtige Rolle in der Außenpolitik und fungierte meist als ihr wichtigstes Instrument, zumindest im nahen Ausland. Sie gilt als Wächter und Beschützer Rußlands. In diesem Sinne korrespondiert ihre Rolle mit dem traditionell territorial-militärisch geprägten Denken russischer Außenpolitiker.<sup>3</sup> Verteidigungsminister Gratschow repräsentierte in den neunziger Jahren Rußland mit starkem eigenen Profil im Ausland, wenn es um Fragen der NATO-Osterweiterung oder der KSE-Verträge ging.

## 2.5 Machtverteilung

Die innenpolitischen Unruhen im Herbst 1993 führten zu einer Erweiterung des Sicherheitsrates um zahlreiche interministerielle Kommissionen, durch die er an politischem Gewicht gewann. Der Sicherheitsrat und die außenpolitische Kommission sind weitgehend unabhängig, da sie keiner parlamentarischen Kontrolle unterliegen.<sup>4</sup>

Im Zuge des Tschetschenien-Krieges haben sich die autoritären Komponenten des russischen Regierungssystems weiter verstärkt. In der formalen Logik der Verfassung waren sie bereits angelegt und wurden dann in die politische Praxis umgesetzt. Die Sicherheitsstrukturen traten in den Vordergrund, der Sicherheitsrat begann sich von einem Koordinierungsorgan in das tatsächliche Zentrum zur Lenkung des Staates zu verwandeln.<sup>5</sup> Die Beschlüsse des Sicherheitsrates werden zudem nicht mit Stimmenmehrheit, sondern im

---

<sup>1</sup> Vgl. Heinrich Tiller und Frank Umbach: Kontinuität der russischen Streitkräfte unter Jelzin. Gefangene zwischen Vergangenheit und Zukunft, Bericht des BIOst Nr.52/1994, S23f.

<sup>2</sup> Siehe Kapitel IV dieser Arbeit.

<sup>3</sup> Siehe Kapitel III dieser Arbeit.

<sup>4</sup> Vgl. Claudia Schmedt: a.a.O., S.66.

<sup>5</sup> Vgl. Kirsten Westphal: a.a.O., S.72.

Konsens gefällt – eine Arbeitsweise, die an das alte Politbüro erinnert. Die Legislative als Kontrollorgan wurde von der Exekutive bei der Entscheidung zum Einmarsch in Tschechien übergeben. Es muß zudem konstatiert werden, daß eine horizontale wie auch eine vertikale Gewaltenteilung in Rußland nur noch rudimentär vorhanden sind. Bis Mitte 1995 existierte nicht einmal ein Verfassungsgericht, ohne das der Föderationsrat kein *impeachment* beginnen kann.<sup>1</sup> Die Macht der Regionen über den Föderationsrat wurde nach 2000 endgültig durch den neuen Präsidenten Putin gebrochen.

---

<sup>1</sup> Vgl. Kirsten Westphal: a.a.O., S.72.

### III. Normenanalyse: Normative Grundlagen der deutsch-russischen Beziehungen

#### 1. Normative Grundlagen deutscher Rußlandpolitik

Bundeskanzler Kohl hatte in seiner ersten Regierungserklärung vom 13. Oktober 1982 die Kontinuität, die seine Ost- und Deutschlandpolitik prägen sollte, so zum Ausdruck gebracht: „Die Grundlage sind die geschlossenen Verträge, nach deren Buchstaben und Geist wir unsere Politik mit dem Osten gestalten wollen. Unser Ziel bleibt eine gesamteuropäische Friedensordnung.“<sup>1</sup> Während und nach dem Vollzug der deutschen Einheit wurde von der bundesdeutschen Diplomatie diese Kontinuität immer wieder betont; nach innen wie nach außen sollten in der Zeit des Vereinigungsprozesses Berechenbarkeit und Verlässlichkeit demonstriert werden. Am Tag der Wiedervereinigung, am 3. Oktober 1990, blickten die europäischen Nachbarn dennoch mit gemischten Gefühlen auf Deutschland. Erste Reaktionen der europäischen Verbündeten, geäußert durch Margaret Thatcher und François Mitterand, zeigten Befürchtungen, die alten Hegemonialambitionen könnten erneut aufleben und die wieder erreichte Größe und Wirtschaftsmacht des vereinten Deutschland zur Durchsetzung deutscher Interessen in Europa mißbraucht werden.<sup>2</sup> Um diese Ängste zu zerstreuen, versprach Kohl eine feste Einbettung Deutschlands in europäische Strukturen, die mit dem Vertrag von Maastricht über die Europäische Union und die EWU zementiert wurde.<sup>3</sup>

Doch schon das energische deutsche Handeln im Vorfeld der Wiedervereinigung angesichts internationaler Unwägbarkeiten - die Sowjetunion bestand noch, das Zerfallen des Ostblocks hatte gerade erst begonnen - schien auf ein neues Selbstbewußtsein hinzudeuten, wie der ehemalige deutsche Botschafter Hans Arnold schreibt: „Die Interpretation,

---

<sup>1</sup> Helmut Kohl zitiert nach Jens Hacker: Die Ostpolitik der konservativ-liberalen Bundesregierung seit dem Regierungsantritt 1982, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 14/1994, S.19.

<sup>2</sup> Vgl. Thomas Müller: „Abschied von der deutschen Frage. Deutschlands europäische Verankerung im Westen“, *NZZ* vom 9./10.8.1997.

<sup>3</sup> Vgl. Ingo Peters: Vom „Scheinzwerg“ zum „Scheinriesen“ – deutsche Außenpolitik in der Analyse, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, Nr.4/1997, S.362-388.

*den entschlossenen Vollzug der Einheit durch die deutsche Außenpolitik als ein Zeichen für einen neuen Anspruch auf neue deutsche Größe zu verstehen, drängt sich auf.*<sup>1</sup> Wurden also die Kontinuitäten deutscher Außenpolitik durch die neue, vehemente Verfolgung deutscher Interessen gebrochen?

## **1.1 Konstanten deutscher Außenpolitik**

### **1.1.1 Die Westbindung**

Die junge Bundesrepublik war nach ihrer Gründung in ihren außenpolitischen Möglichkeiten durch ihre Semi-Souveränität stark eingeschränkt, die klassische bilaterale Diplomatie bot keine Optionen. *„Unter diesen Bedingungen der Unterordnung und Abhängigkeit entwickelten sich multilaterale Kontakte, die Deutschland nach dem Krieg ermunterten, sich wieder auf internationalen Schauplätzen zu engagieren.“*<sup>2</sup> Die europäischen Nachbarn, allen voran Frankreich, hatten nach Kriegsende ein gesteigertes Interesse an der festen Einbindung Deutschlands in europäische Sicherheitsstrukturen. Dem entsprach Adenauers Strategie der Westbindung, um über Versöhnung und Integration eine neue Vertrauensbasis aufzubauen. Helmut Kohl hat in der Tradition Adenauers immer wieder die Wichtigkeit der Einbettung Deutschlands in ein internationales Sicherheitssystem mit mehrstufigen Kontrollinstanzen und gegenseitiger wirtschaftlicher Abhängigkeit betont.<sup>3</sup> Die Institutionalisierung dieser Grundsätze deutscher Außenpolitik zeigte sich hauptsächlich in der atlantischen Allianz und der Integration in die sich entwickelnde europäische Gemeinschaft. Gerade die Entwicklung der EU und EWU hat Kohl - auch gegen Widerstände europäischer Nachbarn - vehement vorangetrieben und die deutsche Politik ins europäische Korsett geschnürt.<sup>4</sup>

---

<sup>1</sup> Hans Arnold: a.a.O., S.18.

<sup>2</sup> William M. Chandler: Deutschland: Noch immer Europas gezähmter Riese?, in: Politische Studien, Heft 368, Nov./Dez. 1999, S.122.

<sup>3</sup> Vgl. ebenda.

<sup>4</sup> Christian Müller schreibt dazu in der NZZ: „Wenn Mißgunst und Aberwitz daraus nun mancherorts wieder Fußnoten werden auf der nächsten Seite fortgesetzt.“

### 1.1.2 Neue Ostpolitik und „Genscherismus“

In den siebziger Jahren wurde mit der *Neuen Ostpolitik*<sup>1</sup> der Grundstein für eine Politik des *Genscherismus*<sup>2</sup> in den achtziger Jahren gelegt. Hans-Dietrich Genscher war der dienstälteste Außenminister der Bundesrepublik (1974-1992); seine Dienstzeit machte das Gros der insgesamt 29 Jahre andauernden Leitung des Auswärtigen Amtes (AA) durch FDP-Außenminister aus (neben Walter Scheel und Klaus Kinkel). Die liberale Führung des AA prägte einen politischen Kurs der Zurückhaltung und begründete damit eine Tradition, die von den großen Parteien akzeptiert wurde.

Der *Genscherismus* kombinierte den Mangel an eigener nationaler Macht mit den Machtfaktoren NATO und EG. Ihre Grenzen fand die deutsche Politik immer dort, wo die Einbindung Deutschlands in die NATO oder die EG gefährdet werden konnte. Eine rein selbstverantwortliche nationale deutsche Außenpolitik war nicht möglich. Der *Genscherismus* orientierte sich an vier Konstanten der Weltpolitik: der eingeschränkten deutschen Souveränität, der Funktion von EG und NATO als Westblock, der zwangsläufigen Einbindung der Bundesrepublik in den Westblock, an der DDR und der Sowjetunion und damit der Rücksichtnahme auf beide.<sup>3</sup>

Im Zuge der Ereignisse der Jahre 1989 bis 1991 verlor der *Genscherismus* seine Bezugspunkte und setzte sich am 23. Dezember 1991 selbst ein Ende, als der deutsche Außenmi-

---

ein deutsches Hegemoniestreben in europäischem Gewand abzuleiten versuchen, laufen sie Gefahr, der bald wieder in Berlin formulierten deutschen Politik selber eine Pickelhaube aufzusetzen, wie sie indes nur museal im Zeughaus Unter den Linden vorhanden ist.“

<sup>1</sup> Die Entwicklung der Neuen Ostpolitik unter der Ägide von Egon Bahr wurde in dieser Arbeit bereits dargestellt.

<sup>2</sup> Zur Entstehung des Begriffs „Genscherismus“: Risse-Kappen sieht den Ursprung in amerikanischen Reaktionen auf Genschers Aufforderung im Jahre 1986, Gorbatschow und dessen Reformwillen zu vertrauen und ihn zu unterstützen. Damit nahm Genscher eine gegensätzliche Position zur US-Regierung ein. Vgl. Thomas Risse-Kappen: Anti-Nuclear and Pro-Detente? The Transformation of the West German Security Debate, in: Rattinger, Hans / Munton, Don (Hrsg.): Debating National Security. The Public Dimension, Frankfurt/Main 1991, S.269-299, hier: S.296.

<sup>3</sup> Vgl. Hans Arnold: a.a.O., S.21.

nister die völkerrechtliche Anerkennung von Kroatien und Slowenien gegen starken äußeren Druck durchsetzte.<sup>1</sup> Durch diesen erstmaligen Alleingang Deutschlands, der die Internationalisierung des Jugoslawien-Konflikts zur Folge hatte, waren die Regeln des Genscherismus gebrochen. Kurz darauf trat der langjährige deutsche Außenminister, der sich um die Einheit so verdient gemacht hatte, unerwartet zurück.

### **1.1.3 Von Bonn nach Berlin: die veränderte geopolitische Lage**

Der verkündeten Kontinuität der deutschen Außenpolitik steht eine relative Änderung der geopolitischen Lage gegenüber. Aus der östlichen Randlage während des Kalten Krieges befreit, wird Deutschland nun wieder in der traditionellen europäischen Mittellage wahrgenommen, die hier als Element der Kontinuität aufgefaßt wird. Deutschland, im Herzen Europas gelegen, ist wichtiges Transitland, bildet wieder die Brücke vom westlichen lateinisch-atlantischen Europa zu den Reformstaaten des östlichen, slawischen Europa. Die beiden innerdeutschen „Speerspitzen“ des Ost- und Westblocks sind zu Brückenpfeilern geworden; die Brücke zwischen alten und neuen Bundesländern ist ein kleines Abbild des Brückenschlags über die historischen Kulturgrenzen zwischen den wegen eines jahrzehntelangen Kalten Krieges auseinandergerückten Teilen Europas.

Deutschland verbindet wie ehemals alle Halbinseln, aus denen der europäische Kontinent besteht und liegt im Schnittpunkt der Nord-Süd- und der Ost-West-Achsen. Der Unterschied zur historischen geopolitischen Situation ist allerdings die feste Einbindung Deutschlands in die westlichen Bündnissysteme. Die Diagonale der europäischen Balance verlief nach dem Zweiten Weltkrieg im Westteil des Kontinents von Mailand-Turin über das westdeutsche Industrialisierungsgebiet bis zum belgisch-französischen Becken.<sup>2</sup> Nun ist eine Ostverschiebung Europas zu konstatieren, die die Statik des europäischen Hauses entscheidend veränderte; die deutsche Hauptstadt liegt jetzt auf der Linie der alten Resi-

---

<sup>1</sup> Deutschland widersetzte sich damit den Wünschen des UNO-Generalsekretärs, des UN-Sicherheitsrates, der USA und beinahe aller seiner EG-Partner.

<sup>2</sup> Vgl. Wolf Jobst Siedler: „Wo ist der Deutschen Hauptstadt?“, FAZ vom 20.6.1998.

denzstädte Dresden, Prag und Wien. Den skandinavischen und osteuropäischen Staaten ist eine größere Bedeutung zugewachsen, Rußland ist Europa nähergerückt.

Die deutsche Sicht auf Rußland kann sich einer Wahrnehmung der geopolitischen Situation nicht verschließen. Ein zerrissenes, zerfallendes Rußland würde über Ostmitteleuropa hinaus die Sicherheit Deutschlands in hohem Maße gefährden, Stichworte sind hier: unkontrollierte Waffenexporte einschließlich nuklearer Komponenten, Massenimmigration über Ostmitteleuropa nach Westeuropa, ökologische Katastrophen mit ihren Ausstrahlungen nach Westeuropa. Unter all seinen westlichen Partnern könnte Deutschland den größten Nutzen aus einem Erfolg der Reformprozesse in Rußland sowie aus der Erweiterung von NATO und EU ziehen. Ein vorgelagerter Puffer von osteuropäischen Mitgliedsstaaten dämpft Sicherheitsrisiken für Deutschland, die von Rußland ausgehen könnten und erleichtert den Zugang zum russischen Markt.<sup>1</sup> Auch soll die Entstehung eines stabilitätsgefährdenden *Zwischeneuropa* historischer Prägung vermieden werden, wodurch Deutschland wieder in eine Randlage geraten könnte.

Im Kontext der neuen und alten Rolle Deutschlands als Mittler zwischen Ost und West erhält die Entscheidung über die Rückverlegung der deutschen Hauptstadt und des Regierungssitzes von Bonn nach Berlin eine größere, auch symbolische Bedeutung. Die alte Bundesrepublik hatte einen Regierungssitz in einer kleinen Stadt nahe der Westgrenze des Landes, im Kernbereich von Westeuropa. Die Großstädte der Bundesländer, überwiegend im lateinischen Deutschland am Rhein gelegen, mit ihrer bis 2.000 Jahre zurückreichenden urbanen Geschichte, teilten sich die metropolitanen Attribute von Kultur und Wirtschaft.

Nun besitzt Deutschland mit seiner über 750 Jahre alten Reichshauptstadt wieder ein urbanes Zentrum, eine Metropole, die auch für die Tradition des nordostelbischen Deutschland und der Ostkolonisation steht. Berlins Wiederaufstieg zu einem europäischen Kultur- und Wirtschaftszentrum und zum Verkehrsknotenpunkt hat schon längst begonnen. Dieses Zentrum liegt nur eine Fahrtstunde von der polnischen Grenze entfernt; Prag, Warschau, selbst Kiew und Moskau sind in „greifbare“ Nähe gerückt - Erinnerungen an das alte Preußen mit der Residenzstadt Berlin, seinen Ostprovinzen und den freundschaftlichen Bindungen an Moskau werden wach. So wurde die Verlagerung Gesamtdeutschlands

---

<sup>1</sup> Vgl. Heinz Timmermann: „Kein Sonderverhältnis, aber ein dichtes Beziehungsgeflecht“, Das Parlament vom 10.5.1996.

nach Osten noch akzentuiert durch die Entscheidung des Bundestages zur Verlegung von Hauptstadt und Regierungssitz im Juni 1991. Diese Entscheidung wurde auch in Rußland als Symbol wahrgenommen. Dort gilt Berlin als *Tor nach Osten*, das eine Öffnung in Richtung Osteuropa für die zukünftige Außenpolitik Deutschlands bedeutet.<sup>1</sup> Zu der provinziellen, rheinisch-katholisch geprägten Hauptstadt Bonn hatte Rußland keinen emotionalen Bezug. Erinnerungen werden hingegen wach, wenn das Wort *Berlin* fällt, aufgeladen durch die Wechselhaftigkeit der deutsch-russischen Beziehungen in den Weltkriegen und den Jahren dazwischen, die Position Berlins und Ostdeutschlands im Kalten Krieg als Speerspitze sowjetischer Interessen in Mitteleuropa.

## 1.2 Normative Neuorientierung?

Die Kontinuität der deutschen Ostpolitik, speziell der Rußlandpolitik, wurde durch die Umwandlung der „Bonner“ in die „Berliner Republik“ nicht in gleichstarkem Maße wie durch den Zusammenbruch des Ostblocks beeinflusst. Zu gewichtig sind die innenpolitischen (z.B. soziale Marktwirtschaft, Föderalismus, parlamentarische Demokratie und Rechtsstaatlichkeit) und die außenpolitischen (Einbindung in EU, NATO und KSZE) Kontinuitäten, die den Charakter dieser Republik und damit die Richtung der gesamten Außenpolitik bestimmen.<sup>2</sup> Der normativen Stabilität stehen jedoch einige Veränderungen der äußeren Bedingungen gegenüber, wobei hier zwischen absoluten Veränderungen des internationalen Systems und relativen Änderungen der äußeren Sicht auf Deutschland unterschieden werden muß.

Ein Faktor der Veränderung ist die Vergrößerung der Ressourcen der Bundesrepublik durch den Anschluß der ehemaligen DDR, die zunächst Ängste über die künftig dominierende wirtschaftliche Macht Deutschlands innerhalb der EU bei den Nachbarn auslöste.<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. E. Bowkun: „Reschenje prinjato: Germanskaja stoliza pereshajet“, *Iswestija* vom 18.6.1991.

<sup>2</sup> Michael Kreile: Verantwortung und Interesse in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 5/1996, S.3-11, hier S.5.

<sup>3</sup> Genscher beispielsweise führt Margaret Thatchers Vorbehalte gegen die deutsche Einigung an. Vgl. Hans-Fußnoten werden auf der nächsten Seite fortgesetzt.

Diese Sorge hat sich jedoch im Laufe der neunziger Jahre in Anbetracht der tatsächlichen Entwicklungen erübrigt, sich vielmehr umgewandelt in die Sorge über die Schwäche Deutschlands, bedingt durch wirtschaftliche Schwierigkeiten bei der Bewältigung der Wiedervereinigung, einen beträchtlichen Reformstau auf strukturell-politischem Gebiet, im Bildungssektor wie im Steuerrecht, und den Rückgang der Innovationsfähigkeit. Dazu kam das unsichere Lavieren auf dem Feld der Außen- und Sicherheitspolitik, das einem vorsichtigen Manövrieren zwischen historischen Schuldkomplexen, aufkeimendem Selbstbewußtsein, Bündnisverpflichtungen, osteuropäischen Erwartungen und moralischen Attitüden glich. Angesichts dieser Unsicherheiten wurde nicht nur im Ausland, sondern auch im Inland in allen Bereichen des öffentlichen Lebens, in Presse, Politik und Wissenschaft die Debatte über die zukünftige Ausrichtung der deutschen Außenpolitik geführt.<sup>1</sup>

Eine gewisse Klarheit über die normative Bindung der deutschen Außenpolitik sollte Kohls erste Regierungserklärung anlässlich der ersten Sitzung des gesamtdeutschen Bundestages am 3. Oktober 1990 bringen: Deutschland habe sich, so die offizielle Verlautbarung, auf der Grundlage der friedenspolitischen Vorgaben seiner Verfassung, der freiheitlichen Traditionen der deutschen Geschichte und der Verpflichtungen aus dem Zwei-plus-vier-Vertrag dafür entschieden:

- auch weiterhin Hoheitsrechte auf zwischenstaatliche Einrichtungen zu übertragen und sich in Systeme kollektiver Sicherheit einzuordnen;
- an der inhaltlichen Vertiefung und der räumlichen Erweiterung der europäischen Integration festzuhalten;
- für die Einheit Gesamteuropas unter Einschluß der Sowjetunion einzutreten;
- die transatlantische Partnerschaft über die Zusammenarbeit in der NATO hinaus als „Werte- und Schicksalsgemeinschaft“ weiter auszubauen;
- den globalen Abrüstungsprozeß voranzutreiben;
- die Vereinten Nationen in ihrer ordnungspolitischen Funktion zu stärken;

---

Dietrich Genscher: Erinnerungen, Berlin 1995, S.676.

- einen größeren Beitrag zur Bewältigung globaler Herausforderungen wie Armut, Umweltschutz und Terrorismus zu leisten.<sup>2</sup>

Um diesen Zielsetzungen entsprechen zu können, sei Deutschland bereit, eine „größere Verantwortung in der Völkergemeinschaft insgesamt“<sup>3</sup> wahrzunehmen. Damit war der Schlüsselbegriff der *internationalen Verantwortung* eingeführt worden, dessen scheinbar dialektischer Gegensatz zur Wahrnehmung *nationaler Interessen* die Debatte über die Ausrichtung der deutschen Außenpolitik in den folgenden Jahren prägte und den Übergang von der alten Bonner zur Berliner Republik begleitete.<sup>4</sup>

### 1.2.1 Internationale Verantwortung und Wertbindung

Wenn in der deutschen Politik von *internationaler Verantwortung* die Rede ist, sollen damit zumeist die Erwartungen und Rollenzuweisungen der Bündnispartner und die Wertbindung deutscher Außenpolitik beschrieben werden. Der Begriff kann aber auch verwendet werden, um Machtinteressen zu legitimieren. Hinter der Betonung der *internationalen Verantwortung* kann das Ziel stehen, die eigene Außenpolitik der innenpolitischen Auseinandersetzung zu entziehen, indem auf Verpflichtungen gegenüber internationalen Partnern verwiesen wird.<sup>5</sup> Der Aspekt des Machtinteresses ergibt sich aus der Bedeutung des Wortes *Verantwortung*, das in der Politik zur Verklausulierung von Machtansprüchen genutzt werden kann: Man will keine Macht erringen, sondern Verantwortung übernehmen. So könnte Verantwortung als Chiffre für einen größeren Machtanspruch betrachtet werden.<sup>6</sup>

Die Wertbindung der deutschen Außenpolitik folgt aus der Anerkennung der Menschen-

---

<sup>1</sup> Vgl. Michael Kreile: a.a.O., S.3.

<sup>2</sup> Vgl. Helmut Kohl: Regierungserklärung vom 3.Oktober 1990, in: Deutsche Außenpolitik 1990/91, S.215-222.

<sup>3</sup> Ebenda, S.221.

<sup>4</sup> Vgl. Michael Staack: Handelsstaat Deutschland. Deutsche Außenpolitik in einem neuen internationalen System, Paderborn 2000., S.464.

<sup>5</sup> Vgl. Michael Kreile: a.a.O., S.4.

<sup>6</sup> Zum Begriff der Macht siehe Kapitel V vorliegender Arbeit.

rechte und der Rechtsstaatlichkeit, der Minderheitenrechte und des Rechts auf Selbstbestimmung. Es zeigte sich, daß diese Wertbindung zwar die Grundlinien deutscher Rußlandpolitik bestimmt, im konkreten Fall aber zugunsten pragmatischen Vorgehens vernachlässigt wird: „*Es ist notwendig, daß Deutschland den moralischen Faktor stärker in seine Politik mit einbezieht.*“<sup>1</sup> Mit dieser Feststellung brachte der ehemalige polnische Außenminister Krzysztof Skubiszewski im Jahre 1995 seinen Amtskollegen Kinkel bei den Feierlichkeiten zum 125. Jahrestag des Auswärtigen Amtes in Verlegenheit. Er verlagerte die Diskussion über die traditionelle und die zukünftige deutsche Ostpolitik auf eine unerwünscht kritische Ebene, auf die Frage nach den Werten. Aktueller Anlaß war die zurückhaltende deutsche Haltung angesichts des Tschetschenien-Krieges. Skubiszewski stellte fest, die Bundesregierung und ihre westlichen Partner hätten sofort und mit allem Nachdruck gegen das brutale Vorgehen Moskaus protestieren müssen. Kinkel entgegnete, wichtiger sei ein Festhalten an Kontinuitäten und unveränderten Prioritäten, wie der europäischen Integration Rußlands auf der einen, dem atlantischen Zusammenhalt und der koordinierten Osterweiterung von EU und NATO auf der anderen Seite.<sup>2</sup> Skubiszewskis Hinweis und Kinkels Reaktion machten klar, daß es sich hier um grundsätzliche Fragen außenpolitischer Methodik handelt: Moskaus Vorgehen sollte kritisiert und gleichzeitig Rußland nicht destabilisiert werden. Das Dilemma ist für die deutsche Außenpolitik nicht neu, denn sie stand jahrzehntelang vor dem Zwang, zwischen ihrem grundsätzlichen Beharren auf Werten wie Selbstbestimmung und Menschenrechten sowie den praktischen Erfordernissen eines Arrangements mit den kommunistischen Regimes des Ostblocks zu navigieren.

In diesem Sinne kann die normative Kontinuität der deutschen Ostpolitik durchaus als gewahrt betrachtet werden. Ein ständiges Abwägen zwischen Verantwortung gegenüber abstrakten Werten auf der einen und realen Folgen der Außenpolitik auf der anderen Seite bestimmte auch die Grundmuster der Rußlandpolitik in den neunziger Jahren.

---

<sup>1</sup> Krzysztof Skubiszewski zitiert nach Bernt Conrad: „Kinkel im Spagat zwischen Moral und Realpolitik“, Die Welt vom 18.1.1995.

<sup>2</sup> Vgl. Bernt Conrad: „Kinkel im Spagat zwischen Moral und Realpolitik“, Die Welt vom 18.1.1995.

## 1.2.2 Nationale Interessen

Eine Analyse der deutschen Rußlandpolitik der Jahre 1990 bis 1998 wird dadurch erschwert, daß weder in dieser Zeit noch zuvor eine offizielle Festlegung der konkreten nationalen Interessen Deutschlands durch die Bundesregierung erfolgt ist. In der vorliegenden Arbeit wird der Begriff der nationalen Interessen zunächst theoretisch abgehandelt. Danach werden die im Weißbuch der Bundeswehr<sup>1</sup> von 1994 zumindest fragmentarisch dargelegten nationalen Interessen Deutschlands erörtert.

Die beiden Begriffe *internationale Verantwortung* und *nationales Interesse* schließen sich keineswegs aus, sondern sind eng miteinander verflochten. In der internationalen Politik impliziert Wahrnehmung von Verantwortung meist die Ausübung von Macht, auch militärischer Macht. Die Macht im internationalen Kontext wird in erster Linie in Verantwortung für den eigenen Staat ausgeübt, dient also der Durchsetzung nationaler Interessen. Im Umkehrschluß liegt es im nationalen Interesse Deutschlands, internationale Verantwortung zu übernehmen.<sup>2</sup>

Zur Klärung des Begriffes *nationales Interesse* soll hier eine Definition von Arnold Bergsträsser herangezogen werden: „*Unter Interesse wird verstanden die der Bildung des politischen Willens zugrunde liegende Sorge um Gegenwart und Zukunft der Daseinsstruktur des außenpolitisch vertretenen Volks- und Gesellschaftskörpers. Was also im Einzelfall als Interesse gilt, ist das Ergebnis konkreter Daseinslagen einerseits und geistig bestimmter Auffassungen von Sinn und Ziel der Außenpolitik andererseits.*“<sup>3</sup> In dieser Definition kommt die Ambivalenz zum Ausdruck: *Nationales Interesse* wird von der Situation sowie von Werten - und damit auch der *Verantwortung* - bestimmt.

Der Begriff des *nationalen Interesses* erschien nach 1945 in Deutschland nicht angebracht, zu negativ war die Konnotation. Die im Zuge der Westbindung in den vier Jahrzehnten danach erfolgte Multilateralisierung der deutschen Außenpolitik durch die europäische Integration führte zu einer Dämonisierung des Begriffes *Nation* im außenpolitischen Kontext und zu einer Idealisierung der gemeinschaftsorientierten Politik der Bun-

---

<sup>1</sup> Weißbuch 1994. Weißbuch zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage der Bundeswehr, Bonn 1994.

<sup>2</sup> Vgl. Karl Kaiser und Hanns W. Maull: Deutschlands neue Außenpolitik. Grundlagen, München 1994, S.24.

<sup>3</sup> Arnold Bergsträsser: Auswärtige Politik, Herder Staatslexikon, Band 1, Freiburg, S.761.

desrepublik.<sup>1</sup> Aber kann, so fragt Hacke, „*das vereinte Deutschland angesichts dramatischer Renationalisierungstendenzen in Europa und in der Welt und gleichzeitig angesichts offenkundiger Mängel und Krisen einer gemeinschaftlich orientierten Außenpolitik im Angesicht des Krieges auf dem Balkan die Dämonisierung einer Politik des nationalen Interesses und die Idealisierung der Gemeinschaftsinteressen aufrechterhalten, oder ist eine neue Balance zwischen Nation und Integration in Europa und für die deutsche Außenpolitik in Erwägung zu ziehen?*“<sup>2</sup>

Es stellt sich also die Frage, ob eine klare Definition der nationalen Interessen einer selbstbewußten Politik nicht förderlich gewesen wäre, gerade angesichts der argwöhnischen Blicke der Weltöffentlichkeit auf die möglicherweise geheimgehaltenen wahren Beweggründe der deutschen internationalen Aktivitäten. Eine Erklärung der nationalen Interessen kann als Voraussetzung für eine auf Sachlichkeit und Kompromißfähigkeit basierende Diplomatie über ideologische, religiöse und moralische Gegensätze hinweg betrachtet werden, also für eine Diplomatie, die etwaige Gegensätze auch zwischen Deutschland und Rußland marginalisieren könnte.

### **1.2.3 Das Weißbuch der Bundeswehr**

Die Stimmen, die in den neunziger Jahren eine klare Interessendefinition deutscher Außenpolitik forderten, mehrten sich im In- und Ausland. Die christlich-liberale Bundesregierung hatte kein strukturiertes Konzept vorgestellt, das die neuen deutschen Interessen der Welt präsentiert hätte. Allgemeine Leitlinien der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik waren nur dem „*Weißbuch 1994 zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik und zur Lage der Bundeswehr*“<sup>3</sup> zu entnehmen. Das Weißbuch formuliert fünf zentrale Interessen, von denen die Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands nach dem Ende des Ost-West-

---

<sup>1</sup> Vgl. Christian Hacke: Die neue Bedeutung des nationalen Interesses für die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Aus Politik und Zeitgeschichte, 1-2/1997, S.3-14, hier S.3.

<sup>2</sup> Christian Hacke: a.a.O., S.3.

<sup>3</sup> Vgl. Weißbuch 1994. Weißbuch zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage der Bundeswehr, Bonn 1994. Im Folgenden zitiert als: Weißbuch 1994.

Konflikts geleitet wird. Die drei erstgenannten Interessen stehen in der Kontinuität der Außenpolitik der alten Bundesrepublik und somit in der Tradition des Genscherismus. Sie umfassen: *„die Bewahrung von Freiheit, Sicherheit und Wohlfahrt der Bürger Deutschlands und der Unversehrtheit seines Staatsgebietes“*, *„die Integration mit den europäischen Demokratien in der Europäischen Union“* und *„das transatlantische Bündnis mit den USA.“*<sup>1</sup>

Das vierte Interesse bezieht sich auf die veränderte Situation im neuen Europa und verlangt *„...eine auf Ausgleich und Partnerschaft bedachte Heranführung unserer östlichen Nachbarstaaten an westliche Strukturen und die Gestaltung einer neuen, alle Staaten Europas umfassenden, kooperativen Friedensordnung“*<sup>2</sup>. Die gesamte deutsche Rußlandpolitik der neunziger Jahre wurde vom Anstreben einer gesamteuropäischen Friedensordnung überlagert und geprägt.<sup>3</sup> Vor diesem Hintergrund müssen alle Anstrengungen Deutschlands betrachtet werden, den Reformprozeß in Rußland voranzutreiben und eine Isolation Rußlands in Europa zu verhindern. Die traditionellen freundschaftlichen Beziehungen zwischen Russen und Deutschen durften nur im gesamteuropäischen Kontext wiederbelebt werden, ohne den Argwohn der Nachbarn zu erwecken, es könnte ein neues Sonderverhältnis mit dem Ziel eines Kondominiums über Europa angestrebt werden.

In der mittel- und osteuropäischen Nachbarschaft Deutschlands wurde eine friedliche, sichere Demokratisierung durch die Überlegung beeinflusst, ob es möglich war, die Ergebnisse der russischen Reformen zu stabilisieren. Deutsche Diplomatie hatte die Aufgabe zu lösen, Rußland in die westlichen Systeme mit zu integrieren. Deutschland war und ist nicht in der Lage, Rußland im Alleingang zu demokratisieren. Damit Deutschland die „Bürde des Ostens“ nicht allein zu tragen hatte, mußten der Rapallo-Weg vermieden und die Lasten des osteuropäischen Reformprozesses unter den westlichen Ländern aufgeteilt werden. Damit begründete sich die Multilateralisierung der deutsch-russischen Beziehungen.

---

<sup>1</sup> Weißbuch 1994, S.42.

<sup>2</sup> Ebenda.

<sup>3</sup> Laut Chandler glaubten deutsche politische Führungspersonlichkeiten gern daran, daß Ihre nationalen Interessen mit den Zielen der europäischen Integration übereinstimmten, wobei während Kohls Amtszeit diese Vorliebe durch die forcierte Entwicklung der EU besonders auffällig wurde. Vgl. William M. Chandler: Deutschland: Noch immer Europas gezähmter Riese?, in: Politische Studien, Heft 368, Nov./Dez. 1999, S.33-53, hier: S.40.

Der fünfte zentrale Punkt spiegelt die bekannte Verknüpfung von Interesse und Verantwortung wider, bezieht sich auf die Grundwerteorientierung und verlangt *„die weltweite Achtung des Völkerrechts und der Menschenrechte und eine auf marktwirtschaftlichen Regeln basierende gerechte Weltwirtschaftsordnung; denn die Sicherheit der einzelnen Staaten ist nur in einem System globaler Sicherheit mit Frieden, Recht und Wohlergehen für alle gewährleistet“*.<sup>1</sup> Der hehre Anspruch des Weißbuches sei begrüßenswert, schreibt Kreile, doch stelle sich hier die Frage, ob die *„Beglückung der ganzen Welt“* zum nationalen Interesse erhoben werden solle.<sup>2</sup>

Die Ambivalenz von Werten einerseits und dem Anstreben konkreten Machtzuwachses für den Nationalstaat andererseits kommt in den Formulierungen des Weißbuches kaum zum Ausdruck. Zudem ist fraglich, wie weit die moralische Selbstbindung in der Realpolitik beachtet wird, ob sie nicht vielmehr von konkreten Interessen - ob wirtschaftlichen oder persönlichen - ausgehebelt wird.<sup>3</sup> Ein Beispiel: Bundeskanzler Kohl führte als Argument zugunsten einer Unterstützung Jelzins in Krisensituationen immer wieder die Stärkung der demokratischen Reformen in Rußland (ein erklärtes nationales deutsches Interesse) an. Doch scheint es eher, als sei diese Unterstützung einem Mann zugute gekommen, der sich meistens keineswegs wie ein Demokrat verhielt. Alternative politische Kräfte, die in Moskau für eine Demokratisierung eintraten, wurden mißachtet.<sup>4</sup> Somit bleibt fraglich, ob hier von moralischer Selbstbindung gesprochen werden kann.

#### **1.2.4 Das deutsch-sowjetische Vertragswerk**

Die deutsch-sowjetischen Verträge des Jahres 1990 weisen starke innere Zusammenhänge mit dem innerdeutschen Einigungsvertrag vom 31.8.1990 und dem *Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland*, dem sogenannten *Zwei-plus-vier-*

---

<sup>1</sup> Weißbuch 1994, S.42.

<sup>2</sup> Michael Kreile: a.a.O., S.8.

<sup>3</sup> Zu den konkreten deutschen Interessen in den deutsch-russischen Beziehungen siehe Kapitel IV.

<sup>4</sup> Vgl. „Kohl in Moskau - Wutausbruch Jelzins gegen die Osterweiterung der Nato“, FAZ vom 20.2.1996.

*Vertrag* vom 12. September 1990 auf. So ergab sich die Notwendigkeit weiterer Verträge aufgrund bestimmter Aussagen im Zwei-plus-vier-Vertrag.<sup>1</sup> Beispielsweise forderte Art.4 Abs.1 eine Regelung der *„Bedingungen und der Dauer des Aufenthaltes der sowjetischen Streitkräfte auf dem Gebiet der heutigen Deutschen Demokratischen Republik und Berlins sowie die Abwicklung des Abzugs dieser Streitkräfte“*, und damit das Zustandekommen des Truppenabzugsvertrages vom 12. Oktober 1990, der alle Modalitäten des Truppenabzugs penibel festlegte.<sup>2</sup> Die Voraussetzung für diesen Vertrag lieferte das *„Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der UdSSR über einige überleitende Maßnahmen“* vom 9. Oktober, mit dem die finanziellen Leistungen der Bundesrepublik an die Sowjetunion im Rahmen des Truppenabzugs vereinbart wurden. So verpflichtete Deutschland sich zur Zahlung von insgesamt 15 Milliarden Mark. Die ursprünglichen Forderungen der Sowjetunion lagen bei 18 Milliarden Mark, das Angebot der Bundesregierung bei 7 Milliarden.<sup>3</sup>

Auf eine neue Grundlage wurde das deutsch-sowjetische Verhältnis mit dem Partnerschaftsvertrag vom 9. November 1990 gestellt.<sup>4</sup> Der Vertrag hat eine Laufzeit von 20 Jahren und verlängert sich stillschweigend um jeweils fünf weitere Jahre. Im Artikel 5 des Vertrages wird das Ziel der Institutionalisierung und Stärkung der KSZE zum Ausgleich für die deutsche NATO-Mitgliedschaft angesprochen. In Artikel 4 verpflichten sich beide Seiten, auf eine Reduzierung der Streitkräfte und der Rüstung mit dem Ziel eines stabilen Gleichgewichts auf niedrigem Niveau hinzuwirken. *„Artikel 6 des Partnerschaftsvertrages enthält Bestimmungen, die an den deutsch-französischen Vertrag erinnern, den Bundeskanzler Adenauer und Staatspräsident de Gaulle am 22 Januar 1963 unterzeichnet haben.“*<sup>5</sup> Damit ist die Vereinbarung gemeint, regelmäßige Konsultationen abzuhalten – wo-

---

<sup>1</sup> Vgl. Jens Hacker: a.a.O., S.110.

<sup>2</sup> Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR über die Bedingungen des befristeten Aufenthalts und die Modalitäten des planmäßigen Abzugs der sowjetischen Truppen aus dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland vom 18. Oktober 1990, Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Bd. 161, S. 322.

<sup>3</sup> Vgl. Klaus Stern: Das völkerrechtliche Vertragsgeflecht zur Wiedererlangung der deutschen Souveränität, in: Klaus Stern und Bruno Schmidt-Bleibtreu: Zwei-plus-vier-Vertrag, München 1991, S. 3-41, hier: S. 21.

<sup>4</sup> Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 9. November 1990, Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 15. November 1990, Nr.133, S.1379-1382.

<sup>5</sup> Jens Hacker: a.a.O., S.111.

bei die Regierungschefs mindestens einmal, die Außenminister mindestens zweimal im Jahr zusammenkommen. Im Vergleich zum Moskauer Vertrag von 1970, in dem ein auf Gewalt gestützter Status quo festgeschrieben wurde, legte man nun Wert auf die Definition des bilateralen Verhältnisses als vertrauensvoll, freundschaftlich und gutnachbarlich.

### 1.3 Deutsche Verantwortlichkeit im Baltikum

In Bezug auf das Baltikum mußte Deutschland zunächst seine historisch und traditionell bedingte Verantwortlichkeit erkennen, um die Rolle eines Unterstützers zu übernehmen. Obwohl der Westen bis auf Schweden die Annexion der baltischen Staaten durch die Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg nicht anerkannt hatte, begann die deutsche Unterstützung der Autonomiebestrebungen der baltischen Staaten erst nach dem Augustputsch von 1991 in Moskau. Am 28. August 1991 nahm Deutschland diplomatische Beziehungen mit den baltischen Staaten auf, und machte sich in der Folgezeit mehr oder weniger vehement zu deren Anwalt gegenüber Rußland.<sup>1</sup> Eine deutsche Verantwortung für das Schicksal des Baltikums in den neunziger Jahren ergab sich nach Ansicht der Balten durchaus. Für den Rigenser Politologen Mavriks Vulfsons, der 1988 mit der erstmaligen Veröffentlichung der geheimen Zusatzprotokolle zum Hitler-Stalin-Pakt in der Sowjetunion für Aufsehen gesorgt hatte, folgte die deutsche Verantwortung für das Schicksal des Baltikums: *„Aus der Annullierung des Hitler-Stalin-Paktes, der uns die Unabhängigkeit raubte und unter dem ja nicht nur die russische Unterschrift steht. Wir sind auch Opfer der Deutschen.“*<sup>2</sup>

Die baltische Region barg nach dem Auseinanderfallen der UdSSR potentiellen Konfliktstoff für das deutsch-russische Verhältnis: In Moskau wird das Baltikum noch immer gelegentlich als Teil des *postsowjetischen Raumes* eingestuft, was aus russischer Sicht eine Relativierung von Souveränität und Unabhängigkeit dieser Länder impliziert. Nicht zuletzt aus historischen Gründen hat sich Deutschland für die Unabhängigkeit und territori-

---

<sup>1</sup> Ausführlicher dazu in Kapitel VI dieser Arbeit.

<sup>2</sup> Interview mit Mavriks Vulfsons, in: Der Spiegel, Nr.5/1991.

ale Integrität dieser Länder engagiert, und so äußerte Helmut Kohl im Jahre 1998: „Für mich steht jedenfalls einmal mehr fest, daß die baltischen Staaten ein Herzstück Europas sind und daß wir in diesem Sinne versuchen, die notwendige Unterstützung zu geben.“<sup>1</sup>

Unterstützung bedeutete in diesem Zusammenhang konkret:<sup>2</sup>

- langfristige Sicherung der Unabhängigkeit und territorialen Integrität der Balten,
- Unterstützung des Reformprozesses in den baltischen Republiken,
- Stabilisierung kooperativer und konstruktiver baltisch-russischer Beziehungen,
- Stärkung der Stabilität und Sicherheit sowie einer demokratischen und marktwirtschaftlichen Entwicklung im gesamten Ostseeraum, einschließlich Rußlands.

Zudem ging es darum, die alte Funktion des Baltikums als Brücke zwischen Rußland und dem Westen wiederzubeleben, wie Lennart Meri exemplarisch für Estland befand: „Estland hat einen Vorteil: Es ist zwar ein wirtschaftlich unbedeutendes Ländchen, aber es kann mit seiner Erfahrung dem Osten und dem Westen gleich nützlich sein. Eine große Bibliothek ist ohne Wörterbuch nutzlos. Wir wollen das Wörterbuch für Europa sein.“<sup>3</sup>

## **2. Normative Grundlagen russischer Deutschlandpolitik**

Die Kenntnis historisch gewachsener Einstellungen und Grundmuster aus der Sowjetzeit und noch früherer Epochen russischen politischen Denkens, die in geopolitischen Vorstellungen mit Grensräumen, strategischen Verbindungslinien und Interessensphären wurzeln, sind für das Verständnis heutiger russischer Außen- und Sicherheitspolitik unab-

---

<sup>1</sup> Helmut Kohl: Zweites Gipfeltreffen der Regierungschefs der Ostseestaaten, Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 9.2.1998, S.116.

<sup>2</sup> Vgl. Wolfgang Ischinger: The Future of the Baltic States: A German Perspective, in: Sven Arnswald/ Marcus Wenig (Hrsg.): German and American Policies towards the Baltic States, S.99-103, hier: S.99.

<sup>3</sup> Interview mit Lennart Meri, in: Der Spiegel, Nr.44/1993.

dingbar. Ebenso bedeutend ist die Tatsache, daß sich die russische Gesellschaft nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und ihrer Ideologie in einer tiefen Identitätskrise befindet und auf der Suche nach einem neuen nationalen Selbstverständnis ist.<sup>1</sup> Das Fehlen klarer außenpolitischer Orientierungspunkte trägt zum Bild einer stark schwankenden, widersprüchlichen Außenpolitik bei, die mehr als in anderen Ländern der Wechselhaftigkeit der chaotischen innenpolitischen Verhältnisse ausgesetzt ist. Daher muß die Ausrichtung der deutschen Rußlandpolitik durch ständige Perzeption der russischen außenpolitischen Leitlinie den Verhältnissen angepaßt werden.

## **2.1 Historische Konstanten russischer Außenpolitik**

Trotz aller Wechselhaftigkeit basiert die russische Außenpolitik auf drei Grundelementen, drei historischen Konstanten, deren Einflüsse auch in der aktuellen Politikgestaltung spürbar sind. Es sind der imperiale Missionsgedanke, das alte Konzept der Geopolitik und das ambivalente Verhältnis Rußlands zum Westen.

### **2.1.1 Der imperiale Missionsgedanke**

Die alte „russische Idee“ war eng mit der Vorstellung von Moskau als *Drittes Rom* verbunden, die das junge Fürstentum Moskau im Anschluß an seine Machtvergrößerung durch die *Sammlung der russischen Erde* im frühen 16. Jahrhundert propagierte.<sup>2</sup> Darin kam eine erfolgreiche Koalition von orthodoxer Geistlichkeit und autokratischer Herrschaft zum Ausdruck. Die Tradition einer gleichartigen expansiven missionarischen Poli-

---

<sup>1</sup> Vgl. Wolfgang Pfeiler: Kann Rußland europäisch werden? in: Die politische Meinung, Nr. 362/ Januar 2000, S.23-28, hier: S.23.

<sup>2</sup> Vgl. Kirsten Westphal: a.a.O., S.95.

tik bestimmte das Agieren Rußlands in Mittel- und Osteuropa bis ins 20. Jahrhundert hinein. Toynbee stellte fest, die Russen hätten sich zur Bewahrung ihres „*Rechtgläubigkeits- und Sendungsbewußtseins aus der byzantinischen Vergangenheit*“ jahrhundertlang vor gewaltsamer Angleichung durch den Westen schützen müssen, um ihr missionarisches Erbe zu verteidigen.<sup>1</sup>

Selbst Lenin brach nicht grundsätzlich mit der imperialen russischen Tradition; die Außenpolitik der UdSSR war in ihrem Grundcharakter expansionistisch und knüpfte an den imperialen Anspruch der Zarenherrschaft an. Die marxistische Ideologie vermittelte ein spezielles Weltbild und konnte als Rechtfertigung für ein außenpolitisches Verhalten dienen, das die Maximierung des eigenen Einflußbereiches zum Ziel hatte („Weltrevolution“). Durch das Wirken Stalins wurde nach dem Zweiten Weltkrieg aus der angestrebten Missionierung im Rahmen der kommunistischen Ideologie ein schlichtes Hegemoniestreben der Sowjetunion zur Ausweitung ihrer Macht.<sup>2</sup>

### **2.1.2 Die Geopolitik**

Zwischen der russischen imperialen Idee und der besonderen geopolitischen Lage des Flächenstaates Rußland besteht eine gewisse Interdependenz. Die verletzbare Geographie des riesigen Landes mit seinen unüberschaubaren Grenzen ist ein wichtiger Faktor für das russische Bedrohungsgefühl. Seit der Mongolenherrschaft ist die Angst vor äußerer Bedrohung und Einkreisung zu einem tief verwurzelten nationalen Trauma geworden. Die historischen Erfahrungen zeigten die Unmöglichkeit, das Land an seinen extrem langen Grenzen zu verteidigen. Das Eindringen der Feinde konnte meist erst tief im Landesinnern gestoppt, der Gegner erst zurückgetrieben werden, wenn die geostrategische Lage die Vorteile für die Verteidiger wirksam werden ließ. Strategisch wichtiger Manövrierraum und Ressourcen im weiten sibirischen Hinterland sowie die zu lang werdenden Nachschubwege für den Aggressor und oftmals auch die harten Witterungsverhältnisse boten

---

<sup>1</sup> Vgl. Arnold J. Toynbee: Kultur am Scheidewege, Frankfurt /Main 1958, S.121.

<sup>2</sup> Vgl. Kapitel I dieser Arbeit.

den Verteidigern entscheidende Vorteile. So führten nicht nur die Isolierung und die gesonderte Entwicklung der russischen Gesellschaft zu Argwohn gegenüber Fremden, sondern auch die wiederholten Erfahrungen des Krieges und der Fremdherrschaft. Im strategischen Umkehrschluß sahen die Zaren und später die Führer der Sowjetunion in der Schaffung eines Imperiums mit einer Pufferzone an den äußeren Grenzen einen defensiven Akt, der vor allem der Verteidigungsbereitschaft und dem Schutz ihres *Mutterlandes* dienen sollte. Dieser Denkweise kamen die Lehren der Geopolitik, vor allem ihrer deutschen Schule, entgegen. In einem kurzen Exkurs sollen hier die wichtigsten Etappen der Entwicklung der Geopolitik genannt werden.

Der Begriff der Geopolitik wurde erstmals 1899 von dem Schweden Rudolf Kjellen definiert als „*Lehre vom Staat als geographischem Organismus oder als Erscheinung im Raume*“.<sup>1</sup> Kjellen hatte damit Friedrich Ratzels Konzept der politischen und anthropologischen Geographie weiterentwickelt. Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges wurde die Geopolitik in Deutschland unter Karl Haushofer mit revisionistischem Impetus zu einem populären und eine staatliche Expansionspolitik legitimierenden Wissenschaftszweig weiterentwickelt.<sup>2</sup> Die Ideen Haushofers hatten Einfluß auf den Expansionsdrang der Nationalsozialisten (*Lebensraum im Osten*). Die Geopolitik erntete aber auch Kritik von den Nationalsozialisten, weil ihre Vertreter in der Blut-und-Boden-Ideologie der Nationalsozialisten den Faktor Boden gegenüber dem Blut höher einstufte. Der Rassenideologie wurde von den Nationalsozialisten aber der absolute Vorrang eingeräumt.<sup>3</sup> Die deutsche Geopolitik beschäftigte sich vorrangig mit den Interdependenzen zwischen dem Staat und seiner physischen Geographie. In der angelsächsischen Welt versuchte man schon früher, globale Zusammenhänge mittels Geopolitik zu erfassen. Alfred Thayer Mahan stellte mit seinem Werk „*The influence of seapower upon history*“ den Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Seestreitkräfte einer Nation (der englischen) und ihrem Aufstieg zur Weltmacht dar.<sup>4</sup> Sir Halford Mackinder beschrieb die Beziehungen zwischen Geographie, Technik und der Außenpolitik eines Staates. Wesentliche Faktoren im Ringen zwischen

---

<sup>1</sup> Karl Kost: Die Einflüsse der Geopolitik auf Forschung und Theorie der Politischen Geographie von ihren Anfängen bis 1945. Ein Beitrag zur Wissenschaftsgeschichte der Politischen Geographie, Bonn 1988, S.44.

<sup>2</sup> Vgl. Yves Lacoste: Geographie und politisches Handeln, Berlin 1990, S.24.

<sup>3</sup> Vgl. Karl Kost: a.a.O., S.401.

<sup>4</sup> Vgl. James E. Dougherty und Robert H. Pfaltzgraff: Contending Theories of International Relations. A Comprehensive Survey, New York 1990, S.61.

Land- und Seemacht waren für ihn die Verfügbarkeit der Ressourcen der eurasischen Landmacht sowie die Verfügungsgewalt über die *pivot area*, das für Seemächte unerreichbare Kerngebiet der Landmasse, das dem Territorium des zaristischen Rußland entsprach:<sup>1</sup> „*Who rules Eastern Europe commands the Heartland. Who rules the Heartland commands the World-Island. Who rules the World-Island commands the World.*“<sup>2</sup>

Das Gedankengut der Geopolitik beeinflusste russische Eliten auf vielfältige Weise: Karl Haushofer traf 1922 in Berlin mehrere Male Georgij Tschitscherin, den sowjetischen Volkskommissar für Auswärtiges. Seine „*Geopolitik des Pazifischen Raumes*“ wurde auf Anregung Karl Radeks ins Russische übersetzt. Zu den Schülern Haushofers zählte unter anderen Richard Sorge, der wichtigste Agent der Sowjetunion im Fernen Osten. Ein Duzfreund Haushofers und überzeugter Geopolitiker, Oskar Ritter von Niedermayer, war zwischen 1921 und 1930 Verbindungsmann zwischen Reichswehr und Roter Armee, der die schon erwähnte geheime Zusammenarbeit organisierte.<sup>3</sup>

Die verschiedenen Ansätze der Geopolitik boten vor allem Vertretern einer außenpolitischen Orientierung in Rußland Argumente – den Eurasiern.

### **2.1.3 Das Verhältnis zum Westen: *Westler, Slawophile und Eurasier***

Die Mittellage Rußlands als halb asiatische und halb europäische Kontinentalmacht hatte seit der Westorientierung Peters des Großen zu Schwierigkeiten bei der Bestimmung des Verhältnisses zum Westen geführt. Die Frage, ob Rußland ein Teil Europas sei, hat in Rußland immer wieder zu Diskussionen über die eigene Position geführt. Bis zum Mongolensturm könne der europäische Teil Rußlands zusammen mit dem westlichen Europa eventuell noch als Einheit im Sinne einer Ergänzung westlich-lateinischer und östlich-

---

<sup>1</sup> Vgl. ebd., S.62.

<sup>2</sup> Sir Halford Mackinder zitiert nach: Frank Ebeling: Karl Haushofer und seine Raumwissenschaft 1919-45, Berlin 1994, S.164.

<sup>3</sup> Siehe Kapitel I.3.3. vorliegender Arbeit. Vgl. Karl Schlögel: Berlin Ostbahnhof Europas. Russen und Deutsche in ihrem Jahrhundert, Berlin 1998, S.255ff.

griechischer Wurzeln des Christentums betrachtet werden, führt Simon aus.<sup>1</sup> Dies gelte jedoch nicht für das neuzeitliche Europa. Die geschichtsbestimmenden Kräfte, die das westliche Europa prägten, hatten kaum Einfluß auf die russische Kultur und Gesellschaft. Renaissance, Reformation, Aufklärung, Säkularisierung, moderner Nationalstaat, Volkssouveränität, Menschen- und Bürgerrechte, Industrialisierung und parlamentarische Demokratie sind stets erst mit erheblichen Zeitverzögerungen aus dem Westen Europas nach Rußland importiert worden.<sup>2</sup> Dadurch bedingt hat sich spätestens seit Peter dem Großen ein von Minderwertigkeitsgefühlen geprägtes Verhältnis der russischen Oberschichten zu Westeuropa entwickelt. Dieses fand zu Beginn des 19. Jahrhunderts seinen Ausdruck im Begriff *Westler*, mit dem die Vertreter einer neu entstehenden, progressiv-westlich orientierten *Intelligenzia* etwas abwertend bezeichnet wurden. Bekannte Vertreter der *Westler* waren A. Herzen, M.A. Bakunin und W.G. Belinskij.<sup>3</sup> Die Gegner der *Westler* waren die *Slawophilen*, die dem Zaren und den alten Strukturen nahestanden, für „urrussische“, reaktionäre Werte kämpften und aus denen dann am Ende des Jahrhunderts die *Panslawisten* hervorgingen, die für eine Union aller slawischen Völker unter Führung der Russen eintraten. Die *Slawophilen* idealisierten das bäuerliche Rußland, die traditionelle russische Dorfgemeinde als Urzelle echter russischer Volksgemeinschaft, aus der heraus eine rechtgläubige Moral und Lebensweise entsprungen sei, die dem „krankhaft“ rationalistischen und individualistischen Westen entgegengestellt wurde.<sup>4</sup> Bedeutende Vertreter waren J.F. Samarin, I. Aksakow, A.S. Chomjakow und I.W. Kirejewskij.<sup>5</sup> Die Diskussion zwischen *Slawophilen* und *Westlern* wurde durch die Oktoberrevolution und die anschließende Zeit der Sowjetmacht ausgesetzt.<sup>6</sup>

Eine dritte Gruppe, die der *Eurasier*, mit ihren Vertretern N.S. Truvbeckoj, P. Sawitzkij und G.W. Florowskij,<sup>7</sup> entwickelte in den zwanziger Jahren des letzten Jahrhunderts ein eigenes außenpolitisches Konzept im Milieu der russischen Emigranten.<sup>8</sup> Die *Eurasier*

---

<sup>1</sup> Vgl. Gerhard Simon: Rußland und die Grenzen Europas, in: Osteuropa, 11/12, 1999, S.1093.

<sup>2</sup> Vgl. Gerhard Simon: a.a.O., S.1093.

<sup>3</sup> Vgl. Brockhaus-Enzyklopädie, Wiesbaden 1974, Bd.20, S.264.

<sup>4</sup> Vgl. Kirsten Westphal: a.a.O., S.95.

<sup>5</sup> Vgl. Brockhaus-Enzyklopädie, Wiesbaden 1974, Bd.17, S.503.

<sup>6</sup> Vgl. Heinz Timmermann: Konstanten in der russischen Außenpolitik. Orientierungsprobleme, Denkschulen, Prioritäten, in: Gegenwartskunde 4/1993, S.433-444, hier S.436.

<sup>7</sup> Vgl. Brockhaus-Enzyklopädie, Wiesbaden 1974, Bd.5, S.761.

<sup>8</sup> Vgl. Sonja Margolina: „Pax Eurasica“, FAZ vom 27.6.2001.

warfen den *Slawophilen* vor, den Einfluß des Slawentums für die gesellschaftlich-kulturelle Entwicklung Rußlands zu überschätzen. Tschechen und Polen seien zwar Slawen, aber viel westlicher geprägt als die Russen, von denen sie sich stark unterschieden. Die Wurzeln der russischen Kultur seien vielmehr im Byzantinischen zu suchen, dessen Kultur wie die russische *europäisch und asiatisch* geprägt gewesen sei. Die Zeit der Mongolenherrschaft werteten sie nicht als Opfergang zugunsten des restlichen Europa, sondern als konstruktives Element der eigenen Geschichte, das den russischen Sonderweg erst ermöglicht habe.<sup>1</sup> Die Eurasier maßen dem Boden eine große Bedeutung bei, der Raum zwischen Donau und Pazifik war ihrer Ansicht nach anthropologisch und geographisch eine Einheit, Rußland wird als „ethno-kultureller Kontinent“ betrachtet.<sup>2</sup> Diese Bodenbezogenheit verband sie in ihren Ansichten mit den deutschen Geopolitikern. Ihre Affinität zur Geopolitik wurde außerdem gestärkt durch die Bestätigung ihrer Überzeugung, daß Rußland als *pivot area* eine besondere Rolle in der Weltpolitik zugebracht sei.

*„Die Fehler der russischen Westler bestanden nach Meinung der Eurasier darin, daß sie Rußland europäische Werte und Institutionen künstlich einpflanzen wollten, während die Besonderheiten der Geographie, des Klimas, und der Zusammensetzung der Bevölkerung Rußland als eigenständige Zivilisation zwischen Europa und Asien gegen den Westen immun machten.“<sup>3</sup>*

Interessant sind einige Parallelen zwischen den Ansichten der *Eurasier* und Oswald Spenglers; beide sahen die europäische Kultur im Verfall begriffen, nur Rußland sollte noch die Kraft haben, aus dem Rahmen der okzidentalen Kultur herauszutreten.<sup>4</sup> Stalin zeigte sich von den Ideen der Eurasier zwar angetan, ließ aber dennoch nicht von seinen Repressionen gegen ihre Vertreter ab.<sup>5</sup> Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde von der Sowjetmacht der slawisch-russische Charakter des Landes hervorgehoben, zum Maßstab der eigenen Größe und des eigenen Wohlstandes aber wurden die technologischen Errungenschaften des Westens gemacht.

---

<sup>1</sup> Vgl. Heinz Timmermann: ebenda.

<sup>2</sup> Vgl. Kirsten Westphal: a.a.O., S.101.

<sup>3</sup> Sonja Margolina: a.a.O.

<sup>4</sup> Vgl. Oswald Spengler: Der Untergang des Abendlandes, München 1959, S.257.

<sup>5</sup> Vgl. Sonja Margolina: a.a.O.

## 2.2 Neue Konzepte ab 1989

In der Fachliteratur wird eine Periodisierung der russischen Außenpolitik in den neunziger Jahren festgestellt. Danach gab es eine erste „romantische“ Phase von 1989 bis Mitte 1992, während der es auf russischer und westlicher Seite Illusionen über eine partnerschaftliche Zusammenarbeit unter Gleichen gab. Es folgte eine Übergangszeit bis 1993, an die sich eine Phase der nationalistisch-pragmatischen Außenpolitik anschloß.<sup>1</sup> Diese erkennbare Periodisierung wird auf die ideologische Debatte zwischen den liberalen, pragmatischen und den eurasischen Strömungen in der russischen außenpolitischen Elite zurückgeführt.<sup>2</sup> Letztlich muß die Debatte aber als rhetorisch bezeichnet werden, denn Rußland blieb dem Westen gegenüber - trotz gegenteiliger und wechselhafter offizieller Aussagen - in der Sache stets aufgeschlossen und kooperationsbereit.<sup>3</sup>

### 2.2.1 Wirkung ideologisch-mentaler Befindlichkeiten

Innere Instabilitäten und eine wirtschaftlich unsichere Perspektive in Verbindung mit sozialer Not bilden einen idealen Nährboden für das Wachstum überwunden geglaubter Feindbilder. Die alte Spaltung der russischen Bevölkerung in *Westler* und nationalistisch orientierte *Slawophile* zeichnete sich seit der allmählichen Auflösung der Sowjetunion erneut ab: Ein Teil empfand den akuten wirtschaftlichen Niedergang und das ordnungspolitische Chaos in Rußland als nationale Demütigung, insbesondere angesichts der wirtschaftlichen Überlegenheit des „Verlierers“ des Zweiten Weltkriegs, Deutschlands, über die Siegermacht. Ein anderer Teil sah eher die Chancen, die eine Marktwirtschaft und die

---

<sup>1</sup> Der Wandel der Konzeptionen der russischen Außenpolitik soll hier nur in seinen Grundzügen dargelegt werden. Im Kapitel VI wird der Einstellungswandel der Akteure genauer untersucht.

<sup>2</sup> Vgl. Stephan de Spiegeleire: Gullivers Fäden: Die russischen Regionen und die Außen- und Sicherheitspolitik der Russischen Föderation, in: Hans-Joachim Spanger (Hrsg.): Rußland und der Westen. Von der „strategischen Partnerschaft“ zur „Strategie der Partnerschaft“, Frankfurt 1998, S. 150-176, hier S.151.

<sup>3</sup> Vgl. Johannes Baur: Russische Außen- und Sicherheitspolitik: Entwicklungen und Tendenzen, in: Osteuropa 3/99, S.241-255, hier: S.241.

Hinwendung nach Europa mit deutscher Unterstützung für den sozialen Aufstieg und die Lebensperspektiven eröffnen.

In einer Umfrage des Moskauer Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung aus dem Jahre 1993 wurde deshalb untersucht, auf welcher Seite die Mehrheit der außenpolitischen Fachleute im Präsidenten- und Regierungsapparat, in den Parteien, in den Medien und in Forschungsinstituten steht; hierbei wurden die ideologischen Kategorien des letzten Jahrhunderts, *Westler* und *Slawophiler*, als Schablonen benutzt.<sup>1</sup> Im Staats- und Regierungsapparat überwogen die *Westler*, während die *Slawophilen* im damals noch existenten Obersten Sowjet die Mehrheit hatten. Auf die Frage, ob Rußland „die volle Integration in die internationale Gemeinschaft suchen“ sollte, antworteten 56 Prozent der Befragten im Präsidenten- und Regierungsapparat mit Ja, während 60 Prozent im Obersten Sowjet der Meinung waren, Rußland müsse seinen eigenen Weg suchen, der besondere Rücksicht auf die russische Geschichte und Geographie nehme.<sup>2</sup>

Diese Divergenzen, die an die historische Auseinandersetzung zwischen *Westlern* und *Slawophilen* respektive *Panslawisten* erinnern, sind nicht nur von innenpolitischem Interesse. Der Ausgang des Kräftemessens zwischen den beiden Grundströmungen hat zugleich starke Auswirkungen auf die künftigen Außenbeziehungen Rußlands und damit auch auf das Verhältnis des Landes zum zusammenwachsenden Europa mit dem vereinigten Deutschland in seiner Mitte. Von zwei Grundströmungen wird hier ausgegangen, weil die Neuauflage des *Eurasismus* viele Konvergenzen mit der volkrussisch-nationalistischen Richtung der *Slawophilen* aufweist - wenn auch nicht im ideologischen Hintergrund, so doch in der praktischen Konsequenz: der Abwendung vom Westen.<sup>3</sup> Eine Auswahl zwischen den beiden Optionen hat Rußland nach Einschätzung des russischen liberalen Reformers Gajdar noch nicht getroffen: „*Rußland bleibt deshalb auf absehbare Zeit eine Kultur am Rande Europas.*“<sup>4</sup>

Die nationalistischen Patrioten, die auch Teile der alten kommunistischen Nomenklatur beherbergen, lehnen Demokratie und Unternehmertum als für Rußland fremde Einrichtungen ab und begegnen dem Westen wie allen ausländischen Mächten in russischer Tra-

---

<sup>1</sup> Vgl. „Russische Eliten und die Außenpolitik“, FAZ vom 9.9.1993.

<sup>2</sup> Vgl. ebenda.

<sup>3</sup> Vgl. Heinz Timmermann: a.a.O., S.436.

<sup>4</sup> Zit. nach: Gerhard Simon: a.a.O., Osteuropa, Nr. 11/12 1999.

dition, der Xenophobie, mit Mißtrauen. Bei einer stärkeren Ausrichtung der russischen Politik auf diese volksrussisch-nationalistische Bewegung könnten die Nationalitätenkonflikte in der Russischen Föderation weiter angeheizt werden; die nichtrussischen Völker in den sechzehn alten, noch aus der Sowjetzeit stammenden ehemaligen ASSR, und den fünf neuen Autonomen Republiken (ca. 17% der Gesamtbevölkerung) würden ihre Unabhängigkeitsbestrebungen verstärken. Das wiederum würde jenen Stimmen größeres Gehör verschaffen, die auf einen Anschluß der von Russen bewohnten Gebiete wie der Süd-Ukraine oder Nord-Kasachstan an Rußland drängen. Die Befürworter einer solchen Okkupation lassen die längst tot geglaubte Losung von der *Sammlung der russischen Erde* wiederauferstehen.<sup>1</sup> Die politisch-moralische Sondermission des heiligen Rußland wird in den nationalistischen Kreisen stark betont. Eine solcherart gestaltete russische Innen- und Außenpolitik wäre mit den europäischen Werten und Normen unvereinbar.<sup>2</sup> Der Weg Rußlands nach Europa, wie ihn Peter der Große eingeschlagen hatte, über Alexander II. und die demokratischen Eliten in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg, könnte nicht weiterbeschritten werden.<sup>3</sup>

Rußland leidet immer noch unter einer tiefgreifenden Identitätskrise und der Ungewißheit darüber, wie die eigene Zukunft aussehen soll. Will man die Integration in die westliche Welt anstreben und deren Wertvorstellungen übernehmen mit dem Risiko, hierbei auf unabsehbare Zeit ein Nachzügler im Hinblick auf die Entwicklung einer Marktwirtschaft, eines Rechtsstaates, einer Demokratie und einer Bürgergesellschaft zu bleiben? Oder ist

---

<sup>1</sup> Vgl. Heinz Timmermann: Das neue Rußland, Europa und das vereinigte Deutschland, in: Faulenbach, Bernd (Hrsg.): Diktatur und Emanzipation. Zur russischen und deutschen Entwicklung 1917-1991, Koblenz 1993, S.183-203, hier S.195.

<sup>2</sup> Hierzu ein Gedankenspiel: Die Rückwirkung eines nach innen gewandten, aber imperial ausgreifenden Rußlands auf die deutsche Außenpolitik könnte folgende sein: Auch ein volksrussisch-nationalistisches Rußland würde wahrscheinlich die Präferenzen seiner Außenpolitik auf Deutschland richten - in Anbetracht der fruchtbaren Perioden in der Geschichte der Beziehungen der Völker. Die russische Perzeption von Deutschland wäre aber nicht die eines Vorkämpfers der europäischen Integration, sondern die eines Landes, das sich ebenfalls auf seine historische Sonderrolle besinnt und um Vorherrschaft innerhalb der westlich-europäischen Bindungen kämpft, um seine nationalen Interessen vehement zu verfolgen. Durch diesen Erwartungsdruck könnten auch in Deutschland Kräfte gestärkt werden, die für eine Wiederbelebung der traditionellen Sonderbeziehungen im Geiste von Rapallo einträten.

<sup>3</sup> Vgl. Heinz Timmermann: Das neue Rußland, Europa und das vereinigte Deutschland, in: Faulenbach, Bernd (Hrsg.): Diktatur und Emanzipation. Zur russischen und deutschen Entwicklung 1917-1991, Koblenz 1993, S.183-203, hier S.195.

die Wiedererrichtung eines autoritären, großrussischen Vielvölkerimperiums erstrebenswert? Dabei klaffen Anspruch und Wirklichkeit auseinander, denn Rußlands jetziges Wirtschafts- und Bevölkerungspotential ist nur ungefähr halb so groß wie das der UdSSR bis 1991. Einen Staat in den engen Grenzen des heutigen Rußland, eines Zerfallsproduktes der einstigen UdSSR, hat es nie gegeben. Und doch ist man im heutigen Rußland versucht, das großrussische Imperium wenn schon nicht real, so doch zumindest ideell zu repräsentieren.<sup>1</sup>

Angela Stent führt einen interessanten Aspekt in der Diskussion um die normativen Grundlagen der Außenpolitik der untergehenden Sowjetunion an. Stent konstatiert eine grundsätzliche Neigung zu improvisierten Entscheidungen in der sowjetischen Außenpolitik der späten achtziger Jahre bis 1991. Diese führt sie darauf zurück, daß die internationalen Beziehungen von sowjetischen Politikern nicht mehr auf der Grundlage des historisch-dialektischen Materialismus unter Bezug auf Klassenkonflikte analysiert wurden: *„Aber der Verzicht auf die alten und das Fehlen neuer Spielregeln bedeuteten, daß die Improvisation in der sowjetischen Außenpolitik zur Norm wurde, was die Entwicklung erleichterte, die zur Vereinigung Deutschlands führte.“*<sup>2</sup> Der Verlust von Normen hatte den Verlust von Instrumenten zur Folge. Schließlich war den politischen Eliten der Sowjetunion die marxistische Ideologie als dialektisches Werkzeug zur Analyse der internationalen Umwelt gemeinsam. Gorbatschows neues Denken hatte diesen Konsens aufgelöst.

### **2.2.2 Neue Konzepte - Wiedergeburt der Geopolitik**

Mit dem Zusammenbruch der Nachkriegsordnung ist die Geographie als traditioneller Bestimmungsfaktor der Außenpolitik wieder zurückgekehrt. Bis dahin basierte die politische Ordnung Europas auf der gegenseitigen Abschreckung der Machtblöcke, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg gebildet hatten. Optionen der Außenpolitik konnten gar nicht wahrgenommen werden, obwohl sie rein geographisch immer vorhanden gewesen waren.

---

<sup>1</sup> Vgl.: Gerhard Simon: Rußland und die Grenzen Europas, Osteuropa, Nr. 11/12 1999.

<sup>2</sup> Angela Stent: a.a.O., S.85.

Die Rückkehr dieser Optionen bedeutet die Rückkehr der Geopolitik als Faktor der Außenpolitik.<sup>1</sup>

Um die Wichtigkeit des Baltikums und des östlichen Europa für Rußland zu veranschaulichen, soll ein geopolitisches Modell herangezogen werden; so wird auch die russische Wahrnehmung der eigenen Sicherheitslage verständlich. Der Zusammenbruch der Sowjetunion im Dezember 1991 löste ein „*ungeheures geopolitisches Durcheinander*“<sup>2</sup> aus. Die Grenzen Rußlands waren auf einschneidende Weise verändert und sein geopolitisches Einflußgebiet erheblich verkleinert. Besonders im Westen, an der erfahrungsgemäß am meisten gefährdeten Grenze, war Rußland zurückgedrängt: Seit dem 18. Jahrhundert hatten die baltischen Gebiete unter russischer Oberhoheit gestanden. Vor allem der Verlust der großen Hafenstädte Riga und Tallin war bedeutsam. Rußlands Zugang zur Ostsee war nun, von der Enklave Königsberg abgesehen, auf St. Petersburg und Kronstadt beschränkt und damit stärker von Winterfrösten abhängig, denn das Newadelta im Finnischen Meerbusen friert im Winter regelmäßig monatelang zu.

Nicht nur im Westen hatte Rußland an Einfluß verloren. Die Autonomie der Ukraine beraubte Rußland eines großen Potentials an Menschen und ökonomischer Ressourcen, die über dreihundert Jahre zum Russischen Reich gehört hatten. Zudem war der russische Zugang zum Schwarzen Meer eingeschränkt, weil die wichtige Hafenstadt Odessa mit Teilen der Schwarzmeerflotte nun der Ukraine gehörte. Damit wurde der indirekte Mittelmeerzugang für Rußland weiter erschwert, und der türkische Einfluß auf die jetzt unabhängigen kaukasischen Staaten Georgien, Armenien und Aserbaidschan wuchs.<sup>3</sup>

Weiter im Südosten hatte sich der Status des Kaspischen Meeres, einer rohstoffreichen Region, geändert. Rußland muß nun seinen Anspruch mit den Forderungen Kasachstans, Turkmenistans, des Irans und Aserbaidschans abstimmen. Die zentralasiatischen Staaten Kasachstan, Usbekistan und Turkmenistan haben durch ihre Eigenständigkeit die russischen Staatsgrenzen weit nach Norden hin verschoben. Der „*weiche Hinterleib*“ des russischen Riesenreiches ist dadurch im Falle eines Konfliktes mit den drei islamischen Staaten, die durch die Türkei, den Iran und Pakistan unterstützt werden könnten, verwundbar

---

<sup>1</sup> So führt Jelzin als einen Grund für den Tschetschenienkrieg „*aufkeimenden geopolitischen Separatismus*“ an. Vgl. Boris Jelzin: Mitternachtstagebuch. Meine Jahre im Kreml, Berlin 2000, S.330.

<sup>2</sup> Zbigniew Brzezinski: Die einzige Weltmacht, Berlin 1997, S.132.

<sup>3</sup> Vgl. Zbigniew Brzezinski: a.a.O., S.146.

geworden.<sup>1</sup> Nicht nur die Konflikte in Tschetschenien und Georgien, auch die Entwicklungen nach dem 11. September 2001 zeigten deutlich, wie brisant die Akteurskonstellation in dieser Region ist.

Im Fernen Osten hat Rußland die kommende Großmacht China als Nachbarn, mit dem trotz der Entspannungspolitik noch ein beachtliches Konfliktpotential besteht, wie beispielsweise die schleichende Landnahme von schätzungsweise zwei Millionen Chinesen zeigt, die sich im bisher dünnbesiedelten russischen Grenzgebiet niedergelassen haben. Das russische Gefühl, von allen Seiten eingekreist zu sein, ist nachvollziehbar angesichts dieser Entwicklungen. Die besondere Bedeutung des Baltikums und des gesamten Ostseeraumes erwächst für Rußland eben aus dieser Bedrohungslage im Süden, Südosten und Osten. Man möchte Ruhe im Westen, Frieden mit den saturierten Nachbarn, den Mittel- und Osteuropäern, von denen keine sichtbare Gefahr ausgeht. So könnte Rußland sich den drängenden Problemen weiter östlich widmen. Die NATO-Osterweiterung jedoch störte diese Ruhe.

### **2.2.3 Die „strategische Partnerschaft“ mit dem Westen**

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion nahm der Westen, insbesondere die USA, eine bewußt freundliche Haltung zur neuen Regierung Rußlands ein. Diese fühlte sich geschmeichelt, von der Supermacht umworben zu werden. Die Amerikaner brachten die Lösung von der voll entwickelten *strategischen Partnerschaft* auf. So entstand in Rußland der Eindruck, ein neues Kondominium unter russisch-amerikanischer Führung solle nun die Vormachtstellung in der Welt innehaben.<sup>2</sup>

Die Enttäuschung ließ nicht lange auf sich warten, da die Erwartungen der russischen Außenpolitik auf einer unrealistischen Einschätzung der internationalen und inneren Lage beruhten.<sup>3</sup> Rußland war weder wirtschaftlich noch militärisch in der Lage, den Status ei-

---

<sup>1</sup> Vgl. Zbigniew Brzezinski: a.a.O., S.146

<sup>2</sup> Vgl. ebenda, S.147.

<sup>3</sup> Vgl. Joachim Spanger: Rußland und der Westen. Von der strategischen Partnerschaft zur Strategie der Part-Fußnoten werden auf der nächsten Seite fortgesetzt.

ner Supermacht beanspruchen zu können. Die internationale Bedeutung Rußlands wurde dementsprechend von den USA nicht überbewertet, sondern maximal als gleichrangig mit den Beziehungen zu Europa, Japan und China betrachtet. Erste Differenzen traten auf, und die Unterschiede zwischen Rußland und den USA in politischer Macht, Finanzkraft, technologischem Innovationspotential und kultureller Attraktion wurden immer deutlicher. So wandte sich die Führung unter Jelzin enttäuscht ab und suchte nach einem neuen außenpolitischen Konzept.<sup>1</sup>

#### **2.2.4 Das „Nahe Ausland“**

In der Jelzinschen Außenpolitik wurde bis zur Annahme der neuen russischen Verfassung Ende 1993 ein Paradigmenwechsel vollzogen. Das Ende der „romantischen Periode“ der russischen Beziehungen zum Westen war gekommen.<sup>2</sup> Galt zuvor noch enge Anbindung an den Westen und unbedingter Integrationswille Rußlands als primäres Ziel der Außenpolitik, so wurde die russische Position gegenüber dem Westen nun zurückhaltender. Jelzin hatte bis dahin versucht, eine prestigeorientierte, aber keine prinzipiell imperiale Außenpolitik zu führen. Das war die Position, die er gegen die Geostrategen verteidigte, die nach altem Muster Geopolitik, also äußeres Machtstreben, gegen innere Gesellschaftsreform setzten. Sie, namentlich die neuen Nationalisten und alten Kommunisten, sahen in einem Umkehrschluß den materiellen und existentiellen Verfall des Landes als eine Folge der geschwundenen Größe an. So stand Jelzin unter doppeltem Druck. Die nationalistischen und kommunistischen Demagogen suggerierten der durch Not und Kriminalität gepeinigten Bevölkerung, daß Rußland nur mit seinem nuklearen und militärischen Potential drohen müsse, um die imperiale und soziale Ordnung wiederherzustellen.

Die Wahlen zur ersten Duma im Dezember 1993 mit großen Stimmengewinnen für die Nationalisten und Kommunisten überzeugten Jelzin davon, daß er auf nationalistische

---

nerschaft, Frankfurt/ Main 1998, S.15.

<sup>1</sup> Vgl. ebenda, S.148.

<sup>2</sup> Vgl. Heinz Timmermann: Rußlands Außenpolitik: Die europäische Dimension, in: Osteuropa, 6/95, S.495.

Interessen mehr Rücksicht nehmen müsse. So wandelte sich der ehemalige Vorkämpfer für die Freiheit und Unabhängigkeit der Sowjetrepubliken, vor allem der baltischen Republiken, in einen Politiker, der russische Hegemonie in Nachbarrepubliken notfalls auch mit Waffengewalt durchsetzen wollte.<sup>1</sup>

Der Paradigmenwechsel Jelzins ging einher mit der Übernahme von Losungen der nationalistisch-kommunistischen Opposition gegenüber dem Westen; auffällig war die Einbürgerung des Terminus *Nahes Ausland* gegenüber den GUS-Staaten auf höchster Ebene. Soweit feststellbar, prägte Außenminister Andrej Kosyrew den Begriff *Nahes Ausland* im Jahre 1992.<sup>2</sup> Rußland beanspruchte die ganze ehemalige UdSSR, die als *Nahes Ausland* oder auch als *postsowjetischer Raum* bezeichnet wird, als „Raum besonderer russischer Sicherheitsinteressen“, aus der dritte – und v.a. westliche – Länder möglichst fernzuhalten sind. Eine NATO-Mitgliedschaft von ehemaligen Sowjetrepubliken – und eben auch der baltischen Länder – würde diese, so fürchtete man in Moskau, dem russischen Einfluß endgültig entziehen und wurde auch deswegen als Bedrohung der eigenen nationalen Sicherheit angesehen. Nach Meinung Kosyrews durfte das nach dem Zerfall der UdSSR entstandene Machtvakuum nur von Russland ausgefüllt werden. Da die Gefahr bestehe, dass Russland die im Laufe mehrerer Jahrhunderte eroberten geopolitischen Positionen verliere, habe Moskau ein Sonderinteresse am Einsatz (russischer) friedenserhaltender Kräfte in diesem Raum, so Kosyrew. Die außenpolitische Konzeption des Außenministeriums der Russischen Föderation vom Januar 1993 sprach an erster Stelle von Interessen gegenüber dem Nahen Ausland. Daneben unterstrich das Papier auch die Rolle, welche die Russische Föderation als Großmacht in der Weltpolitik zu spielen gedachte. Die außenpolitische Konzeption des russischen Außenministeriums vom 25. Januar 1993 diente der außenpolitischen Doktrin, die im Frühsommer 1993 vom russischen Präsidenten genehmigt wurde, als Basistext.<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. Hans-Peter Riese: a.a.O., S.52.

<sup>2</sup> Soweit feststellbar hat der damalige russische Außenminister Kosyrew Anfang 1992 den Begriff "Nahes" beziehungsweise "Fernes Ausland" in die politische Rhetorik eingeführt. Vgl. Olga Alexandrova und Heinrich Vogel: Russlands Politik gegenüber dem 'nahen Ausland', in: Europa-Archiv, 5/1994, S.132-140, hier: S.132 und S.140.

<sup>3</sup> Das Dokument des Außenministeriums findet sich in leicht gekürzter Fassung in: Krause, Joachim und Rahr, Alexander: Russia's New Foreign Policy, Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Bonn 1995, S.42-74.

Auf den ersten Blick verbarg sich hinter der Priorität des *Nahen Auslandes* die vernünftige Forderung, daß sich Rußland vor allem auf die Beziehungen zu den neuerdings unabhängigen Staaten konzentrieren solle, da diese nach wie vor von Rußland ökonomisch abhängig waren - aufgrund der in Sowjetzeiten gewachsenen Bindung. Der Begriff des *Nahen Auslandes* implizierte bei näherer Betrachtung aber auch „*Vorbehalte gegenüber einer vollen Souveränität der übrigen ehemaligen Sowjetrepubliken*“.<sup>1</sup> Offiziell wurde damit argumentiert, daß Rußland die Pflicht und das Recht habe, die Interessen seiner in Nachbarrepubliken lebenden Landsleute zu wahren; inoffiziell wollte man sich damit eine Rechtfertigung für eine Einflußnahme auf die Politik der ehemaligen Sowjetrepubliken schaffen, die auch die Option einer militärischen Intervention einschloß, wie sie im Baltikum furchtsam perzipiert wurde.<sup>2</sup>

### **2.2.5 Der Neoeurasianismus**

Die Ablehnung des Kommunismus als Verrat am russisch-orthodoxen Glauben auf der einen Seite und die Ablehnung der Verwestlichung, die als schädlich für die russische Kultur gilt, auf der anderen Seite, haben nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion einen ideologiefreien Raum geschaffen, der von einer Neuauflage des *Eurasianismus*, dem *Neoeurasianismus*<sup>3</sup> ausgefüllt werden konnte. Man verkündete stolz die alte Theorie, daß das russische Volk aus der Verschmelzung von seßhaften Slawen und nomadisierenden Steppebewohnern hervorgegangen sei und somit kraft seiner kulturell und geistig einzigartigen eurasischen Identität zur Beherrschung eben dieses weiten eurasischen Raumes prädestiniert sei.<sup>4</sup> Vom mythischen Hauch eines erneuerten *Eurasianismus* sind weite Kreise der russischen politischen Elite berührt worden: Der frühere Vizepräsident Alexander

---

<sup>1</sup> Hans-Peter Riese: a.a.O., S.53.

<sup>2</sup> Dies zeigte eine Sonderkrisensitzung der drei baltischen Präsidenten, die als Reaktion auf Kosyrews Äußerungen angesetzt wurde.

<sup>3</sup> Vgl. Sonja Margolina: „Pax Eurasica“, FAZ vom 27.6.2001.

<sup>4</sup> Vgl. Zbigniew Brzezinski: a.a.O., S.162.

Rushkoj ist ebenso wie der Kommunistenführer Gennadij Sjuganow bekennender Eurasier.<sup>1</sup>

Ein deutlicher Schritt hin zu einer offiziellen Politik des *Eurasianismus* war Anfang 1996 die Ersetzung des westlich orientierten Außenministers Kosyrew durch den nach China und Iran ausgerichteten Orientalisten Primakow. Damit leitete Jelzin eine neue Phase der Außenpolitik ein, die durch die Abwendung von Amerika und die Suche nach einem Bündnis mit den beiden Gegenspielern der USA, eben China und Iran, gekennzeichnet ist. So besteht zumindest theoretisch die Möglichkeit, daß sich die führende slawische Großmacht, der militanteste islamische Staat und das bevölkerungsreichste Land der Erde zu einer antiamerikanischen Koalition zusammenfinden. Die russisch-chinesischen Annäherungen der Jahre 1996 und 1997 sowie die gemeinsame Erklärung, in der das Streben nach Hegemonie verurteilt wurde, schienen genau diese Entwicklung anzudeuten. In diesem Zusammenhang werden die amerikanischen Bemühungen um gute Kontakte zu China seit dieser Zeit in ein anderes Licht gerückt. Durch den Ausbau von Wirtschaftsbeziehungen zu China kann eine Allianz zwischen China und Rußland sowie dem Iran von den USA beeinflußt werden. Die russischen Bemühungen in Europa waren ab der Mitte der neunziger Jahre ebenfalls auf einen Ausschluß Amerikas als europäischer Hegemonialmacht gerichtet, was der erwähnte Primat der Beziehungen zu Deutschland und die Initiierung einer deutsch-russisch-französischen Troika 1998 zeigten.<sup>2</sup> Die Beziehungen zu Deutschland sind unter anderem deshalb von hervorragender Bedeutung für Rußland, weil in den Deutschen ein zentraler Einflußfaktor in den westlichen Organisationen gesehen wird, wenn es darum geht, Rußlands Einbindung in diese Strukturen (auch gegen amerikanische Interessen) zu fördern.<sup>3</sup>

Die andauernde Popularität des eurasischen Gedankenguts zeigt der Ende April 2001 in Moskau abgehaltene Gründungskongreß der allrussischen politischen Bewegung „Eurasia“, gesponsert von der orthodoxen Kirche, muslimischen Bewegungen und der Union der KGB-Veteranen, geleitet von Alexander Dugin, einem in rechtskonservativen Kreisen bekannten Geopolitiker und Eurasier.<sup>4</sup> Hier wird wiederum eine enge Verbindung von Eu-

---

<sup>1</sup> Vgl. Zbigniew Brzezinski: a.a.O., S.163.

<sup>2</sup> Ausführlicher hierzu siehe Kapitel VI.

<sup>3</sup> Vgl. Tanja Wagensohn: a.a.O., S.221.

<sup>4</sup> Vgl. Sonja Margolina: „Pax Eurasica“, FAZ vom 27.6.2001.

rasianismus und Geopolitik deutlich, denn Dugin hat seit einigen Jahren den Lehrstuhl für Geopolitik in der Militäarakademie des Generalstabs inne (auch an der Moskauer Universität wurde ein Lehrgang für Geopolitik gegründet). Dugin sieht im Machtantritt Putins den „wichtigsten Meilenstein in der Geschichte der neoeurasischen Weltanschauung“.<sup>1</sup> Der *Neoeurasianismus* könne das Bedürfnis der russischen Gesellschaft nach einer neuen Ideologie, die groß, traditionell und integrativ zugleich sei, befriedigen.<sup>2</sup>

### **2.3 Die russischen Ansprüche im Baltikum**

Für das russische Selbstverständnis ist es schwierig, sich mit den Gebietsverlusten nach der Auflösung der UdSSR abzufinden. Gerade die baltischen Staaten werden als künstliche Gebilde betrachtet, da die Gebiete fast 200 Jahre lang, mit einer zwanzigjährigen Unterbrechung zwischen den Weltkriegen, Teil des russischen, später des sowjetischen Imperiums waren.

Moskau weigerte sich zunächst ostentativ, das geheime Zusatzabkommen zum Hitler-Stalin-Pakt von 1939 für null und nichtig zu erklären, was die Atmosphäre zwischen Washington und Moskau verschlechterte, als noch eine strategische Partnerschaft zwischen beiden angestrebt wurde. Als der Hitler-Stalin-Pakt dann doch für nichtig erklärt wurde, verleugnete man die Annexion der baltischen Staaten: *„Noch fünf Jahre nach dem Zusammenbruch der UdSSR bestanden Kreml-Sprecher in einer offiziellen Erklärung vom 10. September 1996 darauf, daß sich die baltischen Staaten im Jahr 1940 freiwillig der Sowjetunion angeschlossen hätten.“*<sup>3</sup> Damit hätten die baltischen Staaten ihre Staatlich-

---

<sup>1</sup> Sonja Margolina: „Pax Eurasica“, FAZ vom 27.6.2001.

<sup>2</sup> Es ist allerdings fraglich, ob Putin überzeugter Eurasier ist. Nach seiner Entscheidung vom Oktober 2001, die größte Abhöranlage Rußlands in Lourdes auf Kuba zu schließen, wurde Putin selbst von den russischen Liberalen als zum Westler mutierter, weitsichtiger Präsident bezeichnet. Hintergrund seines Entgegenkommens ist wohl vor allem das vom amerikanischen Kongreß im Jahr 2000 zugesagte Entgegenkommen in der Schuldenfrage bei Schließung der Abhöranlage. Vgl. Markus Wehner: „Partner Putin“, FAZ vom 22.10.2001.

<sup>3</sup> Zbigniew Brzezinski: a.a.O., S.152.

keit aufgegeben und wären Teil der UdSSR geworden. Aus russischer Sicht sind die heutigen baltischen Staaten daher Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Aus baltischer Sicht, die international unterstützt wird, wurden die Länder 1940 von der Sowjetunion zwar annektiert, aber nie rechtsgültig beseitigt und ihre unterdrückte Staatlichkeit lebte mit dem Austritt aus der Sowjetunion wieder auf. Infolgedessen seien alle völkerrechtlichen Verträge, Territorialbestände und Souveränitäten wieder in Kraft getreten.

Bedeutende Fortschritte in den Beziehungen zwischen Rußland und dem Baltikum waren daher zunächst die Anerkennung der Eigenstaatlichkeit der baltischen Staaten, die unmittelbar nach dem gescheiterten Putschversuch im August 1991 durch Gorbatschow und die Führer aller Teilrepubliken erfolgte, sowie der Abzug der russischen Truppen vom baltischen Territorium, der 1994 abgeschlossen wurde.<sup>1</sup>

Die Lage der russischen Minderheiten in den baltischen Staaten wurde von der russischen Außenpolitik als Alibi für eine stark schwankende, oftmals aggressive Baltikumpolitik genutzt. Diese Politik setzte auf Druckmittel wie Wirtschaftssanktionen, Handelsunterbrechungen und Zollschranken gegenüber den auf russische Rohstoffimporte angewiesenen Staaten. Die Politik Rußlands, so die Meinung vieler Balten, sei in der Gegenwart stärker von den Geschehnissen im Baltikum motiviert, als sie es in sowjetischer Zeit war.<sup>2</sup>

Erst im März 1999 haben Rußland und Estland ein Grenzabkommen über die gegenseitige Anerkennung der existierenden Grenzen geschlossen. Litauen hatte seine Grenzprobleme mit Rußland schon 1997 geregelt, aber die Verhandlungen mit Lettland sind ins Stocken geraten.<sup>3</sup> Rußland war bis zumindest bis ins Jahr 2000 weiterhin „an schlechten Beziehungen“ zu Lettland interessiert, wie ein russischer Diplomat gegenüber einem lettischen Kollegen vertraulich geäußert haben soll.<sup>4</sup> In der fortwährenden Propaganda der russischen Regierung ist Lettland bevorzugtes Ziel verbaler Attacken, aber auch Estland und

---

<sup>1</sup> Zur Geschichte der baltischen Unabhängigkeitsbewegungen und der Entwicklung von 1989 bis 1991 in den russisch-baltischen Beziehungen siehe: Pekka Visuri: Die Sicherheitslage der baltischen Staaten. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 4, 1997, S.10ff.

<sup>2</sup> Vgl. Robert von Lucius: „Nicht-Bürger“, FAZ vom 19.5.2001.

<sup>3</sup> Vgl. Dmitri V. Trenin: Russian-Baltic Relations: Prospects and Risks, in: Sven Arnsward/ Marcus Wenig (Hrsg.): German and American Policies towards the Baltic States, Bonn 2000, S.63-68, hier: S.65.

<sup>4</sup> Vgl. Markus Wehner: „Riga ist der Prügelknabe der russischen Diplomaten“, FAZ vom 4.7.2000.

Litauen werden mit dem Vorwurf des Nationalismus und Faschismus bedacht.<sup>1</sup>

Läßt man die tatsächlich erreichten Fortschritte in der Kooperation zwischen Rußland und dem Baltikum außer acht, kann man die negativen Intentionen der russischen Baltikumpolitik in den neunziger Jahren wie folgt charakterisieren:

- Einsatz ökonomischer Macht zur Verletzung der Souveränität und Beeinflussung innerer Angelegenheiten der baltischen Staaten (Staatsbürgerschaftsgesetze);
- Instrumentalisierung der Baltikumpolitik für eigene innenpolitische Zwecke (Beruhigung der extremistisch-nationalistischen Opposition in Rußland);
- Förderung von Widersprüchen zwischen den baltischen Staaten durch ungleiche Behandlung, um die Entwicklung einer baltischen Allianz zu verhindern.

---

<sup>1</sup> Vgl. „Propaganda gegen baltische Staaten“, FAZ vom 13.3.2000.

## IV. Interessenanalyse: Deutsche und russische Interessen

Wie dargestellt, ist die deutsche Außenpolitik auf die Wahrung einer gewissen Kontinuität bedacht, die russische Außenpolitik dagegen durch eine Verschiebung der Prämissen gekennzeichnet. Eine offizielle Definition der nationalen Interessen hat es in Deutschland zwischen 1990 und 1998 nicht gegeben, eine Konkretisierung der russischen nationalen Interessen ist durch Primakow erst anlässlich eines Vortrages im März 1998 erfolgt.<sup>1</sup> Hierbei nannte er die fünf wichtigsten Aufgaben der russischen Außenpolitik:

- *„Bewahrung der territorialen Einheit des Landes“;*
- *„fließender Eintritt in die Weltwirtschaft als gleichberechtigter Partner“;*
- *„Widerstand gegen den negativen Einfluß von außen auf die Integration in der GUS“;*
- *„Förderung der Restrukturierung der Industrie hauptsächlich über den Waffenexport“;*
- *„Unterstützung des russischen Kapitals im Ausland“.<sup>2</sup>*

Damit wurde den außenwirtschaftlichen Aktivitäten eine größere Bedeutung beigemessen, nachdem den sicherheitspolitischen Aufgaben in der russischen Außenpolitik in den Jahren zuvor bereits eine hohe Priorität zugewiesen worden war.<sup>3</sup>

In diesem Kapitel werden die Determinanten der deutsch-russischen Beziehungen in den verschiedenen Bereichen der zwischenstaatlichen Politik herausgestellt, um damit die deutschen und russischen nationalen Interessen zu konkretisieren.<sup>4</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. Johannes Baur: a.a.O., S.247.

<sup>2</sup> Vgl. Dmitrii Gornostajew: Nowoje i staroj koncepcij Primakowa, Nesawissimaja Gaseta vom 18.3.1998.

<sup>3</sup> Vgl. Johannes Baur: a.a.O., S.247.

<sup>4</sup> Die Reihenfolge der Untersuchung der Politikfelder stellt dabei keine Wertung ihrer Bedeutung dar.

## 1. Zusammenarbeit in internationalen Organisationen

Morgenthau stellte fest, „*daß Staaten durch die Mitgliedschaft in einer internationalen Organisation in Richtung auf ein bestimmtes (nämlich gemäßigtes) Verhalten sozialisiert werden.*“<sup>1</sup> In diesem Sinne war die mögliche Einbindung Rußlands in internationale Organisationen erklärtes Ziel deutscher Rußlandpolitik, um den Demokratisierungsprozeß in Rußland voranzutreiben, Rußlands internationale Rolle zu neutralisieren und seine Ansprüche gegenüber dem Baltikum im internationalen Rahmen zu entemotionalisieren. In den neunziger Jahren herrschte in der deutschen Politik überwiegend die Meinung, auf die Dauer sei Stabilität nur mit, nicht ohne und schon gar nicht gegen Rußland zu erreichen.<sup>2</sup>

### 1.1 Europäische Union, Europarat und G8

Rußland ist weit davon entfernt, als Kandidat für eine EU-Aufnahme in Frage zu kommen. In den verschiedenen Institutionen der EU versucht man daher, Rußland in andere internationale Organisationen einzubinden. So werden stabile Strukturen geschaffen, innerhalb derer Probleme, wie beispielsweise die Ansprüche Rußlands im Baltikum, gelöst werden können. Die Trends zur Internationalisierung und zur Ökonomisierung der Außenpolitik lassen die Mitgliedschaft in internationalen Organisationen mit wirtschaftlicher Ausrichtung immer bedeutsamer werden. Damit Rußland seine von Primakow formulierten nationalen Interessen verfolgen kann, muß es Mitglied in den wichtigen internationalen Organisationen sein.<sup>3</sup> Die EU wird von russischen Eliten als wichtigster Transformations-

---

<sup>1</sup> Morgenthau, Hans J.: Macht und Frieden. Grundlegung einer Theorie der internationalen Politik, Gütersloh 1963, S.49.

<sup>2</sup> Vgl. Wolfgang Pfeiler: Kann Rußland europäisch werden?, in: Die politische Meinung, Nr. 362, 1/2000, S. 23-28, hier: S.23.

<sup>3</sup> Vgl. Hans-Hermann Höhmann und Christian Meier: Rußland, Gipfel der Acht und internationale Wirtschaftsorganisationen, in: Außenpolitik, Nr.IV/1998, S.335-345, hier S.344.

und Modernisierungspartner angesehen; der Vertrag über Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen Rußland und der EU von 1994 wurde gelegentlich sogar als der größte außenpolitische Erfolg Moskaus in der post-sowjetischen Periode bezeichnet.<sup>1</sup>

Rund 40 Prozent des russischen Außenhandels entfallen auf die EU, unter Einschluß der ostmitteleuropäischen neuen Mitglieder werden es über 50 Prozent sein. Zudem wurden über die Hälfte aller Direktinvestitionen in Rußland aus EU-Mitgliedsstaaten getätigt.<sup>2</sup> Die EU-Länder, dabei vor allem Deutschland, sind somit die wichtigsten Gläubiger und Geldgeber Rußlands. Von 1991 bis 1996 hat Rußland aus dem europäischen *Tacis-Programm*, das alle Länder der ehemaligen UdSSR begünstigt, etwa zwei Milliarden Mark erhalten.<sup>3</sup> Von 1996 bis 1999 wurden noch einmal 1,9 Milliarden Mark bereitgestellt.<sup>4</sup> Neben Deutschland, das 1996 als größter Handelspartner Importe aus Rußland in Höhe von 7,1 Milliarden Dollar und Exporte von 5,2 Milliarden Dollar verzeichnete, sind innerhalb der EU Frankreich und Italien besonders hervorzuheben.<sup>5</sup>

Aus diesen Gründen kommt der Unterstützung Rußlands durch Deutschland bei der EU-Annäherung große Bedeutung für das deutsch-russische Verhältnis zu. Der deutsche Einsatz für Rußland ist nicht uneigennützig: Eine große Gefahr für die europäische Stabilität stellt das Wohlstandsgefälle zwischen Deutschland und den östlichen Staaten, besonders Rußland, dar. Der Migrationsdruck droht stärker zu werden, das organisierte Verbrechen orientiert sich ebenfalls nach dem Lebensstandard und den entsprechenden Profiterwartungen. Neben der *relativen Armut*, die durch den Blick nach Westen und das gravierende soziale Gefälle in Rußland selbst entsteht, existiert auch eine *absolute Armut*: Nach Angaben der russischen Zeitung *Sewodnja* lebten 1999 etwa 60 Millionen Menschen in Rußland unterhalb der Armutsgrenze von 32 Dollar im Monat.<sup>6</sup> Das sind ungefähr 40 Prozent

---

<sup>1</sup> Vgl. Wladimir G. Baranowskij: Rußland und die Europäische Union, in: Hans-Joachim Spanger (Hrsg.): Rußland und der Westen, Frankfurt/Main 1998, S.239-253, hier: S.241.

<sup>2</sup> Vgl. Heinz Timmermann: Rußland: Strategischer Partner der Europäischen Union?, in: Osteuropa 10/99, S.991-1009, hier: S.995.

<sup>3</sup> Vgl. „Abkommen zwischen der EU und Rußland“, FAZ vom 2.12.1997.

<sup>4</sup> Vgl. Klaus Kinkel: „Der Prozeß des Wiederauswachsendens muß Rußland einschließen“, FAZ vom 4.6.1996.

<sup>5</sup> Vgl. Hans Hermann Höhmann und Christian Meier: Rußland, Gipfel der Acht und internationale Wirtschaftsorganisationen, in: Außenpolitik, Nr. IV/1998, S.335-345, hier: S.335.

<sup>6</sup> Vgl. „Report: 60 Million Russians live below Poverty Line“, Agence France Presse Wire Service, 31.8.1999.

der russischen Bevölkerung, die somit als Protestwähler einen großen Unsicherheitsfaktor für die weitere politische Entwicklung Rußlands darstellen. Die Gefahr einer Instabilität ist nur durch eine konstante wirtschaftliche Entwicklung im Rahmen regionaler und internationaler Wirtschaftsstrukturen und -verflechtungen zu bannen. Dies ist die Intention der deutschen Initiative zur Einbeziehung Rußlands. Die Eroberung des russischen Marktes muß als Fernziel zurückstehen, solange die unsicheren russischen Verhältnisse keine großen Investitionen zulassen.

Deutschland zeigte ein starkes Engagement bei der Ausarbeitung des EU-Rußland-Partnerschaftsvertrages vom Juni 1994. Während der Verhandlungen drängte Deutschland erfolgreich auf Konzessionen an Moskau, wie die weitere Marktöffnung für russische Produkte sowie auf die Perspektive einer Freihandelszone zwischen den vertragsschließenden Seiten.<sup>1</sup> Der Vertrag schuf eine Basis für Handels- und Wirtschaftsbeziehungen, definierte die konkrete Zusammenarbeit und ermöglichte einen regulären politischen Dialog. Handels- und wirtschaftspolitische Vorteile kamen Rußland seit Sommer 1995 im Rahmen eines Interimsabkommens zugute, das Zölle und Mengenbeschränkungen im gegenseitigen Handel bereits spürbar ermäßigte. Rußland hielt sich jedoch nicht immer an die Anti-Dumping-Regeln.

Das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen enthält keine Beitrittsperspektive für Rußland, obwohl hochrangige russische Politiker, auch Präsident Jelzin, die Frage nach einer Vollmitgliedschaft Rußlands in der Europäischen Union aufgeworfen haben. Da ein Beitritt Rußlands auf absehbare Zeit nicht in Frage komme, hat die EU aus *„politisch-psychologischen Gründen ein Verhältnis sui generis in Aussicht gestellt, das in der Substanz über eine Assoziation hinausgeht, doch unterhalb der Schwelle einer Beitrittsoption bleibt.“*<sup>2</sup> Auf dieser Grundlage kann die Forderung an Rußland nach Angleichung der Rechtsvorschriften an europäische Normen und Standards erfolgen. Inzwischen wird eine Abstimmung in politischen Fragen zwischen Rußland und der EU angestrebt, wie mit der *Gemeinsamen Strategie der Europäischen Union für Rußland* beschlossen.<sup>3</sup>

Eine eventuelle EU-Mitgliedschaft der Balten wird von Rußland geduldet, ebenso die Mit-

---

<sup>1</sup> Vgl. Heinz Timmerman: „Kein Sonderverhältnis, aber ein dichtes Beziehungsgeflecht“, FAZ vom 10.5.1996.

<sup>2</sup> Heinz Timmermann: Rußland: Strategischer Partner der Europäischen Union?, in: Osteuropa 10/99, S.991-1009, hier: S.997.

<sup>3</sup> „Gemeinsame Strategie der Europäischen Union“, Bulletin Quotidien Europe, Nr.2144-45, 16. Juni 1999.

gliedschaft der Balten in anderen als nicht-militärisch eingestuften Organisationen.<sup>1</sup> Deutschland galt lange als Wegbereiter für die Aufnahme der Balten in die EU, ein erklärtes Ziel der Bundesregierung in den neunziger Jahren, wie Genscher ausführte.<sup>2</sup> Anfang 1992 wurden Handels- und Kooperationsabkommen geschlossen, 1994 Freihandelsabkommen und im Juli 1995 Assoziationsverträge mit der Perspektive der Vollmitgliedschaft. Als die Europäische Kommission im Juli 1997 die Kandidaten für die erste Beitrittsrunde präsentierte, war Estland mit dabei. Estland galt als mustergültiger Aspirant, doch es gibt Meinungsunterschiede zwischen den baltischen Staaten über die Annäherung an die EU. Litauen protestierte gegen den Versuch Estlands, schneller als die beiden anderen Kandidaten in die EU aufgenommen zu werden.<sup>3</sup> Die lettische Präsidentin Vike-Freiberga betrachtete die frühe Einladung der EU an Estland zu einer Bewerbung rückblickend eher als Versuch, die russische Reaktion zur EU-Mitgliedschaft einer baltischen Republik zu testen.<sup>4</sup>

Deutschland trat energisch für eine Teilnahme Rußlands an den Beratungen der G7-Gipfeltreffen ein und stellte mittelfristig die Hinzuziehung des Landes auch zu den Diskussionen wirtschaftlicher Probleme in Aussicht. Aus den G7 wurden die G8, als Rußland, offiziell als *großer demokratischer Industriestaat* bezeichnet, an den Gipfeltreffen teilnehmen durfte. Die deutsche Außenpolitik trug dem Selbstwertgefühl Rußlands Rechnung und unterstützte sein Bestreben, Anschluß an jene sieben führenden Industriemächte zu finden, die die globale Politik wesentlich gestalten.<sup>5</sup>

In diesem Zusammenhang soll auch die deutsche Initiative zur Aufnahme Rußlands in den Europarat im Januar 1996 genannt werden. Für westlich orientierte russische Eliten bedeutete die Mitgliedschaft in dieser Organisation die Integration in die europäische Staatenfamilie und die offizielle Anerkennung europäischer Prinzipien und Grundwerte.<sup>6</sup> Der Tschetschenienkrieg verhinderte zunächst die Aufnahme, die mit der Aussicht eines Frie-

---

<sup>1</sup> Vgl. „Rußland nicht gegen EU-Beitritt der Balten“, FAZ vom 5.9.1995.

<sup>2</sup> Vgl. Hans-Dietrich Genscher: Auf dem Weg in die Europäische Union: Europa – ungeteilt, in: Frank Ronge (Hrsg.): Die baltischen Staaten auf dem Weg in die EU, Bonn 1998, S.37-46, hier: S.38.

<sup>3</sup> Vgl. „Streit über die Annäherung an die EU“, FAZ vom 17.6.1997.

<sup>4</sup> Vgl. „Rußland ist unberechenbar“, Interview mit Vaira Vike-Freiberga in: Der Spiegel, 22/2000.

<sup>5</sup> Vgl. Heinz Timmerman: „Kein Sonderverhältnis, aber ein dichtes Beziehungsgeflecht“, FAZ vom 10.5.1996.

<sup>6</sup> Vgl. Heinz Timmermann: Rußland: Strategischer Partner der Europäischen Union?, in: Osteuropa 10/99, S.991-1009, hier: S.993.

denesschlusses dann doch erfolgte. Zum Zeitpunkt der Aufnahme wurde im Empfehlungsschreiben des Rechtsausschusses des Europarates deutlich, daß Rußland praktisch keines der Aufnahmekriterien erfüllte. Fraglich bleibt daher, ob die tatsächliche Erfüllung der Kriterien wie Achtung der Menschenrechte, freiheitliche Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, freie Presse und humaner Strafvollzug von Moskau als genauso bedeutend wie die symbolische Zugehörigkeit zum demokratischen Europa betrachtet wird. Der Grund für die Aufnahme in den Europarat war die Hoffnung darauf, daß eine Mitgliedschaft Rußlands eher eine Annäherung an die europäischen Normen bewirken könnte als eine Isolation Rußlands. Der ehemalige Rußlandkorrespondent der Neuen Züricher Zeitung schreibt dazu: *„Daß der Westen glaubt, mit einer Aufnahme Moskaus in den Rat die Qualität der russischen Justiz fördern zu können, zeugt nicht gerade von durchschlagenden Kenntnissen des eurasischen Riesenreichs, sondern allenfalls von einer ziemlich törichten und abstoßenden eurozentrischen Selbstüberschätzung.“*<sup>1</sup>

Die Parlamentarische Versammlung des Europarats hatte Anfang April 2000 unter dem Eindruck des Tschetschenien-Krieges das Ministerkomitee der Organisation dazu aufgefordert, ein Ausschlußverfahren gegen Rußland einzuleiten, das dann allerdings nicht stattfand.<sup>2</sup>

## **1.2 Zusammenarbeit in KSZE und OSZE**

Die KSZE war von ihrer Gründung im Jahre 1975 an (mit der Sowjetunion als Gründungsmitglied) bis 1990 das einzige Forum, in dem alle europäischen und die beiden nordamerikanischen Staaten ständigen Kontakt hielten. 1992 wurde die KSZE auf einer Konferenz in Helsinki in eine regionale Einrichtung der UNO umgewandelt. Auf der 1994er Folgekonferenz in Budapest wurde beschlossen, daß die KSZE ab 1995 von der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) abgelöst werden sollte.

---

<sup>1</sup> Ulrich Schmid: Gnadenlose Bruderschaften. Aufstieg der russischen Mafia, Paderborn 1996, S.135.

<sup>2</sup> Vgl. Klaus Mangold: Wirtschaftsfaktor Rußland. Die deutsche Wirtschaft hat Anlaß zur Hoffnung, in: Internationale Politik, Nr.5/2000.

Sie setzt sich zusammen aus Vertretern von 53 europäischen, mittelasiatischen und nord-amerikanischen Staaten.<sup>1</sup>

Zum Verhältnis zwischen der NATO und der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa hieß es in Bonn noch vor dem Beschluß über die NATO-Osterweiterung, die OSZE sei eines der wenigen Gebiete, auf denen man russischen Belangen entgegenkommen könne, ohne den eigenen Interessen zu schaden.<sup>2</sup> Die OSZE dürfe der NATO nicht übergeordnet werden; da Rußland in der OSZE mit gleichem Recht beteiligt, in der NATO aber über die *Partnerschaft für den Frieden* nur Gast sei, könne Moskau in der OSZE eine günstigere Ausgangslage in Anspruch nehmen. Außenminister Kinkel hielt das für ungefährlich, weil es dem Vorgänger der OSZE, der KSZE, immer möglich gewesen sei, russische Absichten derart umzufunktionieren, daß die Ergebnisse auch deutschem und westlichem Interesse entsprochen hätten.<sup>3</sup> Für Rußlands Beziehungen zur NATO und zur EU galten in den neunziger Jahren die Grundsätze: Anbindung an statt Einbindung in die Organisationen, Kooperation statt Integration.<sup>4</sup> Darum ist die Einbeziehung in andere Formen der Zusammenarbeit wie die OSZE so wichtig. Diese kann als beweglich genug charakterisiert werden, um einem reformfreudigen Rußland schrittweise entgegenzukommen, aber auch, um die Konfrontation mit einem wieder stärker antiwestlichen Moskau zu kanalisieren und in institutionellem Rahmen zu entschärfen.

Die KSZE, obwohl kein völkerrechtlicher Vertrag, hatte die Ost-West-Annäherung vorangetrieben, da sie neben der konventionellen Abrüstung auch die Zusammenarbeit in Bereichen der Wirtschaft und Wissenschaft regelte. Der Pariser KSZE-Sondergipfel von 1990 besiegelte einen neuen Zustand des europäischen Kontinents nach den politischen Veränderungen in den ostmitteleuropäischen Staaten und der deutschen Einheit; die UdSSR fügte sich hier - nach der Zurücknahme ihres grenzübergreifenden Machtanspruchs - in

---

<sup>1</sup> Vgl. Mario von Baratta und Jan Ulrich Clauss: Fischer Weltalmanach der internationalen Organisationen, Frankfurt/Main 1995, S.478.

<sup>2</sup> Vgl. Claus Gennrich: „Vom Verhalten Moskaus soll es abhängen, ob und wie weit es sich selbst isoliert“, FAZ vom 9.7.1994.

<sup>3</sup> Vgl. ebenda.

<sup>4</sup> Eine Integration Rußlands in die EU oder in die NATO würde die Struktur dieser Organisationen in Anbetracht der Größe und des Potentials Rußlands grundlegend verändern und das innere Gleichgewicht verschieben.

die Familie der europäischen Staaten ein.<sup>1</sup>

Hieran wird das Muster ersichtlich, das die multilaterale Zusammenarbeit Deutschlands und Rußlands bestimmt: Ein flexibler Rahmen, der alle Partner verpflichtet und ein Forum darstellt, der jedoch die Intensität der Zusammenarbeit nicht durch ein starres Regelwerk festlegt, sondern beiden Seiten die Chance zum Rückzug gibt. Die OSZE bietet Gelegenheit, eine deutsche pro-russische Haltung zu demonstrieren, ohne dabei Sonderwege beschreiten zu müssen.

Von russischer Seite strebte man seit dem Ende des Kalten Krieges eine Stärkung der Rolle der KSZE/OSZE an, um sie als einzige gesamteuropäische Sicherheitsorganisation zu etablieren. Die Aktivitäten aller übrigen Institutionen, auch der EU und der NATO, sollten nach russischer Ansicht von der KSZE/OSZE koordiniert und ihr damit faktisch untergeordnet werden.<sup>2</sup> Eine solche Aufwertung der KSZE/OSZE unter russischer Ägide entsprach den deutschen Vorstellungen von europäischer Sicherheit keinesfalls, so daß man sich hier den russischen Bemühungen entgegenstellte.

Der unverbindliche Charakter der OSZE hat letztlich dazu geführt, daß das Ziel einer gesamteuropäischen Friedens- und Sicherheitsordnung nicht verwirklicht werden konnte. Das zeigte das gescheiterte Engagement in Bosnien-Herzegowina. Auf dem Gebiet der Diplomatie zur Prävention kriegerischer Auseinandersetzungen war die OSZE ebenso erfolglos wie die UNO oder die WEU.<sup>3</sup> Auch als Instrument zur Beilegung des schwelenden Konfliktes zwischen Rußland und den baltischen Staaten erwies sich die OSZE als untauglich, obwohl OSZE-Beobachter dort über die Einhaltung der Menschenrechte wachten.

---

<sup>1</sup> Vgl. Mario von Baratta und Jan Ulrich Clauss: a.a.O., S.483.

<sup>2</sup> Vgl. Nikolaj Affanassjewskij: Die OSZE – Gegenwart und Zukunft der europäischen Sicherheit, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (Hrsg.): OSZE-Jahrbuch 1998. Baden-Baden 1998, S.53-61.

<sup>3</sup> Vgl. Mario von Baratta und Jan Ulrich Clauss: a.a.O., S.484.

### 1.3 Ostseerat

Der Ostseerat wurde geschaffen, um das Potential des Ostseeraumes innerhalb Europas zu verdeutlichen.<sup>1</sup> Er stellt eine Institution dar, die dazu genutzt werden kann, das Verhältnis zwischen Rußland und dem Baltikum zu verbessern.<sup>2</sup> Der Ostseerat wurde auf deutsch-dänische Initiative bei einem Außenministertreffen in Kopenhagen am 5./6.3. 1992 als zusätzliches Instrument der Zusammenarbeit im Ostseeraum gegründet. Die Ziele der Organisation sind: Die Schaffung einer marktwirtschaftlichen Wachstumszone rund um das Binnenmeer durch Zusammenarbeit in den Bereichen Umweltschutz und Energie, Transport und Kommunikation, Gesundheit und humanitäre Maßnahmen, Tourismus, Kultur, Bildungswesen sowie die Schaffung neuer regionaler Infrastrukturen und die Unterstützung des Wirtschaftsaufbaus in den Reformstaaten. Der Wiederbelebung historischer Verbindungen zwischen den Ostseeanrainern soll dabei besondere Bedeutung zukommen; die Hanse und ihre Ausbreitung bis in den Raum der heutigen baltischen Staaten dient hier als Vorbild.<sup>3</sup>

Mitglieder sind die zehn Ostseeanlieger: Deutschland, Polen, Rußland, Finnland, Schweden, Dänemark, Norwegen, Estland, Lettland und Litauen. Die Mitgliedsstaaten umfassen ein Gebiet mit rund 300 Millionen Einwohnern, davon je nach Schätzung 45 bis 90 Millionen im Ostsee-Einflußbereich. Die Bedeutung des Ostseerates ergibt sich aus der Wirtschaftskraft der Ostseeanrainerstaaten, die 30 Prozent der gesamteuropäischen Wirtschaftsleistung beträgt.<sup>4</sup> Das zweite Gipfeltreffen des Ostseerates fand 1998 in Riga, das dritte 2000 in Kolding statt. Neben vielen Erklärungen, Feststellungen und Forderungen wurden die konkreten Projekte eines Ostsee-Elektrizitätsverbundes, des weiteren Ausbaus

---

<sup>1</sup> Der Ostseerat wird leicht mit dem 1990 gegründeten Baltischen Rat verwechselt, der unter Bezug auf die „Baltische Entente“ von 1934 zwischen Litauen, Lettland und Estland entstand. Das Ziel des Baltischen Rates war eine Koordinierung der außenpolitischen und sicherheitsrelevanten Fragen. Nachdem die baltischen Republiken die Unabhängigkeit erreicht hatten, war die Zusammenarbeit nicht mehr so eng wie zuvor. Ein Freihandelsabkommen wurde geschlossen und ein Baltisches Friedensbataillon aufgestellt.

<sup>2</sup> Vgl. „Vermittler zwischen Balten und Russen“, FAZ vom 16.6.1999.

<sup>3</sup> Vgl. Mario von Baratta und Jan Ulrich Clauss: a.a.O., S.477.

<sup>4</sup> Vgl. Zweites Gipfeltreffen der Regierungschefs der Ostseestaaten, Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 9.2.1998, S.115.

der Ostseehäfen inklusive Auffanganlagen für von Schiffen erzeugte Abfälle sowie die Notwendigkeit der gegenseitigen Anerkennung von Hochschulabschlüssen der Länder des Ostseeraumes angesprochen.

Der Ostseerat diente als „Schule des Baltikums“ und als Gesprächsforum für Balten und Russen und entlastete damit den Vermittler Deutschland. Nach Meinung der Außenminister der Mitgliedsstaaten ist der ursprüngliche Zweck, die Heranführung des Baltikums an den Westen und die EU, nun erfüllt. Neue Aufgaben müssten definiert werden.<sup>1</sup> Schwerpunkte seien die Zukunft Königsbergs und Rußlandpolitik.<sup>2</sup>

Der Ostseerat gilt als eine der EU-nahen Institutionen, die Rußland einen Ausgleich für die nicht erfolgte Integration in die EU bieten können. Hier ist Rußland Vollmitglied und seine Einbeziehung zur Lösung regionaler Probleme ist unabdingbar. Besonders das Projekt eines Ostsee-Energieverbundes ist notwendig auf Rußlands Integration angewiesen, da die russischen Erdgasvorräte etwaige Energieprobleme im Ostseeraum lösen könnten. Rußland nutzt den Ostseerat im übrigen als Plattform, um die Minderheitenpolitik Lettlands und Estlands anzuprangern. Die Schaffung des Amtes eines Menschenrechtsbeauftragten im Ostseerat gilt als Zugeständnis an die russische Baltikum-Politik. Dem früheren dänischen Amtsinhaber Espersen wurde von den Balten vorgeworfen, die haltlosen Beschuldigungen Moskaus zu unterstützen, die russischen Minderheiten würden unterdrückt werden. Espersen habe sogar die deutschen Bemühungen um eine Richtigerstellung der russischen Vorwürfe hintertrieben.<sup>3</sup>

## **1.4 Die nördliche Dimension**

Eine EU-Initiative Finnlands im Dezember 1997, die den Namen „Nördliche Dimension“ trug, sollte der Ostsee ihre historische und kulturelle Rolle zurückgeben, noch bevor sie

---

<sup>1</sup> Vgl. „Stockholm Sitz des Ostsee-Sekretariats“, FAZ vom 22.6.2000.

<sup>2</sup> Vgl. „Der Ostseerat auf der Suche nach einer neuen Zukunft“, FAZ vom 12.4. 2000.

<sup>3</sup> Vgl. „Streit im Ostseerat“, FAZ vom 21.6.2001.

durch den Beitritt Polens, Estlands, Lettlands und Litauens ein EU-Binnenmeer wird.<sup>1</sup> Durch konkrete Projekte auf regionaler Basis soll Rußland zum Ausgleich für die nicht erfolgte EU-Integration mit der *nördlichen Dimension* in eine lebendige und fruchtbare Zusammenarbeit mit der EU geführt werden. Die Bereiche Energie, Umwelt und Infrastruktur scheinen am ergiebigsten zu sein, denn hier könnten die wirtschaftlichen Potentiale zu gegenseitigem Nutzen aktiviert werden; die natürlichen Ressourcen aus Rußland stellen die Versorgung des nördlichen Europa sicher und westliche Technologie unterstützt die russische Wirtschaft. Der Ostseeraum soll zum europäischen Transferzentrum für Informationstechnologien werden.<sup>2</sup>

Die Einbindung Rußlands in Europa kann nur schrittweise geschehen, und die Ostsee-Region ist ein Schlüssel dazu. Die Ostsee ist für Rußland seit Peter dem Großen das Sinnbild der Westorientierung, des Anschlusses an Europa, des Fortschritts. Gemessen an der jahrhundertealten hanseatischen Tradition, die der Handel in der Ostseeregion hat, nehmen sich die fünf Jahrzehnte des Kalten Krieges, die die einstmals so reiche Region verarmen ließen, gering aus. Die ökonomische Brachlandschaft soll unter Einbeziehung Rußlands wieder zum belebten Marktplatz werden. Die Ostsee ist Rußlands einzige direkte Kontaktstelle zu den hochentwickelten westeuropäischen Ländern, zu Demokratie und prosperierender Wirtschaft. Die Integration Rußlands könnte durch Nutzung dieser Symbolik eventuell erleichtert werden. „*Die Ostsee ist ein Meer, das verbindet, eine Geschichte, die verpflichtet, ein kulturelles Erbe, das Identität stiftet, und ein Markt von fünfzig bis siebzig Millionen Konsumenten.*“<sup>3</sup>, so der damalige Schleswig-Holsteiner Europaminister Walter im Jahre 1997, um die integrierende Funktion des Binnenmeeres zu beschreiben.

Die *nördliche Dimension* wird als Politik der zweiten Generation verstanden, die in ihren Konsequenzen viel weitreichender sein soll, als es die Gremien der ersten Stunde waren, die vor allem Krisenmanagement im Baltikum beim Zerfall der Sowjetunion leisten sollten. In der zweiten Generation wird eine moderne Form der Hanse angestrebt, ohne alle Trennungslinien zwischen ihren Mitgliedern, eine Plattform für ungezwungenen Handel

---

<sup>1</sup> Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Eine nordische Dimension für die Politik der Union, Brüssel 1998.

<sup>2</sup> Vgl. Dieter Wenz: „Das große Rad an der Ostsee“, FAZ vom 19.2.1998.

<sup>3</sup> Ebenda.

und Wandel.

Das Interesse der EU und vor allem Finnlands an der nördlichen Dimension wird verständlich unter dem Aspekt der Rohstoffversorgung. In schätzungsweise zwanzig bis dreißig Jahren werden die Erdöl- und Erdgasvorräte in der Nordsee verbraucht sein. Gleichzeitig wird der Energieverbrauch in der EU weiter ansteigen. Der Wettlauf um die russischen Energieträger hat daher längst begonnen. Finnlands Initiative zielt auch darauf ab, als bisher einziges an Rußland grenzendes EU-Mitglied die Rolle der baltischen Staaten zu übernehmen, die traditionell für den russischen Öl- und Gasexport eine große Rolle spielen. Die Balten betrachten daher die *nördliche Dimension* mit Mißtrauen.<sup>1</sup>

Da Schweden sich gegen eine Durchleitung des russischen Gases sperrt, wurden in Finnland Pläne entwickelt, eine Gasleitung quer durch die Ostsee nach Deutschland zu verlegen. „Die Verflechtung wirtschaftlicher Interessen und Beteiligungen ist zwischen Häfen, Raffinerien und Energienetzen an der Ostsee schon so weit fortgeschritten, daß die russische Einbeziehung in eine nördliche Dimension der EU schon fast Wirklichkeit geworden ist.“<sup>2</sup>

Während der finnischen EU-Ratspräsidentschaft wurde deutlich, daß Finnland ein besonderes Interesse am Ausbau der *nördlichen Dimension* besitzt, das die anderen EU-Mitglieder im Norden kaum teilen: Zu einer von Finnland angesetzten Konferenz zur *nördlichen Dimension* im November 1999 reiste kein einziger EU-Außenminister an – eine Form des stillen Protests gegen den russischen Tschetschenien-Krieg.<sup>3</sup> Hinzu kommt, daß die Europäische Kommission die *nördliche Dimension* eher skeptisch betrachtet - im Hinblick auf mögliche Kosten und die Stärkung des Nordens zuungunsten der südlichen EU-Mitglieder.<sup>4</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. Jasper von Altenbockum: „Finnland will ein Geschenk des Himmels endlich auspacken“, FAZ vom 12.11.1999.

<sup>2</sup> Ebenda.

<sup>3</sup> Vgl. „Der nördliche Flop“, FAZ vom 20.11.1999.

<sup>4</sup> Vgl. Jasper von Altenbockum: „Pilotprojekt Königsberg“, FAZ vom 1.4.2000.

## 2. Sicherheits- und geopolitische Interessen

Nach den Ereignissen in Osteuropa und Rußland Anfang der neunziger Jahre ist klargestanden, wie bedeutsam der Status der baltischen Staaten für die gesamteuropäische Sicherheit ist. Unter Experten ist die strategische Dimension der Ostsee umstritten: Einige gehen davon aus, daß die russische Marine ihren früheren Aktionsradius von St. Petersburg bis an die Travemündung eingebüßt hat und die Ostsee damit strategisch und militärpolitisch bedeutungslos geworden ist. Die Skeptiker befürchten, daß Rußland immer noch Ansprüche auf einen Großmachtstatus im Ostseeraum anmeldet.<sup>1</sup> Norwegen, Dänemark und Deutschland kontrollieren die Ostseezugänge. Deutschland hat durch die Wiedervereinigung seine Küstenlänge erheblich nach Osten erweitert und Häfen und Stützpunkte hinzugewonnen, die ehemals der Sowjetunion zur Verfügung standen. Für Rußland bedeutete der Verlust maritimer Stützpunkte entlang der Ostseeküste in Ostdeutschland und den baltischen Staaten einen Rückzug der Flotte nach Königsberg mit seinem Vorhafen Pillau, Kronstadt, Vyborg und Petersburg. Königsberg ist somit der einzige eisfreie Hafen der Ostseeflotte, bleibt aber ein isolierter Stützpunkt mit schwieriger Versorgungslage. Die Nutzung der baltischen Küste als Gegenküste zu Skandinavien ist nicht mehr möglich, der Aktionsradius der Flotte ist dadurch noch kleiner geworden. In der Luftraumüberwachung und der Luftverteidigung sowie in der Raketenabwehr Rußlands klaffen ohne Anlagen in den baltischen Staaten große Lücken. Damit ist Rußlands Sicherheitssystem an seiner nordwestlichen Flanke stark geschwächt. Die Voraussetzungen, von denen die alte sowjetische Kriegsplanung ausging, sind damit nicht mehr gegeben. Der Ostseeraum wurde danach als Durchgangsraum für weitreichende militärische Aktionen angesehen. Vorrangiges Ziel war die Öffnung der dänischen Meerengen, um freien Zugang zur Nordsee und damit die Möglichkeit zur Durchführung größerer Operationen zu haben. Zu diesem Zweck war die Besetzung des neutralen Südschweden durch in Estland stationierte russische Speznaz-Einheiten geplant.<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. Bernd M. Weber: Auswirkungen von Spannungen im Ostseeraum auf die Militärpolitik der Anrainerstaaten, in: Boris Meissner, Dietrich A. Loeber, Cornelius Hasselblatt (Hrsg.): Die Außenpolitik der baltischen Staaten und die internationalen Beziehungen im Ostseeraum, Hamburg 1994, S.203-227, hier: S.205.

<sup>2</sup> Vgl. Peer H. Lange: Europäische Sicherheit im Ostseeraum – zwischen Rußland und Westeuropa, in: Boris Fußnoten werden auf der nächsten Seite fortgesetzt.

Einer der Brennpunkte sicherheitspolitisch begründeter Konfrontation zwischen Rußland und dem Westen war die NATO-Osterweiterung, die gegen Ende der neunziger Jahre im Wunsch der baltischen Staaten nach Aufnahme in die NATO kulminierte.

## 2.1 Die NATO-Osterweiterung

Die Mitgliedschaft Deutschlands im Verteidigungsbündnis NATO hat die deutsche Rußlandpolitik besonders während der Diskussion um die NATO-Osterweiterung verkompliziert, zumal Deutschland sich in eine Rolle begab, in der es gleichzeitig Vertreter der Interessen der NATO, der mittelosteuropäischen Aspiranten und Anwalt Rußlands war.

Bei den Verhandlungen zur deutschen Einheit Jahre 1990 konnte Gorbatschow eine Erweiterung der NATO bis zur Oder-Neiße-Grenze abgerungen werden. Noch im Mai hatte Gorbatschow während eines Kanada-Aufenthaltes die westlichen Staaten kritisiert, weil sie keine Alternativen zu einer gesamtdeutschen NATO-Mitgliedschaft anboten: *„Es kommt mir wie eine alte Schallplatte vor, welche immer wieder dieselben Töne spielt.“*<sup>1</sup> Doch schon wenige Tage später, während des sowjetisch-amerikanischen Gipfels vom 30. Mai bis 6. Juni 1990, stimmte Gorbatschow dem amerikanischen Präsidenten Bush zu, als dieser die Entscheidungsfreiheit aller KSZE-Staaten bei der Bündniswahl ansprach. Gorbatschow betonte, er teile Bushs Meinung über eine NATO-Mitgliedschaft zwar nicht, die Wahl der Bündniszugehörigkeit sei jedoch Sache der Deutschen.<sup>2</sup> Diese Entscheidung fällt Gorbatschow allein, ohne Rücksprache mit seinen Beratern oder dem Politbüro. Tanja Wagensohn führt vier Aspekte an, die für die Zustimmung Gorbatschows zu einer NATO-Mitgliedschaft Deutschlands eine große Rolle spielten:

- *die Umwandlung der beiden Bündnisse in vorwiegend politische Allianzen;*
- *die Rolle der KSZE, als Rahmen für die europäische Zusammenarbeit, für die*

---

Meissner, Dietrich A. Loeber, Cornelius Hasselblatt (Hrsg.): Die Außenpolitik der baltischen Staaten und die internationalen Beziehungen im Ostseeraum, Hamburg 1994, S.236-254, hier: S.238.

<sup>1</sup> „Differenzen über Deutschland und Litauen zum Auftakt des Washingtoner Treffens“, FAZ vom 1.6.1990.

<sup>2</sup> Vgl. ebenda.

*Aufnahme sowjetischer Sicherheitsbelange und als eine Art „Auffangnetz“ für die Staaten des Warschauer Paktes;*

- *die Ankündigung einer Verminderung der deutschen Streitkräfte bei den Wiener Verhandlungen, die Moskau den Abzug der Streitkräfte aus der DDR erleichtern sollte;*
- *die wirtschaftlich-finanzielle Zusammenarbeit, die nicht nur die Erfüllung der DDR-Handelsverpflichtungen beinhalten, sondern zudem weitere Perspektiven eröffnen sollte (beispielsweise den sowjetischen Zugang zum Binnenmarkt der EU über Deutschland).<sup>1</sup>*

Unter der Bedingung, daß keine Truppenteile von anderen NATO-Mitgliedsstaaten auf dem Gebiet der ehemaligen DDR stationiert würden, stimmte Gorbatschow dem Wunsch nach nationaler Einheit zu. Um auch jedwede Gefährdung Europas durch mögliche deutsche Aggression auszuschließen, wurde die Bundeswehr dem NATO-Oberbefehl unterstellt, anders als die Streitkräfte der anderen Mitgliedsstaaten, die zumindest teilweise unter nationalem Oberbefehl verblieben.

Gorbatschow berücksichtigte bei seiner Entscheidung das sicherheitspolitische Vakuum in Ostdeutschland, das nach der Auflösung des Warschauer Vertrages und dem Abzug der Roten Armee entstanden war. Großmachtambitionen und Alleingänge der Deutschen waren nun nicht mehr auszuschließen. Zu deren Verhinderung war die NATO - als bewährtes Instrument zur Einbindung Deutschlands in atlantische Sicherheitsstrukturen – geduldet, kompetente Ordnungsmacht. Der Zweck der NATO bestand nach Lord Ismay, dem ersten NATO-Generalsekretär, schließlich darin, *to keep the Americans in, the Russians out and the Germans down.*

Die NATO-Erweiterung hat aber nicht an der Oder haltgemacht, sondern am 8. Juli 1997 wurde die Aufnahme der Visegrad-Staaten Ungarn, Polen und Tschechien beschlossen. Eine nächste und eine übernächste Erweiterungsrunde sind geplant, und es wurde keine östliche Begrenzung der Ausweitung des Bündnisses verlautbart. Die Diskussion um das Für und Wider der Erweiterung hat sich hingezogen; trotz der warnenden Stimmen einte aber ein Konsens über die Zweckmäßigkeit der Erweiterung die Kommentatoren. Die gesamteuropäische Stabilität sei durch kein anderes Sicherheitssystem zu gewährleisten, wie

---

<sup>1</sup> Tanja Wagensohn: a.a.O., S.165f.

die Ereignisse auf dem Balkan während der Neunziger zeigten.

Die deutsche Haltung zur Erweiterung war differenziert: Die Bundesregierung, Anwalt der osteuropäischen Beitrittsanwärter<sup>1</sup> und gleichzeitig Fürsprecher Rußlands, votierte einerseits für die Ausdehnung, versuchte aber gleichzeitig, Rußland mit einzubeziehen. Besonders auf Kanzler Kohl und seine Vermittlungsversuche konzentrierten die westlichen Verbündeten ihre Erwartungen einer einvernehmlichen Regelung mit Rußland.<sup>2</sup>

Besorgnis erregte die Prophezeiung, die NATO-Erweiterung könnte den Nationalisten in Rußland den Rücken stärken. Die Gefahr der fatalen Rückwirkung eines erneuerten Feindbildes aus Zeiten des Kalten Krieges auf die Innenpolitik und öffentliche Meinung Rußlands bestand und besteht, wie der emeritierte Ost-Politiker Egon Bahr in seiner interessanten Streitschrift zur deutschen Außenpolitik ausführt.<sup>3</sup> Bahr verlangt eine eigenständige deutsch-europäische Außenpolitik in klarer Abgrenzung der eigenen von den Interessen der USA. Diese sähen eine Multipolarisierung der Welt nicht vor und seien somit an einer vertieften deutsch-russischen Zusammenarbeit zum Zwecke der Stärkung Europas als *global player* nicht interessiert. Man arbeite sogar auf eine permanente Distanzierung Rußlands von Westeuropa hin, wozu die NATO-Osterweiterung beitrage. Wenn Deutschland sich diesem amerikanischen Trachten nicht souverän entgegenstelle, würden das deutsch-russische Verhältnis und die russischen inneren Verhältnisse unverantwortlich belastet, die Entstehung einer Großmacht Europa gefährdet. Um den amerikanischen Einfluß in Europa zu minimieren, seien eine Marginalisierung der NATO (zunächst durch Beendigung der Osterweiterung) und die Etablierung eines eigenständigen, originär europäischen Sicherheitssystems unter Einbeziehung Rußlands notwendig. Nur so könne die deutsche *vasallenhafte Haltung* gegenüber den USA aufgegeben werden und die Formulierung und Verfolgung der eigenen vitalen Interessen gelingen.<sup>4</sup>

Der deutsche Wunsch nach Einbindung Rußlands ging nicht so weit, Rußland eine langfristige Mitgliedschaft in der NATO in Aussicht zu stellen. Es gab nur wenige Stimmen, die eine NATO-Erweiterung auch ohne Rußlands Zustimmung forderten; Jörg Kastl, in den

---

<sup>1</sup> Bonn ist nach dem deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrag verpflichtet, Polen bei der Annäherung an westeuropäische Strukturen zu unterstützen.

<sup>2</sup> Vgl. Lothar Rühl: „Die Nato-Erweiterung - im Osten nichts Neues“, Die Welt vom 11.2.1997.

<sup>3</sup> Vgl. Egon Bahr: Deutsche Interessen. Streitschrift zu Macht, Sicherheit und Außenpolitik, München 1998.

<sup>4</sup> Vgl. ebenda.

achtziger Jahren deutscher Botschafter in Moskau, äußerte sich in diesem Zusammenhang: „Wenn Rußland weiterhin als Störenfried auftritt, dann muß die Sicherheit Europas eben ohne Rußland auskommen.“<sup>1</sup> Gegen eine solche Politik der Konfrontation sprechen einige Argumente: Das deutsch-russische Verhältnis, das immer stärker von einer fruchtbaren Zusammenarbeit beider Staaten im Rahmen multilateraler Organisationen bestimmt ist, könnte dadurch verschlechtert werden, daß Deutschland als volles NATO-Mitglied mit einem diesem Bündnis „feindlich“ gegenüberstehenden Rußland kaum noch zusammenarbeiten könnte, ohne in diverse Interessenskonflikte zu geraten.

Auch würde eine Aktivierung des Konfliktpotentials unerwünschte innere Wirkungen auslösen: Wie der NATO-Erweiterungsgegner Wolfgang Seiffert ausführt, könnte die Interpretation einer größeren Bedrohung durch Moskau zu einem Anstieg der Militärausgaben in Rußland führen.<sup>2</sup> Diese Mittel fehlten dann an anderer Stelle, wo die sozialen Härten der Systemreformierung hätten aufgefangen werden sollen und könnten so zu innerer Destabilisierung des russischen Staates führen. Die sozialen Unruhen der Monate Mai und Juni 1998 bestätigten die Realitätsnähe eines solchen Szenarios.

Eine Aufnahme Rußlands in die NATO würde den Charakter der Allianz entscheidend verändern: Die Schlagkraft des Militärbündnisses könnte durch Uneinigkeit (zumindest in der Perzeption Außenstehender) entscheidend geschwächt werden und die NATO müßte Organe für die Bearbeitung von Konflikten zwischen ihren Mitgliedern schaffen.<sup>3</sup> Kurz gesagt, die NATO würde sich in Richtung einer zweiten OSZE entwickeln, was russischen Vorstellungen nahekäme.<sup>4</sup>

Für die baltischen Staaten ist die volle Mitgliedschaft in der NATO eines der wichtigsten außenpolitischen Ziele.<sup>5</sup> Eine Heranführung der baltischen Staaten an NATO-Strukturen kann aber nur gegen starken russischen Widerstand erfolgen. Deutschlands Unterstützung für die Balten ist in dieser Frage gering: Eine Aufnahme der Balten in die NATO ohne Zustimmung Rußlands soll es nicht geben, so der Staatssekretär im Bundesverteidi-

---

<sup>1</sup> „Zur Not geht es auch ohne Rußland“, FAZ vom 24.6.1997.

<sup>2</sup> Wolfgang Seiffert: „Denkfehler mit Folgen“, Der Spiegel, Nr.17/1997.

<sup>3</sup> Vgl. Klaus Dieter Frankenberger: „Mehr als längerfristig“, FAZ vom 10.8.2001.

<sup>4</sup> Vgl. Ernst-Otto Czempel: Kluge Macht. Außenpolitik für das 21.Jahrhundert, München 1999, S.116.

<sup>5</sup> Vgl. Andris Teikmanis: Aspekte der Sicherheit in den Baltischen Staaten, unveröffentlichtes Redemanuskript des lettischen Botschafters.

gungsministerium, Kolbow.<sup>1</sup> Auch die amerikanische Unterstützung für eine Aufnahme der Balten ist abhängig davon, wie sich das Verhältnis zu Rußland in Bezug auf den Raketenschutzschirm und ähnliche bilaterale Probleme gestaltet.

So haben die baltischen Staaten zunächst das NATO-Dokument *Partnerschaft für den Frieden* unterzeichnet und beteiligten sich aktiv am sicherheitspolitischen Dialog der Allianz zu Fragen der Erweiterung und Ausgestaltung des Bündnisses sowie an Manövern im Rahmen der baltischen Eingreiftruppe *Baltbat*.<sup>2</sup> Die *Partnerschaft für den Frieden*, vom estnischen Präsidenten Meri zunächst als ein „leeres Fläschchen Parfüm“ bezeichnet, wurde schnell mit Leben erfüllt. Der stärkeren, auch direkten militärischen Zusammenarbeit dient außerdem die Teilnahme der Balten an friedenserhaltenden Operationen der UNO im Rahmen nordischer PKO-Einheiten. Deutschland hat sich beim Aufbau der baltischen Streitkräfte stark engagiert. Ausgemustertes Militärgerät wurde unter der Prämisse überlassen, daß es dem Aufbau der Grenzschutztruppen dienen müsse. Waffen und Munition wurden nicht geliefert, statt dessen insgesamt 17 ehemalige Wachboote der NVA, 600 PKW und LKW, 6 leichte Transportflugzeuge und Radargeräte.<sup>3</sup> Baltische Offiziere wurden in Deutschland ausgebildet, wobei von estnischer Seite insbesondere die „*moralische Unterstützung*“ hoch bewertet wurde.<sup>4</sup>

## 2.2 Die Region Kaliningrad

Die Bedeutung der Region Königsberg/Kaliningrad für die russische Sicherheitsperzeption ergibt sich aus seiner Lage als vorgelagerte Exklave Rußlands, die als westlichster Vorposten auf ehemaligem sowjetischem Gebiet fungiert. Daraus folgte die Stationierung der russischen Ostseeflotte, die heute noch 25.000 Mann im Kaliningrader Oblast zählt. Zuvor nahm sich die militärische Präsenz Rußlands mit geschätzten 200.000 Soldaten bedrohli-

---

<sup>1</sup> Vgl. „Keine NATO-Aufnahme ohne Zustimmung Rußlands“, FAZ vom 20.6. 2001.

<sup>2</sup> Vgl. Robert von Lucius: „Auf der Seite von Gutland“, FAZ vom 22.10. 2001.

<sup>3</sup> Vgl. Bernd M. Weber: a.a.O., S.222.

<sup>4</sup> Vgl. Robert von Lucius: a.a.O.

cher aus und wurde von den baltischen Nachbarn als Konfliktpotential wahrgenommen.<sup>1</sup> Das ehemalige militärische Sperrgebiet wurde 1990 geöffnet. Die Diskussion über den Status der freien Wirtschaftszone *Jantar* (Bernstein) in der Region Kaliningrad drehte sich in den Folgejahren um die Gestattung einer mehr oder minder großen Autonomie bis hin zur Gründung einer vierten baltischen Republik. In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre gab es interessante Ansätze zur weiteren Entwicklung der Region: Die Gestaltung eines „Kondominiums“, von Marion Gräfin Dönhoff vorgeschlagen, sowie die Idee einer „Hanseregion Baltikum“, die neben Königsberg auch die drei baltischen Staaten umfassen sollte.

Kurz nach dem Ende der Sowjetunion vermuteten Polen und Litauen mögliche deutsche Ansprüche auf das ehemalige Ostpreußen. Die Furcht vor deutschen Ambitionen auf das Gebiet wurde angesichts des Zuzugs von Rußlanddeutschen aus anderen Teilen der GUS noch verstärkt. Die Bundesregierung erklärte daraufhin den ausdrücklichen Verzicht auf jedwede Gebietsforderung. Damit wurden indirekt die polnischen und litauischen Ansprüche auf das Gebiet geschwächt, die nach eigener Aussage dadurch legitimiert waren, daß man einen deutschen Einfluß verhindern wollte.

Die Nachbarstaaten der Region Königsberg betrachteten diese als potentiell Sicherheitsrisiko für Europa und thematisierten die Minderheitenprobleme, die Kriminalität und die territorialen Fragen. Das führte zu der russischen Einschätzung, hier werde der Status quo und die Souveränität des Gebietes in Frage gestellt. Die russische Paranoia wurde durch Forderungen von Randgruppen und deutschen extrem national-konservativen Gruppen nach der gezielten Ansiedlung Deutscher verstärkt. Zeitgleich interessierten sich kapitalkräftige, aber zögernde Investoren für die Enklave. Zudem versuchte die deutsche Bundesregierung, die EU in der Region zu engagieren. Dies fügte sich zusammen zu dem Bild des „deutschen Drangs nach Osten“, der ein „deutsches Königsberg“ fordere.<sup>2</sup>

Alle optimistischen Erwartungen, die Region könne ein Fenster Rußlands nach Westen werden und den russischen Reformprozeß als Paradebeispiel für die Einführung der Marktwirtschaft forcieren, wurden weitgehend enttäuscht. Heute ist Kaliningrad, dessen Entwicklung zu einem „Ostsee-Hongkong“ man sich nach dem Zerfall der Sowjetunion

---

<sup>1</sup> Vgl. Annemarie Groß-Jütte: Die Region Kaliningrad/Königsberg: Chance oder Gefahrenherd im Ostseeraum?, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr.18-19/1994, S.32-44, hier S.32.

<sup>2</sup> Vgl. ebenda, S.33.

gewünscht hatte, weit davon entfernt, ein Vorbild für das übrige Rußland zu sein.<sup>1</sup> Die Sonderwirtschaftszone besteht seit 1991. Ziel war die Ansiedlung von Industrie, die nach europäischen Standards für den russischen Markt produzieren sollte. Statt dessen blüht der illegale Grenzhandel: Geschmuggelt werden vor allem Alkohol, Zigaretten und Bernstein. Drogenhandel und eine hohe Quote an HIV-Infektionen sind ebenfalls große Probleme. Laut offiziellen Angaben des Kaliningrader Gebietskomitees für Statistik betrug die Produktion in der Industrie 1998 nur 29 Prozent und in der Landwirtschaft nur 48 Prozent des Standes von 1990, das Gesamtvolumen der ausländischen Direktinvestitionen belief sich bis 1999 auf 62 Millionen Dollar und 49 Millionen Rubel.<sup>2</sup>

Der wirtschaftliche Niedergang von Kaliningrad wird vor allem dem korrupten ehemaligen Gouverneur Gorbenko angelastet.<sup>3</sup> Sein im November 2000 gewählter Nachfolger, Wladimir Jegorow, Kommandeur der russischen Ostseeflotte, versprach eine Besserung und ein Ende der Mißwirtschaft und Korruption. Er erhofft sich Beziehungen zwischen Kaliningrad und Deutschland, „so gut wie die zwischen unseren Flotten“.<sup>4</sup>

Die Bundesregierung lehnt auch weiterhin eine planmäßige oder gar forcierte Ansiedlung Deutscher in der Region entschieden ab. Durch diese prägnante Haltung ist die Bedeutung des ehemaligen Reizthemas Kaliningrad für die bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland gering geworden. Litauen kritisierte bereits die zurückhaltende deutsche Position. Kaliningrad hat an Bedeutung für die Verbesserung der litauisch-russischen Beziehungen gewonnen. Die Bemühungen Litauens um eine Einbeziehung Kaliningrads in die Ostseekooperation und die Zusammenarbeit mit der EU wurden vom stellvertretenden russischen Außenminister Awdejew 1999 gelobt und als Modell für gut-nachbarschaftliche Beziehungen dargestellt.<sup>5</sup> Allerdings gibt es in Moskau, außer dem Beharren auf dem Status als untrennbarer Bestandteil der Russischen Föderation, keine klar formulierte Strategie für die Zukunft der Exklave Kaliningrad. Neue Vorschläge von Seiten der EU sehen die Schaffung einer russisch-europäischen Freihandelszone im Gebiet Kaliningrad vor, die als Modell einer zukünftigen engeren Anbindung Rußlands an die EU gel-

---

<sup>1</sup> Vgl. Jasper von Altenbockum: „Ein Ostsee-Slum“, FAZ vom 24.6.1998.

<sup>2</sup> Vgl. Gennadij Fjodorow: Kaliningrad – eine russische Exklave innerhalb der EU, Analyse des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln 1999, S.2.

<sup>3</sup> Vgl. Markus Wehner: „Das Fenster von Europa nach Rußland“, FAZ vom 18.11.2000.

<sup>4</sup> „Hohe Erwartungen an den neuen Gouverneur“, FAZ vom 21.11.2000.

<sup>5</sup> Vgl. „Vermittler zwischen Russen und Balten“, FAZ vom 16.6.1999.

ten könnte.<sup>1</sup>

### **2.3 Sicherheit und das russische organisierte Verbrechen**

Die Studie „Russian Organized Crime and Corruption“ des Washingtoner Center for Strategic and International Studies beschreibt Rußland als „*criminal-syndicalist state*“<sup>2</sup>. Nach Einschätzungen des russischen Innenministeriums kontrolliert die organisierte Kriminalität ca. 40 Prozent der russischen Wirtschaft und die Hälfte aller Banken.<sup>3</sup>

Nach offiziellen Umfragen glaubten im Jahr 2000 etwa 96 Prozent der Bevölkerung, daß die Kriminalität ständig zunehme.<sup>4</sup> Die russischen kriminellen Organisationen sind zu transnational operierenden Einheiten geworden, die nach Angaben des amerikanischen FBI in 58 Ländern aktiv sind. Russische Mafia-Gruppierungen arbeiten mit osteuropäischen zusammen. Zu ihren Tätigkeitsfeldern gehören Drogenschmuggel, Mädchenhandel, Autodiebstahl, Geldwäsche und Auftragsmorde. In größeren deutschen Städten, besonders in Berlin, sollen deutsche kriminelle Gruppen von der russischen Konkurrenz bereits verdrängt worden sein. Berlin gilt insgesamt als Hochburg der russischen Mafia: Die Zahl der Verbrechen mit Beteiligung russischer Staatsbürger hat rapide zugenommen. Im Jahre 1994 hat die Berliner Polizei mehr als 200 solcher Fälle, darunter Morde und Erpressungsversuche, gezählt.<sup>5</sup> Besonders russische Emigranten sollen sich hier den Erpressungen nicht entziehen können. Berlin ist kein vorrangiges Ziel für Investitionen oder Geldanlagen der russischen Mafia, wie etwa Zürich, sondern wird als Ort in günstiger Lage (nahe der polnischen Grenze) für die üblichen Mafia-Tätigkeiten geschätzt, geeignet für Schmuggel, Autodiebstahl und Mädchenhandel. Nach Angaben der Berliner Polizei ist die

---

<sup>1</sup> Vgl. Gennadij Fjodorow: a.a.O., S.6.

<sup>2</sup> William H. Webster: Russian Organized Crime and Corruption. Putin`s Challenge. A Report of the Center for Strategic and International Studies, Washington 2000, S.2.

<sup>3</sup> Vgl. „Russian organised Crime“, The Economist vom 28.8.1999.

<sup>4</sup> Vgl. William H. Webster: a.a.O., S.17.

<sup>5</sup> Vgl. Ulrich Schmid: Gnadenlose Bruderschaften. Aufstieg der russischen Mafia, Paderborn 1996, S.147.

russische Mafia vor allem im Drogen- und Waffenhandel aktiv.<sup>1</sup> Die Befürchtungen der neunziger Jahre, daß die Aktivitäten der Mafia in Deutschland „russische Verhältnisse“ schaffen könnten, scheinen sich nicht zu bestätigen.<sup>2</sup>

Ins Bewußtsein der deutschen Öffentlichkeit ist die russische Mafia durch den Handel mit Nuklearmaterial getreten, der hier exemplarisch für den Einfluß der Kriminalität auf die deutsch-russischen Beziehungen genannt werden soll. Nach amtlicher Bonner Auskunft erfolgte ein Handel mit Nuklearmaterial aus dem Raum der früheren Sowjetunion nach Deutschland hinein, von 1991 bis 1996 wurden von der deutschen Polizei 60 mal radioaktive Substanzen beschlagnahmt.<sup>3</sup> Das russische Ministerium für Atomenergie bestritt das nach einem aufgedeckten Fall im August 1994 energisch und warf der deutschen Seite das Bestreben vor, unter dem Vorwand von Kontrolle und Schutz Einblick in die strategischen Nuklearmaterialien Rußlands zu erhalten und diese auf den Weltmärkten zu diskreditieren. Im August 1994 war ein Plutoniumschmuggler auf dem Münchner Flughafen mit 363 Gramm radioaktivem, zu 87 Prozent reinem Plutonium gefaßt worden.<sup>4</sup> Nach anfänglich gegenseitigen Schuldzuweisungen vereinbarten die Abwehrdienste beider Länder in einem Memorandum vom August 1994 eine Zusammenarbeit. Kurze Zeit später stellte sich heraus, daß der BND sich aktiv am Schmuggel beteiligt hatte. Im Rahmen der *Operation Hades* waren die Überbringer des Materials vom BND angeworben worden. Es konnten nicht alle Einzelheiten der verunglückten Aktion aufgeklärt werden. Tatsache ist jedoch, daß vom russischen Staat kontrolliertes Nuklearmaterial gegen Geld außer Landes geschafft wurde. Unter diesem Aspekt erscheint auch eine Aussage Putins vom November 2001 in einem anderen Licht; Putin kommentierte die Drohung Bin Ladens, notfalls auch Nuklearwaffen einzusetzen, mit den Worten: „*Es ist unwahrscheinlich, daß die Terroristen in Afghanistan Massenvernichtungsmittel haben. Sie können auf jeden Fall nicht sowjetischer oder russischer Herkunft sein. Da bin ich sicher.*“<sup>5</sup>

Die Zukunft muß zeigen, ob die Zusammenarbeit der Behörden dem Atomschmuggel entgegenzuwirken vermag, der die bilateralen Beziehungen belastet. Die wechselseitige Kritik

---

<sup>1</sup> Vgl. ebenda, S.148.

<sup>2</sup> Im Jahre 1995 haben laut einer Umfrage der „Wochenpost“ rund ein Drittel der Befragten angegeben, sie fühlten sich von der russischen Mafia bedroht.

<sup>3</sup> Vgl. „Wegen Plutoniumfund Verstimmung zwischen Bonn und Moskau“, FAZ vom 16.8.1994.

<sup>4</sup> Vgl. ebenda.

<sup>5</sup> Putin zitiert nach: „Bush: Nordallianz soll nicht nach Kabul vorrücken“, FAZ vom 12.11.2001.

an den Aktivitäten der jeweiligen Geheimdienste, wie sie immer wieder laut wird, zeigt, daß auf diesem Gebiet weiterhin mit Irritationen zu rechnen ist.<sup>1</sup> Eine Zusammenarbeit russischer und deutscher Behörden, etwa der Polizei oder der Justiz, bei der Bekämpfung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität stellt sich als schwierig dar, berücksichtigt man die inneren Verhältnisse Rußlands, wo auf allen Ebenen der Administration und in allen Behörden Korruption zum Alltag gehört.<sup>2</sup>

Ein neues Bedrohungspotential für die innere Sicherheit der EU wird sich ergeben, wenn die baltischen Staaten der EU beitreten, denn hier ist die russische Mafia gut organisiert und äußerst aktiv.

### **3. Wirtschaftliche Interessen**

#### **3.1 Deutsche Wirtschaftsinteressen**

Für Deutschland war der Handel mit Rußland traditionell schon immer sehr bedeutend. Nach dem Zweiten Weltkrieg stagnierte der Warenaustausch auf dem kriegsbedingt niedrigen Niveau. Erst Gorbatschow strebte wieder einen regen Handel mit Deutschland an - eines seiner Motive für den Kurs der Öffnung gegenüber dem Westen. In Bonn und Moskau ging man 1990 davon aus, daß die Bundesrepublik die Vorzugsstellung unter den Außenhandelspartnern Rußlands behalten und ausbauen würde. Das ist geschehen, doch blieb die tatsächliche Dynamik des Handels und der Kooperation weit hinter den ursprünglichen Erwartungen zurück. Der deutschen Seite sind hier keine Versäumnisse vorzuwerfen.<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. „KGB-Spion erlag dem Streß“, SZ vom 3.7.1998.

<sup>2</sup> Ulrich Schmid unterscheidet zwischen „erpresserischer Mafia“ und „Staatsmafia“. Letztere rekrutierte sich vor allem aus der alten Nomenklatura und durchsetzt alle russischen Behörden und Apparate. Vgl. Ulrich Schmid: a.a.O.

<sup>3</sup> Vgl. Hans-Hermann Höhmann und Christian Meier: Deutsch-russische Wirtschaftsbeziehungen: Bilanz und Perspektiven, in: Außenpolitik, Nr.I/95, S.51-59, hier S.51.

Das Interesse der Bundesrepublik an einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit und einer aktiven Unterstützung Rußlands ist politisch und wirtschaftlich bedingt. Höhmann und Meier unterscheiden diese Aspekte wie folgt:<sup>1</sup>

Die politischen Aspekte betreffen:

- das Interesse an einer Fortsetzung der politischen und wirtschaftlichen Reformen, um eine Stabilisierung Rußlands wie Ostmitteleuropas zu erreichen;
- das Interesse an erträglichen Lebensbedingungen für die Rußlanddeutschen;
- das Interesse an einer Verflechtung der russischen Wirtschaft mit dem sich herausbildenden europäischen Wirtschaftsraum, damit die Integration Rußlands in eine internationale Ordnung materiell unterstützt wird.

Die wirtschaftlichen Aspekte betreffen:

- das Interesse an einer Marktöffnung für die deutsche Wirtschaft;
- das besondere Interesse für die ostdeutsche Wirtschaft, das traditionelle Rußlandgeschäft zum Ausgleich der Härten des Systemwechsels in Deutschland zu nutzen;
- die Rohstoffnachfrage der deutschen Industrie;
- das Interesse an Rußland als Produktionsstandort wegen des geringen Lohnniveaus.

Aus diesen Gründen wurde 1991 ein deutsch-russischer Kooperationsrat gegründet, der die rechtlichen Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Zusammenarbeit verbessern und die Unternehmen bei der Herstellung von Kontakten nach Rußland unterstützen soll. Weiterhin gehören die Förderung von Direktkontakten zwischen Firmen sowie die Aufrechterhaltung der gewachsenen Verbindungen ostdeutscher Firmen nach Rußland zu den Aufgaben des Kooperationsrates. Zur weiteren Institutionalisierung der Wirtschaftsförderung wurden zwei Delegiertenbüros der deutschen Wirtschaft in Sankt Petersburg und Moskau eingerichtet.<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. Hans-Hermann Höhmann und Christian Meier, a.a.O., S.53.

<sup>2</sup> Vgl. Institut für Weltwirtschaft Kiel (Hrsg.): Die wirtschaftliche Lage Rußlands, Tübingen 1999, S.28.

### 3.2 Deutsche Investitionen und Wirtschaftshilfe in Rußland

Weil es in Rußland keine rechtsstaatliche Verlässlichkeit und kein funktionierendes und gerechtes Steuersystem gibt, haben sich viele große westliche Firmen nach anfänglichen Investitionen wieder zurückgezogen; der Abfluß ausländischen Kapitals betrug 1997 und 1998 schätzungsweise bis zu 3 Milliarden Dollar monatlich. Die Russen selbst haben kein Vertrauen in ihre Wirtschaft: Rußland hat zwischen 1992 und 1998 internationale Kredite von insgesamt 92 Milliarden Dollar erhalten - 103 Milliarden Dollar an Privatgeldern wurden in dieser Zeit aus Rußland auf Privatkonten ins europäische Ausland geschafft.<sup>1</sup> So ist es nicht verwunderlich, daß auch die deutschen Investitionen in Rußland gering bleiben, obwohl rund 1.500 deutsche Firmen bereits Repräsentanten in Rußland unterhalten und die deutschen Investitionen im internationalen Vergleich den Spitzenplatz einnehmen.<sup>2</sup>

Die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen litten unter der Währungskrise, die im August 1998 ausgelöst wurde: Der Handel sank von knapp 30 Milliarden Mark 1998 auf 26 Milliarden 1999. Während die Importe aus Rußland um 8,2 Prozent auf 16 Milliarden Mark stiegen, sanken die deutschen Exporte um knapp 32 Prozent auf 10 Milliarden Mark. Die deutschen Direktinvestitionen wuchsen auf - niedrigem - Niveau von 400 Millionen Mark im Jahre 1998 auf 660 Millionen 1999. Der Gesamtbestand aller deutschen Investitionen liegt nach russischen Angaben bei rund 12 Milliarden Mark und damit vor den USA und Großbritannien. Allerdings fallen darunter auch Handelskredite, garantierte Staatskredite, Bankeinlagen und von Deutschen gehaltene Staatsobligationen. Bei den Direktinvestitionen liegt Deutschland mit rund 2 Milliarden Mark an dritter Stelle hinter den USA mit 9 Milliarden und Zypern (!) mit 5,4 Milliarden Mark.

In Rußland gibt es fast 1.800 Unternehmen mit deutscher Beteiligung, davon knapp ein Drittel als deutsch-russische Gemeinschaftsunternehmen. Dabei ist es *„ein großes Hindernis für ein stärkeres Engagement in Rußland nach Angaben von Unternehmern, daß potentielle russische Partner sich oftmals nicht dazu bereit finden, in ihrer Heimat zu in-*

---

<sup>1</sup> Vgl. Institut für Weltwirtschaft Kiel (Hrsg.): Die wirtschaftliche Lage Rußlands, Tübingen 1999, S.28.

<sup>2</sup> Vgl. „Verzehnfachung der Direktinvestitionen in sieben Jahren“, Nachrichten für den Außenhandel vom 5.1.1998.

*vestieren, weil selbst ihnen die Risiken zu hoch erscheinen.“<sup>1</sup>*

Solange die innerrussischen Zustände andauern, werden die Direktinvestitionen kaum steigen, und staatliche Wirtschaftshilfen aus dem Westen allein können den Wandel zur funktionierenden Marktwirtschaft nicht vollenden. Deutsche Unternehmer berichten von den Schwierigkeiten, Grund und Boden zu erwerben, klagen über Rechtsunsicherheit, Willkür der Steuerbehörden, unübersichtliche Zollverfahren, Korruption und Kriminalität.<sup>2</sup> Zudem ist für viele Unternehmen nicht nachvollziehbar, warum in einem Land, das sich erklärtermaßen um Direktinvestitionen bemüht, die Verwaltung von unterster Ebene an ausländischen Investoren immer wieder bürokratische Hürden in den Weg stellt und auf diese Weise selbst vielversprechende Projekte blockiert.<sup>3</sup>

Die wirtschaftliche Unterstützung Deutschlands für Rußland hat bereits schwindelerregende Höhen erreicht, kein anderes Land hat so viel Geld und Sachleistungen in den russischen Reformprozeß eingebracht und sich so stark für die Vergabe von Krediten an Rußland eingesetzt. Deutschland erbrachte allein bis 1994 humanitäre Hilfe und Kreditleistungen von 40 Milliarden Mark.

Dabei wurde selten die genaue Verwendung der Gelder überprüft. Oftmals sind zweckgebundene Finanzhilfen und Gelder für Kredite in der von der Presse als „Kleptokratie“ oder „Parasitokratie“ bezeichneten russischen Gesellschaft einfach verschwunden. Es gibt Schätzungen, nach denen 65 Prozent aller westlichen Hilfe nun auf privaten Bankkonten im Ausland lagern.<sup>4</sup> Allein die vom russischen Rechnungshof in drei Jahren aufgedeckten Gesetzesverstöße umfassen 33 Milliarden Mark.<sup>5</sup> Nur wenige Skandale, wie zum Beispiel der um die Unterschlagung von 10 Milliarden Dollar aus Krediten des IWF, die über New Yorker Banken gewaschen worden sein sollen, wurden im Westen bekannt. In diese Affäre sollen angeblich Jelzins Tochter Tatjana Djatschenko und der frühere stellvertretende Ministerpräsident Antolij Tschubajs verwickelt gewesen sein.<sup>6</sup> Andere Fälle, wie der Verbleib der ersten Kredittranche der Weltbank für die Umstrukturierung der russischen Kohleindustrie von 500 Millionen Dollar verblieben im Dunkeln.

<sup>1</sup> Nikolas Busse: „Altes Denken im neuen Rußland“, FAZ vom 9.5.2000.

<sup>2</sup> Vgl. Oliver Hoischen: „Fürsten vom Ural schauen mit wachsendem Unbehagen nach Moskau“, FAZ vom 8.3.1999.

<sup>3</sup> Vgl. ebenda.

<sup>4</sup> Vgl. William H. Webster: a.a.O., S.52.

<sup>5</sup> Vgl. Interview mit Jurij Boldyrew, Der Spiegel, Nr. 40/1998.

<sup>6</sup> Vgl. Markus Wehner: „Nachrichten aus der Kleptokratie“, FAZ vom 9.9.1999.

dustrie von 500 Millionen Dollar verblieben im Dunkeln.

Zur Vermeidung von Unterschlagungen und zweckentfremdeter Verwendung von Wirtschaftshilfen gab es Vorschläge, Rußland nicht mehr weiter nach dem Standardmodell der internationalen Finanzorganisationen zu unterstützen. Nach Götz geht dieses Standardmodell von folgenden Prämissen aus:

*„1. Geld für Reformen bewirkt Reformen.*

*2. Reformen führen zu Wirtschaftswachstum.*

*3. Wirtschaftswachstum ermöglicht die Rückzahlung des Geldes.“<sup>1</sup>*

Im speziellen Fall Rußland träfen die ersten beiden Prämissen kaum zu. Das für die Reformen gegebene Geld könne zum großen Teil nicht zweckmäßig verwendet werden, weil in Rußland keine funktionierenden Strukturen bestünden, die die Verwendung des Geldes planen und kontrollieren könnten. Es entwickle sich eine Empfängermentalität, die eigene Anstrengungen scheinbar überflüssig macht. Die Reformen, gerade wenn sie sehr zögerlich in Angriff genommen würden, führten zu einem Rückgang der Produktion sowie zu sozialen Problemen. Die Staatseinnahmen sanken, die Staatsausgaben erhöhten sich. Das Staatsbudget werde überlastet, die Rückzahlung der Kredite unmöglich. Die Wirtschaftspolitik werde den Erfordernissen der Schuldentilgung untergeordnet, Reformen versäumt. Einziger Ausweg sei scheinbar die Aufnahme neuer Kredite. Um diese zu erhalten, müßten die Kreditgeber getäuscht werden, indem man simuliert, daß die verschleppten Reformen greifen und die drei Prämissen gültig sind.

Götz schlägt vor, sich statt des Festhaltens am Standardmodell der Wirtschaftshilfe im Fall Rußland am Marshall-Plan zu orientieren, bei dem 90 Prozent der Gelder nicht rückzahlbar waren, um somit den oben beschriebenen Kreislauf zu durchbrechen, der zur Verschleppung von Reformen führe.<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. Roland Götz: Von der Abwertung des Rubels zum Macht-, Programm- und Politikwechsel in Rußland, in: Osteuropa Nr.1/99, S.3-15, hier: S.14. und Hermann Clement: Rußland als Wirtschaftspartner, in: Hans-Joachim Spanger (Hrsg.): Rußland und der Westen, Frankfurt/Main 1998, S.106-125, hier: S.113.

<sup>2</sup> Vgl. ebenda.

### **3.3 Deutsche Wirtschaft und das Baltikum**

Was die deutsch-baltischen Wirtschaftsbeziehungen anbelangt, ist festzustellen, daß sie insgesamt nicht dem Kooperationspotential entsprechen. Auf deutscher Seite wird der baltische Raum nicht als Schwerpunktregion hinsichtlich Wirtschaft und Politik betrachtet. Es gibt keinen mit dem Asienkonzept oder der Lateinamerika-Strategie vergleichbaren Politikansatz. Ursache für die Zurückhaltung dürften das große Engagement in Rußland, wo Deutschland der größte ausländische Förderer ist, und der objektiv bestehende begrenzte Markt Estlands wie auch der anderen baltischen Staaten sein. Während sich vor allem nordeuropäische Staaten von der künftigen Rolle Estlands als Brücke zum Osten leiten lassen, investiert die deutsche Industrie und Politik direkt im Osten bzw. in Südosteuropa. Ein Faktor für das bisher begrenzte wirtschaftliche Engagement sind offensichtlich auch Informationsdefizite der deutschen Wirtschaft hinsichtlich des stabilen Geschäftsumfelds und der Standortvorteile, wie beispielsweise in Estland die stabile Währung, die an Deutschland angelehnte Wirtschaftsgesetzgebung, die niedrige Unternehmensbesteuerung, die freie Transferierbarkeit von Gewinnen und der gesetzliche Investitionsschutz für Ausländer.<sup>1</sup> Einziger Großinvestor Deutschlands in Estland ist die Ruhrgas AG. Eine Stellungnahme des estnischen Außenministers Ilves und andere Äußerungen estnischer Politiker lassen eine gewisse Enttäuschung über das geringe Engagement Deutschlands erkennen, wobei zu berücksichtigen ist, daß auf estnischer Seite offensichtlich auch überzogene Erwartungen bestanden. Die skandinavischen Staaten sind die größten Investoren im Baltikum.

### **4. Die öffentliche Meinung**

Die öffentliche Meinung ist die Gesamtheit der gegenüber Staat und Gesellschaft formulierten prinzipiellen und aktuellen Ansichten der Bürger. Sie wird durch Parteien, Verbän-

---

<sup>1</sup> Vgl. Peter Neumann: „Ins Geschäft kommen mit den Esten“, IMPULSE Nr.2/99, S.56.

den und Massenmedien verbreitet.<sup>1</sup> Die Diskussion um die Beziehung zwischen der öffentlichen Meinung und dem politischen Prozeß führt zurück auf zwei unterschiedliche Vorstellungen über den Charakter demokratischer Herrschaft. Soll den Regierenden ein hohes Maß an Autonomie zugebilligt und an ihre Verantwortlichkeit im Sinne Edmund Burkes appelliert werden, oder sollen Präferenzen der Bevölkerung wie in der direkten Demokratie die politischen Entscheidungen der Regierung bestimmen? Sollen die außenpolitischen Meinungsbilder der Bevölkerung die Beziehungen zu anderen Staaten stärker beeinflussen, oder soll man diese den pragmatischen und sachverständigen Regierenden überlassen?

Es kann durchaus ein Dilemma entstehen, wenn hier zwei normative Ansprüche aufeinander treffen. Auf der einen Seite steht der demokratiethoretische Anspruch nach weitgehender demokratischer Mitwirkung am Entscheidungsprozeß; dem gegenüber findet sich die friedenswissenschaftliche Position, daß staatliche Außenpolitik von Demokratien vor allem der Herstellung oder Sicherung des Friedens zu dienen hat.<sup>2</sup> Eine solche Situation entsteht, wenn in der Bevölkerung eines demokratisch verfaßten Staates nationale Empfindungen aufwallen und in der Forderung nach einer aggressiveren Außenpolitik mit dem Einsatz militärischer Mittel kulminieren. Als jüngstes Beispiel dieser Konstellation kann die Stimmungslage in den USA nach den Anschlägen vom 11.9.2001 gelten. Die Bush-Regierung folgte der massiven Forderung unter der Bevölkerung nach Vergeltung, indem sie die Taliban angriff. Das Festhalten an der einen Norm kann also den Verzicht auf die andere bedeuten – dies läßt sich nach Weller als „*das demokratische Dilemma internationaler Politik*“ kennzeichnen.<sup>3</sup>

Allgemein kann festgestellt werden, daß das Interesse an der Außenpolitik - da diese nur selten von einem kleinen Teil der Bevölkerung als unmittelbar relevant empfunden wird - geringer ist als das Interesse an und der Kenntnisstand in Politikbereichen, die das tägliche Leben betreffen.<sup>4</sup> Wolfgang Dobler zieht daraus folgenden Schluß: „*Demnach kann gerade im Bereich der Außenpolitik, sofern ein geringes Interesse und die Haltung eines*

---

<sup>1</sup> Vgl. Dieter Nohlen: Wörterbuch Staat und Politik, Bonn 1995, S.468.

<sup>2</sup> Vgl. Christoph Weller: Die öffentliche Meinung in der Außenpolitik. Eine konstruktivistische Perspektive, Wiesbaden 2000, S.107.

<sup>3</sup> Ebenda.

<sup>4</sup> Vgl. Zoltan Juhasz: Außenpolitische Denkbilder, Hamburg 1996, S.57. Juhasz bietet eine tiefgehende Analyse außenpolitischer Einstellungen, ihrer Struktur und Organisation in der öffentlichen Meinung.

*Gewährenlassens die Stimmung der Bevölkerung charakterisiert, die öffentliche Meinung also nicht als eine Art „latentes Veto“ gelten, sondern muß eher als Ressource außenpolitischer Entscheidungen angesehen werden.“<sup>1</sup> Die Handlungsmöglichkeiten der Außenpolitik werden nach dieser Auffassung durch die öffentliche Meinung also nicht beschränkt, sondern eher erweitert.*

Es ist schwer festzustellen, ob oder inwiefern die öffentliche Meinung die Rußlandpolitik der Regierung Kohl beeinflußt hat. In diesem Zusammenhang ist die Rückwirkung der Außenpolitik auf das innere Prestige der Regierung von Interesse; die außenpolitischen Vorstellungen stehen in einem qualifizierenden Verhältnis zu den inneren Ordnungsvorstellungen, und die Entscheidung über die Außenpolitik ist zugleich eine Entscheidung über die Innenpolitik.<sup>2</sup> Diese Schlußfolgerung ergibt sich aus dem demonstrativen Charakter einer wertorientierten Außenpolitik, wie der der Bundesrepublik. So hat wohl die allgemein erfolgreiche und anerkannte Außenpolitik Kanzler Kohls innenpolitische Defizite in den Augen der Öffentlichkeit ausgleichen können.

#### **4.1 Das Rußlandbild der Deutschen**

Im Vorfeld der russischen Präsidentenwahlen fand 1996 in Deutschland eine Umfrage statt, die das Meinungsbild der Deutschen über Rußland ergründen sollte. Es wurde unter anderem untersucht, welchen Stellenwert die Befragten dem persönlichen Verhältnis Kohl-Jelzin für die Beziehungen der beiden Staaten zusprachen: 48 Prozent der Befragten aus den alten Bundesländern meinten, das Klima in den deutsch-russischen Beziehungen werde sich verschlechtern, wenn ein anderer Kandidat als Jelzin zum Präsidenten gewählt werde, in den neuen Bundesländern hegten nur 25 Prozent diese Befürchtung.<sup>3</sup> Diese Ergebnisse sprechen dafür, daß ein großer Teil der Befragten das Weiterbestehen des guten Verhältnisses nicht von der Fortdauer der Männerfreundschaft abhängig machte, sondern den bereits bestehenden Strukturen und der Tradition der Zusammenarbeit stabilisieren-

---

<sup>1</sup> Wolfgang Dobler: Außenpolitik und öffentliche Meinung, Frankfurt/Main 1989, S.239.

<sup>2</sup> Vgl. Frank R. Pfetsch: Die Außenpolitik der Bundesrepublik 1949-1992, München 1993, S.233.

<sup>3</sup> Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann: „Kein Kommunismus, keine Demokratie“, FAZ vom 12.6.1996.

de Wirkung zusprachen. Die Umfrageergebnisse bestätigen den Eindruck, daß die „Methode Kohl“, die Umwandlung persönlichen Vertrauens in feste zwischenstaatliche Strukturen, funktioniert.<sup>1</sup>

Das Rußlandbild der Deutschen ist vor allem geprägt von den negativen Akzenten Armut, Mafia, Alkoholismus, Korruption einerseits und den positiven Aspekten Gastfreundschaft, großes Kulturangebot mit berühmten Theatern und Museen andererseits.<sup>2</sup> Die Anerkennung Rußlands als europäische Macht durch die Befragten könnte als Voraussetzung für eine Akzeptanz des Annäherungskurses zwischen Deutschland, der EU und Rußland gewertet werden. Bei der Beantwortung dieser Frage wurde ein - historisch bedingtes - engeres Verhältnis der Ostdeutschen zu Rußland deutlich: Die Anerkennung Rußlands als europäische Macht stößt im Osten auf größere Zustimmung als im Westen Deutschlands, in beiden Landesteilen war aber die Mehrheit der Befragten dieser Meinung.<sup>3</sup>

Aber auch im Westen zeigten Meinungsumfragen schon 1987, kurz vor Gorbatschows Besuch, erstaunliches: Gorbatschow wurde in der Bundesrepublik höher bewertet als der Bundeskanzler oder andere westliche Staatsmänner. Er war in Westdeutschland bekannter als der damalige nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau.<sup>4</sup>

Ein deutlicher Trend hin zu mehr Vertrauen in die Zukunft der deutsch-russischen Beziehungen zeichnete sich bei den Deutschen 1996 ab: Hatten 1994 noch 61 Prozent der Befragten eine neue, von Rußland ausgehende Bedrohung befürchtet, so waren es 1996 nur noch 33 Prozent, die glaubten, das Verhältnis zwischen Deutschen und Russen könne sich verschlechtern.<sup>5</sup> Im Gegensatz dazu äußerten Deutsche (57%) und Russen (47%) Mißtrauen einander gegenüber; darin zeigt sich eine merkwürdige Ambivalenz im Selbstbewußtsein der Befragten. *„Hoffnungen überkreuzen sich mit pessimistischen Erwartungen, die sich aus historischen Erfahrungen ableiten.“*<sup>6</sup> Die alten Klischees und Vorurteile aus den Tiefen der Historie tauchen wieder auf und überlagern das aktuelle Bild voneinander. Die-

---

<sup>1</sup> Weitere Ausführungen zur „Methode Kohl“ finden sich in Kapitel VI und VII dieser Arbeit.

<sup>2</sup> Leider verschweigt die Untersuchung, wie weit das heutige Rußlandbild von den in Kapitel I skizzierten „klassischen“ Vorurteilen bestimmt ist.

<sup>3</sup> Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann: „Kein Kommunismus, keine Demokratie“, FAZ vom 12.6.1996.

<sup>4</sup> Vgl. Angela Stent: a.a.O., S.137.

<sup>5</sup> Vgl. „Rußland: Die neue Angst der Deutschen“, Die Woche vom 13.1.1994.

<sup>6</sup> Alexander Tschepurenko: Russisches Deutschland-Bild: Prämisse der russischen Deutschland-Politik?, in: Außenpolitik, Nr.11/1997, S.117-128, hier S.124.

ses Phänomen läßt sich zurückführen auf die geringen Kenntnisse des gegenwärtigen politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Lebens, die bei den Befragten festgestellt wurden.<sup>1</sup> Wissenslücken werden mit Klischees gefüllt.

Um dem entgegenzuwirken, sind für eine lebendige Gestaltung der deutsch-russischen Beziehungen zwischenmenschliche Kontakte und die Arbeit von nongouvernementalen Organisationen essentiell. In vielen zwischenstaatlichen Projekten „*blühen die deutsch-russischen Beziehungen auf Graswurzelniveau*“<sup>2</sup>: Siebzig Städtepartnerschaften und Organisationen wie das *Deutsch-russische Forum* in Bonn oder der *Deutsch-russische Austausch* in Berlin nach dem Vorbild der *Deutsch-Französischen Freundschaft* schaffen Kontakte zwischen jungen Menschen, bringen sie in Seminaren zusammen oder gestalten konkrete Projekte vor Ort.

## 4.2 Die Presse

Die Presse spielt eine herausragende Rolle bei der Ausformulierung der öffentlichen Meinung. Sie wirkt aber auch schon auf die Entstehung derselben ein, indem sie die dazu notwendigen Informationen selektiert und aufbereitet.

Die Darstellung und Wahrnehmung russischer Politik seit der Auflösung der Sowjetunion in der deutschen Presse war einseitig: Sie war auf den Präsidenten konzentriert und stellte vor allem seine Sichtweise auf die anderen Verfassungsorgane dar. Dieses Bild wurde noch unausgewogener während des Machtkampfes Jelzins mit dem Obersten Sowjet, der bis zu seiner Auflösung 1993 als Karikatur eines Parlamentes verspottet wurde. Die Duma gelangte nur selten in die deutschen Nachrichten, die Parlamentsbeschlüsse wurden kaum beachtet. Der Gesundheitszustand des Präsidenten hingegen schien ein unerschöpfliches Thema zu sein, das immer wieder die Schlagzeilen beherrschte.<sup>3</sup> Einen Präzedenzfall für die täuschende Wirkung einer durch Selektion subjektivierten Presseberichterstattung bot

---

<sup>1</sup> Vgl. Alexander Tschepurenko: a.a.O., S.125.

<sup>2</sup> Michael Thumann: „Das neue Modell Deutschland: Nicht attraktiv“, Die Zeit vom 28.11.1997.

<sup>3</sup> Vgl. Michaela Riese: a.a.O., S.48f.

die gewalttätige Auflösung des Obersten Sowjets. Sie stieß in Rußland keineswegs auf einhellige Zustimmung, wurde in den westlichen Medien aber positiv aufgenommen. Während man im Westen das gewaltsame Vorgehen Jelzins als richtig und notwendig für die Durchsetzung der Demokratie ansah, löste es in Rußland einen Schock aus, der die Gesellschaft polarisierte. Der Präsident verlor dadurch einen großen Teil seiner sozialen Basis, wie die kurz danach stattfindenden Duma-Wahlen zeigten.<sup>1</sup>

Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß der russische Präsident Jelzin, trotz der für ihn positiven Berichterstattung in der deutschen Presse, sich selbst zum ethischen Gewissen der deutschen Medien stilisierte, als er diese während eines Wutausbruchs im Wahljahr 1996 *„wegen ihrer Falschheit und unehrlichen Haltung zu Rußland“*<sup>2</sup> massiv kritisierte. Jelzin spielte auf die vielen Berichte in deutschen Medien an, die den Zustand der russischen Gesellschaft, die Gesetzlosigkeit und die Armut, darstellten. Das Bild Rußlands in Deutschland sei zu negativ, bemängelte der Präsident. Die Medien schürten mit ihren Berichten über die schlechten Seiten des russischen Alltags Angst vor Rußland. Helmut Kohl versuchte ihn mit dem Hinweis auf *„die Pressefreiheit, an die sich Freund Boris wohl erst noch gewöhnen müsse“*, zu beruhigen.<sup>3</sup>

Es kann vermutet werden, daß die auf Jelzin fokussierte Berichterstattung in den deutschen Medien die Bundesregierung in ihrer Rußlandpolitik bestärkt hat, die einseitig an der Person des Präsidenten orientiert war.

### 4.3 Interessengruppen

Es existiert eine Vielzahl von Organisationen, Verbänden und Vereinen, die die deutsch-russischen Beziehungen auf nongouvernementaler Ebene gestalten. Neben vielen Interessenorganisationen haben auch die deutschen Parteien Kontakte nach Rußland geknüpft; das unpopulärste Beispiel war hier wohl die Begegnung zwischen dem Vorsitzenden der

---

<sup>1</sup> Vgl. Michaela Riese: a.a.O., S.48f.

<sup>2</sup> „In jeder Hinsicht zuverlässig“, FAZ vom 21.2.1996.

<sup>3</sup> „Kohl in Moskau - Wutausbruch Jelzins gegen die Ost-Erweiterung der Nato“, FAZ vom 20.2.1996.

Deutschen Volksunion Gerhard Frey und dem russischen Ultranationalisten Schirinowski im Jahre 1994.<sup>1</sup>

Wegen der Zahl ihrer Mitglieder und ihres speziellen Interesses eine der bedeutendsten Interessengruppen ist die Landsmannschaft der Rußlanddeutschen. Die 1,9 Millionen Spätaussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion werden immer unzufriedener mit ihrem Verband, dem sie Gleichgültigkeit gegenüber den Integrationsschwierigkeiten der Aussiedler und zu geringe Distanz zur Bundesregierung vorwerfen. Daher wurden von den Aussiedlern neue, konkurrierende Verbände gegründet.<sup>2</sup> Zur Integration der Rußlanddeutschen stellte die Bundesregierung 1998 rund 1,5 Milliarden Mark für Deutschkurse und Eingliederungshilfen anstelle von Sozialhilfezahlungen der Gemeinden für sechs Monate.<sup>3</sup>

Es sei hier nur kurz darauf verwiesen, daß von deutscher Seite nachhaltige Privatinitiativen nicht nur zum Ausbau der deutsch-russischen, sondern auch der deutsch-baltischen Beziehungen in den Bereichen Bildung und Kultur unternommen wurden.<sup>4</sup>

## **5. Ethnische und kulturelle Determinanten**

### **5.1 Die Rußlanddeutschen**

Die Behandlung ethnischer Minderheiten und die Autonomieforderungen dieser Gruppen stellen die größten Konfliktpotentiale im Gebiet der ehemaligen Sowjetunion, eines Vielvölkerstaates, dar. In den GUS-Staaten leben nach aktuellen Schätzungen immer noch et-

---

<sup>1</sup> Eine Untersuchung zur Tätigkeit der politischen Stiftungen in der GUS und im Baltikum liefert Swetlana W. Pogorelskaja: Die politischen Stiftungen in der deutschen Außenpolitik, Bonn 1997.

<sup>2</sup> Vgl. „Verband für Kohl“, Der Spiegel, Nr.25/1998.

<sup>3</sup> Vgl. Helmut Kohl: Rußlanddeutsche - ein Gewinn für unser Vaterland, Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 25.6.1998, S.607.

<sup>4</sup> Vgl. Informationszentrum Baltische Staaten e.V. (Hrsg.): Handbuch Baltikum-Kontakte. Institutionen, Projekte, Initiativen zu und in Estland, Lettland, Litauen, Osnabrück 1997.

wa zwei Millionen Deutschstämmige.<sup>1</sup> In der Region Königsberg lebten 1989 etwa 9.000 Deutsche. Die Bundesregierung hat gegenüber diesen Menschen vor dem Hintergrund ihres schweren Schicksals im und nach dem Zweiten Weltkrieg eine „*besondere rechtliche, politische und moralische Verantwortung*“.<sup>2</sup> Deshalb war die Aussiedlerpolitik aller Bundesregierungen seit 1949 von zwei Grundsätzen bestimmt: „*Den in den genannten Staaten bleibenden Angehörigen der deutschen Minderheiten soll nach dem Maß der Möglichkeiten Hilfe gewährt werden, da sie von den Folgen des Zweiten Weltkrieges besonders hart und nachhaltig betroffen sind. Die Bundesrepublik Deutschland ist für diejenigen Deutschen offenzuhalten, die aufgrund eigener Entscheidung aussiedeln wollen und die dafür notwendigen gesetzlichen Voraussetzungen erfüllen.*“<sup>3</sup>

Die von Stalin vor allem aus der Südukraine und aus der Wolgarepublik in die asiatischen Teile der Sowjetunion verbannten Deutschen durften jahrzehntelang die geschlossenen Städte, in denen sie leben mußten, nicht verlassen. Die Bundesregierung setzte sich nachdrücklich für die Wiederherstellung der Staatlichkeit der Rußlanddeutschen in einer Wolgarepublik ein, um den Auswanderungsdruck nach Deutschland zu mildern. Dahinter steht auch die Hoffnung, die Rußlanddeutschen könnten ihrer traditionellen Rolle wieder gerecht werden und eine Brücke der Verständigung zwischen beiden Ländern schlagen. Der Widerstand lokaler Opposition in der Wolgaregion und Querelen um die Bildung dieser Republik ließen den Versuch scheitern. Inzwischen leben rund 200.000 Menschen in rußlanddeutschen Familien an der Wolga, die mit durchschnittlich 29 Millionen Mark jährlich gefördert werden. Es gelang, in einem stark von Deutschen besiedelten Gebiet in Westsibirien (Omsk, Altai) zwei deutsche Verwaltungsbezirke (*Rayons*) zu errichten.

Die Wahrung ihrer kulturellen Identität wurde den Rußlanddeutschen Ende 1997 mit der *Deutschen Kulturautonomie* rechtlich zugesichert. Durch die Hilfen der Bundesregierung gibt es inzwischen mehrere hundert rußlanddeutsche Begegnungsstätten in Rußland, Kasachstan, in der Ukraine, in Usbekistan und Kirgistan, die der Pflege des Gemeinschaftslebens dienen. In 650 Städten konnten bis Ende 1997 über 6.000 außerschulische Deutschkurse mit etwa 100.000 Teilnehmern organisiert werden. Die russische Regierung

---

<sup>1</sup> Vgl. Helmut Kohl: a.a.O., S.606.

<sup>2</sup> Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage. Außenpolitische Betätigung des Bundesinnenministeriums, Drucksache des Deutschen Bundestages, Nr.13/5457, S.2.

<sup>3</sup> Ebenda.

stellte 1997 zur Unterstützung der Rußlanddeutschen 30 Millionen Mark bereit, die Bundesregierung 84 Millionen Mark.<sup>1</sup>

Eine begrüßenswerte Initiative Jelzins und eine Geste guten Willens war ein *Präsidenten-Sonderprogramm*, das der Förderung der deutschen Minderheit hohe Priorität zuwies. Dieses *Programm zur Entwicklung der sozioökonomischen und kulturellen Basis der Wiedergeburt der Rußlanddeutschen* beinhaltet eine Förderung durch die russische Regierung in Höhe von insgesamt rund sieben Milliarden Mark bis 2007. In dieser - angesichts der aktuellen russischen Geldnöte utopisch anmutenden - Summe sind deutsche Unterstützung und Kredite bereits miteingeschlossen.<sup>2</sup>

Die deutsch-russische Zusammenarbeit im Bereich der Minderheitenpolitik funktioniert gut, wenn auch die Eigenstaatlichkeit der Wolgadeutschen nicht wiederhergestellt wurde. Die Bundesregierung ist schon um dieser großen Minderheit willen auf eine Politik der Verständigung mit Rußland angewiesen, wenn die Aussiedlung von zwei Millionen Menschen nach Deutschland vermieden werden soll. Die Gründe für noch etwa 100.000 Aussiedler jährlich, die Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion zu verlassen, sind vielschichtig. Sie sind abhängig von der jeweiligen Minderheitensituation und dem Migrationsdruck vor Ort. Sie sind bedingt durch den Wunsch nach Familienzusammenführung mit Verwandten, die bereits in Deutschland leben (Kettenmigration). Außerdem sind sie in hohem Maße motiviert durch die Hoffnung auf bessere Lebensbedingungen, insbesondere für die Kinder. Dazu trägt vor allem der wirtschaftliche Niedergang in allen Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion bei, der weite Teile der Bevölkerung in Armut trieb und staatliche Sozialsysteme zusammenbrechen ließ. Das Aufkommen von Nationalismus in den asiatischen Staaten sowie die Einführung von Kirgisisch oder Kasachisch als Staats- und Unterrichtssprache kommen hinzu. Schließlich bedeutet eine große Zahl von Aussiedlungen aus dem Wohnumfeld geringere Chancen für muttersprachliche Bildung und Kultur und zieht weitere Aussiedlungen nach sich.

Die Aussiedlerzahlen sind von 147.950 im Jahre 1990 auf 213.214 im Jahre 1994 gestiegen. Die Bundesregierung hat daraufhin die Einreisen auf höchstens 225.000 pro Jahr

---

<sup>1</sup> Vgl. Helmut Kohl: Rußlanddeutsche - ein Gewinn für unser Vaterland, Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 25.6.1998, S.606.

<sup>2</sup> Vgl. Rüdiger Moniac: „Jelzin entdeckt die Rußlanddeutschen“, Die Welt vom 22.12.1997.

beschränkt.<sup>1</sup> Seit 1994 entwickelt sich die Aussiedlung von Deutschen aus den Nachfolgestaaten rückläufig. Hierfür ist insbesondere der Sprachtest maßgeblich, der seit 1996 in das Aufnahmeverfahren integriert ist und für die Antragsteller eine große Hürde darstellt. Die Zahl der Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion ging auf 103.599 Personen 1999 zurück.

### Entwicklung der Aussiedlerzahlen von 1950 - 1997

<b>1950</b>	0	<b>1960</b>	3.272	<b>1970</b>	342	<b>1980</b>	6.889	<b>1990</b>	147.950
<b>1951</b>	1.721	<b>1961</b>	345	<b>1971</b>	1.140	<b>1981</b>	3.785	<b>1991</b>	147.320
<b>1952</b>	63	<b>1962</b>	894	<b>1972</b>	3.418	<b>1982</b>	2.059	<b>1992</b>	195.576
<b>1953</b>	0	<b>1963</b>	209	<b>1973</b>	4.487	<b>1983</b>	1.440	<b>1993</b>	207.347
<b>1954</b>	18	<b>1964</b>	234	<b>1974</b>	6.517	<b>1984</b>	910	<b>1994</b>	213.214
<b>1955</b>	154	<b>1965</b>	366	<b>1975</b>	5.827	<b>1985</b>	457	<b>1995</b>	209.409
<b>1956</b>	1.016	<b>1966</b>	1.245	<b>1976</b>	9.723	<b>1986</b>	730	<b>1996</b>	172.181
<b>1957</b>	932	<b>1967</b>	1.092	<b>1977</b>	9.285	<b>1987</b>	14.270	<b>1997</b>	131.895
<b>1958</b>	4.122	<b>1968</b>	598	<b>1978</b>	8.418	<b>1988</b>	47.735		
<b>1959</b>	5.563	<b>1969</b>	316	<b>1979</b>	7.189	<b>1989</b>	98.134		

Quelle: Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V., Stuttgart, Deutschland, 1998.

---

<sup>1</sup> Vgl. Jens Hartmann: „Unsere Hauptheimat ist die Wolga“, Die Welt vom 10.12.1996.

## 5.2 Die russischen Minderheiten im Baltikum

Die baltischen Staaten haben die Bedeutung ihres Verhältnisses zu Rußland für die Möglichkeit der eigenen Integration in westeuropäische Sicherheits- und Wirtschaftsstrukturen längst erkannt und sich dementsprechend in wachsendem Maße um die Verbesserung ihrer Beziehungen zu Rußland bemüht. Die estnische und lettische Regierung garantieren den dort lebenden Russen zwar ohne Einschränkungen die Menschenrechte, bei den Bürgern verhalten sie sich jedoch aus Sicht der russischsprachigen Bevölkerung recht restriktiv. Besonders das Sprechen der jeweiligen Landessprache, als eine der Voraussetzungen für den Erhalt der Staatsbürgerschaft, erwies sich als Hürde für manche Russen. Der höhere Lebensstandard in den baltischen Staaten ist ein wichtiger Grund für den Willen vieler Russen, baltischer Staatsbürger zu werden. Deshalb wurde von Seiten der Balten oft an der Loyalität dieser neuen Staatsbürger gegenüber den kleinen, jetzt unabhängigen Baltenrepubliken gezweifelt.<sup>1</sup>

In diesem Zusammenhang wurde die OSZE von den baltischen Staaten stark kritisiert. Die OSZE beobachtet seit mehreren Jahren die Situation der russischen Minderheiten in Estland und Lettland. Dabei wurden als Maßlatte internationale Standards angelegt, die starken Einfluß auf die Minderheiten-, Einbürgerungs-, und Sprachengesetze hatten und als Kriterium für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union galten. In Estland und Lettland hatte sich das Gefühl entwickelt, diese Kriterien würden nicht für andere OSZE-Mitglieder wie die westeuropäischen Staaten oder Rußland gelten. Außerdem seien die „internationalen Standards“ von Staaten festgelegt worden, die nie mit einer ähnlichen Situation wie der im Baltikum konfrontiert gewesen seien.<sup>2</sup> Das führte wiederholt zu Konflikten zwischen OSZE und der estnischen und lettischen Regierung. Im Dezember 2001 hat der Rat der OSZE bekanntgegeben, seine Mission in Estland zum Jahresende schließen zu wollen. Die Schließung der Mission in Lettland ist ebenfalls geplant. Damit wären die beiden baltischen Staaten offiziell als „normale“ demokratische Staaten anerkannt. Die OSZE-Missionen galten als Belastung für den gewünschten NATO- und

---

<sup>1</sup> Vgl. Ib Faurby: *Baltic Security: Problems and Policies since Independence*, in: Nikolaj Petersen (Hrsg.): *The Baltic States in International Politics*, Kopenhagen 1993, S.51-83, hier S. 72f.

<sup>2</sup> Vgl. „Balten fühlen sich ungerecht behandelt“, FAZ vom 19.11.1999.

EU-Beitritt, da die restlichen Missionen in Krisenregionen Südosteuropas und ehemaligen Sowjetrepubliken angesiedelt sind, mit denen sich die Balten nicht vergleichen wollen.<sup>1</sup>

Estland mit seinem hohen russischsprachigen Bevölkerungsanteil hatte in den neunziger Jahren unter den drei Baltenrepubliken das gespannteste Verhältnis zur Russischen Föderation. Die Integration der Minderheit bereitete erhebliche Probleme, und Estland hatte ungelöste Grenzverlaufprobleme mit Rußland. Hierbei geht es um das Gebiet auf der östlichen Seite des Flusses Narva, der den heutigen Grenzverlauf markiert. Die Hermanns-feste an seinem Ufer sollte schon in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts die Besitzansprüche der dänischen Eroberer, später des Schwertbrüderordens, manifestieren. Heute ist sie eindrucksvolles Symbol der alten Kulturgrenze zwischen Mitteleuropa und Rußland, denn ihr direkt gegenüber liegt die russische Festung Iwangorod, später von Iwan III. als steingewordene Drohung gen Westen errichtet.<sup>2</sup>

Die russischen Nationalisten in Estland waren der Ansicht, daß die Sprachprüfung als obligatorische Anforderung für die Staatsbürgerschaft, nicht zu bestehen wäre. Die Tatsache, daß 80 Prozent der Russen, die an der Sprachprüfung teilgenommen haben, diese auch bestanden, zeigte allerdings die Nichtigkeit des Arguments.<sup>3</sup> Viele staatenlose ethnische Russen haben den Antrag auf Einbürgerung gar nicht gestellt, da eine Staatsbürgerschaft nicht allzu viele Vorteile bringt. Das Kommunalwahlrecht und das Recht auf Arbeit gilt auch für Staatenlose, staatsbürgerlichen Pflichten wie dem Wehrdienst kann man so aber entgehen. Tatsächlich ist die estnische Migrations- und Staatsangehörigkeitspolitik liberaler als in vielen anderen europäischen Staaten.<sup>4</sup> Nach den jüngsten estnischen Gesetzesänderungen gibt es außer in Rußland keine Forderungen mehr, die estnischen Staatsbürger- oder Menschenrechte weiter zu liberalisieren, wie sowohl der Europarat als auch die Brüsseler Kommission erklärten.

Das Verhältnis Lettlands zu Rußland wird stark belastet durch den großen russischsprachigen Bevölkerungsanteil, nationalistische Tendenzen der rechten Parteien, die im politi-

---

<sup>1</sup> Vgl. "OSZE schließt Mission in Estland", FAZ vom 18.12.2001.

<sup>2</sup> Vgl. Edgar Mattisen: Searching for a dignified Compromise. The Estonian-Russian Border 1000 years, Tartu 1996, S.19.

<sup>3</sup> Vgl. Tönis Lukas: Estland auf dem Weg aus der totalitären Vergangenheit zurück nach Europa, Discussion Paper des Zentrums für Europäische Integrationsforschung, Bonn 1998, S.26.

<sup>4</sup> Vgl. Cornelius Hasselblatt: Minderheitenpolitik in Estland. Rechtsentwicklung und Rechtswirklichkeit 1918-1995, Hamburg 1996.

schen Leben eine große Rolle spielen und einen Konflikt um den Grenzverlauf zu Rußland.<sup>1</sup> Etwa ein Drittel der lettischen Bevölkerung sind Russen, in den großen Städten stellt die russische Minderheit mehr als die Hälfte der Bevölkerung. Hier ist der Fall etwas anders gelagert als in Estland, obwohl die überzogenen Anschuldigungen Rußlands, in Lettland würden Menschenrechte verletzt, auch hier von der OSZE, den UN und der EU stets zurückgewiesen wurden.<sup>2</sup> Moskau drohte Lettland immer wieder mit wirtschaftlichen Sanktionen, falls sich die angeblich schlechte Situation der russischen Minderheiten nicht ändern würde. Die Widerstände in Lettland gegen eine Umsetzung der Empfehlungen der OSZE zur erleichterten Einbürgerung durch Abschaffung der *Fenster-Regelung*, die nur bestimmten Jahrgängen die Staatsbürgerschaft gewährte, waren stark. 1998 liberalisierte Lettland sein Staatsbürgerschaftsrecht, so daß trotz der immer noch schleppenden Einbürgerung der Weg für die EU-Mitgliedschaft des Landes in dieser Hinsicht frei ist.<sup>3</sup> Nach vollzogener Aufnahme Lettlands und Estlands wird innerhalb der Europäischen Union eine russische Minderheit von etwa einer Million Menschen leben.<sup>4</sup>

Litauen ist es gelungen, ein relativ unbelastetes Verhältnis zu Rußland aufzubauen. Es existiert hier keine große russische Minderheit.

#### Die Nationalitäten in den baltischen Staaten (in Prozent):<sup>5</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. Atis Lejins: Latvia, in: Axel Krohn (Hrsg.): The Baltic Sea Region, Baden-Baden 1996, S.40-60, hier S.44f.

<sup>2</sup> Vgl. „Gegenseitige Beschuldigungen Rußlands und Lettlands“, FAZ vom 10.6.1999.

<sup>3</sup> Vgl. Robert von Lucius: „Nicht-Bürger“, FAZ vom 19.5.2001.

<sup>4</sup> Kritische Stimmen merken immer wieder an, daß eine Integration der russischen Minderheit von estnischer und lettischer Seite gar nicht gewünscht sei und man statt dessen realpolitisch alles unternehme, um die Russen dazu zu bewegen, das Land zu verlassen. Ein deutliches Beispiel für die nicht erfolgende Integration sei, daß junge Russen lieber Englisch als Estnisch lernen würden. Für dieses Phänomen ergibt sich eine einfache Erklärung: Die jungen russischen Eliten in den Baltenrepubliken sind ebenso international ausgerichtet wie die jungen Balten selbst. Der Verfasser hat in vielen Gesprächen und Interviews mit Balten, baltischen Staatsbürgern russischer Nation und staatenlosen Russen in den Baltenstaaten den Eindruck gewonnen, daß die Integration sehr wohl voranschreitet. Es existieren zwar unübersehbare getthoartige Wohnviertel der Russen in den Ballungszentren, diese sind aber ein Erbe der Sowjetzeit. Gerade junge Russen ziehen ein Leben unter den ärmlichen Bedingungen, die in Rußland selbst herrschen, keinesfalls in Betracht und passen sich dem Leben in den Baltenrepubliken an. Besonders in Estland ergibt sich der Eindruck, daß hier lebende Russen einen deutlich anderen Umgangston als in Rußland pflegen.

<sup>5</sup> Vgl. Estnisches Statistikamt; Universität Lettland ([www.lanet.lv/popin/statistics/etnstr.html](http://www.lanet.lv/popin/statistics/etnstr.html)); Fischer Weltalmanach '99. Frankfurt a.M. 1998, Sp. 478.

Land	Titularnation	Russen	Ukrainer	Belorussen	Polen	Andere
Estland (1998)	65,1	28,1	2,5	1,5	0,2	2,6
Lettland (1998)	55,5	32,4	2,9	3,9	2,2	3,1
Litauen (1996)	81,4	8,3	1	6,9	1,5	0,9

### 5.3 Rückgabe der Beutekunst

Die *Beutekunst* umfaßt nach deutschen Angaben rund 200.000 Kunstwerke, zwei Millionen Bücher und drei Kilometer Archivmaterial, die im Zuge der Kriegshandlungen des Zweiten Weltkrieges in die UdSSR verschleppt wurden. Die Rückgabe sollte mit dem deutsch-sowjetischen Vertrag von 1990 und dem Kulturabkommen von 1992 geregelt werden. Seitdem wirft der Streit um die Rückgabe der *Beutekunst* an Deutschland einen Schatten auf das deutsch-russische Verhältnis. Die Verhandlungen einer gemeinsamen Kommission gerieten ins Stocken, weil das Problem von der russischen nationalistisch-kommunistischen Opposition im Machtkampf mit Jelzin instrumentalisiert wurde. Obwohl Jelzin die Rückgabe der Kunstschatze versprach, ist keine Rückführung erfolgt, da das Verfassungsgericht aufgrund eines Parlamentsbeschlusses die Rückgabe verhinderte und Jelzins Einspruch nicht anerkannte. Schließlich hat sogar der Vorsitzende der Fachgruppe Museen und Kunstsammlungen bei der deutsch-russischen Regierungskommission, Werner Schmidt, seinen Rücktritt erklärt, da diese Kommission „von deutscher Seite ausgeschaltet“<sup>1</sup> worden sei. Zudem seien nachdrückliche Reaktionen der Bundesregierung

---

<sup>1</sup> „Russische Weigerung“, FAZ vom 6.1.2001.

gegenüber Rußland ausgeblieben, nachdem ein russischer Parlamentsbeschluß die Verträge von 1990 und 1992 annullierte und damit die Rückgabe verhinderte hatte.<sup>1</sup> Jüngste Ereignisse deuten an, daß die meisten der im Krieg nach Rußland verschleppten europäischen Kulturgüter nicht als Geste guten Willens, sondern im Tausch gegen Entschädigungen zurückgegeben werden sollen. Ein im Mai 2001 vom russischen Kulturministerium gegründeter behördenübergreifender Expertenrat deklarierte die „Beute“ folgerichtig zur „Kompensation“ um und erklärte bereits geschlossene Abkommen über die Rückführung für null und nichtig.<sup>2</sup>

## 5.4 Bildung und Wissenschaft

Über die gegenseitige Anerkennung von russischen und deutschen Studienabschlüssen wird verhandelt, eine Einigung ist aber fraglich, und das aus gutem Grund: Obwohl in Rußland immer mehr Privatschulen entstehen, die nicht den schlechten finanziellen Verhältnissen wie die staatlichen Hochschulen ausgesetzt sind, treibt das „Umschlagwesen“, wie das Kaufen und Verkaufen akademischer Titel genannt wird, gerade an diesen privaten Instituten seine größten Blüten.<sup>3</sup> Selbst in Rußland wird der schlechte Ausbildungsstand diplomierter russischer Juristen und Wirtschaftswissenschaftler beklagt.<sup>4</sup> Im Februar 1999 gab die deutsch-russische Gemischte Kommission für kulturelle Zusammenarbeit eine gemeinsame Erklärung zur gegenseitigen akademischen Anerkennung von Studienzeiten und Abschlüssen im Hochschulbereich sowie von Urkunden über russische wissenschaftliche Grade und deutsche akademische Qualifikation ab, die *„als Grundlage für die konstruktive Zusammenarbeit zwischen den Hochschuleinrichtungen und für die Förderung des akademischen Austauschs zwischen den beiden Ländern“* angesehen wurde.<sup>5</sup> Die Entwicklung der deutsch-russischen Hochschulpartnerschaften verläuft positiv.

---

<sup>1</sup> Vgl. „Russische Weigerung“, FAZ vom 6.1.2001.

<sup>2</sup> Vgl. Kerstin Holm: „Wuchern“, FAZ vom 19.5.2001.

<sup>3</sup> Vgl. Veronika Sivkovka: Zur Alltagskorruption in Rußland, Osteuropa-Archiv, 1/1999.

<sup>4</sup> Vgl. Sonja Margolina: „Im Sumpf der Vergangenheit“, FAZ vom 21.6.1997.

<sup>5</sup> Protokoll der Sitzung der deutsch-russischen Gemischten Kommission für kulturelle Zusammenarbeit vom Fußnoten werden auf der nächsten Seite fortgesetzt.

Gegenwärtig sind daran 330 Hochschulen in 480 Kooperationen beteiligt.

Im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und der Russischen Stiftung für Grundlagenforschung der Russischen Akademie der Wissenschaften wird die weitere Entwicklung und Förderung gemeinsamer Forschungsprojekte vereinbart. Ein Beispiel hierfür ist das deutsch-russische Forschungsprojekt "Experimentierstation bei Bessy-2" (Berlin Adlershof) unter Mitwirkung von der FU Berlin, Bessy, TU Dresden, St. Petersburger Universität und dem Institut für Kristallografie der Russischen Akademie der Wissenschaften.<sup>1</sup>

Besondere Bedeutung für die Vertiefung der Zusammenarbeit russischer und deutscher Unternehmen im Bereich neuer Technologien haben Weiterbildungsprogramme in Bereichen wie Wissenschafts- und Innovationsmanagement sowie Erschließung neuer Technologien und neuer Ressourcen. Es gibt ein Stipendienprogramm des "Rußlandfonds der deutschen Wirtschaft", durch das jährlich bis zu 100 russischen Universitätsabsolventen aus den Bereichen Wirtschaft, Jura und Sozialwissenschaften ein einjähriger Studienaufenthalt in Deutschland ermöglicht wird. Zudem sind die Carl-Duisberg-Gesellschaft, der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) und das Goethe-Institut in Rußland aktiv. Russland gehört zu den führenden Ländern bei der Vergabe von Forschungsstipendien der Alexander-von-Humboldt-Stiftung für einen langfristigen Forschungsaufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland und der Verleihung von Humboldt-Preisen.<sup>2</sup>

Die *Gemeinsame Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen* hat Bedeutung als ein Gremium, das die Zusammenarbeit zwischen deutschen und russischen Forschungsinstituten und Archiven initiiert und fördert. Auch die Erinnerung und das Gedenken an die ehemalige Feindschaft und die historische Versöhnung zwischen den Völkern werden gepflegt. In diesem Zusammenhang messen beide Seiten der Tätigkeit des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. und der russischen Organisation *Wojennyje memoraly* zur Anlage und Pflege der Kriegsgräberstätten große Bedeutung bei.

Von der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen und von anderen deutschen Stellen

---

28. Februar bis 2. März 2001 in Berlin, <http://www.russische-botschaft.de>.

<sup>1</sup> Vgl. ebenda.

<sup>2</sup> Vgl. Protokoll der Sitzung der deutsch-russischen Gemischten Kommission für kulturelle Zusammenarbeit vom 28. Februar bis 2. März 2001 in Berlin, <http://www.russische-botschaft.de>.

werden deutsche Lehrkräfte für die deutsche Sprache und andere in deutscher Sprache unterrichtete Fächer an russische Bildungseinrichtungen entsandt. Die Anzahl der deutsch-russischen Partnerschaften zwischen Bildungseinrichtungen, darunter Berufsschulen, steigt weiter.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. Protokoll der Sitzung der deutsch-russischen Gemischten Kommission für kulturelle Zusammenarbeit vom 28. Februar bis 2. März 2001 in Berlin, <http://www.russische-botschaft.de>.

## V. Machtanalyse

Die Betrachtung der Machtverhältnisse zwischen Deutschland und Rußland soll, ausgehend vom Machtbegriff Max Webers, die tatsächlichen Einflußmöglichkeiten und Handlungsoptionen der beiden Staaten aufzeigen. Weber definierte Macht als „*die Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht.*“<sup>1</sup> In den internationalen Beziehungen beschränken sich die Ressourcen von Macht im wesentlichen auf vier Dimensionen: die politische, die geographische, die ökonomische und die militärische.

Ein Staat gilt als politisch schwach, wenn er in hohem Maße von Interessengruppen durchdrungen ist und die staatlichen Organe bevorzugt die Ambitionen partikularer Interessengruppen und weniger die kollektiven Interessen der gesamten Gesellschaft vertreten.<sup>2</sup> In Rußland wurde diese Schwäche zu Beginn der neunziger Jahre besonders deutlich im Machtkampf zwischen Gorbatschow, Jelzin, Nomenklatura und Reformkräften. Später äußerte sie sich in der größer werdenden Autonomie der russischen Regionen und der wachsenden Macht halbstaatlicher Unternehmen wie Gasprom oder der Oligarchen wie Beresowskij. Präsident Putin hat seit seinem Machtantritt durch entschiedenes, meist autoritäres Vorgehen die meisten dieser Interessengruppen ausgeschaltet oder ihren Einfluß geschmälert. Die geographische Macht Rußlands ist geringer geworden, indem sich das Land von einem stark zentralisierten Staat zu einem fragmentierten Gebilde mit kaum noch zu gewährleistender Integrität der einzelnen Regionen gewandelt hat.<sup>3</sup> Im Vergleich dazu stellt sich Deutschland seit 1990 als politisch gefestigter, föderaler und konsensorientierter Staat dar, dessen geographische Integrität stabil ist. Deutschlands außenpolitische Macht ist im Laufe der neunziger Jahre absolut und relativ gewachsen: Deutschland wurde durch die Vereinigung geographisch größer, die Bevölkerungszahl und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit stiegen an. Dieser Vergrößerung der absoluten Machtressourcen entsprach eine relative Machtvergrößerung durch zugunsten Deutschlands geänderte Rahmenbedingungen der internationalen Politik, die sich beispielsweise in einer Ökono-

---

<sup>1</sup> Max Weber: *Wirtschaft und Gesellschaft*, Tübingen 1972, S.28.

<sup>2</sup> Vgl. Stephan de Spiegeleire: a.a.O., S.153.

<sup>3</sup> Vgl. hierzu ausführlich: Stephan Spiegeleire: a.a.O., S.153 ff.

misierung der internationalen Beziehungen auswirkten.<sup>1</sup> In der Literatur wird ein mit der tatsächlichen Machtvergrößerung ebenfalls gewachsener Machtanspruch Deutschlands konstatiert, vereinzelt sogar ein „*die bundesdeutsche Außenpolitik offensichtlich beherrschender Wunsch nach Weltmacht.*“<sup>2</sup>

In den folgenden Abschnitten werden die ökonomischen und militärischen Machtressourcen Rußlands umrissen. Die ökonomischen und militärischen Machtressourcen der Bundesrepublik bedürfen keiner ausführlichen Erörterung an dieser Stelle; Deutschland besitzt die viertstärkste Volkswirtschaft der Welt und ist der größte Gläubiger Rußlands. Die russische Energiewirtschaft spielt teilweise eine gewichtige Rolle bei der Energieversorgung Deutschlands und Westeuropas. 1998 machten russische Rohöl- und Mineralölproduktlieferungen knapp 13 Prozent der entsprechenden Importe der Europäischen Union aus, bei Erdgas lag der Anteil russischer Importe bei 35 Prozent. An den deutschen Importen hatten russische Lieferungen einen Anteil von etwa 26 Prozent bei Rohöl, 8 Prozent bei Mineralölprodukten und 44 Prozent bei Erdgas. Nur bei Gas kann von einer nennenswerten Importabhängigkeit gesprochen werden.<sup>3</sup>

Deutschland ist als fest eingebundenes NATO-Mitglied trotz seines spärlichen Verteidigungsetats und des geringen Anteils international einsetzbarer Streitkräfte durchaus verteidigungsfähig gegen konventionelle Angriffe und genießt Schutz vor nuklearen Angriffen durch die abschreckende Wirkung der Interkontinentalraketen der USA und der westlichen Atommächte. Die Stärke der Bundeswehr mußte nach dem VKSE-Abkommen auf eine Höchststärke von 370.000 Mann (von ehemals 660.000 Soldaten in beiden deutschen Staaten) reduziert werden. Deutschlands Macht ist im Gegensatz zu der Rußlands eingeschränkt durch die Einbindung in die westlichen Bündnissysteme und internationalen Organisationen.

---

<sup>1</sup> Vgl. Michael Staack: a.a.O., S.23.

<sup>2</sup> Vgl. Caroline Thomas und Klaus-Peter Weiner (Hrsg.): Auf dem Weg zur Hegemonialmacht? Die deutsche Außenpolitik nach der Wiedervereinigung, Köln 1993, S.43.

<sup>3</sup> Vgl. Hella Engerer, Petra Opitz, Christian Hirschhausen: Russische Energiewirtschaft nach der Finanzkrise, DIW-Wochenbericht 22/1999, <http://www.diw-berlin.de>.

# 1. Die ökonomischen Machtverhältnisse zwischen Deutschland und Rußland

## 1.1 Der schwindende Großmachtstatus

Rußland betrat die Bühne der internationalen Politik mit dem Anspruch, die ehemalige Supermachtstellung der UdSSR wenn schon nicht einzunehmen, so doch gegen eine Großmachtstellung einzutauschen. Begründet wurde das mit dem ungeheuren wirtschaftlichen Potential und dem Status als Atommacht. Die Realität spricht gegen das russische Selbstbewußtsein: Schon bei der sowjetischen Zustimmung zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten spielte das Versprechen Kohls eine große Rolle, die kurz vor der Zahlungsunfähigkeit stehende DDR wirtschaftlich zu unterstützen und damit die Sowjetunion zu entlasten. Gorbatschows Handlungsmöglichkeiten waren in dieser Hinsicht durch die schlechte wirtschaftliche Situation der Sowjetunion stark eingeschränkt.<sup>1</sup> Zehn Jahre nach der Auflösung der Sowjetunion ist die Lage Rußlands, das die Altschulden der Sowjetunion erbte, nicht besser. Der russische Publizist Salmin erinnerte 1999 an die politische und wirtschaftliche Realität: „*Rußland als Großmacht existiert heute nicht mehr.*“<sup>2</sup> Rußlands Anteil an der Weltbevölkerung beträgt aktuellen Angaben zufolge noch etwa 2,2 Prozent; jedoch ging allein 1999 die Bevölkerung um 768.000 Menschen zurück.<sup>3</sup> Das Bruttoinlandsprodukt Rußlands im Jahre 1999 betrug 246 Milliarden Dollar und war damit kleiner als das der Niederlande.<sup>4</sup> Damit fällt Rußland nicht mehr unter die führenden 25 Länder der Welt.

Die negative Geburtenrate und die im Vergleich zum Westen geringe Lebenserwartung werden nach demographischen Hochrechnungen zu einem erheblichen Bevölkerungsrückgang im schon jetzt größtenteils dünnbesiedelten Land innerhalb der nächsten dreißig Jahre führen. In den meisten Industriestaaten ist der Saldo der natürlichen Bevölkerungsentwicklung negativ, d. h. die Sterbefälle übersteigen die Geburten. In Russland setzte die-

---

<sup>1</sup> Vgl. Tanja Wagensohn: a.a.O., S.113.

<sup>2</sup> A.M. Salmin: *Rossija, Evropa i novyi mirovoj porjadok*, in *Polis*, 2/1999, S.10-31, S.10.

<sup>3</sup> Vgl. Elke Windisch: *Bevölkerungsrückgang in Rußland*, *Der Tagesspiegel* vom 3.3.2001.

<sup>4</sup> Vgl. Spiegel-Almanach: *Rußland*, Spiegel-Online 2001, [www.der-spiegel.de](http://www.der-spiegel.de).

se Entwicklung erst relativ spät ein - mit dem Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft - dafür aber sofort mit rasantem Tempo. Von 1992 bis zum Jahresanfang 2000 schrumpfte die Bevölkerung Russlands um knapp 3 Millionen auf 146 Millionen. Ohne Migrationsgewinne wäre der Rückgang sogar doppelt so stark gewesen. Bis zum Jahre 2016 wird von russischen Demographen ein Bevölkerungsrückgang auf 125 Millionen erwartet.<sup>1</sup> Sogar ein Rückgang auf unter 100 Millionen steht als bedrohliches Szenario im Raum. Damit würde das Selbstverständnis Rußlands als Großmacht auch in dieser Hinsicht in Frage gestellt werden.

Die ohnehin niedrige Lebenserwartung sank weiter; sie betrug 1999 für Männer lediglich 59,6 Jahre und für Frauen 71,3 Jahre. Mit der verringerten Geburtenrate ist der Anteil von Kindern und Jugendlichen bis zu 15 Jahren an der Gesamtbevölkerung in nur zehn Jahren von einem Viertel auf ein Fünftel zurückgegangen. Die Bevölkerungsanteile sowohl von Personen im arbeitsfähigen Alter als auch von Senioren wachsen dagegen.<sup>2</sup>

Angesichts der Finanzkrise Rußlands, das sich Ende Mai 1998 an der Grenze zur Zahlungsunfähigkeit befand, und der überall aufflackernden Unruhen wegen monatelang nicht gezahlter Löhne, schien der innere Zustand des Landes sehr labil. Ein äußerer Machtanspruch in dieser Situation wäre unmöglich glaubhaft zu machen.

Der russische Ministerpräsident Kirijenko begründete die akute Notlage Rußlands im Juni 1998 mit den Auswirkungen der asiatischen Finanzkrise und dem Sinken der Weltmarktpreise für Erdöl, Erdgas und Buntmetalle, was für Rußland als Rohstoffexporteur fatal war.<sup>3</sup> Der Rohstoffsektor macht etwa 70 Prozent der Exporte Rußlands aus. Daraus ergibt sich eine starke Abhängigkeit Rußlands von den Weltmarktpreisen.<sup>4</sup> Die Ausfuhr industrieller Produkte ist so gering, weil die russische Industrie international nicht wettbewerbsfähig ist.

Kirijenkos Aussagen waren so bedeutsam, weil erstmals ein Regierungsmitglied die wesentlichen, strukturellen Gründe für die offenkundige Unfähigkeit Rußlands, sein großes wirtschaftliches Potential in sozioökonomischen Fortschritt umzusetzen, benannte: Eine

---

<sup>1</sup> Vgl. Maria Lodahl: Russland. Demographische Probleme belasten Wirtschaft, DIW-Wochenbericht 30/2000, <http://www.diw-berlin.de>.

<sup>2</sup> Vgl. ebenda.

<sup>3</sup> Vgl. Werner Adam: „Aufs neue die alten Rätsel“, FAZ vom 26.6.1998.

<sup>4</sup> Vgl. Klaus Mangold: Wirtschaftsfaktor Rußland, in: Internationale Politik, Nr.5/2000, S.1-6, hier: S.2.

Schattenwirtschaft, die die Hälfte des Bruttosozialproduktes erwirtschaftet, ein steuerliches Chaos, eine reformfeindliche übermächtige Bürokratie und selbstsüchtige Magnaten würden die Versuche zur wirtschaftlichen Konsolidierung behindern.<sup>1</sup>

Rußlands Rohstoffreichtum bedeutet ein ungeheures Potential für die Entwicklung der russischen Wirtschaft. Allein der europäische Erdgasverbrauch soll sich bis zum Ende dieses Jahrzehnts um bis zu 150 Milliarden Kubikmeter erhöhen. Die russische Erdgasproduktion soll bis dahin etwa 200 Milliarden Kubikmeter jährlich erreichen und wird somit ein immer wichtigerer Faktor für die Energieversorgung Westeuropas werden. Der russische Erdgasmonopolist Gasprom erwirtschaftet bereits heute unter Leitung des ehemaligen Ministerpräsidenten Tschernomyrdin offiziell etwa ein Viertel des russischen BIP,<sup>2</sup> obwohl geschätzt wird, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil der inoffiziell viel höheren Gewinne des Gasriesen in dunkle Kanäle fließt.<sup>3</sup>

Moskau wickelt rund 40 Prozent seines Außenhandels mit der EU ab, unter Einschluß der mittel- und osteuropäischen Beitrittskandidaten (MOE-Staaten) sind es 50 Prozent. Der Handel Rußlands mit den GUS-Staaten ist von 55 Prozent im Jahre 1991 auf rund 22 Prozent im Jahre 1998 geschrumpft.<sup>4</sup> Die EU ist auch deshalb so wichtig für Rußland, weil im europäischen Rahmen der Status einer Großmacht durchaus gilt. In den Beziehungen mit den USA hingegen ist man unsanft daran erinnert worden, daß man seit langem nicht mehr als „strategischer Partner“ angesehen wird. Die europäischen Staaten bringen Rußland aufgrund der Interdependenzen auf dem Kontinent weit größere Kooperationsbereitschaft entgegen als die USA. Imperiale Ambitionen von Seiten der EU sind für die Russen nicht zu befürchten, und durch die wachsende Bedeutung der in den Weiten Sibiriens lagernden Rohstoffe wird auch die russische Position gegenüber Deutschland und anderen rohstoffarmen europäischen Industrienationen weiter gestärkt.<sup>5</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. Elfi Siegl: „In Rußland ist das Wachstum in sich zusammengefallen“, FAZ vom 15.6.1998.

<sup>2</sup> Vgl. Carl Graf Hohenthal: „Jetzt geht es nur noch aufwärts“, FAZ vom 17.10.2000.

<sup>3</sup> Vgl. Ulrich Schmid: a.a.O., S.100.

<sup>4</sup> Vgl. Heinz Timmermann: Rußland: Strategischer Partner der Europäischen Union, a.a.O., S.995.

<sup>5</sup> Vgl. Wladimir G. Baranowskij: Rußland und die Europäische Union, in: Hans-Joachim Spanger (Hrsg.): Rußland und der Westen, Frankfurt/Main 1998, S.239-253, hier: S.242.

## 1.2 Die Verschuldung

Bereits vor der politischen Wende hatten die meisten sozialistischen Länder schwer an der Bürde des Dollar-Schuldendienstes zu tragen, der ein wichtiger Faktor des Zusammenbruchs dieser Staaten wurde. Die Schuldsituation der Reformstaaten wie Polen und Ungarn verbesserte sich im Laufe der neunziger Jahre erheblich. In Rußland hingegen führten zögerliche Reformen zu einer Verschärfung des Problems, so daß Rußland während der gesamten neunziger Jahre vor der Zahlungsunfähigkeit stand und immer wieder einen Erlaß seiner Schulden verlangte.

Die Angaben über die Höhe der russischen Schulden differieren stark: Schätzungen sprechen von insgesamt 182,8 Milliarden Dollar, wovon 152,8 Milliarden staatliche und 28,5 Milliarden privatwirtschaftliche Schulden sind. Einen großen Anteil der staatlichen Schulden, ungefähr 88,5 Milliarden, machen Altschulden der Sowjetunion aus.<sup>1</sup>

Seit der Finanzkrise vom August 1998 ist die Rückzahlung der russischen Schulden ins Stocken geraten: Ein Teil der Auslandsverbindlichkeiten, insbesondere die von der Sowjetunion übernommenen Schulden, wurde nicht mehr fristgerecht bedient, woraufhin weitere Kredite nicht mehr bewilligt wurden. Die Situation hat sich erst im März 2000 mit einer Vereinbarung zwischen der russischen Regierung und den privaten Gläubigerbanken im Londoner Club entspannt. Dabei verzichteten die Banken auf immerhin 10 Milliarden Dollar und schuldeten rund 20 Milliarden Dollar um.<sup>2</sup>

Rußland schuldete im Januar 2001 allein den Mitgliedern des Pariser Clubs staatlicher Gläubiger 48,6 Milliarden Dollar, von denen 20 Milliarden Deutschland zustehen. In dieser Situation gab es eine Verlautbarung der russischen Regierung, man wolle höchstens zehn Prozent der fälligen Schulden tilgen.<sup>3</sup> Kredite des Internationalen Währungsfonds über 1,8 Milliarden Dollar, die fest in den russischen Staatshaushalt eingeplant waren, wurden eingefroren, bis Putin die Zahlung der russischen Schulden an den Pariser Club endlich doch zusagte.<sup>4</sup> Weiteren Hermes-Bürgschaften zur Absicherung deutscher Exporte

---

<sup>1</sup> Vgl. Johannes Baur: a.a.O., S.249.

<sup>2</sup> Vgl. Klaus Mangold: a.a.O., S.5.

<sup>3</sup> Vgl. „Rußland will höchstens 10 Prozent seiner Schulden bedienen“, FAZ vom 13.1.2001.

<sup>4</sup> Vgl. „Putin: Altschulden werden zurückgezahlt“, FAZ vom 8.1.2001.

nach Rußland wollte die Bundesregierung zunächst nicht zustimmen, solange Rußland seinen Schuldendienst nicht leiste.<sup>1</sup> Die Zustimmung wurde unter anderem aus dem Grund verweigert, daß sich das Defizit aus dieser Exportkreditversicherung im Rußlandgeschäft schon zuvor auf zwei Milliarden Mark belaufen hatte.<sup>2</sup> Im Bestreben der russischen Regierung, den Pariser Club zu einer Streckung oder gar Streichung der Schuldentrückzahlung zu veranlassen, kam eine allmähliche Umkehrung der Machtverhältnisse zum Ausdruck, wie der Duma-Abgeordnete Alexej Arbatow sagte: Von einer gewissen Höhe an werden Kredite zu Problemen des Gläubigers und nicht des Schuldners.<sup>3</sup>

In der Literatur findet sich häufig die Meinung, daß viele Chancen des Westens und vor allem Deutschlands, die innerrussische Entwicklung in den neunziger Jahren zu beeinflussen, vertan wurden. Die Wirtschaftshilfen waren zu selten an konkrete Bedingungen gebunden. Nun bangen die Gläubiger darum, daß Rußland zumindest einen Teil der Schulden überhaupt zurückzahlt. Oder, wie der Finanzspekulant George Soros es ausdrückte: *“For ten years (...) we had the ability to influence things in Russia and move them in the right direction and we flubbed it.”*<sup>4</sup>

### **1.3 Der wirtschaftliche Einfluß Rußlands im Baltikum**

Die strategische Bedeutung des Baltikums für Rußland ergab und ergibt sich aus der Nutzung der baltischen Häfen für den Umschlag eines Großteils seiner Rohstoffexporte. Zwischen 40 und 50 Prozent des russischen Seehandels werden dort abgewickelt. Die baltischen Häfen sind damit für Rußland vergleichsweise so wichtig wie der Hafen von Rotterdam für Deutschland.<sup>5</sup> Allein im eisfreien Hafen von Ventspils (Windau) in Lettland werden 15 Prozent der russischen Ölausfuhren verladen.<sup>6</sup> Die baltischen Staaten sind zu Kon-

---

<sup>1</sup> Vgl. Nikolas Busse: „Altes Denken im neuen Rußland“, FAZ vom 9.5.2000.

<sup>2</sup> Vgl. Ognian Hishow: Der Staatsbankrott Rußlands, in: Osteuropa Nr.3/99, S.657-670, hier: S.668.

<sup>3</sup> Vgl. Elfi Siegl: „Rußland setzt sein Kapital aufs Spiel“, FAZ vom 16.1.2001.

<sup>4</sup> George Soros, am 31.1.2000, zitiert nach: William H. Webster: a.a.O., S.52.

<sup>5</sup> Vgl. Bo Huld: „The changing strategic setting: Importance to Russia“, in: NATO`s Nations and Partners for Peace, Special Issue 1999, S.14.

<sup>6</sup> Vgl. „Rußland ist unberechenbar“, Interview mit Vaira Vike-Freiberga in: Der Spiegel, 22/2000.

kurrenten im Ölgeschäft geworden – von Rußland wird die baltische Uneinigkeit mit Wohlwollen betrachtet und gefördert. Litauen versuchte mit dem Bau des Ölhafens von Butinge einen Teil des Geschäfts mit dem russischen Öl an sich zu ziehen - trotz monatelangen Protests aus Lettland. Auch Estland versucht, den Hafen Muuga bei Tallinn verstärkt für den Ölexport nutzbar zu machen.<sup>1</sup>

Die Abhängigkeit der baltischen Staaten von Rußland ist historisch bedingt: Der Beitrag der baltischen Staaten zur Gesamtproduktion der Sowjetunion betrug 3,5 Prozent, war aber höher im Bereich der Nahrungsmittelproduktion (beispielsweise 12 Prozent der Fleischproduktion). Fast ein Viertel ihrer Produktion haben die baltischen Sowjetrepubliken exportiert und 27 Prozent ihres Verbrauchs importiert.<sup>2</sup> Die Balten sind weiterhin abhängig von Rohstofflieferungen Rußlands; vor allem Energieträger und Rohmaterialien wie Eisen und Stahl müssen fast vollständig importiert werden. So konnte die Sowjetunion Litauen 1990 mit einem Lieferstop für Erdöl und Erdgas drohen. Viele baltische Produkte sind auf westlichen Märkten noch nicht wettbewerbsfähig, daher behält der russische Markt weiterhin große Bedeutung.

Die estnische Wirtschaftspolitik beispielsweise hat eine konsequente Westausrichtung gefördert: Vor der Krise in Rußland von 1998/99 gingen ein Viertel der estnischen Exporte in die GUS, heute sind es nur noch 13 Prozent.<sup>3</sup> Im Gegensatz zu Rußland besitzt Estland heute eine funktionierende Marktwirtschaft und eine blühende Wirtschaft. Die Ablösung von russischer wirtschaftlicher Dominanz ist gelungen. Anders sieht die Situation in Lettland und z. T. auch in Litauen aus. Rußland nutzt die bestehende wirtschaftliche Abhängigkeit, um die Politik zu beeinflussen.<sup>4</sup> Litauen führt etwa 50 Prozent seiner Rohstoffe und Energieträger aus Rußland ein und exportiert 40 Prozent seiner Produktion dorthin.

---

<sup>1</sup> Vgl. Jasper von Altenbockum: „Finnland will ein Geschenk des Himmels endlich auspacken“, FAZ vom 12.11.1999.

<sup>2</sup> Vgl. Volkhardt Vincentz: „Ohne prallen Geldbeutel keine Eigenverantwortung“, Die Welt vom 20.4.1990.

<sup>3</sup> Vgl. Karen Horn: „Nach der Krise erwacht Estland zu vollem Schwung“, FAZ vom 5.7.2000.

<sup>4</sup> Vgl. Kapitel VI.17 vorliegender Arbeit.

## 2. Die militärischen Machtverhältnisse

### 2.1 Rußlands militärische Macht

Im Jahr 1989 verfügte die Supermacht UdSSR mit 4,25 Millionen Mann unter Waffen und 5 Millionen in Reserve über die stärkste Armee und die meisten Nuklearwaffen der Welt, die zudem noch als weitreichender und zielgenauer als die amerikanischen galten.<sup>1</sup> Die Macht hatte ihren Preis: Zwischen 25 und 30 Prozent des BIP wurden für die Streitkräfte ausgegeben, zusätzlich mußten Verpflichtungen aus dem Warschauer Vertrag erfüllt und befreundete Staaten wie Kuba und Vietnam alimentiert werden. Die wirtschaftlichen Probleme der Sowjetunion waren mittlerweile zu gravierend geworden, um den Unterhalt einer Armee dieser Stärke noch länger verantworten zu können. Aus diesem Grund kündigte Gorbatschow 1988 die einseitige Reduzierung der Streitkräfte um 500.000 Mann an, eine gute Voraussetzung für die Verhandlungen um die Verringerung der strategischen Waffen (START, Strategic Arms Reduction Talks).

Durch den Rückzug der Sowjetunion aus Afghanistan im Februar 1989 sank zwar die Belastung des Staatshaushaltes, der Nimbus der Unbesiegbarkeit der Roten Armee jedoch war zerstört. Kurze Zeit später, im Sommer 1989, wurde über den Abzug aus Ungarn verhandelt. Nach dem Zusammenbruch der DDR und der Zustimmung zur Einigung Deutschlands zog sich die Rote Armee schrittweise aus allen Staaten des Warschauer Paktes zurück, ebenso aus den baltischen Staaten. Die veraltete Schwarzmeerflotte wurde gegen den Erlaß von Energieschulden mit der Ukraine so aufgeteilt, daß Rußland 83 Prozent der Flotte und einen Stützpunkt in Sewastopol erhielt. *„Innerhalb von drei Jahren war die einst stolze Armee der Weltmacht Sowjetunion von mehr als vier Millionen Mann (1989) auf 2,2 Millionen Mann (1992) geschrumpft, und hinter diesen nackten Zahlen sind die Demütigung, Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot der demobilisierten Offiziere und Soldaten nur zu ahnen.“*<sup>2</sup> Inzwischen ist die Armee auf 1,2 Millionen Mann reduziert worden.<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. Günther Stökl: a.a.O., S.884.

<sup>2</sup> Vgl. ebenda, S.857.

<sup>3</sup> Die Umstände des Truppenabzuges werden in Kapitel VI.12 näher erläutert.

Rußland, das alle Probleme und den Besitz der Sowjetunion erbte, ist dank seiner interkontinentalen Nuklearwaffen immer noch die zweitgrößte Atommacht der Welt. Es verfügt, ähnlich wie die USA, über fast 6.000 Nuklearsprengköpfe auf land-, see- und luftgestützten Trägerwaffen. Da es Rußland immer schwerer fällt, die finanziellen Mittel für die Erhaltung der Waffenarsenale aufzubringen, drängt es seit längerem auf ein Abkommen mit den USA über eine drastische Senkung dieser Zahlen.<sup>1</sup> Die Pläne der USA, ein nationales Raketenabwehrsystem und regionale Abwehrsysteme für ihre weltweit operierenden Streitkräfte gegen eine begrenzte Anzahl von Raketen mit ABC-Waffen aus „Schurkenstaaten“ aufzubauen, werden in Rußland als Bedrohung des nuklearen Gleichgewichts wahrgenommen. Sie gelten außerdem als nicht vereinbar mit den Rüstungskontrollabkommen, wie dem ABM-Vertrag. Obwohl eine vollständige Abwehr eines russischen Angriffes mit Interkontinentalraketen technisch nicht zu verwirklichen wäre, fürchtet man in Rußland durch die bloße Existenz eines amerikanischen Raketenabwehrsystems eine Schwächung des eigenen Status als Fast-Großmacht, den man ausschließlich der abschreckenden Wirkung der Atomwaffen verdankt.

Eine Einbindung Rußlands in einen Raketenschutzschild würde der nuklearen Abrüstung allerdings neue Möglichkeiten eröffnen, die ihr bei einem Festhalten an der Strategie der gegenseitigen sicheren Verwundbarkeit versagt blieben.<sup>2</sup>

Rußlands konventionelle militärische Ressourcen sind durch die schlechte wirtschaftliche Lage begrenzt, ein Großteil ist in Tschetschenien und der Kaukasus-Region gebunden. Die Moral und Kampfkraft der russischen Armee sind nicht besonders hoch, der Sold ist sehr niedrig und wird oft mit Verspätung ausgezahlt.<sup>3</sup> Mehr als 5.000 Soldaten kommen jährlich durch Verbrechen, Selbstmorde und Unfälle in der Armee ums Leben. Rund 6.000 Soldaten desertieren.<sup>4</sup> Nach offiziellen Angaben des Verteidigungsministeriums kommen auch Waffendiebstähle und -verkäufe sehr häufig vor. Allein im Jahre 1993 wurden etwa 6.400 Diebstähle von Gewehren, Pistolen, Raketenwerfern und sogar Panzern offiziell registriert.<sup>5</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. „Kehrtwende Bushs zu Biowaffen-Verbot“, FAZ vom 3.11.2001.

<sup>2</sup> Vgl. Joachim Krause: Streit um Raketenabwehr, in: Osteuropa, Nr.3/2000, S.37-42, hier: S.39.

<sup>3</sup> Vgl. Johannes Baur: a.a.O., S.248.

<sup>4</sup> Vgl. Ulrich Schmid: a.a.O., S.106.

<sup>5</sup> Vgl. ebenda, S.109.

Rußland hat seinen Großmachtstatus eingebüßt und kann eher als Regionalmacht bezeichnet werden, die im Gegensatz zur Supermacht USA zu *Out-of-Area*-Einsätzen kaum noch in der Lage sein dürfte. Die russische Armee ist selbst auf dem eigenen Territorium nicht besonders schlagkräftig, wie die festgefahrene Situation in Tschetschenien deutlich zeigte. Der Einsatzwert der russischen Militärmacht ist sogar als äußerst gering einzustufen: Es stehen zwar 1,2 Millionen Mann unter Waffen, aber nur etwa ein Drittel der Einheiten und Verbände kann als voll einsetzbar gelten. Wie ernst der Zustand der russischen Armee ist, zeigte eine Drohung gegenüber Tschetschenien: Man wolle die Sicherheit des Landes notfalls mit dem Einsatz von Atomwaffen bewahren, falls sie auf konventionellem Wege nicht gewährleistet werden kann.<sup>1</sup>

Zum Vergleich: Die USA als Führungsmacht der NATO verfügen ebenfalls über eine 1,2 Millionen Mann starke Armee, die jedoch voll einsatzfähig, zum großen Teil kriegserfahren, mit modernster Ausrüstung versehen und über technisch und elektronisch ausgereifte und erprobte Waffensysteme verfügt. Obwohl der russische Verteidigungsetat bei weitem nicht ausreicht, eine vergleichbare Armee zu unterhalten und zu modernisieren, zögert der russische Generalstab, eine Entscheidung über eine Reduzierung der Armee zu fällen. Zu groß wäre der politisch-psychologische Effekt, den dieser als Eingeständnis der eigenen Schwäche empfundene Schritt zur Folge hätte. So wird, selbst bei einer kontinuierlichen Erhöhung des russischen Verteidigungsetats, das Festhalten am Personalbestand den technologischen Rückstand der russischen Armee weiter vergrößern und eine Professionalisierung der kämpfenden Verbände verhindern. Die Loyalität der Armee muß als nicht gesichert bewertet werden. Sie scheint „*von einer Interessensidentität zwischen politischer und militärischer Führung abhängig zu sein, davon, ob die politische Führung die nationalen Interessen im Sinne des Militärestablishments formuliert.*“<sup>2</sup> Dabei werden in geopolitischer Tradition die GUS und das *nahe Ausland* als strategischer Verteidigungsraum erfaßt.<sup>3</sup>

Trotz dieser Schwäche der Armee scheint Rußland seit Putins Machtergreifung dazu geneigt zu sein, seine Militärmacht häufiger und entschlossener als politisches Mittel einzusetzen, wie der zweite Tschetschenienkrieg und der Einmarsch in Priština im Zuge des Ko-

---

<sup>1</sup> Vgl. Walter Schilling: Rußlands Militärmacht, in: Internationale Politik, Nr.5/2000, S.25-28, hier: S.27.

<sup>2</sup> Heinrich Tiller und Frank Umbach: a.a.O., S.28.

<sup>3</sup> Vgl. ebenda.

sovo-Konflikts zeigten. Damit steht Rußland vor einem diffizilen Problem: Es muß eine Balance gefunden werden zwischen dem Verfolgen machtpolitischer Ziele auf der einen und der Erbringung der dafür erforderlichen finanziellen Mittel auf der anderen Seite. Hierin zeigt sich die Verschränkung von ökonomisch-handelsstaatlicher und militärisch-territorialer Macht. Eine starke Militärmacht ist nicht denkbar ohne eine starke Wirtschaft. Die Stärkung seiner Wirtschaft wiederum kann Rußland nicht ohne westliche Hilfe vorantreiben, wobei der deutschen Wirtschaftshilfe besondere Bedeutung zukommt. Im Umkehrschluß führt das zu der absurden Situation, daß westliche Wirtschaftshilfe, an zu geringe Auflagen und Bedingungen gebunden, den russischen Krieg im Kaukasus mitfinanziert.

## **2.2 Die Möglichkeiten der baltischen Republiken**

Nach dem Ende der Sowjetunion steht das Baltikum, wie schon früher in seiner Geschichte, zwischen zwei Machtblöcken. In der Zwischenweltkriegszeit wurden die baltischen Staaten aus russischer und deutscher Sicht nur geduldet, Rußland erhob Anspruch auf die Häfen und eine Sicherheitszone, Deutschland auf historisches Siedlungsgebiet. Optionen für die Balten waren entweder die Eigenständigkeit und die Hoffnung auf Schutz durch den Völkerbund oder der Anschluß an eine der beiden Großmächte mit dem Risiko, dadurch automatisch zum Feind der anderen zu werden.

Die grundsätzliche Frage, ob sie Teil des Westens oder des Ostens seien, die für Rußland selbst noch unbeantwortet scheint, stellten sich die Balten nicht, nachdem sie ihre Freiheit wiedererlangt hatten; man verstand sich hier von jeher als Vorposten der westlichen Christenheit und suchte stets den Anschluß an Westeuropa. Die Esten fühlen sich eher nordisch als baltisch, die Litauer wegen der historischen Bindungen zu Polen hingezogen – die Letten sehen hilflos nach Deutschland.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> So würde beispielsweise die lettische Präsidentin Vaira Vike-Freiberga „einen stärkeren Einfluß Deutschlands in der Ostseeregion begrüßen“, Vgl. „Rußland ist unberechenbar“, Interview mit Vaira Vike-Freiberga in: Der Spiegel, 22/2000.

Die Balten versuchen, das eigene außenpolitische Gewicht zu erhöhen, indem sie auf die Funktion des Baltikums als Kulturbrücke zwischen Ost und West verweisen. Die nationale Sicherheit der baltischen Staaten gegenüber Rußland kann aufgrund der geostrategischen Lage und begrenzter nationaler Ressourcen nur durch die Mitgliedschaft in so vielen internationalen Organisationen und Vereinigungen westlicher Staaten wie möglich erhöht werden. Außenpolitische Priorität haben die Erlangung der Mitgliedschaft in der Europäischen Union und die Aufnahme in die NATO.

Nach übereinstimmender internationaler Beurteilung lassen sich die baltischen Staaten gegenüber Rußland militärisch nicht verteidigen. *„So war denn auch das bestimmende Motiv für die Aufstellung eigener Armeen die Herstellung eines für die internationale Anerkennung unabdingbaren Staatsattributs.“*<sup>1</sup> Wie die estnische Armee, die derzeit knapp 5.500 Mann, in Kriegszeiten 30.000 Mann stellt, hätten die baltischen Armeen im Konfliktfall mit Rußland eher symbolischen Wert. Die Waffenbeschaffung der baltischen Armeen hat sich auf Panzer- und Luftabwehr konzentriert.<sup>2</sup> Die Verteidigungskonzepte der Balten lehnten sich nach der Unabhängigkeit an die Konzepte neutraler und nichtgebundener Staaten an: Territorialverteidigung mit einer Mischung aus regulärer und Heimatschutztruppe, die notfalls als Guerilla fortgeführt wird, da die natürlichen Voraussetzungen dafür durch die Geographie des Baltikums mit vielen Seen, Flüssen und tiefen Wäldern gegeben sind.<sup>3</sup> In den neunziger Jahren ersann man ein anderes Bedrohungspotential: <sup>4</sup> Wenn Rußland versuchen sollte, die baltischen Staaten zu okkupieren, sei dazu kein großartiger Einmarsch mit gepanzerten Divisionen nötig. Ein restauratives Regime könne statt dessen auf Kollaborateure im Inneren setzen und die Herrschaftsübernahme mit Hilfe von Spezialtruppen versuchen. Dabei wäre ein technologisch abgestützter Überraschungsangriff zu erwarten, der die Ausschaltung der Kommunikation und Infrastruktur zum Ziel hätte. Hierzu könnte die faktisch schon vorhandene Luftüberlegenheit Rußland befähigen. Die Befürchtung, daß sich eine „fünfte Kolonne“ aus im Baltikum lebenden pensionierten Militärs der Roten Armee rekrutieren könnte, ist noch präsent und

---

<sup>1</sup> Bernd M. Weber: a.a.O., S.247.

<sup>2</sup> Vgl. „NATO nennt Balten Bedingungen“, FAZ vom 13.1.1999.

<sup>3</sup> Vgl. Atis Lejinš: The Baltic States, Germany and the United States, in: Sven Arnswald/ Marcus Wenig (Hrsg.): German and American Policies towards the Baltic States, Baden-Baden 2000, S.57-62, hier: S.61.

<sup>4</sup> Vgl. ebenda, S.248.

fürhte zu Überlegungen, die Armeen auch auf eine Verteidigung nach innen vorzubereiten.

## VI. Verhaltensanalyse: Die Akteure der deutsch-russisch-baltischen Beziehungen von 1990 bis 1998

Zur Erreichung der deutschen Einheit ist die Bundesrepublik so vorgegangen, als wäre sie schon die souveräne, wiedervereinigte Großmacht in der Mitte Europas gewesen, die sie erst durch den Beitritt der DDR werden sollte. Die staatsrechtliche Souveränität hatte die Bundesrepublik schon im Oktober 1990 erhalten, die völkerrechtliche Souveränität jedoch konnte sie nicht erlangen, bevor der Oberste Sowjet der UdSSR am 5.3.1991 den *Zwei-plus-vier-Vertrag* ratifiziert hatte.<sup>1</sup>

In den Wochen vor der Ratifizierung eskalierte der Krieg gegen den Irak. Die russische Zustimmung zum Einsatz der NATO unter UNO-Mandat begründete sich nach Genschers Worten durch das massive deutsche Eintreten für die UdSSR in den internationalen Finanzorganisationen und die Abmachungen zwischen Bundesregierung und sowjetischer Führung vom NATO-Gipfel in London im Juli 1990.<sup>2</sup> Eine deutsche Beteiligung am Golfkrieg, die trotz verfassungsrechtlicher Bedenken in der deutschen Öffentlichkeit immer wieder gefordert wurde, kam nach Ansicht von Außenminister Genscher auch aus Rücksicht auf die bevorstehende Ratifizierung des *Zwei-Plus-Vier-Vertrages* durch die Sowjetunion nicht in Frage.<sup>3</sup> Ein deutsches Kontingent hätte unabsehbare innenpolitische Folgen in der Sowjetunion haben können. Genschers Amtskollege Eduard Schewardnadse hatte ihn schon im Dezember 1990 vor einem möglichen Putsch in der Sowjetunion gewarnt, mit dem Hinweis auf die in diesem Fall sicher nicht mehr mögliche Ratifizierung.<sup>1</sup> Dieser Ratifizierung waren umfangreiche Hilfsleistungen an die Sowjetunion vorausgegangen.

Michail Gorbatschow, seit Oktober 1990 Friedensnobelpreisträger, konnte sich des Dankes der Deutschen und ihres Bundeskanzlers für das Geschenk der Einheit sicher sein. Sein Wirken hatte den Ost-West-Konflikt beendet, den osteuropäischen Völkern nationale und individuelle Freiheit und den Deutschen die Einheit ermöglicht. Nur im eigenen Land stieß der Demokratisierungsprozeß auf Widerstand. Nun zeigte sich Gorbatschows Unfä-

---

<sup>1</sup> Vgl. Manfred Schell: „Gorbatschow hält Wort“, Die Welt vom 6.3.1991.

<sup>2</sup> Vgl. Hans-Dietrich Genscher: Erinnerungen, Berlin 1995, S.920.

<sup>3</sup> Deshalb unterstützte Deutschland die westlichen Alliierten im Golfkrieg mit insgesamt 18 Milliarden Mark.

higkeit, sich von seinen kommunistischen Wurzeln zu lösen; er wagte den letzten Schritt hin zur vollen Freiheit der sowjetischen Bürger und des Marktes nicht. Neben großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten entstanden Selbständigkeitsbestrebungen ethnischer Minderheiten und einiger Republiken der Union.

### **1. „Die undifferenzierte Unterstützung der Unabhängigkeitsbestrebungen einzelner Sowjetrepubliken ist eine gefährliche Dummheit.“ (Kohl, 1991)<sup>2</sup>**

#### **Der Unabhängigkeitskampf Rußlands und der baltischen Republiken**

Bereits 1990 hatten zunächst Litauen am 11. März, Lettland am 4. Mai und dann Estland am 8. Mai ihre Unabhängigkeit erklärt. Nach über 50 Jahren sowjetischer Herrschaft im Baltikum brachen hier Anfang 1991 die ersten Unruhen aus. Die Unabhängigkeitserklärung Litauens war von Moskau zunächst mit Wirtschaftssanktionen geahndet worden, daraufhin hatte das litauische Parlament die Unabhängigkeitserklärung für 100 Tage ausgesetzt. Island erkannte als einziger Staat das selbständige Litauen an. Der Konflikt zwischen Litauen und der Sowjetunion eskalierte am 13. Januar 1991. An diesem Tag starben bei den Kämpfen zwischen Demonstranten und der sowjetischen Armee um das Parlamentsgebäude und den Fernsehsender in Vilnius 14 Menschen.<sup>3</sup> In Moskau stritt man ab, einen Einsatzbefehl gegeben zu haben, doch die Übergriffe der verhaßten *Omon*-Truppen des Innenministeriums wiederholten sich im Laufe der folgenden Wochen. In Riga wurden am 20. Januar beim Sturm sowjetischer Truppen auf das Innenministerium fünf Menschen getötet.<sup>4</sup>

In dieser Krisensituation trat ein Mann auf die Bühne der Weltpolitik, der zuvor mit selt-

---

<sup>1</sup> Vgl. Hans-Dietrich Genscher: Erinnerungen, Berlin 1995, S.906.

<sup>2</sup> Kohl zitiert nach: Marianna Butenschön: Estland, Lettland, Litauen. Das Baltikum auf dem langen Weg in die Freiheit, München 1992, S.11.

<sup>3</sup> Vgl. Günter Stökl: a.a.O., S.863.

<sup>4</sup> Vgl. „Chronik“, FAZ vom 11. März 2000.

samen Eskapaden auf sich aufmerksam gemacht hatte.<sup>1</sup> Boris Nikolajewitsch Jelzin, Präsident des Obersten Sowjets der Russischen Föderativen Sowjetrepublik, ein volkstümlicher Politiker mit bemerkenswertem strategischem Talent und einem Instinkt für das richtige politische Handeln in Krisenzeiten, trat mit einem Aufruf an die russischen Soldaten im Baltikum an die Presse, in dem er diese zur Gewaltlosigkeit aufrief: *„Der Mißbrauch des Rechts, die Vergewaltigung der baltischen Staaten wird eine neue, ernste Krise in Rußland selbst und für jene Russen schaffen, die in anderen Republiken leben. Wenn Sie Befehle, zivile Objekte anzugreifen und Waffen gegen Zivilisten zu erheben, ausführen, werden Sie zum Werkzeug dunkler, reaktionärer Kräfte.“*<sup>2</sup> Nur wenige Stunden nach den tragischen Ereignissen in Vilnius kam Jelzin zu einem Blitzbesuch nach Tallinn, um russische Unterstützung für die baltischen Unabhängigkeitsbestrebungen zu demonstrieren.<sup>3</sup>

Jelzin setzte sich engagiert für Demokratisierung und Unabhängigkeit der Sowjetrepubliken ein. Rußland hatte sich schon im Juni 1990, kurz nach Lettland und Litauen, für unabhängig erklärt. Jelzin wurde am 12.6.1991 zum ersten Präsidenten der Russischen Föderativen Republik gewählt. Zuvor hatte das Volk durch ein Referendum, das auf Betreiben Gorbatschows zustande kam, den Erhalt der Sowjetunion und die Direktwahl eines russischen Präsidenten beschlossen. Mit 76 Prozent hatte zwar die Mehrheit der teilnehmenden Sowjetrepubliken für die Union gestimmt, Armenien, Georgien und Moldawien jedoch enthielten sich.<sup>4</sup> Die Einwohner Litauens, Lettlands und Estlands hatten schon am 9. Februar (Litauen) und am 3. März 1991 für die Unabhängigkeit ihrer Republiken votiert. Daher riefen deren Regierungen zum Boykott des Gorbatschow-Referendums auf, das ihre Souveränität ignorierte.<sup>5</sup>

Die internationale Kritik an Gorbatschows Vorgehen gegen die Unabhängigkeitsbestrebungen vor allem der Balten und der Ukraine war schon im Laufe der ersten Jahreshälfte gewachsen. Gorbatschow vertrat jedoch einen festen Standpunkt: *„Diese Völkergemeinschaft ist im Laufe von Jahrhunderten entstanden und hat eine tiefgehende Arbeitstei-*

---

<sup>1</sup> Vgl. Uwe Engelbrecht: „Ein Scherzchen von Boris Nikolajewitsch“, Tagesspiegel vom 18.10.1989.

<sup>2</sup> Boris Jelzin: „Mißbrauch des Rechts, Vergewaltigung“, FAZ vom 16.1.1991.

<sup>3</sup> Vgl. Interview mit Edgar Savisaar, Der Spiegel, Nr.7/1991.

<sup>4</sup> Vgl. Günter Stökl: a.a.O., S.864.

<sup>5</sup> Vgl. Jasper von Altenbockum: „Die Propheten Moskaus erfüllen ihre Vorhersagen immer noch selbst“, FAZ vom 18.3.1991.

lung und Kooperation erreicht. (...) Selbst Christus würde es nicht zustande bringen, diese Gesellschaft zu teilen.“<sup>1</sup>

Die offizielle deutsche Haltung zu den Unabhängigkeitsbestrebungen der Balten war zu diesem Zeitpunkt ebenfalls eher ablehnend. Noch am 10. Juli 1991 hatte Helmut Kohl in Fehleinschätzung der Entwicklung in der Sowjetunion die „undifferenzierte Unterstützung der Unabhängigkeitsbestrebungen einzelner Sowjetrepubliken“ als „gefährliche Dummheit“ bezeichnet, weil dadurch das „Risiko eines Auseinanderbrechens der Sowjetunion“ heraufbeschworen werde.<sup>2</sup> Obwohl Deutschland die Okkupation der baltischen Staaten durch die Sowjetunion nie anerkannt hatte, und statt dessen auch die deutsche Diplomatie von der Fortexistenz dieser Staaten ausgegangen war, wurde zu diesem Zeitpunkt ein Zerfall der Sowjetunion und ein eventueller Bürgerkriegs als vorrangige Gefahr gewertet. Das wurde von den Balten wahrgenommen und kritisiert. Der litauische Präsident Landsbergis sagte dazu in einem Interview: „Bisher sahen wir nicht, daß wir große Erwartungen in die Politik Deutschlands setzen konnten. Die Bundesregierung ist zu sehr auf die Sowjetunion ausgerichtet.“<sup>3</sup> Von da an verging noch einige Zeit, bis die deutsche Regierung ihre Prioritäten änderte und von der einseitigen Unterstützung sowjetischer Kohäsionsbestrebungen absah.

Mit der Amtseinführung des Präsidenten der Russischen Föderation im Juli begann ein Dualismus zwischen dem Präsidenten Rußlands und dem Staatsoberhaupt der UdSSR. Jelzins Interesse bestand weniger in der Unterstützung der baltischen Unabhängigkeit, als in der Schwächung der Kohäsion der Sowjetunion und damit der Rolle Gorbatschows. Der russische Präsident betrachtete den sowjetischen als Gegner im Kampf um die Macht, obwohl Gorbatschow kurz nach der Wahl Jelzins versichert hatte: „Ich werde keine Probleme machen.“<sup>4</sup> Das Ringen um Popularität ging spätestens mit dem Putsch im August 1991 zugunsten Jelzins aus.<sup>5</sup>

---

<sup>1</sup> Interview mit Michail Gorbatschow in: Der Spiegel, Nr. 13/1991.

<sup>2</sup> Helmut Kohl zitiert nach: Marianna Butenschön: a.a.O., S.11.

<sup>3</sup> Interview mit Vytautas Landsbergis, in: Der Spiegel, Nr.6/1991.

<sup>4</sup> Gorbatschow auf die Frage nach einer Zusammenarbeit mit dem neuen russischen Präsidenten Jelzin. „Dra- che mit fünf Köpfen“, Der Spiegel, Nr.25/1991.

<sup>5</sup> Vgl. Werner Adam: „Jelzin fordert Gorbatschow heraus“, FAZ vom 17.1.1991.

## 2. „Michail, das ist unreal.“ (Kohl, 1991)<sup>1</sup>

### Der Augustputsch und die Anerkennung der baltischen Staaten

Am 19. August putschte eine achtköpfige Gruppe konservativer sowjetischer Kommunisten gegen Gorbatschow, der an seinem Urlaubsort auf der Krim festgesetzt wurde. Ein selbsternanntes Notstandskomitee unter Führung des Vizepräsidenten Gennadij Janajew begründete den Putsch damit, daß eine wirtschaftliche Notsituation und ein Angriff von Extremisten drohe.<sup>2</sup> Außenminister Genscher sagte dem sowjetischen Botschafter Terechow am Tag des Putsches, *„daß zu den von durch die KSZE garantierten und deshalb durch die Mitgliedsstaaten garantierten Prinzipien der Charta von Paris auch das Demokratieprinzip gehöre, das auf keinen Fall verletzt werden dürfe. Damit machte ich die Charta von Paris zum Maßstab für die Bewertung der Vorgänge in Moskau, die uns, da sie auch von der Sowjetunion ausdrücklich akzeptiert worden war, die Grundlage dafür bot, Partei im Sinne der KSZE-Prinzipien zu ergreifen.“*<sup>3</sup> Mit dieser Aussage und der eindeutigen Funktionalisierung des KSZE-Demokratieprinzips nahm Deutschland als erste westliche Regierung eine klare Position gegen die Putschisten ein. In der Folge forderten andere führende westliche Politiker unter Androhung von Sanktionen die Wiedereinsetzung Gorbatschows. Auch der deutsche Bundeskanzler brachte so seinen Dank gegenüber Gorbatschow zum Ausdruck. Während des Putsches hatte Genscher versucht, Jelzin anzurufen. Nach dem Scheitern des Versuchs beauftragte er den deutschen Botschafter Blech, Jelzin oder seine Umgebung der deutschen Solidarität zu versichern.

Inzwischen eskalierte die Lage in der Sowjetunion. Boris Jelzin rief zum Generalstreik auf, schon am nächsten Tag demonstrierten Hunderttausende auf den Straßen Moskaus und Leningrads. Jelzin verschanzte sich mit Soldaten und Demonstranten im Weißen Haus in Moskau, in der Nacht zum 21. August rückten die Putschisten mit Panzern vor, bei Stra-

---

<sup>1</sup> Helmut Kohl zu Gorbatschow auf dessen Bitte um weitere Hilfen für die Sowjetunion in Höhe von 40 Milliarden Mark. „An sich gutwillig“, Der Spiegel, Nr.28/1991.

<sup>2</sup> Vgl. Hans Dollinger: a.a.O., S.164.

<sup>3</sup> Vgl. Hans-Dietrich Genscher: Erinnerungen, Berlin 1995, S.952.

ßenkämpfen verloren vier Demonstranten ihr Leben. Im Laufe des Tages brach der Putsch zusammen und Gorbatschow kehrte am 22. August nach Moskau zurück. Er zog die schon lange fälligen Konsequenzen: Er trat als Generalsekretär der KPdSU zurück und empfahl dem Zentralkomitee die Selbstauflösung der Partei, die Rußlands Schicksal über siebzig Jahre bestimmt hatte. In fast allen Teilrepubliken wurde die Partei daraufhin verboten.

Genscher hatte schon am 23. August den dänischen Außenminister Ellemann-Jensen konsultiert, der sich wie Genscher nachdrücklich für die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit den baltischen Staaten einsetzte. Eine Anerkennung der Staaten wurde als nicht nötig erachtet, da die Staaten nicht untergegangen, sondern nur an der Ausübung ihrer Staatsgewalt gehindert worden waren. Der deutsche Außenminister sprach sich in Fernseh- und Zeitungsinterviews außerdem für den Beginn von Assoziierungsverhandlungen der EG mit den baltischen Staaten aus. Er setzte sich mit seinen Forderungen in der Bundesregierung durch, so daß am 28. August die Außenminister der baltischen Staaten nach Bonn kamen, um den Briefwechsel über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu unterzeichnen. Nun proklamierten auch die Ukraine, Georgien, Weißrußland, Moldawien und Aserbaidschan ihre Unabhängigkeit. Rußland und die Ukraine erklärten in einem *Abkommen gegen den unkontrollierten Auseinanderfall* die frühere UdSSR mit ihrer Zentralgewalt als praktisch nicht mehr existent.<sup>1</sup>

In den Wochen nach dem Putsch schritt der Zerfall der Sowjetunion weiter voran. Der Kongreß der Volksdeputierten, bisher das höchste Verfassungsorgan der UdSSR, beschloß am 4. September die Auflösung der UdSSR und ihre Umwandlung in einen Bund souveräner Staaten. Die Macht wurde einem Staatsrat, einem Wirtschaftskomitee und einem Obersten Sowjet übertragen. Dem Staatsrat gehörten neben Gorbatschow die Präsidenten der Republiken an. Dieser Staatsrat erkannte auf Initiative Jelzins am 6. September die volle Souveränität Lettlands, Estlands und Litauens an.<sup>2</sup> Kurz darauf, während einer KSZE-Menschenrechtskonferenz in Moskau am 10.9.1991, wurden die baltischen Staaten in die KSZE aufgenommen. Im Anschluß an diese Konferenz reiste Genscher ins Baltikum, um die gute Atmosphäre für einen Vertrauensgewinn und eine Besserung des Verhältnisses zwischen der UdSSR und den baltischen Staaten zu nutzen und um die Kontakte mit

---

<sup>1</sup> Vgl. Hans Dollinger: a.a.O., S.165.

<sup>2</sup> Vgl. „Chronik“, FAZ vom 11. März 2000.

den Außenministern Lennart Meri, Janis Jurkans und Algirdas Saudargas zu vertiefen.<sup>1</sup>

Das Verhalten der deutschen Diplomaten während des Putsches hatte sich ausgezahlt. Zu dieser Einschätzung kam Genscher, als im September der sowjetische Repräsentant auf der KSZE-Konferenz in Moskau einen Vorschlag des deutschen Außenministers unterstützte.<sup>2</sup> Dieser sah vor, jede Verfassungsverletzung in einem der Mitgliedsstaaten der KSZE als Verletzung des Demokratieprinzips zu interpretieren. Eine Verurteilung durch die KSZE-Versammlung sollte möglich sein, ohne die Stimme des betroffenen Staates dafür zu benötigen, also eine Beschlußfähigkeit ohne Veto-Möglichkeit geschaffen werden. Auf einer Sitzung des KSZE-Außenministerrats im Januar 1992 wurde das sogenannte *Konsens-minus-eins-Prinzip* beschlossen.<sup>3</sup>

Nachrangiges Ziel der Aufenthalte Genschers in Moskau und dem Baltikum im September war, den gegenwärtigen Zustand im - mit Besorgnis beobachteten - Auflösungsprozeß der Sowjetunion zu ergründen. Genscher machte Hilfslieferungen von einer Kenntnis der Kompetenzen zwischen Union und Republiken abhängig. Die EG hatte 750 Millionen ECU für Nahrungsmittel und 450 Millionen ECU für technische Unterstützung in Aussicht gestellt, aber noch nicht freigegeben, da man sich nicht darüber im klaren war, ob die sowjetische oder die russische Administration die Hilfslieferungen verantwortlich entgegennehmen könne. Die Reaktivierung Eduard Schewardnadses als sowjetischer Außenminister im November konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß durch den Zerfall der UdSSR die Bedeutung der deutsch-sowjetischen Beziehungen zugunsten der deutsch-russischen abgenommen hatte. *„Es wurde jedoch immer deutlicher, insbesondere nach der Niederschlagung des Putsches, daß der russische Außenminister, der jahrzehntelang nur eine formale Existenz ausgeübt hatte, zu einer außenpolitischen Schalt- und Entscheidungsstelle wurde.“*<sup>4</sup> Kosyrew, ein noch junger, aber doch erfahrener Diplomat, sollte dieses Amt während der folgenden Jahre mit Jelzins Rückendeckung besetzen.

Eine Reise Genschers in die Sowjetunion im Oktober zeigte, mit wieviel diplomatischem Feingefühl die deutsche Außenpolitik die Unwägbarkeiten der Machtkämpfe beim Zerfall der UdSSR behandeln mußte: Der Außenminister flog zunächst nach Kasachstan und erst

---

<sup>1</sup> Vgl. „Außenminister Genscher reist nach Moskau und in die baltischen Republiken“, FAZ vom 7.9.1991.

<sup>2</sup> Vgl. Hans-Dietrich Genscher: a.a.O., S.974.

<sup>3</sup> Vgl. ebenda, S.953.

<sup>4</sup> Ebenda, S.977.

dann in die Ukraine, um keinesfalls in der Russischen Föderation den Eindruck zu erwecken, daß man dem ukrainischen Konkurrenten den Vorzug vor anderen Republiken gebe. Zudem war Kasachstan unter Nursultan Nasarbajew bemüht, die Union zu modifizieren und zusammenzuhalten, wohingegen die Ukraine sich eindeutig von der UdSSR distanzierte.

### **3. „Eine europäische Union ohne die drei baltischen Nationen wäre ein Torso.“ (Genscher, 1997)<sup>1</sup>**

#### **Deutsch-baltische Botschafter im Baltikum**

Die Bundesregierung hatte sich entschlossen, die Entwicklungen in der Sowjetunion durch die schnelle Wiederaufnahme der Beziehungen mit den baltischen Staaten und die unverzügliche Entsendung von Botschaftern unumkehrbar zu machen. So nahmen die deutschen Botschafter in Riga, Tallinn und Vilnius bereits am 2. September 1991 ihre Tätigkeit auf, noch bevor die Sowjetunion am 6. September diese Staaten völkerrechtlich anerkannte. Damit wurde nachgeholt, was die vorsichtig agierende Bundesregierung zuvor versäumt hatte – erst im Januar 1991 hatte Genscher die Außenminister Litauens und Estlands empfangen. Nun besuchte Genscher als erster hochrangiger westlicher Politiker die baltischen Staaten.<sup>2</sup> Bei ihrem Engagement hatte sich die Bundesregierung, wie Botschafter Henning von Wistinghausen schreibt, „*von der historischen Verantwortung leiten lassen, die unser Land gegenüber den baltischen Staaten hat.*“<sup>3</sup> Die Besinnung auf die Geschichte zeigte sich in der Personalpolitik des Auswärtigen Amtes. Die Botschafter in Lett-

---

<sup>1</sup> Hans-Dietrich Genscher: Auf dem Weg in die Europäische Union: Europa – ungeteilt, in: Frank Ronge (Hrsg.): Die baltischen Staaten auf dem Weg in die EU, Bonn 1998, S.37-46, hier: S.38.

<sup>2</sup> Vgl. Oleg Samorodni: The German Presence in Estonia and Latvia after the restoration of independence in the baltic countries, in: The foreign Policies of the Baltic Countries: Basic Issues, Tampere 1994, S.135-147, hier: S.136.

<sup>3</sup> Henning von Wistinghausen: „Deutschland und Estland“, The Baltic Independent vom 12.6.1992.

land und Litauen entstammten alten deutsch-baltischen Familien.<sup>1</sup> Henning von Wistinghausen, Botschafter in Estland, der seine Amtsgeschäfte in der ersten Zeit vom Palace-Hotel in Tallinn aus führte, stammt aus dieser Stadt. Der Botschafter in Lettland, Hagen von der Wenge Graf Lambsdorff, Bruder des einstigen FDP-Vorsitzenden, gehört ebenfalls einer alten deutsch-baltischen Großgrundbesitzerfamilie aus Lettland an. In der ersten Zeit residierte er im Rigaer einstigen Funktionärshotel Ridzeme, bevor Lettland das einstige Botschaftsgebäude des Deutschen Reiches an Deutschland zurückgeben konnte.<sup>2</sup> Dieser Rückgriff auf bekannte deutsch-baltische Adelsfamilien unter dem diplomatischen Personal des Auswärtigen Amtes war möglich, weil den ehemaligen Großgrundbesitzern in den baltischen Staaten kaum Ressentiments entgegengebracht wurden. Schließlich war der Untergang der Deutschbalten mit dem der baltischen Staaten 1940 zeitlich zusammengefallen.

Auch eine Evaluierungsmission ins Baltikum, die eine Woche nach Akkreditierung der Botschafter im Baltikum eintraf, wurde von einem Deutschbalten, dem Staatssekretär a.D. Berndt von Staden, geleitet. Diese Mission bereitete den Boden für einen Blitzbesuch des deutschen Außenministers. Genscher nannte auch hier im Baltikum die Assoziierung der baltischen Staaten mit der EU sein klares Ziel. Da eine NATO-Mitgliedschaft der baltischen Staaten zu diesem Zeitpunkt als nicht realisierbar galt, sollte eine EU-Mitgliedschaft den Balten zumindest eine „weiche“ Sicherheit vor sowjetischem oder russischem Imperialismus gewähren.<sup>3</sup>

Die folgende Tabelle soll einen Überblick über die Personalpolitik des Auswärtigen Amtes geben, wobei hier nicht auf die vita eines jeden Botschafters eingegangen wird. Die erste Generation der Botschafter in Estland und Lettland waren Deutschbalten.

---

<sup>1</sup> Im Auswärtigen Amt hieß es ironisch, die „baltische Mafia“ sei aktiv geworden, wie einer der Interviewpartner dem Verfasser berichtete.

<sup>2</sup> Vgl. Werner Mayer-Larsen: „Die wurschteln jeder für sich“, Der Spiegel Nr.48/1991.

<sup>3</sup> Vgl. Berndt von Staden: Die erste Phase der Einbeziehung der baltischen Staaten in die europäischen Strukturen bis 1998, unveröffentlichtes Redemanuskript, im Besitz des Verfassers.

<b>Moskau</b>	<b>Riga</b>	<b>Tallinn</b>	<b>Wilna</b>
Botschafter a.D. <b>Dr. Klaus Blech</b> (7/89-8/93)	Botschafter <b>Hagen von der Wenge</b> <b>Graf Lambsdorff</b> (9/91-11/93)	Botschafter <b>Henning von Wisting-</b> <b>hausen</b> (9/91-10/95)	Botschafter a.D. <b>Gottfried Albrecht</b> (9/91-10/92)
Botschafter a.D. <b>Otto von der</b> <b>Gablentz</b> (9/93-19/95)	Botschafter a.D. <b>Dr. Reinhard Holubek</b> (1/94-7/96)	Ministerialdirigent <b>Bernd Mützelburg</b> (10/95-8/99)	Botschafter <b>Reinhart Kraus</b> (10/92-6/96)
Botschafter <b>Dr. Ernst-Jörg von</b> <b>Studnitz</b> (ab 11/95)	Botschafter a.D. <b>Dr. Horst Weisel</b> (8/96-1/99)	Botschafter <b>Dr. Gerhard Enver</b> <b>Schrömbgens</b> (ab 8/99)	Botschafter a.D. <b>Dr. Ulrich Rosengarten</b> (6/96-8/98)

Quelle: Auswärtiges Amt

Man hoffte im Baltikum, durch ein starkes deutsches Engagement ein Gegengewicht zum Einfluß Rußlands in der Region zu erhalten.<sup>1</sup> Aus diesem Grund brachte man den Deutschen unverkennbare Freundlichkeit entgegen und besann sich auf die positiven Aspekte der Geschichte der Deutschen im Baltikum.<sup>2</sup> Der ehemalige estnische Außenminister Trivimi Velliste faßte es in Worte: *„After all, we are linked to Germany by some 800 years of common language und cultural space. This investment has been made during 20-30 generations and it would be madness not to use it.“*<sup>3</sup> Estlands Staatspräsident Meri lud alle Deutschbalten nach Estland ein, sich dort niederzulassen: *„Estland ist und bleibt allen Deutschen offen, die heute willig sind, von ihrem Recht auf ihre Heimat Gebrauch zu machen.“*<sup>4</sup>

Die anfänglich geschürten Hoffnungen der Balten auf ein starkes deutsches Engagement wurden später, so Botschafter Graf Lambsdorff, *„in den Neunzigern eher enttäuscht durch die außerordentlich zurückhaltende Politik der Bundesregierung, die auf ihre russischen Beziehungen soviel Rücksicht genommen hat, daß sie die Balten eigentlich immer auf*

<sup>1</sup> Vgl. Oleg Samorodni: a.a.O., S.137.

<sup>2</sup> Vgl. Lothar Loewe: „Bauern, Barone, Buntmetalldiebe“, Die Welt vom 4.10.1992.

<sup>3</sup> Interview mit Trivimi Velliste, ETA – Estonian News Agency, Nr.19/1993.

<sup>4</sup> Lennart Meri: Interview, in: Der Spiegel, Nr.44/1993.

*Armeslänge weggehalten hat. Und es ist auch kein Zufall, daß Bundeskanzler Kohl die Balten nie aufgesucht hat.*<sup>1</sup>

#### **4. „Er war mir immer besonders sympathisch.“ (Jelzin, 1994)<sup>2</sup>**

##### **Helmut Kohls Männerfreundschaften mit Gorbatschow und Jelzin**

Während des August-Putsches 1991 in Rußland wurde eine Befürchtung laut: Wenn reaktionäre Kräfte die neue russische Regierung stellten, so wäre das bisher gute deutsch-russische Verhältnis gefährdet. Hatte sich bis dahin das Verhältnis zwischen der neuen Bundesrepublik und der Sowjetunion auf zwei Pfeiler, einen vertraglich-diplomatischen und den persönlichen, stützen können, so war letzterer nun geknickt worden. Das freundschaftliche Verhältnis zwischen Gorbatschow und Kohl schien - mit dem Abschmelzen der Macht Gorbatschows bis zum Dezember 1991 - sukzessive geringeren Einfluß auf die Beziehungen zwischen den Staaten zu haben.<sup>3</sup>

Die Freundschaft zwischen den beiden geschichtsorientierten Staatsführern Kohl und Gorbatschow erhielt Konkurrenz: Helmut Kohl fand an Boris Jelzin, dem neuen russischen Präsidenten, mehr Gefallen als an Gorbatschow. Entsprechend Gorbatschow dem Typus des Intellektuellen, des eleganten und eloquenten Kosmopoliten, so stellte Jelzin mehr den Typ des „Urrussen“ dar, dem Klischee des tolpatschigen Bären entsprechend. Schon auf seiner ersten Reise in die USA im Jahre 1989 sorgte Jelzin, vom Wodka inspiriert, mit einer zusammenhanglosen Ansprache vor akademischem Publikum für Belustigung.<sup>4</sup> Damals war Jelzin noch ein relativ unbedeutender Dissident im Obersten Sowjet. Über seine oftmals unglücklich verlaufenen öffentlichen Auftritte urteilte er selbst: *„Das internationale diplomatische Protokoll hat mir zu schaffen gemacht. Häufig verstieß ich*

---

<sup>1</sup> Hagen Graf Lambsdorff im Interview mit dem Verfasser.

<sup>2</sup> Boris Jelzin: Das Tagebuch des Präsidenten, Berlin 1994, S.136.

<sup>3</sup> Vgl. Michaela Riese: a.a.O., S.49.

<sup>4</sup> Vgl. Uwe Engelbrecht: „Ein Scherzchen von Boris Nikolajewitsch“, Tagesspiegel vom 18.10.1989.

*gegen seine Regeln.*<sup>1</sup>

Boris Jelzin wird eine vielschichtige und verletzbare Persönlichkeit zugesprochen. Sein unbändiges Naturell ließ ihn Phasen der Niedergeschlagenheit und der gesundheitlichen Probleme meistern, seine Spontaneität und sein politischer Instinkt trieben ihn immer wieder in den Kampf um die Macht. Eine Freundschaft mit Jelzin duldeten keinen Nebenbuhler. Mit Gorbatschow verbindet Jelzin ein von starken Minderwertigkeitsgefühlen geprägtes Verhältnis. Gorbatschow wird Jelzin gegenüber oft als Intellektueller charakterisiert, der Jelzin in Bildung, Eloquenz und der Fähigkeit zur politischen Analyse weit überlegen sei.<sup>2</sup> Jelzin hingegen lenkte bei einer öffentlichen Demontage Gorbatschows im Kreml nach dem Putsch von 1991 die Aufmerksamkeit auf dessen Fehler: Ihm fehle der skrupellose Wille zur Macht, er stelle immer wieder die Parteiloyalität über die eigene Erkenntnis.<sup>3</sup> Bis heute hat sich das Verhältnis zwischen den beiden ehemaligen Präsidenten kaum gebessert, obwohl Jelzin sich nach Gorbatschows Abdankung als einzigen Garanten für dessen Unantastbarkeit betrachtete.<sup>4</sup> Gorbatschows persönliche Tragödie bestand darin, daß er beim Versuch, die alten verkrusteten Strukturen des zentralistischen Systems der UdSSR aufzubrechen und umzubauen, ihren Zusammenbruch und damit den der inneren Ordnung des Landes verursachte. So wurde die einsetzende Verarmung der russischen Bevölkerung in den neunziger Jahren von vielen Russen dem Wirken Gorbatschows zugeschrieben, während er im Ausland und besonders in Deutschland wegen seiner Politik geachtet wurde und wird.<sup>1</sup> So ist sein Schicksal paradox: Gorbatschow scheiterte, weil er den Umbau der Sowjetunion nicht konsequent bis zuletzt vorantrieb, wird aber von vielen Russen als der Schuldige für den Zusammenbruch des Imperiums angesehen.

Bis zur Auflösung der Sowjetunion war Boris Jelzin für viele Russen der neue Hoffnungsträger - während man ihn im Westen mißtrauisch und abwartend betrachtete. Wenige Jahre später hatten sich die Fronten verkehrt: Die Enttäuschung der Russen über die Politik Jelzins war unaufhaltsam gewachsen, während der Westen diesen Präsidenten immer offener unterstützte und in ihm den Garanten für eine Fortsetzung der Reformpolitik sah. In Helmut Kohl fand Jelzin einen besonders verlässlichen Fürsprecher. Jelzin schrieb über

---

<sup>1</sup> Boris Jelzin: Mitternachtstagebuch. Meine Jahre im Kreml, Berlin 2000, S.112.

<sup>2</sup> Vgl. Michaela Riese: a.a.O., S.49f.

<sup>3</sup> Vgl. ebenda.

<sup>4</sup> Vgl. Boris Jelzin: Mitternachtstagebuch. Meine Jahre im Kreml, Berlin 2000, S.350.

Kohl: „Viele sagen, wir seien uns ähnlich - beide groß und kräftig, mit ähnlichen Gewohnheiten, Lebensauffassungen und Verhaltensweisen. Er war mir immer besonders sympathisch.“<sup>2</sup> Mit keinem westlichen Kollegen ist er so oft zusammengekommen wie mit dem deutschen Bundeskanzler, und mit keinem verband ihn ein so inniges Verhältnis:<sup>3</sup> „Über die informellen Treffen mit Helmut Kohl, mit Angeln, russischem Dampfbad und ähnlichem, könnte man lange erzählen. Ehrlich gesagt, wir vergaßen häufig jede Diplomatie und scherzten wie alte Freunde.“<sup>4</sup> Jelzins Pressesprecher Kostikow meinte, Kohl habe Jelzin und Rußland insgesamt sehr viel besser verstanden als andere westliche Politiker. In schwierigen Situationen habe Jelzin Kohls Rat eingeholt und sich auf die Treffen mit seinem Duzfreund immer gefreut.<sup>5</sup>

## **5. „Ich habe Honecker gegenüber doch moralische Verpflichtungen.“ (Gorbatschow, 1991)<sup>6</sup>**

### **Honecker, Rußland und die Sowjetunion**

Der russische Präsident Jelzin wollte seine Dankbarkeit für die moralische Unterstützung aus Deutschland während des Putsches bekunden, indem er die Auslieferung des früheren DDR-Staatsratsvorsitzenden und Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED, des Ex-Genossen Erich Honecker, an die Bundesrepublik forderte. Der 79-jährige Honecker war im März 1991 heimlich aus Berlin-Beelitz über einen sowjetischen Militärflughafen in eine Moskauer Klinik gebracht worden, um der Verhaftung in der Bundesrepublik zu entgehen. Die Bundesregierung sah in der Ausreise Honeckers aus Ostdeutschland mit sowjetischer Unterstützung einen Bruch des Völkerrechts sowie eine Verletzung des Truppenabzugs-

---

<sup>1</sup> Vgl. Günter Stökl: a.a.O., S.868.

<sup>2</sup> Boris Jelzin: Das Tagebuch des Präsidenten, Berlin 1994, S.136.

<sup>3</sup> Vgl. „Die Bettelzeit ist vorbei“, Der Spiegel, Nr.24/1998.

<sup>4</sup> Boris Jelzin: Mitternachtstagebuch. Meine Jahre im Kreml, Berlin 2000, S.114.

<sup>5</sup> Vgl. Tanja Wagensohn: a.a.O., S.215.

<sup>6</sup> Gorbatschow zitiert nach: „Die russische Regierung will Honecker ausweisen“, FAZ vom 18.11.1991.

vertrages.<sup>1</sup>

Das Vorgehen der Sowjetunion sorgte zwar für diplomatische Irritationen, war allerdings aus juristischer Sicht korrekt, wie in der deutschen Presse zu lesen war. Die sowjetischen Militärs hatten den alten Verbündeten Honecker bereits am 13. März 1991 überführt. Die volle Souveränität erhielt Deutschland erst mit der Ratifizierung des Zwei-plus-Vier-Vertrages am 15. März, so daß die sowjetischen Militärs auf der Grundlage der noch bestehenden Rechte der vier Mächte in Deutschland handelten. Gorbatschow gab in einem Interview zu, daß der Zeitpunkt bewußt so gewählt worden war.<sup>2</sup> Der ehemalige sowjetische Botschafter in Bonn, Julij Kwizinskij, bemerkte dazu in seinen Erinnerungen: *„Ein juristisches Argument ist fast immer unschlagbar, besonders wenn es von einem Deutschen kommt.“*<sup>3</sup>

Zum weiteren Ausbau der deutsch-sowjetischen Freundschaft schlug Jelzin vor, daß die noch in der Sowjetunion lebenden Deutschstämmigen Teile ihres früheren Siedlungsgebietes an der Wolga zurückerhalten und sich auch an der Ostsee ansiedeln sollten; das Unrecht der Vertreibung und Deportierung aus der Republik der Wolgadeutschen 1940 sollte so wiedergutmacht werden.<sup>4</sup>

Beide Vorschläge, die Auslieferung Honeckers und die Wiedererrichtung der Wolgarepublik, sollten in den nächsten Monaten für diplomatische Verwicklungen sorgen und fast das bilaterale Verhältnis zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik belasten. Ende Oktober 1991 äußerte Justizminister Klaus Kinkel Unverständnis über die russische Verzögerungstaktik im Falle Honecker: Trotz ununterbrochener schriftlicher und mündlicher Mahnungen aus Deutschland nach Rückführung des kranken Honecker habe der russische Justizminister Fjodorow behauptet, keine derartigen Wünsche erhalten zu haben.

Letztlich waren die Querelen um die Auslieferung Honeckers auch Ausdruck der immer noch anhaltenden Unsicherheit - nicht nur auf deutscher Seite - über die Verteilung der Kompetenzen zwischen der Union und der Russischen Republik. Ein Vorstoß Jelzins kurz vor seinem ersten Deutschlandbesuch als russischer Präsident zielte darauf ab, dieses Kompetenzgerangel zu klären und die Haltung Rußlands zum Auslieferungsgesuch deut-

---

<sup>1</sup> Vgl. „Kinkel fühlt sich von Fjodorow hintergangen“, Die Welt vom 30.10.1991.

<sup>2</sup> Vgl. Interview mit Michail Gorbatschow in: Der Spiegel, Nr. 13/1991.

<sup>3</sup> Julij A. Kwizinskij: Vor dem Sturm. Erinnerungen eines Diplomaten, Berlin 1993, S.100.

<sup>4</sup> Vgl. „Jelzin plädiert für die Auslieferung Honeckers“, Die Welt vom 11.9.1991.

lich zu machen. Unter seinem Vorsitz beschloß die neugebildete russische Regierung auf ihrer ersten Sitzung am 17. November die Ausweisung Honeckers aus der Russischen Föderation, weil „das Handeln der Unionsorgane bei der Verbringung Honeckers in die Sowjetunion eine grobe Verletzung internationalen Rechts und eine Mißachtung der in der RSFSR und der UdSSR geltenden Rechtsvorschriften über den Aufenthalt von Ausländern“ darstelle.<sup>1</sup> So konnte Jelzin noch vor seinem Besuch in Bonn die Verantwortung für diesen Konflikt der Union und Gorbatschow anlasten. Gorbatschow begründete seine zögernde Haltung damit, es gehe in der Sache Honecker vor allem um eine humanitäre Frage. „Würden, in Anbetracht der jüngsten Entwicklung, überall solche Maßstäbe angelegt wie in diesem Fall, müßten wohl alle früheren Staatsmänner und Regierungschefs ins Gefängnis statt in den Ruhestand gehen. Ich habe Honecker gegenüber doch moralische Verpflichtungen.“<sup>2</sup>, führte der Staatsmann aus, dessen Kompetenzen und Macht seit dem August-Putsch immer geringer geworden waren und der seinen eigenen Ruhestand schon vor Augen hatte.

## **6. „Bitte erobern sie unser Land!“ (Jelzin, 1991)<sup>3</sup>**

### **Auflösung der Sowjetunion - Deutschland und Rußland**

Der Besuch Jelzins in Bonn vom 21./22. November 1991 endete mit der Unterzeichnung einer gemeinsamen Erklärung über eine friedliche, umfassende und enge Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Russen. Rußland werde zu einem Subjekt des Völkerrechts, hieß es, und somit würden vertragliche Beziehungen zwischen beiden Ländern möglich sein. Deutsche und Russen sollten in Anknüpfung an ihre traditionellen wirtschaftlichen und kulturellen Verbindungen beim Aufbau eines neuen Europa nach demokratischen Grundsätzen zusammenarbeiten. Jelzin forderte vor allem die deutsche Wirtschaft zur Er-

---

<sup>1</sup> Jelzin zitiert nach: „Die russische Regierung will Honecker ausweisen“, FAZ vom 18.11.1991.

<sup>2</sup> Gorbatschow zitiert nach: „Die russische Regierung will Honecker ausweisen“, FAZ vom 18.11.1991.

<sup>3</sup> Jelzin zitiert nach: „Deutschland und Rußland wollen in einem gemeinsamen Europa zusammenarbeiten“, FAZ vom 22.11.1991.

oberung Rußlands auf, der Bundeskanzler versprach eine Unterstützung bei den anstehenden Reformen und der Demokratisierung Rußlands.<sup>1</sup>

Jelzins Angebot zur Wiedergründung der Republik der Wolgadeutschen wurde erneut angesprochen, ein Protokoll konnte aber wegen diverser Unstimmigkeiten nicht unterzeichnet werden. Jelzin hatte vorgeschlagen, den Deutschen statt des früher von ihnen bewohnten Gebietes, in dem jetzt Russen leben, eine andere 6.000 Quadratkilometer große Fläche an der Wolga zur Verfügung zu stellen. Die Hälfte des Gebietes allerdings war ein ehemaliges, ökologisch verseuchtes Raketentestgelände, daher waren die deutschen Reaktionen auf das Angebot eher verhalten.<sup>2</sup>

Der Prüfstein des Besuches blieb der Fall Honecker; Kohl drängte Jelzin zum Abschluß eines Pressegespräches zu einer Äußerung, Jelzin aber wies alle Verantwortung erneut Gorbatschow zu. Und immer noch war sich die Bundesregierung im Unklaren über die Kompetenzverteilung zwischen Union und Rußland oder, wie die deutsche Presse süffisant formulierte, darüber, *„ob Moskau heutzutage in der Sowjetunion oder in Rußland liegt, wer was in Moskau zu sagen hat oder sagen will und wer für was zuständig ist oder sich zuständig fühlt.“*<sup>3</sup>

Der *„schwarze Tag für die Union und Rußland“*<sup>4</sup> sollte eine Klärung dieser Frage bringen. An diesem dunklen Dezembertag beschlossen Jelzin, Krawtschuk für die Ukraine und der Weißrusse Schuschkekewitsch die Auflösung der Sowjetunion. Damit verlor Rußland einen großen Teil seines historischen Landes, des Russischen Reiches. In diesen westlichen Gebieten hatte Rußland seinen Ursprung, seine Kernlande. Kiew, die Mutter der russischen Städte, war ebenso russisch wie Belarus, das frühere Westrußland. Die Gebiete der Ukraine und Weißrußlands waren sukzessive von den Polen-Litauern erobert worden. Durch diese Gebiete zieht sich die alte Kulturgrenze zwischen dem Moskauer Großrußland griechisch-orthodoxer Prägung und dem Mitteleuropa römisch-katholischer Konfession.

Über den Verlust der russischen Hoheit über die alten Gebiete konnte auch die Gründung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) am 21. Dezember 1991 mit dem Abkom-

---

<sup>1</sup> Vgl. „Deutschland und Rußland wollen in einem gemeinsamen Europa zusammenarbeiten“, FAZ vom 22.11.1991.

<sup>2</sup> Vgl. ebenda.

<sup>3</sup> Udo Bergdoll: „Wie Kohl den Gast mit physischem Druck zum Reden zwang“, SZ vom 23.11.1991.

<sup>4</sup> Michail Gorbatschow zitiert nach Lothar Rühl: Deutschland als europäische Macht, Bonn 1996, S.262.

men von Alma-Ata zwischen der Russischen Föderation, Weißrußland, Kasachstan und der Ukraine nicht hinwegtäuschen. Zunächst strebte man eine gemeinsame Kontrolle über die Atomwaffen der UdSSR, die Errichtung eines strategischen Oberkommandos an. Vier Jahre später jedoch begann Jelzins Außenminister, die Politik Rußlands gegenüber den anderen GUS-Staaten als „*Reintegration des ehemals sowjetischen Raumes*“<sup>1</sup> zu umschreiben.<sup>2</sup>

Die Frage nach den Kompetenzen hatte sich bis zum Ende des Jahres erübrigt, die Sowjetunion gab es nicht mehr. Gorbatschow war am 25. Dezember zurückgetreten und Rußland war souverän. Am 26.12.1991 nahmen Deutschland und die Russische Föderation diplomatische Beziehungen auf. Von jetzt an residierte nach 50 Jahren erstmals wieder ein deutscher Botschafter in Rußland.<sup>3</sup> Nun war der Weg für die Auslieferung Honeckers endlich frei. Honecker flüchtete jedoch noch im Dezember in die chilenische Botschaft in Moskau und wurde erst nach langen Verhandlungen im Juli 1992 in die Haftanstalt Berlin-Moabit überstellt. In Deutschland mußte er sich vor Gericht verantworten. Der Prozeß gegen Honecker wurde aber im Januar 1993 wegen seiner Krebserkrankung eingestellt, so daß er nach Chile auswandern konnte, wo er 1994 starb.

## **7. „Nur aus der Erinnerung kann Versöhnung erwachsen.“ (Kohl, 1993)<sup>4</sup>**

### **Völkerverbindende Symbolik und Reparationen**

Schon am 29. Juni 1991, anläßlich des 50. Jahrestages des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion vom 22. Juni 1941, hatte in der Potsdamer Erlöserkirche ein Versöhnungskonzert mit einer Ansprache des deutschen Außenministers vor deutschen und russischen Soldaten stattgefunden. Zwei Jahre später veröffentlichten der russische

<sup>1</sup> Lothar Rühl: Deutschland als europäische Macht, Bonn 1996, S.262.

<sup>2</sup> Mit Anklang an die Losung von der *Sammlung der russischen Erde*.

<sup>3</sup> Vgl. Karl Feldmeyer: Mehr als die Formalität einer bloßen Umbenennung, FAZ vom 27.12.1991.

<sup>4</sup> Kohl zitiert nach: „Die Botschaften von Bundeskanzler Kohl und Präsident Jelzin“, FAZ vom 3.2.1993.

Soldaten stattgefunden. Zwei Jahre später veröffentlichten der russische Präsident und der Bundeskanzler zum 50. Jahrestag der Schlacht von Stalingrad am 3. Februar 1993 einen Briefwechsel, in dem beide zu Versöhnung und Partnerschaft aufriefen. Die Erinnerung an die schrecklichste Schlacht des Zweiten Weltkrieges ließ russische Ressentiments gegenüber dem Aggressor wieder aufleben. Man hatte die Deutschen vertrieben und schließlich besiegt. Doch jetzt, fünfzig Jahre nach dem Sieg, sah man sich plötzlich einem wirtschaftlichen Riesen gegenüber, den man um Hilfe bitten muß, um das Chaos und die Not im eigenen Land bekämpfen zu können.

Bis zu dieser Stufe der neuen deutsch-russischen Beziehungen wurden mehrere Abkommen geschlossen, die vor allem die kulturelle und technische Zusammenarbeit oder beispielsweise die Erfassung und Pflege von Kriegsgräbern zum Inhalt hatten. Die „Lösung gravierender Probleme“ jedoch bestand fast immer in Zahlungsangeboten Deutschlands an Rußland, die in der Regel erst nach langen Verhandlungen zustande kamen. Beispielsweise wurden als Ergebnis eines Besuchs des deutschen Bundeskanzlers in Moskau erst im Dezember 1992 Ausgleichszahlungen von einer Milliarde Mark für Opfer der nationalsozialistischen Zeit in Rußland, Weißrußland und der Ukraine endgültig zugesagt. Die grundsätzliche Bereitschaft zu einer solchen Zahlung hatte Kohl schon anlässlich des Kaukasus-Gipfels mit Gorbatschow im Juli 1990 erklärt. Zudem hieß es, die Rückzahlung alter sowjetischer Schulden werde ausgesetzt und: *„Die deutsche Seite bringt ihre Bereitschaft zum Ausdruck, sich dafür einzusetzen, daß der Russischen Föderation im Vergleich zu dem offiziellen Angebot des Pariser Clubs vom 26. November 1992 deutlich günstigere Umschuldungsbedingungen angeboten werden.“*<sup>1</sup> Zuvor wurden von russischer Seite deutliche, fordernde Worte geäußert: Die westlichen Staaten sollten nicht mehr nur politische Solidarität, humanitäre Hilfe und unkoordinierte Kredite anbieten, sondern dazu übergehen, *„die Wirtschaftsreformen in Rußland durch zuverlässige finanzielle, technische und organisatorische Hilfe, einschließlich der Förderung von Investitionen für die Umstellung unserer Rüstungsbetriebe, zu unterstützen“*, hatte Außenminister Andreij Kosyrew geschrieben.<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> Gemeinsame Erklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl und des Präsidenten der Russischen Föderation, Boris N. Jelzin, anlässlich des Besuchs des Bundeskanzlers in Moskau vom 16. Dezember 1992, Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 22. Dezember 1992, Nr.139, S.1265-1266.

<sup>2</sup> Andreij Kosyrew: Das neue Rußland und das Atlantische Bündnis, in: NATO-Brief 1/1993, S.3-6., hier: S.4.

## 8. „Beiderseits besteht viel guter Wille.“ (Kinkel, 1992)<sup>1</sup>

### Die Verhandlungen um den Truppenabzug

Zu Beginn des Jahres 1992 gab Rußland sein grundlegendes Einverständnis zum Abzug seiner Truppen aus den baltischen Republiken. Ungeachtet aller offiziellen Verlautbarungen, ohne den Abschluß förmlicher Verträge oder Abkommen, wurden bereits zu dieser Zeit die ersten Soldaten der Roten Armee abgezogen.<sup>2</sup> Die russische Regierung forderte zum Ausgleich neben dem Schutz russischer Minderheiten und finanzieller Hilfe beim Wohnungsbau, daß die Balten auf Wiedergutmachungsforderungen für die durch die sowjetische Okkupation verursachten Schäden und auf Grenzrevisionen verzichten. Zudem wollte man Garantien für eine längerfristige Nutzung von Militärbasen.

Im Mai 1992 erklärten sich die NATO-Mitglieder bereit, Rußland beim Abzug seiner Truppen aus den ehemaligen Ostblockländern zu unterstützen.<sup>3</sup> Nachdem Kohl sich während des G7-Gipfels im Juli bei Jelzin für einen Kompromiß eingesetzt hatte, verabschiedete die KSZE während des Gipfels von Helsinki im Juli 1992 eine Resolution über den schnellen, geordneten und vollständigen Abzug der Truppen aus dem Baltikum.<sup>4</sup> Die Freude der Diplomaten über die Einigung hielt jedoch nicht lange an: Rußland war es als KSZE-Mitglied zwar nicht erlaubt, eigene Truppen im Ausland gegen den Willen der jeweiligen Regierung zu stationieren; die russische Regierung aber warf den Balten, vor allem Estland und Lettland, die Verletzung von Minderheitenrechten durch rigide Staatsbürgerschaftsgesetze vor. Die russischen Soldaten mußten im Land bleiben, um die eigenen Landsleute vor Übergriffen der nationalistischen Balten zu schützen. Deshalb könne man noch keine festen Zusagen zum Abzug der Truppen geben.

Unterstützt wurde die indifferente Haltung Rußlands während der KSZE-Konferenz vom neuen deutschen Außenminister. Klaus Kinkel übernahm die Haltung seines russischen

---

<sup>1</sup> Kinkel zitiert nach: Claus Gennrich: „Kinkel findet in Moskau viel guten Willen vor“, FAZ vom 8.10.1992.

<sup>2</sup> Vgl. Celeste A. Wallander: *Mortal Friends, Best Enemies. Russian-German Cooperation after the Cold War*, Ithaca/London 1999, S.84.

<sup>3</sup> Vgl. „NATO unterstützt Rußland bei Truppenabzug“, SZ vom 9.5.1992.

<sup>4</sup> Vgl. „Kohl sieht in der Konferenz von München ein Signal der Ermutigung und der Hoffnung“, FAZ vom 9.7.1992.

Amtskollegen Kosyrew. Dieser hatte verkündet, die Frage nach dem Abzug der russischen Truppen aus dem Baltikum sei vor allem eine soziale Frage; den Soldaten müsse in Rußland zunächst eine Unterkunft geboten werden können. Kinkel bewies bei dieser Gelegenheit zwar viel guten Willen gegenüber Rußland, erwies sich aber als Laie in der KSZE-Problematik, seine Zustimmung zur russischen Haltung „*wurde von erfahrenen Moskau-Beobachtern als Zeichen erschreckender Naivität interpretiert.*“<sup>1</sup> Genscher hatte bereits im Mai am 18. Jahrestag seiner Ernennung zum Außenminister seinen Rücktritt erklärt, um seinem Nachfolger Kinkel u.a. die Chance zur Teilnahme an eben dieser KSZE-Konferenz zu gewähren.<sup>2</sup>

Von deutscher Seite erfolgten zum Ausgleich inoffizielle Konsultationen mit den baltischen Staaten, wobei die Erfahrungen, die man beim Abzug der russischen Truppen aus Deutschland gewonnen hatte, an die Balten weitergegeben wurden, um den gleichen Prozeß im Baltikum reibungsloser zu gestalten.<sup>3</sup>

Rückblickend haben einige russische Politiker zugegeben, daß die lautstarken Forderungen dieser Jahre größtenteils innenpolitisch bedingt waren – man glaubte, so aufkeimendem Nationalismus begegnen zu können und der verbreiteten Meinung entgegenzuwirken, die russische Regierung sei zu schwach, die Sicherheit von russischen Minderheiten im Ausland zu gewährleisten.<sup>4</sup> Diese Argumentation wird gestärkt durch die Tatsache, daß der Abzug der Truppen unvermindert fortschritt, sogar dann, als er nach offiziellen Erklärungen gestoppt wurde: 1993 waren lediglich noch 40.000 bis 50.000 Soldaten von ursprünglich 150.000 im Baltikum stationiert.<sup>5</sup>

Der Truppenabzug war die wohl größte Aufgabe in den russisch-baltischen und den deutsch-russischen Beziehungen der neunziger Jahre. Der vielbeschworene gute Wille auf beiden Seiten führte sukzessive zu einem immer besseren bilateralen Verhältnis zwischen der deutschen und der russischen Regierung. Anläßlich des Besuchs des Bundeskanzlers in Moskau vom 14. bis 16. Dezember 1992 wurden die bilateralen Beziehungen von „*gra-*

---

<sup>1</sup> Siegfried Thielbeer: „Die Pressionen Rußlands gegen die baltischen Staaten gehen weiter“, FAZ vom 13.7.1992.

<sup>2</sup> Vgl. Hans-Dietrich Genscher: a.a.O., S.1005.

<sup>3</sup> Vgl. ebenda, S.86.

<sup>4</sup> Vgl. Celeste A. Wallander: *Mortal Friends, Best Enemies. Russian-German Cooperation after the Cold War*, Ithaca/London 1999, S.84.

<sup>5</sup> Vgl. ebenda, S.85.

*vierenden ungelösten Problemen entlastet*“.<sup>1</sup> Eines dieser Probleme betraf die im Überleitungsvertrag vorgesehene Aufrechnung gegenseitiger Zahlungen für die von den russischen Streitkräften nach ihrem Abzug hinterlassenen Liegenschaften. Anfängliche russische Forderungen in Höhe von 18 Milliarden Mark konnten durch beharrliches deutsches Verhandeln und den Verweis auf die beträchtlichen, durch die Rote Armee verursachten Umweltschäden in der Ex-DDR stufenweise auf eine Null-Lösung reduziert werden. Moskau erklärte sich bereit, den Abzug schon vier Monate früher als vereinbart, zum 31. August 1994, abzuschließen; als Gegenleistung verpflichtete sich die Bundesrepublik zur Zahlung von zusätzlich 550 Millionen Mark über die schon zugesagten 7,8 Milliarden hinaus für die Unterbringung der Soldaten und ihrer Familien in Rußland.<sup>2</sup>

## **9. „Wenn Jelzin keinen Erfolg hat, wird es für uns noch teurer.“ (Kohl, 1993)<sup>3</sup>**

### **Die deutsche Position zum Kampf um die Macht in Rußland**

Kohls Bonmot *„Wenn Jelzin keinen Erfolg hat, wird es für uns noch teurer.“*,<sup>4</sup> während eines Arbeitstreffens mit Jelzin im Juli 1993 in Irkutsk geäußert, galt der Unterstützung des russischen Präsidenten. Das Treffen zwischen Kohl und Jelzin fand im Anschluß an den G7-Weltwirtschaftsgipfel statt, und der Kanzler wollte seinen Duzfreund vor allem bei den 1992 begonnenen Wirtschaftsreformen unterstützen. Rußland sollte durch Abbau der EG-Handelsschranken leichteren Zugang zu den westlichen Märkten erhalten. Die Unterstützung des Kanzlers hatte Jelzin nötig, denn die Kritik an der Wirtschaftspolitik des Präsidenten - der schockartigen Einführung der Marktwirtschaft und ihrer sozialen Folgen - hatte zum erbitterten Machtkampf zwischen Jelzin und dem Parlament geführt. Die mehr als eintausend Delegierten des Volksdeputiertenkongresses waren zu 85 Prozent frühere

---

<sup>1</sup> „Kohl: Die deutsch-russischen Beziehungen von ungelösten Problemen entlastet“, FAZ vom 17.12.1992.

<sup>2</sup> Vgl. ebenda.

<sup>3</sup> Helmut Kohl zitiert nach: „Kohl sagt Moskau Unterstützung zu“, FAZ vom 12.7.1993.

<sup>4</sup> Ebenda.

KPdSU-Mitglieder, der Parlamentsvorsitzende Ruslan Chasbulatow ein erklärter Feind Jelzins.<sup>1</sup> Der Konfrontation zwischen Exekutive und Legislative fielen alle politischen Reformvorhaben zum Opfer. Jelzin bat den Kanzler in dieser Situation vertrauensvoll um Rat, als dieser zu einer Stippvisite in Moskau weilte. Fraglich war, wie die anderen westlichen Staaten reagieren würden, falls Jelzin sich über die russische Verfassung hinwegsetzte und das Parlament auflöste. Jelzin war klar, daß er damit das Demokratieprinzip der KSZE verletzen würde, welches der Westen als unantastbar betrachtete. Kohls Meinung lautete: Die anderen Regierungschefs der G7 würden harte, aber zur Stabilisierung der Lage in Rußland notwendige Maßnahmen verständnisvoll aufnehmen.<sup>2</sup> Daraufhin richtete Kohl ein Schreiben an den US-Präsidenten Clinton, an den britischen Premierminister Major und den französischen Präsidenten Mitterrand, in dem er darum bat, Jelzin auch bei Verhängung des Ausnahmezustands zu unterstützen.<sup>3</sup> Kohls Eintreten für Jelzin war erfolgreich, wie sich an der internationalen Reaktion zeigte, als der schwelende Konflikt im September 1993 eskaliert war. Jelzin schrieb dazu: „*Im September und Oktober 1993 unterstützten der Bundeskanzler und alle anderen führenden Politiker der westlichen Länder vorbehaltlos meine Schritte zur Überwindung der schweren politischen Krise in Rußland.*“<sup>4</sup> Jelzin sah keine Möglichkeit mehr, den Machtkampf friedlich zu lösen, der das Land paralyisierte. Er ließ per Dekret das Parlament, bestehend aus Volksdeputiertenkongreß und Oberstem Sowjet, mit Waffengewalt auflösen. Damit gelang es dem Präsidenten, die Debatte über eine neue Verfassung zu beenden und ein Präsidialsystem in Rußland einzuführen, das ihn praktisch unabhängig von allen anderen Verfassungsorganen machte.<sup>5</sup>

Die Verfassung war auf den Präsidenten zugeschnitten und stattete ihn mit einer ungeheuren Machtfülle aus.<sup>6</sup> Am 12. Dezember des Jahres wurde die Verfassung in einem Plebiszit angenommen, und wenig später konnten die ersten freien Parlamentswahlen in Rußland abgehalten werden. Die Wahlen endeten mit einem deutlichen Stimmengewinn der extremen *Liberaldemokraten* unter Führung des Ultranationalisten Wladimir Schiri-

---

<sup>1</sup> Vgl. „In der Teufelsfalle“, Der Spiegel, Nr.11/1993.

<sup>2</sup> Vgl. Boris Jelzin: Auf des Messers Schneide, Berlin 1994, S.139.

<sup>3</sup> Vgl. „In der Teufelsfalle“, Der Spiegel, Nr.11/1993.

<sup>4</sup> Boris Jelzin: Auf des Messers Schneide, S.139.

<sup>5</sup> Vgl. Michaela und Hans-Peter Riese: Moskauer Machtspiele. Wer regiert Rußland?, Berlin 1997, S.46.

<sup>6</sup> Vgl. Kapitel II.2.2.

nowskij. Der hatte als einziger Wahlkämpfer *geostrategische Interessen* Rußlands und dessen *natürliche Einflußzonen*, also geopolitisch inspirierte Vokabeln, zum Wahlkampfthema gemacht.<sup>1</sup> Russische Politologen führten Schirinowskij's Erfolg zu einem Großteil darauf zurück, daß er geschickt die Ängste unter der Bevölkerung vor weiterer Verarmung auf die geschwächte Stellung Rußlands rekurrierte. Mit dem Versprechen, Prosperität durch nationale Größe zu erringen, brachte er vor allem viele Armeeeingehörige und verarmte Migranten aus anderen Republiken hinter sich.

Eine deutliche politische Geste Bonns in diesem Zusammenhang am 29. Dezember des Jahres war die Ablehnung eines Einreise-Visums für den rechtsextremistischen Politiker, der enge Kontakte zu Gerhard Frey und dessen Deutscher Volksunion unterhielt. Bonn verfolgte dabei die Absicht, den als demokratischer eingeschätzten Jelzin zu unterstützen, dessen Position nach den Ereignissen des Herbstes und dem rechten Wählervotum nicht mehr gesichert schien. Die offenkundige Zurückweisung des bekannten russischen Oppositionspolitikers Wladimir Schirinowskij durch die Bundesregierung zielte auf dessen innenpolitische Schwächung in Rußland.<sup>2</sup> Fraglich bleibt, ob die Reputation des nationalistischen Politikers bei seinen Anhängern durch diese Geste „*ausländischer Mächte*“ nicht noch gestärkt wurde. Schirinowskij kündigte nach dem Einreiseverbot an, im Falle seiner Machtübernahme werde er 300.000 russische Soldaten in Deutschland stationieren, um damit „*Reparationsforderungen durchzusetzen*“. Entscheidungen wie das Einreiseverbot gegen ihn könnten zum „*Dritten Weltkrieg*“ und zur „*Zerstörung Deutschlands*“ führen.<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. „Die Splitter fliegen weit“, Der Spiegel, Nr.52/1993.

<sup>2</sup> Vgl. „Deutschland, die Balten und der Schirinowskij-Faktor“, FAZ vom 9.3.1994.

<sup>3</sup> Ebenda.

## 10. „Wir waren und wir sind zusammen!“ (Jelzin, 1994)<sup>1</sup>

### Alte und neue russische Ansprüche im Baltikum

Im Dezember 1993 hatte Jelzin auf einer KSZE-Konferenz in Budapest gegen die Aufnahme von Polen, Ungarn und Tschechien in die NATO plädiert und versucht, ein Mitspracherecht über deren Souveränität geltend zu machen.<sup>2</sup> Im Gegenzug verfestigten sich die Positionen der NATO-Mitgliedsstaaten und der Kandidaten, die von nun an das Recht auf Osterweiterung und freie Bündniswahl besonders nachdrücklich äußerten. Mit einer markigen Neujahrsansprache für das Jahr 1994 leitete der russische Präsident dann eine neue Phase in der russischen Außenpolitik ein. Er wollte den nationalistischen Schirinowskij-Wählern entgegenkommen und störte dabei nicht nur die baltischen Befindlichkeiten, sondern auch die deutsch-russischen Beziehungen. Schirinowskij hatte kurz nach den Wahlen erklärt: *„Lettland wird ganz zum russischen Staat gehören, Litauen und Estland werden sich in Zwerggebilde, wie etwa Liechtenstein und Andorra, verwandeln. Wenn meine Partei an die Macht kommt, wird alles, was mit den baltischen Staaten vereinbart wurde, im Mülleimer landen.“*<sup>3</sup> Jelzin erklärte nun, Russen im In- und Ausland seien untrennbar miteinander verbunden, eine Diskriminierung von Landsleuten in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion könne nicht hingenommen werden: *„Wir waren und wir sind zusammen!“*<sup>4</sup> Diese Äußerungen bezogen sich vor allem auf die russischen Minderheiten in den baltischen Republiken. Nun hatte sich bewahrheitet, was beispielsweise der spätere estnische Verteidigungsminister Hain Rebas bereits im Februar 1991, als Jelzin noch als Unterstützer baltischer Unabhängigkeitsbestrebungen galt, orakelt hatte: Die Befürchtung, daß Jelzin in künftiger verantwortungsvoller Position nicht derselbe bleiben werde wie in seiner damaligen Opposition.<sup>1</sup>

Die Äußerung Jelzins, Rußland werde sich der Landsleute im Ausland besonders annehmen, war der Beginn einer Kettenreaktion: Außenminister Kosyrew hatte im Anschluß die

---

<sup>1</sup> Boris Jelzin zitiert nach: „Beunruhigung im Baltikum über Jelzins Neujahrsansprache“, FAZ vom 3.1.1994.

<sup>2</sup> Vgl. Günther Stökl: a.a.O., S.888.

<sup>3</sup> Schirinowskij zitiert nach: Bernd Nielsen-Stokkebye: „Was Feliks zu sagen hat“, FAZ vom 22.6.1995.

<sup>4</sup> Boris Jelzin zitiert nach: „Beunruhigung im Baltikum über Jelzins Neujahrsansprache“, FAZ vom 3.1.1994.

baltischen Staaten dem *Nahen Ausland* zugerechnet, kurz darauf kündigte Verteidigungsminister Gratschow in kriegerischem Tonfall an, die russischen Truppen im Baltikum würden nicht abgezogen. Die Verhandlungen zum Abzug der Truppen könnten nicht zum Abschluß gebracht werden, weil Moskau die von den baltischen Staaten erlassenen Gesetze zum Wahlrecht und zur Einbürgerung von Ausländern immer noch als diskriminierend für die großen russischen Minderheiten betrachte.<sup>2</sup> Aus Litauen waren die letzten russischen Soldaten schon im Juli 1993 abgezogen worden, doch in Lettland und Estland blieben noch 13.000 bzw. 2.500 Soldaten stationiert.

Die alarmierten Balten sandten ihre Repräsentanten Anfang März 1994 nach Deutschland, um ihr enges Verhältnis zu Deutschland sichtbar zu machen und sich einen Rückhalt zu sichern.<sup>3</sup> Außenminister Kinkel äußerte dazu, Deutschland wolle nicht als dritte Partei am Verhandlungstisch sitzen, aber als „*Anwalt der Balten*“<sup>4</sup> mit beiden Seiten sprechen. Kinkel verlangte von den Balten eine gerechte Behandlung der Minderheiten und von den Russen den termingerechten Abzug der Truppen zum 31. August des Jahres. Er sagte, das imperiale Denken in Einflußsphären wie in der Zeit des Hitler-Stalin-Paktes dürfe sich nicht wiederholen.<sup>5</sup> Dem aggressiven russischen Tonfall entsprach eine festere deutsche Haltung gegenüber Rußland: Den Russen müsse klargemacht werden, daß sie eine bestimmte Linie nicht überschreiten dürften, hieß es damals in Bonn.<sup>6</sup> Oder, wie es ein Moskauer Diplomat ausdrückte: „*Die russisch-deutschen Flitterwochen sind lange vorbei.*“<sup>7</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. Interview mit Hain Rebas, in: Nordeuropa-Forum, Nr.1/1991.

<sup>2</sup> Vgl. „Deutschland, die Balten und der Schirinowskij-Faktor“, FAZ vom 9.3.1994.

<sup>3</sup> Vgl. „Keine Sanktionen gegen Balten“, FAZ vom 14.3.1994.

<sup>4</sup> „Deutschland, die Balten und der Schirinowskij-Faktor“, FAZ vom 9.3.1994.

<sup>5</sup> Vgl. ebenda.

<sup>6</sup> Vgl. ebenda.

<sup>7</sup> Jens P. Dorner: „Nur noch Machtpolitiker“, Handelsblatt vom 11.5.1994.

## 11. „Das Saatgut der Versöhnung ist aufgegangen und bringt bereits eine reiche Ernte.“ (Jelzin, 1994)<sup>1</sup>

### Die Partnerschaft für den Frieden

Bereits im Mai des Jahres 1994 waren die Wogen wieder etwas geglättet; Rußland führte die Verhandlungen mit den Balten weiter, und die Bundesregierung ließ verlauten, man wolle beim Besuch Jelzins am 11./12. Mai 1994 Rücksicht auf das wachsende Prestigedenken Moskaus nehmen.<sup>2</sup> Dieses Bemühen von deutscher Seite um ein gutes Verhältnis war so offensichtlich, daß in der Presse von einer „*Seelenmassage*“ des Kanzlers die Rede war. Rußland sollte seine zukünftige Zusammenarbeit mit der NATO im Rahmen der *Partnerschaft für den Frieden* schmackhaft gemacht werden. Doch Rußland verlangte eine Zusammenarbeit der NATO, der WEU und der GUS unter dem Dach der KSZE, wodurch vor allem der russische Wunsch nach einer Marginalisierung der NATO erneut deutlich wurde. Die Russen strebten ein Mitspracherecht bei allen Entscheidungen des Bündnisses an. Und so warnte die deutsche Presse vor übertriebener Rücksichtnahme auf Moskauer Empfindlichkeiten mit Verweis auf einen „*zu tiefen Griff in die Kiste mit dem Bärenfütter*“.<sup>3</sup>

Die Saat der Versöhnung war aufgegangen: Auf Betreiben Deutschlands sollte Rußland eine Sonderrolle im NATO-Programm *Partnerschaft für den Frieden* eingeräumt werden, da man es nicht wie Tadschikistan oder Albanien behandeln könne. Kohl setzte sich zugleich für eine Teilnahme Rußlands beim G7-Treffen der westlichen Wirtschaftsmächte ein, obwohl Rußlands wirtschaftliche Schwäche dies eigentlich unmöglich machte. Kohl äußerte sich zur Bedeutung der deutsch-russischen Partnerschaft: „*Wenn das Verhältnis zwischen Deutschland und Rußland gut ist, dann ist dies gut für Europa. Wenn es hingen Probleme gibt, dann ziehen auch für ganz Europa Wolken auf.*“<sup>4</sup>

Rußlands internationaler Prestigegewinn durch die deutsche Unterstützung wurde als erheblich bewertet, und die wachsende Geltung im Ausland war für Jelzin ein wichtiger in-

---

<sup>1</sup> Jelzin zitiert nach Claus Gennrich: „Boris und Gelnut zwischen Du und Sie“, FAZ vom 13.5.1994.

<sup>2</sup> Vgl. „Streben Bonns nach Einbeziehung Rußlands“, NZZ vom 12.5.1994.

<sup>3</sup> Christian Schmidt-Häuer: „Bibbern um Boris“, Die Zeit vom 20.5.1994.

<sup>4</sup> Ansprache des Bundeskanzlers am 11.5.1994, BPA, Bulletin, Nr.47, 1994, S.417.

nenpolitischer Faktor. Die Fixierung und Stützung auf den Partner Deutschland trug Jelzin in Rußland aber auch Kritik ein. Jelzin hatte während des Treffens betont, daß weder Hitler noch Stalin oder die Ideologie des Hasses die beiden Völker für immer getrennt hätten. Man warf ihm einen Ausverkauf Rußlands vor, als er die Rückgabe von Kunstschätzen versprochen hatte, die von der Roten Armee im besetzten Deutschland geraubt worden waren. Vor allem Rechtsnationale und Kriegsveteranen beschuldigten den Präsidenten zudem, er beschädige Rußlands Würde und beleidige die Opfer des Zweiten Weltkrieges mit seinem Vorschlag, man solle deutsche UNO-Soldaten zur Befriedung von Bürgerkriegsgebieten des früheren Sowjetimperiums einsetzen.<sup>1</sup> Jelzin hatte geäußert: *„Unsere Armee wird dieses Jahr endgültig von deutschem Boden zurückgezogen. Sozusagen im Gegenzug könnte die deutsche Armee auch gemeinsam mit den UNO-Friedenskräften in GUS-Ländern zum Einsatz kommen und damit eine wichtige und hehre Mission übernehmen.“*<sup>2</sup>

## **12. „Das imperiale Denken in Einflußsphären darf sich nicht wiederholen.“ (Kinkel, 1994)<sup>3</sup>**

### **Der Abschluß des Truppenabzugs**

Der 31. August des Jahres 1994 markierte einen epochalen Einschnitt in der Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen: Die letzten der in Ostdeutschland stationierten Soldaten der *Westgruppe der Truppen* wurden verabschiedet. Insgesamt waren 546.000 Soldaten, Zivilisten und Familienangehörige, dazu 4.209 Kampfpanzer, 8.208 gepanzerte Kampffahrzeuge, 3.682 Artilleriesysteme, 691 Flugzeuge, 683 Hubschrauber und 677.000 Tonnen Munition in der DDR stationiert.<sup>1</sup> Der Truppenabzug bedeutete eine erstaunliche logistische Leistung. Der finanzielle Beitrag Deutschlands belief sich insgesamt auf:

---

<sup>1</sup> Vgl. „Jelzin-Besuch“, Der Spiegel, Nr.19/1994.

<sup>2</sup> Interview mit Boris Jelzin, Der Spiegel, Nr.17/1994.

<sup>3</sup> Kinkel zitiert nach: „Deutschland, die Balten und der Schirinowskij-Faktor“, FAZ vom 9.3.1994.

- 3 Milliarden Mark für Unterhalt und Abzug der sowjetischen Truppen;
- 8,35 Milliarden Mark für den Bau von 44.000 Wohnungen im europäischen Teil der UdSSR;
- 200 Millionen Mark für Ausbildung und Umschulungsmaßnahmen der in die Reserve entlassenen ehemaligen Soldaten;
- 1 Milliarde Mark zur Deckung von Transportkosten;
- 3 Milliarden Mark als zinsloser, fünf Jahre tilgungsfreier Kredit für den Unterhalt der Truppen.<sup>2</sup>

Welch starke Symbolkraft den Feierlichkeiten um den Truppenabzug zugesprochen wurde, war daran erkennbar, daß um deren Ausgestaltung gestritten wurde. Kohl hatte den russischen Wunsch nach einem gemeinsamen Zeremoniell mit den westlichen Alliierten abgelehnt und statt dessen getrennte Veranstaltungen angeordnet. Die Feierstunde setzte er in Weimar an, das für die Russen ein „*Symbol deutscher Kultur*“ sei.<sup>3</sup> Russische Kommentatoren sprachen vom nun erreichten neuen Status der Beziehungen und äußerten Verständnis für die deutsche Erleichterung über den Abzug der Truppen. Gleichwohl wurde die Ausgestaltung der Feierlichkeiten kritisiert, durch die man sich zur Siegermacht zweiter Klasse degradiert fühle, obwohl die Rote Armee allein Berlin erobert hatte. Der Ort der Feierlichkeiten, Weimar, sei von den Amerikanern und nicht von den Russen befreit worden.<sup>4</sup> Zudem liege ganz in der Nähe das ehemalige Konzentrationslager Buchenwald, und es sei eine Lästerung der Opfer der Nationalsozialisten, an dieser Stelle zu tanzen, sagte der Oberbefehlshaber der russischen Streitkräfte, Matwej Burlakow.<sup>5</sup> Das Konzentrationslager war nach 1945 vom NKWD (Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten) weiter genutzt worden, wodurch unangenehme Erinnerungen an sowjetische Verbrechen erweckt werden könnten.

Unvergeßlich blieb Jelzins Auftritt als betrunkenen Dirigent einer Militärkapelle, von ihm

---

<sup>1</sup> Vgl. Wolfgang Eichwede u.a.: a.a.O., S.37.

<sup>2</sup> Vgl. ebenda.

<sup>3</sup> Vgl. „Gute Nacht. Hände hoch!“, Der Spiegel, Nr.19/1994.

<sup>4</sup> Wagensohn führt Kommentare in der „Komsomolskaja Prawda“ und der „Rossiskije Vesti“ an. Vgl. Tanja Wagensohn: a.a.O., S.223.

<sup>5</sup> Vgl. „Gute Nacht. Hände hoch!“, Der Spiegel, Nr.19/1994.

selbst zurückgeführt auf die Anspannung und den Druck der Verantwortung, die aus der historischen Dimension dieser wichtigen Entscheidung resultierten.<sup>1</sup>

In Rußland grassierte in den Monaten vor dem endgültigen Truppenabzug die Vermutung, Deutschland werde sich nun, nach erfolgter Vereinigung und dem Abzug der Truppen, von Rußland abwenden.<sup>2</sup> Dies wurde um so mehr befürchtet, als in Deutschland eine neue Generation der politischen Elite antrete, die aufgrund ihrer Erfahrungen und ihrer Ausbildung mehr auf die westeuropäischen und atlantischen Partner ausgerichtet sei als auf die Nachbarn im Osten.<sup>3</sup>

Der Truppenabzug der Roten Armee aus der ehemaligen DDR und den baltischen Staaten wird von Diplomaten oft als größter Erfolg der deutsch-russischen und auch der russisch-baltischen Beziehungen der neunziger Jahre betrachtet.<sup>4</sup> Der Abzug aus Deutschland konnte so reibungslos verlaufen, weil die Sicherheitsinteressen Rußlands durch die Bundeswehr, deren Stärke nach der VKSE (Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa) wie schon erwähnt auf maximal 370.000 begrenzt wurde, nicht tangiert wurden. Es ergab sich aus der Sicht Rußlands keine territoriale oder logistische Bedrohung seiner Interessen. Rußland hatte durch die wirtschaftliche Unterstützung sogar Vorteile durch den Truppenabzug. Russische Politiker betrachteten den Prozeß als gute Gelegenheit, sich im Rahmen eines internationalen Abkommens als verlässlicher Partner zu zeigen.<sup>5</sup>

Im Baltikum hingegen hatte sich der Abzug aus den schon genannten Gründen nicht so unproblematisch wie in Deutschland gestaltet. So kamen die Verträge Lettlands und Estlands mit Rußland über den Abzug der Truppen erst im April 1994 bzw. im Juli 1994 zustande. Trotz der kurzen Frist verabschiedeten sich auch hier die letzten russischen Soldaten am 31. August 1994. Litauen hingegen einigte sich mit Rußland schon 1992, und so

---

<sup>1</sup> Vgl. Boris Jelzin: Mitternachtstagebuch. Meine Jahre im Kreml, Berlin 2000, S.309.

<sup>2</sup> Vgl. Wolfgang Eichwede u.a.: „Rußland und Deutschland sollten sich nicht überfordern“, FR vom 6.3.1995.

<sup>3</sup> Diese Befürchtung von russischer Seite verwies auf eine nach wie vor starke Tendenz zum außenpolitischen Denken in militärisch-geostrategischen Kategorien, wie sie auf die Traditionen der russischen Außenpolitik zurückgeführt werden kann, die weit wichtigere Felder wie Wirtschaftskooperation und enge Bindungen zwischen den Gesellschaften als nachrangig gelten ließen.

<sup>4</sup> Diese Ansicht wurde bei Interviews des Verfassers vom estnischen Ministerpräsidenten Mart Laar und den ehemaligen deutschen Botschaftern in den baltischen Republiken meistens geäußert.

<sup>5</sup> Vgl. Celeste A. Wallander: Mortal Friends, Best Enemies. Russian-German Cooperation after the Cold War, Ithaca/London 1999, S.88.

war der Truppenabzug bereits im August 1993 abgeschlossen. Hintergrund war, daß Litauen seiner recht kleinen russischen Minderheit die Einbürgerung erleichtert und sich frühzeitig zum Bau von Wohnungen in Königsberg bereiterklärt hatte.<sup>1</sup>

### **13. „Die russische Großmacht hat es gegeben, es gibt sie und es wird sie geben.“ (Kosyrew, 1994)<sup>2</sup>**

#### **Die deutsche Reaktion auf den Tschetschenien-Krieg**

Am 11. Dezember 1994 intervenierte die russische Armee in Tschetschenien, um dessen Autonomiebestrebungen zu unterbinden. Tschetschenien, formell Teil der Russischen Föderation, wurde zum „inneren Feind“. Leidtragend war vor allem die Zivilbevölkerung. Rußland setzte sich mit den Angriffen demonstrativ über KSZE-Regelungen hinweg und trotzte der Kritik, die überall auf der Welt an diesem brutalen Vorgehen geäußert wurde. Zunächst hatte Verteidigungsminister Gratschow noch behauptet, russisches Militär sei gar nicht im Einsatz gegen Tschetschenien. Erst nach der Gefangennahme von 70 russischen Soldaten wurde der Krieg offiziell.<sup>3</sup>

Unter dem Eindruck der Duma-Wahlen mit Stimmengewinnen der Nationalisten und Kommunisten hatte Jelzin den Kurs seiner Außenpolitik geändert. Von diesem Zeitpunkt an wurde gegenüber dem Westen *„unverhohlen auf die Macht der Emotionen rekurriert“*.<sup>4</sup> Es war nicht nur das Ende der Illusionen und des Enthusiasmus auf russischer Seite, sondern auch der Beginn zunehmend gereizter Reaktionen und Verdächtigungen gegenüber der Politik des Westens.

Von Deutschland wurde die neue Aggressivität milde bewertet. Zunächst hatte Kohl sich

---

<sup>1</sup> Vgl. ebenda, S.86.

<sup>2</sup> Andreij Kosyrew, ITAR-TASS, 14.3.1994.

<sup>3</sup> Vgl. „Neuer Kalter Krieg?“, Der Spiegel, Nr.50/1994.

<sup>4</sup> Wladimir G. Baranowskij: Rußland und die Europäische Union, in: Hans-Joachim Spanger (Hrsg.): Rußland und der Westen, Frankfurt/Main 1998, S.239-253, hier: S.240.

geweigert, den russischen Präsidenten noch im Dezember persönlich anzurufen, um das russische Vorgehen zu kritisieren.<sup>1</sup> In den ersten Januartagen des Jahres 1995 deutete sich in Deutschland ein parteiübergreifender Konsens an: Vertreter von SPD, FDP und CDU/CSU stimmten darin überein, daß keine wirtschaftlichen Sanktionen gegen Rußland verhängt werden sollten. Kohl begründete seine Entscheidung auf einen Sanktionsverzicht mit dem Hinweis, es dürfe nicht der Eindruck erweckt werden, der Westen sei an der Auflösung Rußlands interessiert. Außerdem ließe sich Rußland angesichts seiner schon katastrophalen wirtschaftlichen Lage durch Sanktionen nicht beeindrucken; man solle im Gegenteil trotz aller Kritik Jelzin stärken, damit dieser die Reformen weiter vorantreiben könne.<sup>2</sup> Für Irritationen sorgte wenige Tage später ein Satz des Kanzlers, den er während eines Telefongesprächs am 13.1.1995 mit Jelzin äußerte: Kohl war besorgt über das Maß der Gewaltanwendung, hatte aber laut Jelzin-Pressesprecher Kostikow „*Verständnis für die Kompliziertheit der tschetschenischen Situation sowie für die Pflicht und Verantwortung des Präsidenten Rußlands zur Erhaltung der territorialen Integrität*“ zum Ausdruck gebracht.<sup>3</sup> Diese denkwürdige Äußerung des Kanzlers wurde auch in einer *Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion der SPD* ein Jahr später nicht dementiert.<sup>4</sup> Am 19. Januar 1995 hatte die Bundesregierung in einer Regierungserklärung dann aber doch noch ihre ablehnende Haltung zum russischen Vorgehen ausdrücklich erklärt. Hier führte Kinkel aus: „*Wir können die russische Regierung nicht zum Handeln zwingen, wir können sie nur zu überzeugen versuchen.*“<sup>5</sup>

Dementsprechend gestaltete sich die Politik der Bundesregierung während der gesamten Dauer des Tschetschenien-Konfliktes. Die Verletzung des KSZE-Abkommens wurde zwar immer wieder beklagt, ebenso das Vorgehen gegen die Zivilbevölkerung, das gegen das Rot-Kreuz-Abkommen verstieß, aber auf die deutsch-russischen Beziehungen hatte das kaum Auswirkungen.<sup>6</sup> Die Bindung wurde eher noch enger: Bundeswirtschaftsminister

---

<sup>1</sup> Vgl. „Der Kanzler will nicht anrufen“, FAZ vom 31.12.1994.

<sup>2</sup> Vgl. „Regierung debattiert über Sanktionen gegen Rußland“, Welt am Sonntag vom 8.1.1995.

<sup>3</sup> Wjatscheslaw Kostikow: „Bedauern über Ungenauigkeit bezüglich des Telefongesprächs zwischen Boris Jelzin und Helmut Kohl“, Fernseh/Hörfunkspiegel Ausland vom 16.1.1995.

<sup>4</sup> Vgl. „Antwort der Bundesregierung. Verhalten der Bundesregierung zum russischen Vorgehen im Tschetschenien-Konflikt“, Drucksachen des Deutschen Bundestages 13/718, S.8.

<sup>5</sup> Ebenda, S.2.

<sup>6</sup> Zur (oft kritisierten) deutschen Zurückhaltung gegenüber Rußland in der Tschetschenien-Frage: Angesichts der Terroranschläge vom 11.9.2001 und der Aussage Putins, daß Usama Bin Ladin die extremistischen Fußnoten werden auf der nächsten Seite fortgesetzt.

Rexrodt startete am 24. Januar 1996 eine Einkaufsoffensive der deutschen Wirtschaft in Rußland und verwies damit alle Forderungen nach Sanktionen gegen Rußland ins Reich des Absurden.<sup>1</sup> Kohl vertrat gegenüber Clinton die gleiche Position, so daß er während einer gemeinsamen Pressekonferenz erklären konnte, die Bundesrepublik und die USA unterstützten beide Rußland „*bei seinen legitimen Bemühungen, die territoriale Integrität seines Landes zu bewahren.*“<sup>2</sup>

Auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Halifax im Juni des Jahres 1996 saßen die Staatschefs der G7 mit Jelzin zu einem festlichen Mahl zusammen, während dessen Truppen ein Krankenhaus in der südrussischen Stadt Budjonnowsk angriffen, in dem ein tschetschenisches Kommando Geiseln gefangenhielt.<sup>3</sup> Das einzige Druckmittel der EU, das Aussetzen des Interimabkommens mit Rußland, sollte im Juli, nachdem alle größeren Städte in Tschetschenien in Schutt und Asche lagen, doch noch aus der Hand gegeben werden. In den Folgemonaten brachte Jelzin vehement und lautstark die russische Ablehnung der NATO-Osterweiterung aufs Tapet der Weltpolitik. Dagegen mußte der Krieg in Tschetschenien als innerrussische Angelegenheit verblassen. Gespräche über die Lage auf dem Balkan, über die europäische Sicherheitspolitik und den Stand der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen sowie der Streit um die Beutekunst überlagerten die Diskussion auch weiterhin.

Im Zuge des russischen Tschetschenien-Krieges mehrten sich in Rußland Stimmen, die ein ähnliches Vorgehen gegen das Baltikum befürworteten.<sup>4</sup> In zwei nationalistischen Zeitungen wurden Szenarien für die Besetzung Estlands und Lettlands entworfen, und selbst

---

tschetschenischen Rebellenführer mit Waffen und Geld unterstützt sowie Kämpfer in seinen Trainingslagern ausgebildet habe, hat sich die internationale Position gegenüber Rußlands Tschetschenien-Politik innerhalb weniger Tage gewandelt. Putin hat die Chance ergriffen und die Stimmungslage geschickt ausgenutzt. Vgl. „Putin mahnt zu Besonnenheit“, FAZ vom 17.9.2001. und Markus Wehner: „Freie Hand für Putin“, FAZ vom 18.9.2001.

<sup>1</sup> Vgl. „Wirtschaft plant neue Einkaufsoffensive“, Handelsblatt vom 24.1.1995.

<sup>2</sup> „Depp vom Dienst“, Der Spiegel, Nr.9/1995. Kohl hatte nach einem Bericht des Spiegel im Februar Unterlagen des russischen Geheimdienstes über die Situation in Tschetschenien erhalten. Darin war vom Versuch Dudajews die Rede, dem Widerstand in Tschetschenien einen religiösen Zug zu verleihen, um ein eigenständiges kaukasisches Haus zu schaffen.

<sup>3</sup> Vgl. Claudia Wagner: Rußlands Kriege in Tschetschenien. Politische Transformation und militärische Gewalt, Münster 2000, S.44.

<sup>4</sup> Vgl. Bernd Nielsen-Stokkebye: a.a.O.

die Iswestija stellte Überlegungen darüber an, in welcher „Sprache“ man mit dem Baltikum sprechen solle.<sup>1</sup>

#### **14. „Keine Bange, Boris, wenn Du die Wahlen verlierst, verschaffe ich Dir Arbeit in Deutschland.“ (Kohl, 1996)<sup>2</sup>**

##### **Der Bundeskanzler als Wahlkampf helfer Jelzins**

Die deutsch-russischen Beziehungen in der ersten Jahreshälfte 1996 standen ganz im Zeichen der russischen Präsidentschaftswahlen vom 16. Juni. Im Februar des Jahres bewegte sich die Popularität des gesundheitlich schwer angeschlagenen Jelzin um fünf Prozent, da sein Ansehen in der Bevölkerung wegen der sozialen Folgen der Reformpolitik und des Krieges in Tschetschenien stark gelitten hatte.<sup>3</sup> Jelzin ging in einem aufreibenden Wahlkampf auf Stimmenfang: Unter anderem schlug er Brücken zu den Kommunisten und Nationalisten, indem er mit öffentlichen Wutausbrüchen während eines Kohl-Besuches in Moskau gegen die NATO-Osterweiterung protestierte.<sup>4</sup> Der geduldige Kanzler lächelte verhalten; schließlich war er offiziell in Moskau, um der Weltöffentlichkeit zu zeigen, daß er Rußlands Reformpolitik unterstütze und um für Sonderverhandlungen mit Rußland im Rahmen der NATO-Erweiterung zu werben.

Des Kanzlers Besuch vom 17./18. Februar 1996 fand vier Monate vor den beiden Wahlgängen statt. So sollte der Eindruck, Kohl sei als Wahlkampf helfer Jelzins in Moskau, vermieden werden. Jelzin jedoch gab seine erneute Kandidatur erst einen Tag vor dem Besuch des Kanzlers bekannt, so daß dessen Ankunft wie eine unterstützende Geste zum Wahlkampfauftakt wirken mußte.<sup>5</sup> Auch die russischen Medien werteten die Reise als

---

<sup>1</sup> Vgl. Leonid Mletschin: „Na kakom jasuikje rasgawariwat s pribaltikoj“, Iswestija vom 25.7.1995.

<sup>2</sup> Kohl zitiert nach: Boris Jelzin: Mitternachtstagebuch. Meine Jahre im Kreml, Berlin 2000, S.142.

<sup>3</sup> Vgl. „Eine verdammte Lüge“, Der Spiegel, Nr.29/1996.

<sup>4</sup> Vgl. „Kohl in Moskau - Wutausbruch Jelzins gegen die Osterweiterung der NATO“, FAZ vom 20.2.1996.

<sup>5</sup> Vgl. ebenda.

Hilfsaktion für Jelzin. Die russische Zeitung *Nesawissimaja Gaseta* schrieb unter der Überschrift „*Freund Helmut will Freund Boris helfen*“, das deutsch-russische Gipfeltreffen erscheine als Unterstützung der Kandidatur des Kreml-Chefs. Eines der wichtigsten Ziele der Reise sei es, Jelzin den Rücken zu stärken, schrieb die Nachrichtenagentur Itar-Tass unter Berufung auf Informationen aus der deutschen Botschaft in Moskau.<sup>1</sup>

Der inoffizielle Wahlkampfhelfer Kohl wollte keinen Kandidaten für das Präsidenschaftsamt außer Jelzin treffen. Er äußerte, der verlässlichste Reformers sei Jelzin, alle anderen Präsidenschaftskandidaten seien entweder aussichtslose Anwärter oder stünden nicht für eine Fortsetzung der Reformen. Für diese auf Jelzin fixierte, monolithische Rußlandpolitik wurde der Kanzler im In- und Ausland, auch von den westlichen Verbündeten, kritisiert.

## **15. „Die Russen sträuben sich.“ (Kinkel, 1997)<sup>2</sup>**

### **Deutschland: Anwalt der Balten?**

Im April 1996 kam Kohl, zusammen mit den anderen Regierungschefs der G7, anlässlich eines von Jelzin angeregten Gipfels über atomare Abrüstung und die Sicherheit von Atomkraftwerken nach Moskau. Der deutsche Bundeskanzler machte sich weiterhin für eine Aufnahme Rußlands in die G7 und für seine Einbindung in den Balkan-Friedensprozeß stark. Die Aufnahme in den Europarat war trotz der blutigen russischen Kaukasus-Politik schon zuvor beschlossen worden.<sup>3</sup>

Dieses Entgegenkommen war Teil einer Doppelstrategie Kinkels, die das scheinbar Unvereinbare zusammenzwingen sollte: Parallel zur Ankoppelung der mittel- und osteuropäischen Länder an die Europäische Union und die NATO wollte er den Russen ein Näherrücken an die europäischen Institutionen anbieten. Die vorläufige Bilanz der Strategie jedoch war ernüchternd, denn die russische Außenpolitik war während der Wahlkampfperi-

---

<sup>1</sup> Vgl. „Opposition kritisiert Kohl-Reise nach Moskau“, Die Welt vom 19. 2.1996.

<sup>2</sup> Kinkel zitiert nach: Carl G.Ströhm: „Moskau verschärft Ton gegenüber Estland“, Die Welt vom 26.4.1996.

<sup>3</sup> Vgl. „Das Pendel schwingt zurück“, Der Spiegel, Nr.8/1997.

ode immer aggressiver, keineswegs partnerschaftlicher geworden. Zudem hatte Jelzin mit dem ehemaligen Chef der russischen Auslandsspionage, Jewgenij Primakow, einen *Hardliner* zum Außenminister berufen, dessen Amtsantritt sogar von Sjuganow und Schirinowskij begrüßt wurde.<sup>1</sup> So verschlechterten sich die Beziehungen Rußlands zu den baltischen Staaten und besonders zu Estland rapide, als russische Diplomaten im April 1996 die estnische Regierung als aggressives ethnozentrisches Regime bezeichneten, das die russische Minderheit brutal unterdrücke.<sup>2</sup>

Die gemeinsame Erklärung der baltischen Staaten zur Sicherheit vom 27./28. September 1996 hingegen wurde von Rußland als Affront aufgenommen. Die Balten sahen hilfesuchend nach Deutschland – konkrete Unterstützung bei der Abwehr russischer Ansprüche erfolgte nur insoweit, als Bonn zwar nicht als dritte Partei verhandeln, aber doch den russischen Imperialismus in seine Schranken weisen wollte. Die Unterstützung der deutschen Bundesregierung für Jelzin im Präsidentschaftswahlkampf hatte im Baltikum Unbehagen und Besorgnis erweckt. Die Befürchtungen verstärkten sich durch einen Besuch des Kanzlers im Dezember beim genesenden Wahlsieger Jelzin nach dessen Herzoperation.<sup>3</sup> Auch die Aufmerksamkeit, die dem neuen Sicherheitsberater Lebed in Deutschland entgegengebracht wurde, erregte Argwohn,<sup>4</sup> obwohl Kinkel schon 1994 erklärt hatte: *„Deutschland hat zu den baltischen Staaten und Rußland in vielerlei Hinsicht ein besonders enges Verhältnis. Deshalb und weil das Baltikum seit jeher ein Prüfstein für europäische Stabilität war, sind wir an einer Konsolidierung der baltisch-russischen Beziehungen interessiert.“*<sup>5</sup> Zur gleichen Zeit äußerte sich Nortwin Graf Leutrum, Legationsrat im Auswärtigen Amt, in einem Aufsatz zu den russisch-baltischen Konflikten zurückhaltender: *„Unsere Rolle in diesem komplexen und zum Teil emotionsgeladenen Problemfeld kann und will*

---

<sup>1</sup> Vgl. Eberhard Schneider: Jewgenij Primakow - der neue russische Außenminister, Osteuropa 4/1995, S.392.

<sup>2</sup> Vgl. Carl G.Ströhm: „Moskau verschärft Ton gegenüber Estland“, Die Welt vom 26.4.1996.

<sup>3</sup> Nachdem Jelzin den anstrengenden Wahlkampf gemeistert und im zweiten Wahlgang gewonnen hatte, hatte er sich im Sommer einer Bypass-Operation unterzogen. Zwischen dem ersten und dem zweiten Wahlgang hatte er eine Herzattacke erlitten. Kohl sandte dem russischen Präsidenten zwei deutsche Kardiologen zur Unterstützung des russischen Ärzteteams und besuchte den Genesenden im Dezember in Sawidowo.

<sup>4</sup> Vgl. Carl G. Ströhm: „An der Ostsee wächst die Verbitterung über den Westen“, Die Welt vom 20.12.1996.

<sup>5</sup> Erklärung von Bundesminister Dr. Kinkel in Bonn zu den deutsch-baltischen Konsultationen am 3.9.1994, in: Bulletin Nr. 24 vom 11.03.1994, S. 222f.

*keine Vermittlerrolle sein.*<sup>1</sup>

In einem Zeitungsinterview im Jahre 1998 wiederholte Kinkel seine schon früher geäußerte Ansicht: *„Deutschland hat sich als Anwalt der baltischen Staaten seit Jahren mit Erfolg dafür eingesetzt, daß die baltischen Staaten möglichst schnell in die euro-atlantischen Strukturen einbezogen werden. Diese Anwaltsrolle werden wir auch in Zukunft erfüllen.“*<sup>2</sup> Kinkel führte weiter aus: *„Deutschland als Anwalt der baltischen Staaten war und ist Vorreiter bei ihrer Hineinführung in die Europäische Union. Deutschland ist das einzige Land, das mit den drei baltischen Staaten regelmäßige Außenministertreffen abhält.“*<sup>3</sup> Kinkel hatte jährliche Treffen des deutschen mit den drei baltischen Außenministern initiiert. Bundeskanzler Kohl war, wie schon erwähnt, während seiner gesamten Regierungszeit kein einziges Mal zu einem Staatsbesuch ins Baltikum gereist. Das hatte er stets mit Rücksicht auf Rußland und Präsident Jelzin abgelehnt.<sup>4</sup> Der Bundeskanzler besuchte zum erstenmal im Januar 1998 das Baltikum. Hier registrierte man durchaus, daß auch diesmal kein offizieller Staatsbesuch geplant war. Kohl kam nur wegen der Konferenz des Ostseerates nach Riga, auf der er dann auch noch mit dem russischen Premierminister Wiktor Tschernomyrdin zusammentraf.<sup>5</sup>

---

<sup>1</sup> Nortwin Graf Leutrum: Das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zur baltischen Region, in: Boris Meissner, Dietrich A. Loeber, Cornelius Hasselblatt (Hrsg.): Die Außenpolitik der baltischen Staaten und die internationalen Beziehungen im Ostseeraum, Hamburg 1994, S.358-367, hier: S.359.

<sup>2</sup> Interview mit Bundesaußenminister Klaus Kinkel zu den Beziehungen Deutschlands zu Estland, Lettland und Litauen, in: Ostsee-Zeitung vom 16.1.1998.

<sup>3</sup> Ebenda.

<sup>4</sup> Vgl. „Visumfreier Verkehr mit dem Baltikum“, FAZ vom 22.2.1999.

<sup>5</sup> Vgl. Atis Lejinš: The Baltic States, Germany and the United States, in: Sven Arnswald/ Marcus Wenig (Hrsg.): German and American Policies towards the Baltic States, Baden-Baden 2000, S.57-62, hier: S.59.

## 16. „Die Russen wissen Bescheid, was die Erweiterung der NATO bedeutet!“ (Jelzin, 1996)<sup>1</sup>

### Die NATO-Osterweiterung

Die NATO-Osterweiterung war schon vor den russischen Präsidentschaftswahlen 1996 ein wichtiges Wahlkampfthema gewesen. So bezeichnete Außenminister Primakow die NATO-Osterweiterung als *„den schwersten Fehler seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges“*<sup>2</sup>, Jelzin drohte mit dem Anbruch einer *Ära des kalten Friedens* zwischen Westmitteleuropa und Rußland.

Nachdem alle Drohungen nichts genutzt hatten, und die Erweiterung beschlossene Sache war, bestand Rußland auf einem seiner Bedeutung angemessenen Sonderstatus, der ihn aus dem Kreis der östlichen Nachbarn der NATO herausheben sollte. Nun begannen langwierige Verhandlungen. Um zu einer gütlichen Einigung mit Rußland zu gelangen, setzten die NATO-Partner Deutschlands vor allem auf Kanzler Kohl, von dessen Einfluß auf Jelzin sie sich einen starken Schub für die Verhandlungen versprachen. Auch die russischen Hoffnungen ruhten auf Bonn, das seinen Einfluß in der NATO geltend machen sollte, um den russischen Sicherheitsinteressen durch ein größeres Mitspracherecht entgegenzukommen. Der damalige Leiter des Planungsstabes im Bundesverteidigungsministerium, Ulrich Weisser, schrieb dazu: *„Die Bundesregierung wollte durchaus die Rolle übernehmen, Anwalt dieser russischen Erwartung zu werden, mußte aber zugleich deutlich machen, daß dabei keine Verabredungen zu Lasten Dritter getroffen werden würden, daß vor allem kein russisches Veto beim Erweiterungsprozeß akzeptabel war.“*<sup>3</sup>

Doch nicht die Chancen, die Rußland aus einer Zusammenarbeit erwachsen könnten, sondern die Angst, das Gesicht zu verlieren, standen im Zentrum der Moskauer Wahrnehmung nach der am 6.7.1997 offiziell beschlossenen Aufnahme Tschechiens, Polens und Ungarns. Das russische Denken kreiste um die Abwehr weiterer Niederlagen, als die eine potentielle Aufnahme der drei baltischen Staaten in die NATO gesehen worden wäre. In

---

<sup>1</sup> Jelzin zitiert nach: „Wutausbruch Jelzins wegen der Nato-Osterweiterung“, FAZ vom 13.1.1996.

<sup>2</sup> Christiane Hoffmann: „Jelzin schmollt in Karelrien“, FAZ vom 10.7.1997.

<sup>3</sup> Ulrich Weisser: „Wie die NATO sich nach Osten öffnete“, FAZ vom 15.3.1999.

der russischen Berichterstattung wurden die Differenzen innerhalb der NATO und die Mißbilligung des amerikanischen Hegemoniestrebens durch die Europäer in den Vordergrund gestellt.<sup>1</sup>

Auch die bekannte russische Position zu einer zweiten NATO-Osterweiterung unter Einschluß des Baltikums war schon frühzeitig bekräftigt worden: Das Baltikum gelte als *nahes Ausland* und vitale Interessensphäre Rußlands, und habe kein Recht, der NATO beizutreten, wie der stellvertretende Außenminister Krylow 1995 ausführte.<sup>2</sup> In einem solchen Fall müsse Rußland nicht nur wirtschaftliche und politische, sondern auch militärische Mittel einsetzen. Außerdem würde es seine Beziehungen zum Westen endgültig abbrechen.<sup>3</sup> Rußland wollte den Balten eine Alternative zum NATO-Beitritt bieten: Anlässlich der Unterzeichnung des längst überfälligen Grenzvertrages mit Litauen stellte Jelzin 1997 den Entwurf einer eigenen Sicherheitsarchitektur für das Baltikum vor. Rußland spielte in diesem Szenario – in Verkennung aller Befürchtungen der Balten und eigener Drohgebärden der vorangegangenen Jahre – die Rolle einer Schutzmacht für Estland, Lettland und Litauen. Jelzin versprach: *„Wenn jemand beabsichtigen sollte, Litauen zu bedrohen, wird er es mit uns zu tun bekommen.“*<sup>4</sup> Während die Europäische Union in einer am 15. Dezember 1997 in Brüssel veröffentlichten Erklärung Jelzins Angebot als Ausdruck des Willens zu einer „konstruktiven Entwicklung“ begrüßte und Rußland sowie die baltischen Staaten zur Fortführung ihres Dialogs aufforderte, war die Reaktion in den drei baltischen Staaten eher verhalten. Der litauische Präsident, Algirdas Brazauskas, warnte vor einer „übereilten Ablehnung“ des russischen Vorschlags und kündigte Konsultationen mit seinen beiden Amtskollegen an. Der lettische Außenminister, Valdis Birkavs, betonte, eine Diskussion über Jelzins Vorschlag dürfe die strategischen Ziele der Außenpolitik seines Landes, nämlich die angestrebte Integration in EU und NATO, nicht berühren.

Die Gefahr der Stärkung russischer Extremisten und Nationalisten bestand besonders in Anbetracht der zu Beginn der Diskussion um die NATO-Erweiterung, in den ersten Monaten des Jahres 1996, bevorstehenden Präsidentschaftswahlen. Präsident Jelzin stimmte in den Chor der Erweiterungs-Gegner ein, wohl wissend, daß die Erweiterung trotz lautstar-

---

<sup>1</sup> Vgl. Ulrich Weisser: „Wie die NATO sich nach Osten öffnete“, FAZ vom 15.3.1999.

<sup>2</sup> Vgl. „Rußland nicht gegen EU-Beitritt der Balten“, FAZ vom 5.9.1995.

<sup>3</sup> Vgl. „NATO nennt Balten Bedingungen“, FAZ vom 13.1.1999.

<sup>4</sup> Jelzin zitiert nach: Jens Hartmann: „Grenzvertrag mit Litauen“, Die Welt vom 25.10.1997.

ker russischer Proteste stattfinden würde: „Die Russen wissen Bescheid, was die Erweiterung der NATO bedeutet!“<sup>1</sup> So erreichte er sein Ziel, dem Kommunisten Sjuganow und dem Nationalisten Schirinowskij die Gelegenheit zur oppositionellen außenpolitischen Profilierung (und damit den nationalistischen Wind aus den Segeln) zu nehmen.<sup>2</sup> Nicht nur innenpolitisch hatte Jelzins widerspenstige Haltung Erfolg; was er betrieb, war ein Wechselspiel von Kooperation und Konfrontation, um Prestige zu gewinnen und Rußlands Position vor allem im Hinblick auf die Integration in europäische Organisationen zu stärken. Dem Westen sollten Zugeständnisse abgerungen werden, deshalb betrieb er diese ambivalente Außenpolitik der begrenzten Interessenskonflikte nach dem Motto: nicht mehr Feind, noch nicht Freund.

Nach langen Verhandlungen sahen die Vertreter Rußlands ein, daß nicht nur die Zusammenarbeit mit europäischen und atlantischen Organisationen wie EU, Europarat, der OSZE und den G7 der weiteren Integration in europäische Strukturen dienlich sein kann, sondern auch die militärische Zusammenarbeit im Rahmen der NATO. Und so ging ungeachtet der öffentlichen Verlautbarungen innerhalb Rußlands die diplomatische Arbeit, das Feilen an Verträgen zur Ergänzung der bereits im Juni 1997 unterzeichneten NATO-Rußland-Grundakte, im Stillen weiter.<sup>3</sup>

Somit ist die Politik Jelzins, die Synthese von Zusammenarbeit mit dem Westen und gleichzeitiger innerer Stabilisierung, zumindest für die Jahre 1996 und 1997 erfolgreich gewesen. Die NATO-Rußland-Grundakte, die kein rechtlich verbindliches Abkommen, sondern ein politisches Dokument wie die KSZE-Schlußakte ist, ist kein Abkommen über neue Interessensphären in Europa. In ihr werden die Schaffung eines NATO-Rußland-Konsultationsrates sowie von Verbindungen auf verschiedenen politischen und militärischen Ebenen festgelegt und eine militärische Zusammenarbeit geregelt.<sup>4</sup> An Rußland wurde dabei kaum eine Konzession gemacht, die Russen erhielten statt des gewünschten Vetos nur eine Stimme im NATO-Rat, und auch ihrem Verlangen nach völkerrechtlicher Verbindlichkeit der Akte wurde nicht stattgegeben.

---

<sup>1</sup> „Wutausbruch Jelzins wegen der Nato-Osterweiterung“, FAZ vom 13.1.1996.

<sup>2</sup> Vgl. Kapitel III. 1.3.3. dieser Arbeit.

<sup>3</sup> Vgl. „Russische Ängste vor der NATO“, Die Zeit vom 10.5.1996.

<sup>4</sup> Vgl. „Grundakte zwischen der NATO und der Russischen Föderation“, Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 3.6.1997.

Balsam für die verletzte russische Seele war der Besuch Roman Herzogs, der erste Staatsbesuch eines Präsidenten des wiedervereinigten Deutschland beim ersten frei gewählten Staatsoberhaupt Rußlands im September 1997.<sup>1</sup> Bei dieser Gelegenheit verkündete Jelzin, die Beziehungen zu Deutschland seien für Rußland „*die vorrangigsten unter den vorrangigen*“.<sup>2</sup> Diese Aussage sollte offensichtlich deutlich machen, daß Rußlands Präsident angesichts der amerikanischen Rolle bei der NATO-Erweiterung den aktuellen Beziehungen zu Deutschland mehr Bedeutung beimaß als dem Verhältnis zu den USA. Nachdem die NATO-Erweiterung auf amerikanisches Drängen und gegen russischen Widerstand beschlossen war, setzte Rußland nun auf Deutschland als internationalen Partner, um eine Isolierung zu verhindern. Der Bundespräsident wiederum nutzte den Besuch, um das angeschlagene russische Selbstbewußtsein zu heben und den deutschen Willen zur weiteren Einbindung Rußlands in die europäischen Strukturen zu demonstrieren. Herzog initiierte die *Potsdamer Begegnungen* des Deutsch-Russischen Forums, eine jährlich stattfindende Konferenz von Künstlern, Kulturschaffenden und Vertretern der Bürgergesellschaften, auf der ein „echter Dialog“ ohne diplomatische Sprachregelungen erwünscht ist.<sup>3</sup>

Einen Erfolg für die russische Außenpolitik bedeutete die Teilnahme als vollwertiges Mitglied an der ersten G8-Gipfelkonferenz 1997 in Denver. Die Aufnahme Rußlands in die G7, die dadurch zur G8 wurden, schreibt Jelzin seinem Widerstand gegen die NATO-Osterweiterung zu: „*Ich denke, hier hatte sich unsere feste Position zur NATO-Osterweiterung ausgewirkt, die ich wenige Monate zuvor beim russisch-amerikanischen Gipfel in Helsinki dargelegt hatte. Damals hatte ich erklärt, daß die Erweiterung ein Fehler sei, der zu einer neuen Ost-West-Konfrontation führen werde.*“<sup>4</sup>

Ein Vorkommnis im November 1997 warf ein schlechtes Licht auf die deutsch-russischen Beziehungen: Als der deutsche Botschafter in Rußland, Ernst Jörg von Studnitz, ein neues Generalkonsulat in der sibirischen Metropole Nowosibirsk besichtigte, renommierte der Gouverneur des Oblasts, Witali Mucha, vor laufenden Fernsehkameras mit brisanten Informationen über die Arbeit der deutschen Diplomaten. Der Gouverneur erklärte unter sichtlichem Alkoholeinfluß, daß der diplomatische Code der Bundesrepublik von der

---

<sup>1</sup> Vgl. Karl-Ludwig Günsche: „Zukunft mit Moskau“, Die Welt vom 4.9.1997.

<sup>2</sup> „Für Jelzin sind die Beziehungen zu Deutschland die vorrangigsten unter den vorrangigen“, FAZ vom 2.9.1997.

<sup>3</sup> Vgl. Stefanie Flamm: „Akrobatik im Dekonstruktionszirkus“, FAZ vom 21.6.2001.

Nachfolgeorganisation des KGB, dem russischen föderalen Geheimdienst, geknackt worden sei, und zitierte auswendig Passagen aus geheimen Analysen für das Auswärtige Amt, unter anderem über seine eigene Person.<sup>2</sup> Die Ausstrahlung der Aussagen Muchas durch einen lokalen russischen Fernsehsender führte zu einem kleinen diplomatischen Skandal. Eine ähnliche Indiskretion hatte sich nur Nikita Chruschtschow erlaubt, der in den sechziger Jahren für seine undiplomatischen Extravaganzen bekannt war. Der hatte sich vor westlichen Journalisten damit gebrüstet, den Briefwechsel zwischen dem amerikanischen Präsidenten und seinem Botschafter in Moskau gelesen zu haben.<sup>3</sup>

## **17. „Die große europäische Troika hat ihre Arbeit aufgenommen.“ (Jelzin, 1998)<sup>4</sup>**

### **Die Troika - die Idee einer neuen Achse Paris-Berlin-Moskau**

Im März 1998 kamen Helmut Kohl, Jaques Chirac und Boris Jelzin bei Moskau im Rahmen einer von Rußland initiierten Troika zusammen. Ursprünglich hatte Jelzin vor, die Gäste in seiner Heimatstadt Jekaterinburg im Ural zu empfangen, um dort mit Ihnen gemeinsam die geographische Grenze zwischen Europa und Asien zu Fuß zu überschreiten und so die Zugehörigkeit Rußlands zu Europa zu demonstrieren.<sup>5</sup> Das entsprach seiner Konzeption eines Groß-Europa vom Atlantik bis zum Ural. Er eröffnete eine gemeinsame Pressekonferenz der drei Staatsmänner mit den Worten: *„Die große europäische Troika hat ihre Arbeit aufgenommen. In gewisser Weise hat die Troika das Licht der Welt er-*

---

<sup>1</sup> Boris Jelzin: Mitternachtstagebuch. Meine Jahre im Kreml, Berlin 2000, S.129.

<sup>2</sup> Vgl. Carl Gustaf Ströhm: „Die Depeschen der Konsulin“, Die Welt vom 29.11.1997.

<sup>3</sup> Vgl. ebenda.

<sup>4</sup> Jelzin zitiert nach: Gemeinsame Pressekonferenz des russischen Staatspräsidenten, Boris Jelzin, des französischen Staatspräsidenten, Jacques Chirac, und des deutschen Bundeskanzlers, Helmut Kohl, am 26.3.1998 in Moskau, in: Documents d'actualité internationale (La documentation Française, Paris), Nr. 10, 15.5.1998, S. 349 ff.; Übersetzung aus dem Französischen: Internationale Politik.

<sup>5</sup> Vgl. Boris Jelzin: Mitternachtstagebuch. Meine Jahre im Kreml, Berlin 2000, S.109.

*blickt, sie existiert, und das hat sich hier in Rußland ereignet.“<sup>1</sup>*

Die Deutschen waren auf einer Sitzung des Europarates in Straßburg im Oktober 1997 von Rußland und Frankreich ohne vorherige Konsultation überraschend zu einer Teilnahme an der Troika geladen worden.<sup>2</sup> Die Bundesregierung konnte und wollte das Kontaktangebot aus Moskau nicht ausschlagen, um das russische Gefühl der Isolation infolge der NATO-Erweiterung überwinden zu helfen. Die Intention der deutschen Außenpolitik war, durch eine Teilnahme an der Troika nicht den Eindruck eines starken, gegen die USA oder westeuropäische Staaten gerichteten Bündnisses aufkommen zu lassen.<sup>3</sup> Kohl war sogar bemüht, die Bedeutung der Troika so gering wie möglich zu halten. Der Bundeskanzler äußerte wiederholt, daß sich das Treffen *„gegen überhaupt niemanden“* richte: *„Es handelt sich nicht um eine neue Verbindung, die andere beunruhigen oder neidisch machen muß. Davon kann keine Rede sein.“*<sup>4</sup> Jelzin versicherte, die *„Achse Paris-Bonn-Moskau“* sei von Moskau gegenüber Washington nicht auf Konfrontation angelegt.<sup>5</sup>

Es lag jedoch auf der Hand, daß die Troika geschaffen wurde, um den amerikanischen Einfluß in Europa einzudämmen. So schrieb Jelzin zwei Jahre später rückblickend: *„Die Atmosphäre dieses Treffens war von einem Gedanken getragen: den Bestrebungen Amerikas den Willen zur Zusammenarbeit in Europa entgegenzusetzen.“*<sup>6</sup> In Paris rannte Jelzin offene Türen ein; die traditionell antiamerikanischen Franzosen waren sich in wichtigen internationalen Fragen mehrmals mit Rußland einig und bildeten eine Front gegen die amerikanische Position. So waren beide Länder einig in der Ablehnung der Gewaltanwendung gegen Serbien. Jedoch stimmte die französische Haltung mit der deutschen überein, was die Ausgestaltung der Troika betraf: Große Symbolik durch Beschwörungen der Historie war genehm, die konkrete Politik aber mußte sich mit der Einigung über kleine Projekte bescheiden. Die Einrichtung einer gemeinsamen Universität, eines gemeinsamen Geschichtslehrbuches mit dem Titel *Europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts*

---

<sup>1</sup> Gemeinsame Pressekonferenz, a.a.O.

<sup>2</sup> Vgl. „Die Troika zufrieden mit den Gesprächen bei Moskau“, FAZ vom 27.3.1998.

<sup>3</sup> Vgl. Christiane Hoffmann: „Das Treffen im ehemaligen Erholungsheim des sowjetischen Ministerrates umweht ein Hauch des Gestrigen“, FAZ vom 27.3.1998.

<sup>4</sup> Gemeinsame Pressekonferenz, a.a.O.

<sup>5</sup> Vgl. Christiane Hoffmann: „Das Treffen im ehemaligen Erholungsheim des sowjetischen Ministerrates umweht ein Hauch des Gestrigen“, FAZ vom 27.3.1998.

<sup>6</sup> Boris Jelzin: Mitternachtstagebuch. Meine Jahre im Kreml, Berlin 2000, S.111.

und die Ausbildung russischer Spezialisten in Deutschland und Frankreich zählten zu den konkreten Plänen. Andere Projekte wurden nur vage besprochen: der gemeinsame Bau eines Transportflugzeuges, der Ausbau eines Verkehrskorridors London-Paris-Berlin-Waschau-Minsk-Moskau-Jekaterinburg-Sibirien mit Autobahnen und Hochgeschwindigkeitszügen, schnelle gemeinsame Einsatztruppen für Technik- und Naturkatastrophen.<sup>1</sup>

Kohl und Chirac legten offiziell besonderen Wert auf die Komponente der Annäherung zwischen der EU und Rußland. Die unterschiedlichen Vorstellungen der Mitglieder der Troika über die Zukunft und die Bedeutung des Treffens wurden offensichtlich, als Jelzin im Laufe der Gespräche die volle Integration Rußlands in Europa mit der Schaffung der Troika gleichsetzte: *„Ohne Rußland wäre Europa ein bißchen weniger groß. Doch heute ist Europa ein mächtiger Organismus, ein sehr mächtiger. Ich würde sogar sagen, daß Europa mit Rußland ein noch größerer Organismus ist. Es ist gewiß der größte der Welt, denn es gibt nichts vergleichbar Wichtiges in der Welt. Ich denke, daß alle dies wissen müssen und daran denken müssen.“*<sup>2</sup> Mit seiner Terminologie erinnerte Jelzin daran, daß geopolitisch inspiriertes Großmachtdenken in der russischen Außenpolitik eine stetige Rolle spielt. Kohl und Chirac nahmen dazu eine reservierte Haltung ein – Jelzin sollte vor allem von unbedachten Äußerungen gegen die NATO abgehalten werden.<sup>3</sup> Wegen der vorsichtigen deutschen und französischen Haltung und mangelnden Engagements geriet die „große europäische Troika“ nach dem ersten Treffen alsbald in Vergessenheit.

In den drei baltischen Staaten betrachtete man das Dreiertreffen mit Befremden. Ein tiefes Mißtrauen herrschte gegen die politische Interessen- und Machtkombination, die Estland, Lettland und Litauen erneut zum Spielball von Großmächten werden lassen könnte.<sup>4</sup> Mit Empörung wurde die Aufforderung Kohls an die drei baltischen Staaten aufgenommen, ihre Grenzprobleme mit Rußland zu lösen und die Rechte der russischen Minderheiten nicht zu verletzen. Kohl habe kein Wort des Verständnisses für die nicht gelöste Sicherheitsfrage des Baltikums geäußert, hieß es.<sup>5</sup> Kritisiert wurde von den Balten außerdem, daß Bundeskanzler Kohl während seines Aufenthaltes in Moskau ein umstrittenes

---

<sup>1</sup> Vgl. ebenda, S.110.

<sup>2</sup> Gemeinsame Pressekonferenz, a.a.O.

<sup>3</sup> Vgl. Christiane Hoffmann: „Das Treffen im ehemaligen Erholungsheim des sowjetischen Ministerrates umweht ein Hauch des Gestrigen“, FAZ vom 27.3.1998.

<sup>4</sup> Vgl. Carl G. Ströhm: „Balten kritisieren Kohls Auftritt beim Dreiertreffen“, Die Welt vom 28.3.1998.

<sup>5</sup> Vgl. ebenda.

Treffen lettischer Waffen-SS-Veteranen verurteilt und dieses als „Nazi-Treffen“ bezeichnet hatte.

Dem SS-Treffen in Riga war eine nicht genehmigte Demonstration russischer Rentner gegen Preiserhöhungen vorausgegangen, die von der lettischen Polizei gewaltsam aufgelöst wurde.<sup>1</sup> Das führte zu russischem Protest. Zudem waren vor einer Synagoge und der russischen Botschaft in Riga Bomben explodiert, die Sachschaden verursachten.<sup>2</sup> Anlässlich dieser lettischen „Provokationen“ wurden in Rußland Drohungen ausgestoßen und Vergeltungsmaßnahmen angekündigt. Rußland beschuldigte Lettland der Diskriminierung der russischen Minderheit. Das war der Beginn einer sechs Monate andauernden Krise der bilateralen russisch-lettischen Beziehungen, die Ihren Höhepunkt in der russischen Verhängung von Wirtschaftssanktionen fand. In Moskau wurde zum Boykott lettischer Waren aufgerufen, und der russische Erdölexport über Lettland sollte gedrosselt werden.<sup>3</sup> Daran zerbrach die lettische Regierungskoalition, und die gemäßigte Demokratische Partei verließ das Regierungsbündnis aus Protest gegen den Konfrontationskurs der Regierung.<sup>4</sup> Die lettische Regierung folgte daraufhin einer OSZE-Empfehlung und vereinbarte die Abschaffung der Fensterregelung, die jeweils nur bestimmten Jahrgängen der russischen Minderheit die Naturalisierung erlaubte. Damit war es der russischen Diplomatie zum ersten Mal gelungen, die lettische Innenpolitik direkt zu beeinflussen.<sup>5</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. Dmitri V. Trenin: Russian-Baltic Relations: Prospects and Risks, in: Sven Arnsward/ Marcus Wenig (Hrsg.): German and American Policies towards the Baltic States, Bonn 2000, S.63-68, hier: S.65.

<sup>2</sup> Vgl. Jasper von Altenbockum: „Noch immer mit Gebieter-Attitüde“, FAZ vom 14.4.1998.

<sup>3</sup> Vgl. „Lettland vereinfacht Einbürgerung“, FAZ vom 16.4.1998.

<sup>4</sup> Vgl. „Koalition in Riga zerbricht an der Krise mit Moskau“, Die Welt vom 11.4.1998.

<sup>5</sup> Vgl. Jasper von Altenbockum: „Noch immer mit Gebieter-Attitüde“, FAZ vom 14.4.1998.

## 18. „Die Bettelzeit ist vorbei!“ (Jelzin, 1998)<sup>1</sup>

### Die russische Krise und das Ende der Männerfreundschaft

Erstarktes russisches Selbstbewußtsein demonstrierte Jelzin auch im Juni 1998 angesichts einer Finanzkrise in Rußland. Zu der Krise war es gekommen, weil die Regierung Kirijenko erklärt hatte, keine Schulden mehr zu bedienen. Daraufhin zogen sich viele westliche Investoren aus Rußland zurück. Die Regierung erhöhte die Dividende für kurzfristige Staatsanleihen, um ihren weiteren Finanzbedarf zu decken und die alten Anleihen zurückzahlen zu können. Von den Rückzahlungen profitierten vor allem private Banken, die ihre Rubel sofort in Dollar tauschten. Die Politik der Budgetfinanzierung durch Anleihen konnte jedoch nur bei einem stabilen Rubelkurs gelingen. Die Krise war da, als die Zentralbank ihre Reserven zur Stützung des Rubelkurses aufgebraucht hatte. Im ersten Halbjahr 1998 wurden fast 9 Milliarden Dollar für die Kursstützung ausgegeben. Die Regierung konnte ihre Anleihen nicht mehr bedienen. Zudem reduzierten sich die Steuereinnahmen auf die Hälfte dessen, was erwartet wurde. Ein Einbruch des Weltmarktpreises für Erdöl im Mai führte zum Höhepunkt der Krise im Sommer.<sup>2</sup>

Der russische Schuldendienst verschlang im Jahre 1998 mehr als 30 Prozent des Staatshaushaltes. Dadurch bestand auf russischer Seite die Angst, zu einem Rohstoffanhängsel des Westens zu werden. Solcherart in eine neokoloniale Abhängigkeit gezwungen, könnte ein Vordringen der russischen Industrie auf den europäischen Markt verhindert werden, wie der russische Politologe Achtamsjan ausführte.<sup>3</sup> Daraus zog die russische Regierung unter Jelzin nach der Krise den Schluß, daß die materielle Unterstützung durch den Westen nicht mehr ausgeweitet werden könne. Jelzin sprach sich gegen ausländische Finanzhilfen aus, die angesichts der andauernden Krise benötigt wurden: *„Wir brauchen kein Geld, wir brauchen die Unterstützung von Führern wie Clinton, Kohl, Chirac und ande-*

---

<sup>1</sup> Jelzin zitiert nach: „Die Bettelzeit ist vorbei“, Der Spiegel, Nr.24/1998.

<sup>2</sup> Vgl. Roland Götz: a.a.O., S.5.

<sup>3</sup> Vgl. Abdulchan Achtamsjan: Zu den deutsch-russischen Beziehungen, Fernseh/Hörfunkspiegel Ausland vom 13.1.1997.

ren.“<sup>1</sup> Stolz wurde Anfang Juni 1998 verkündet, man benötige keine weiteren Kredite des Internationalen Währungsfonds, sondern müsse den Gürtel enger schnallen und sich selbst helfen:<sup>2</sup> „Die Bettelzeit ist vorbei!“<sup>3</sup> Dieser Feststellung Jelzins war allerdings eine Weigerung der Bundesregierung vorausgegangen, Rußland zusätzlich mit eigenen Krediten (neben der Hilfe über den Internationalen Währungsfonds, in dem Deutschland Mitglied ist) zu unterstützen.<sup>4</sup>

Wenige Tage später, kurz vor einem Deutschland-Besuch im Juni 1998, hatte Jelzin sich gegenüber der Nachrichtenagentur Interfax dahingehend geäußert, daß sein Verhältnis zum Bundeskanzler nicht immer einfach gewesen sei und sich nur unter Schwierigkeiten entwickelt habe. Jelzin meinte, es werde auch nicht einfacher, die Beziehungen künftig weiter auszubauen.<sup>5</sup>

Es schien, als sei mit den Protagonisten auch die deutsch-russische Männerfreundschaft in die Jahre gekommen. Viele gemeinsame Projekte waren hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Den früheren informellen Begegnungen von Boris Jelzin und Helmut Kohl fehlte nicht selten die administrative Nachbereitung. Um das zu verhindern, reiste Jelzin ab Juni 1998 meist mit nahezu der gesamten Regierungsmannschaft an. Sachthemen standen nun häufiger im Vordergrund der Beratungen. Regierungssprecher Otto Hauser sah darin ein „Zeichen wachsender Normalität“ in der Beziehung zwischen beiden Staaten.<sup>6</sup>

---

<sup>1</sup> Boris Jelzin zitiert nach: „Jelzin sucht die Unterstützung von Führern wie Clinton, Kohl, Chirac und anderen“, FAZ vom 20.6.1998.

<sup>2</sup> Vgl. „Donnergrollen über Moskau“, Der Spiegel, Nr.24/1998.

<sup>3</sup> Jelzin zitiert nach: „Die Bettelzeit ist vorbei“, Der Spiegel, Nr.24/1998.

<sup>4</sup> Vgl. „IWF: Rußland benötigt keine weiteren Mittel“, FAZ vom 10.6.1998.

<sup>5</sup> Vgl. Katja Tichomirowa: „Jelzin und Kohl hoffen auf die Effizienz der Beamten“, Berliner Zeitung vom 9.6.1998.

<sup>6</sup> Vgl. ebenda.

## 19. „Wir müssen uns nach der Prügelei wieder aussöhnen.“ (Jelzin, 1999)<sup>1</sup>

### Jugoslawien und der zweite Tschetschenien-Krieg

Nach der Jugoslawien-Krise normalisierten sich die Beziehungen zwischen Rußland und dem Westen allmählich, nachdem Jelzin 1999 auf dem Kölner G8-Gipfel den oben zitierten Satz ausgesprochen hatte. Die von einigen Kommentatoren mit der Kuba-Krise verglichene Krise war überwunden. Der Krieg in Jugoslawien war beendet, die Aufregung über die Unterstützung Moskaus für die Serben unter Milošević und den vorzeitigen Einmarsch russischer Truppen in Priština hatte sich gelegt. Eine Kolonne Luftlandetruppen war vorzeitig zum Flughafen von Priština marschiert, obwohl die verschiedenen Einheiten der internationalen Friedenstruppe alle zur gleichen Zeit die zugewiesenen Standorte beziehen sollten. In dieser Situation wollte Jelzin mit seiner Entscheidung russische Eigenständigkeit demonstrieren: *„Es ging nicht um diplomatische Siege oder Niederlagen, sondern darum zu zeigen: Rußland hat sich moralisch nicht besiegen und sich nicht in den Krieg hineinziehen lassen. Das sollte der Militärmacht der NATO vor Europa und der ganzen Welt demonstriert werden.“*<sup>2</sup>

Da stand die Verurteilung der russischen Intervention in Tschetschenien auf der Tagesordnung des OSZE-Gipfeltreffens in Istanbul am 18. November 1999. Die westlichen Länder, vor allem Deutschland und Frankreich, hatten eine harte Erklärung zu Tschetschenien vorbereitet – eine erneute Isolierung Rußlands lag in der Luft. Jelzin schrieb dazu: *„Ich verstand, daß die beiden Regierungschefs gezwungen waren, im Fahrwasser der öffentlichen Meinung ihrer Länder zu schwimmen.“*<sup>3</sup> Die russische Haltung und Jelzins entschiedenes Auftreten führten dazu, daß die geplante Verurteilung des russischen Tschetschenien-Krieges im Schlußkommuniqué des Treffens sehr schwach ausfiel. Deutschland und die anderen westlichen OSZE-Mitglieder scheuten die erneute Konfrontation mit Rußland. Auch der Europarat einigte sich darauf, keine neuen Sanktionen ge-

---

<sup>1</sup> Boris Jelzin: Mitternachtstagebuch. Meine Jahre im Kreml, Berlin 2000, S.334.

<sup>2</sup> Ebenda, S.256.

<sup>3</sup> Ebenda, S.337.

gen Rußland zu verhängen.<sup>1</sup>

Viele Kommentatoren vertraten die Theorie, Jelzin hätte den Konflikt mit Tschetschenien verschärft, um durch ein militärisches Eingreifen seine Autorität und Putins Ansehen zu stärken. Jelzin selbst bezeichnete diesen Verdacht als „Unsinn“.<sup>2</sup> Aber die Situation war kritisch: Die nächsten Präsidentschaftswahlen standen an, die Bevölkerung hatte genug von den erfolglosen Reformversuchen unter auswechselbaren Regierungen, die Berichte über Korruptionsfälle im Umkreis des Präsidenten häuften sich. Da zerstörten Bomben Wohnhäuser in Moskau und anderen Städten und tschetschenische Rebellen griffen die Republik Dagestan an – das politische Klima hatte sich radikal verändert. Der frisch ernannte Ministerpräsident Putin konnte, getragen von einer Woge nationaler Empörung, den Krieg in Tschetschenien wieder aufflammen lassen und damit die Grundlage für seinen Einzug in den Kreml und Jelzins vorbereiteten Rücktritt am Silvesterabend 1999 schaffen.

Jelzin hatte schon nach der Bundestagswahl von 1998 in Deutschland und dem Antritt der neuen rot-grünen Regierungskoalition wehmütig auf die vergangenen Jahre und sein Verhältnis zu Kohl zurückgeblickt: *„Uns war es immer leichtgefallen, einander zu verstehen, denn wir waren uns in unserer Reaktionsweise und in den Umgangsformen ähnlich. Wir betrachteten die Welt von der Warte der gleichen Generation. Außerdem wollten wir das Eis, daß sich in der Nachkriegsepoche zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik gebildet hatte, möglichst rasch zum Schmelzen bringen.“*<sup>3</sup> Jelzin schrieb über Schröder: *„Gerhard Schröder, ein Politiker der jüngeren undogmatischen Generation, würde in den Beziehungen zu Rußland einen anderen Umgangsstil einführen – einen nüchterneren, rationaleren. Das war mir von Anfang an klar.“*<sup>4</sup>

Die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland mußten nun ohne das solide Fundament der Männerfreundschaft auskommen. Putin wollte bereits 1999 ein Treffen mit Schröder, der stand dem Ansinnen aber ablehnend gegenüber und verschob das Treffen auf einen Termin nach der anstehenden Präsidentschaftswahl. Bei seinem ersten Besuch in Moskau erklärte Schröder zwar die „Sauna-Politik“ Kohls für beendet; nachdem er den

---

<sup>1</sup> Vgl. „Keine Sanktionen gegen Rußland“, FAZ vom 12.5.1999.

<sup>2</sup> Vgl. Boris Jelzin: Mitternachtstagebuch. Meine Jahre im Kreml, Berlin 2000, S.58.

<sup>3</sup> Ebenda, S.141.

<sup>4</sup> Ebenda, S.142.

Deutschlandkenner Putin getroffen hatte, trat Schröder dann aber doch auf gewisse Weise Kohls Erbe an:<sup>1</sup> *„Mit Präsident Putin verbindet mich ein vertrauensvolles Verhältnis. Wir treffen uns häufig und telefonieren regelmäßig. Meine Frau und ich freuen uns bereits heute auf unseren privaten Besuch im weihnachtlichen Rußland.“*<sup>2</sup> Die Schröders glitten bei diesem Weihnachtsbesuch gemeinsam mit Familie Putin auf einem Schlitten durch verschneite Parklandschaften, und der Kanzler duzte seinen neuen Freund bereits. Eine strategische Rußlandpolitik, so wurde von vielen Kommentatoren bemängelt, hatte er noch nicht entwickelt.

Im Januar 1999 wurden erstmalig offiziell die Bedingungen für eine NATO-Aufnahme der Balten genannt. Im Gegensatz zu den Erwartungen der Balten, eventuell bereits im Jahr 2002 der NATO beizutreten, gab die NATO als Zeitrahmen für die voraussichtliche Erfüllung der Aufnahmekriterien und damit frühestmöglichen Zeitpunkt der Aufnahme das Jahr 2006 an.<sup>3</sup> Von Washington aus wurde der Anspruch der Balten auf den Beitritt ausdrücklich bekräftigt. Die NATO müsse die freie Bündniswahl um so stärker verteidigen, je lauter der Widerstand aus Moskau sei.<sup>4</sup> Die deutsche Haltung hingegen war von Anfang an mit Blick auf russische Interessen zurückhaltend. Zwar will man sich von Moskau keine „roten Linien“ vorschreiben lassen, die überschritten würden, wenn ein Land auf dem Staatsgebiet der ehemaligen Sowjetunion der NATO beitrifft. Jedoch sind weder die christlich-liberale Bundesregierung noch die neue Regierung Schröder offiziell für eine baltische Mitgliedschaft eingetreten. Als Schröder im Juni 2000 den ersten offiziellen Besuch eines deutschen Bundeskanzlers in den drei baltischen Staaten absolvierte, sprach er davon, daß die Balten Verständnis für die Rücksichten aufbringen müßten, die es in der NATO zu bedenken gebe.<sup>5</sup> Das wurde als Hinweis darauf aufgenommen, daß die deutsch-russischen Beziehungen hier eindeutige Priorität vor baltischen Sicherheitsinteressen genießen.<sup>6</sup> In Vilnius gilt Deutschland gar schon als „größter Bremser“ unter den westlichen Regierungen für eine NATO-Aufnahme der baltischen Staaten oder zumindest Litauens.<sup>7</sup> Schon

---

<sup>1</sup> Vgl. Markus Wehner: „Schröder und Putin fahren miteinander Schlitten“, 8.1.2001.

<sup>2</sup> Schröder zitiert nach: „Schröder: Vertrauensvolles Verhältnis zu Putin“, FAZ vom 9.11.2000.

<sup>3</sup> Vgl. „NATO nennt Balten Bedingungen“, FAZ vom 13.1.1999.

<sup>4</sup> Vgl. Jasper von Altenbockum: „Oase der Stabilität“, FAZ vom 23.4.1999.

<sup>5</sup> Vgl. „Schröder ermutigt Balten auf dem Weg in die EU“, FAZ vom 7.6.2000.

<sup>6</sup> Vgl. Nikolas Busse: „Berlin blickt auf das Baltikum“, FAZ vom 6.7.2001.

<sup>7</sup> Vgl. Robert von Lucius: „Litauen auf dem Weg in die NATO?“, FAZ vom 26.5.2001.

einmal, während der Verhandlungen zur Aufhebung der Visumpflicht im Reiseverkehr zwischen EU und Baltikum im Jahre 1999 hatten die Balten – damals vor allem die estnische Regierung - eine „deutsche Blockade“ beklagt. Die deutsch-baltischen Beziehungen wurden in dieser Zeit dadurch belastet, daß die Bundesregierung als letzter Staat unter den Schengen-Mitgliedern die Visumsfreiheit mit Estland, Lettland und Litauen weiter hinausgezögert hatte.<sup>1</sup>

Einen Staatsbesuch Bundespräsident Herzogs im Baltikum im Mai 1999 erwiderte Estlands Staatspräsident Meri im November 2000.<sup>2</sup> Meri zog eine ernüchternde Bilanz der deutschen Unterstützung für das Baltikum: Zwar helfe beispielsweise die Bundeswehr bei der Ausbildung der Balten, einige mittelständische Unternehmen hätten sich in Estland angesiedelt, Partnerbeziehungen zwischen Kommunen und Kreisen würden gepflegt, die evangelische Kirche und Deutschbalten engagierten sich in Estland - die deutsche Regierungsspitze aber blicke stets nicht nach Tallinn und Riga, sondern nur nach Moskau. Die Regierung Schröder verhalte sich dabei nicht anders als zuvor die Regierung Kohl, so Meri: *„Die deutsche Baltikumpolitik, die sich offenkundig von der Überlegung leiten läßt, daß gute Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland die beste Voraussetzung dafür seien, daß es den baltischen Staaten gutgehe, ist nach Auffassung estnischer Politiker im Denkansatz gefährlich nahe einer Neuauflage der Hitler-Stalin-Politik.“*<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. „Visumsfreier Verkehr mit dem Baltikum“, FAZ vom 22.2.1999.

<sup>2</sup> Vgl. Jasper von Altenbockum: „Schaut her, Deutschland achtet auf diese Staaten“, FAZ vom 21.5.1999.

<sup>3</sup> Meri zitiert nach: Elmar Schubbe: „Enttäuscht von Deutschland“, Ostpreußenblatt vom 9.12.2000.

## **VII. Synopsis**

### **1. Welche Faktoren bestimmten die Gestaltung der deutschen Rußlandpolitik von 1990 bis 1998?**

Die Rußlandpolitik eines wieder geeinten Deutschlands in den neunziger Jahren war ein Neuanfang in den Beziehungen zweier Staaten, die es in dieser Form zuvor nicht gab. Mehr als vierzig Jahre hatte die Frage nach der deutschen Vereinigung das Verhältnis überschattet und jede davon abgekoppelte, dezidierte deutsche Politik gegenüber der Sowjetunion und damit Rußland unmöglich gemacht. Erst jetzt war der Weg frei für eine völkerverbindende bilaterale Politik. Die so verschiedenen Völker bekamen die Chance, sich am Ende des Jahrtausends wieder auf die jahrhundertealte Freundschaft und Zusammenarbeit zu besinnen.

Bei der Gestaltung der deutschen Rußlandpolitik von 1990-1998 waren folgende Faktoren, die in den Abschnitten I bis VI dieser Arbeit ausführlich erörtert wurden, relevant: Die historischen Beziehungen und das dadurch geprägte ambivalente Bild voneinander, die normativen Grundlagen durch die Einbindung der Staaten ihrer Politik und Akteure in bestimmte Wertesysteme und internationale Organisationen und nicht zuletzt der durch System- und Entscheidungsstrukturen ermöglichte Einfluß der persönlichen Beziehungen auf die zwischenstaatliche Politik.

#### **1.1 Historischer Bezug**

Deutsche und Russen verbinden verschiedene historische Bezugspunkte. Im Laufe der Jahrhunderte gab es vielfältige Berührungen und Beeinflussungen – kultureller, politischer und wirtschaftlicher Art. Die gegenseitige Perzeption hatte einen ambivalenten Charakter, Bewunderung mischte sich oftmals mit Furcht und Verachtung.

Die Zusammenarbeit der beiden Mächte war meist fruchtbar. Durch die komplementäre Ausstattung mit Ressourcen konnten sich Deutschland und Rußland vor allem wirtschaft-

lich hervorragend ergänzen. Doch gerade diese Ungleichheit erweckte Begehrlichkeiten auf beiden Seiten. Die folgenden Konfrontationen zwischen den beiden europäischen Mächten verursachten die größten Katastrophen der europäischen Geschichte. Deutschland hat in der Mitte, Rußland am Ende des 20. Jahrhunderts seinen Großmachtstatus verloren. Unter diesem Trauma leidet Rußland seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion, und die Deutschen können dafür wahrscheinlich am meisten Verständnis aufbringen. Rußlands historischer Sonderweg prägte seinen ambivalenten Charakter und die Vorstellung der eigenen Macht und Größe. Daher fiel es der russischen Regierung – als Vertreterin einer Siegermacht des Zweiten Weltkriegs - schwer, immer wieder wie eine Bittstellerin gegenüber dem besiegten Deutschland auftreten zu müssen, zumal sich die russische Innenpolitik durch nationalistische und extremistische Stimmungen schwierig genug gestaltete.

Es kam nicht in Frage, die deutsche Hilfe als Reparationszahlung zu deklarieren. Die deutschen Reparationen nach dem Zweiten Weltkrieg an die Sowjetunion, die überwiegend aus der sowjetischen Besatzungszone gezahlt wurden, erreichten eine Höhe von etwa 14 Milliarden Dollar.<sup>1</sup> Die Leistungen an die westlichen Siegermächte betragen ca. 0,5 Milliarden Dollar. Moskau hatte 1953 in einem für ganz Deutschland gültigen Vertrag mit der DDR auf noch ausstehende Reparationen endgültig verzichtet.<sup>2</sup> Sämtliche Leistungen Deutschlands an die Sowjetunion und dann Rußland, die seit 1990 erfolgten, wurden daher ausdrücklich nicht als Reparationsleistungen deklariert. Der offiziellen Darstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland ist dies entgegengekommen: Ein reicher Staat half dem notleidenden, der sich seine Armut selbst erwirtschaftet hatte, wieder auf die Beine.

Dabei dienten die umfangreichen Zahlungen an Rußland durchaus der Funktion von Reparationen. Sie bezweckten die Änderung der europäischen Nachkriegsordnung zugunsten Deutschlands durch die Wiederherstellung seiner staatlichen Einheit. Weiterhin sollte ein Großteil der Hilfsleistungen für den Abzug der russischen Truppen aus dem immer noch besetzten östlichen Teil Deutschlands entschädigen. Die Hilfsleistungen der Bundesrepublik nach der deutschen Wiedervereinigung waren ebenfalls gewaltig. So wurde die Demonstration eines freundschaftlichen Verhältnisses zwischen den Völkern unerlässlich,

---

<sup>1</sup> Vgl. Rainer Karlsch: Allein bezahlt? Die Reparationsleistungen der SBZ/DDR 1945-53, Berlin 1993, S.230.

<sup>2</sup> Vgl. ebenda, S.199.

wenn Rußland den Eindruck vermeiden wollte, hierbei ginge es entweder um Kriegsreparationen oder Almosen. Aus diesem Grund beglich Jelzin den deutschen materiellen Aufwand mit symbolischen Gegenleistungen, wie 1992 mit der Überreichung von Aktenstücken des Reichskanzlers Wirth, der 1922 für Deutschland den Rapallo-Vertrag unterzeichnet hatte. Diese Geste könnte als russischer Hinweis auf das damalige deutsch-russische Zusammenstehen gegen den Rest der Welt interpretiert werden. Sie sollte demonstrieren, daß hier einem Freund und gleichberechtigten Partner in einer Notsituation geholfen wurde. Dieser Verweis auf die Historie war zur Pflege vom Mythos der eigenen Größe angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Schwäche Rußlands notwendig.

## **1.2 Normative Grundlagen**

Es bleibt festzustellen, daß der Zusammenbruch der DDR, die deutsche Vereinigung und die politische und wirtschaftliche Transformation in der UdSSR und ihrem Rechtsnachfolger Rußland zu einem qualitativ völlig neuen bilateralen deutsch-russischen Verhältnis geführt haben. In den Jahren 1990/91 wurden die formalen und rechtlichen Grundlagen dafür geschaffen: Der Zwei-plus-Vier-Vertrag, die Verträge über die Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem, technischem und wissenschaftlichem Gebiet und das Abkommen über den Abzug der russischen Streitkräfte machten die Wiedervereinigung möglich, die einer historischen Übereinkunft zwischen Deutschland und Rußland gleichkommt.

Das zentrale Interesse Deutschlands war mit der deutschen Einheit zwar erreicht, der bilaterale Dialog wurde aber trotzdem fortgesetzt. Die Hilfe für Moskau wurde von Bonn, wenn auch eingeschränkt, selbst nach dem erfolgreichen Truppenabzug fortgesetzt. Die Notwendigkeit, eine Destabilisierung der innerrussischen Verhältnisse zu verhindern, wurde auf deutscher Seite klar gesehen. Außerdem wurden die Exporte von Betrieben aus den neuen Bundesländern unterstützt, um dort Arbeitsplätze zu sichern.

Nach der deutschen Vereinigung hatten sich verschiedene Schnittmengen zwischen den Interessen Rußlands und Deutschlands gebildet: Auf russischer Seite wußte man, daß deutsche Hilfen nicht uneigennützig erfolgten. Ein Zerfall Rußlands hätte zu starke Auswirkungen auf ganz Osteuropa und die Bundesrepublik gehabt. Außerdem wurde das wirtschaftliche Potential Rußlands als großer Absatzmarkt vor allem für Konsumgüter und als

wichtiger Rohstofflieferant für Deutschland erkannt. Diese Gründe führten dazu, daß Deutschland sich führend mit humanitärer, technischer, strategischer und finanzieller Hilfe in Rußland engagierte.

### **1.3 Bilaterale Probleme**

Ein grundlegender Trend, der die gesamte deutsche Außenpolitik der neunziger Jahre kennzeichnet, spiegelt sich auch in der Entwicklung der deutsch-russischen Beziehungen: Bilaterale Probleme, die das deutsch-sowjetische und dann das deutsch-russische Verhältnis zu Anfang der neunziger Jahre noch maßgeblich bestimmten, stehen nun nicht mehr im Vordergrund, sie wurden zunehmend zurückgedrängt von multilateraler Zusammenarbeit vor allem in den Bereichen Sicherheit und Wirtschaft. Der Zusammenbruch Rußlands war nur im multilateralen Kontext zu verhindern – durch Einbindung Rußlands in internationale Organisationen und Strukturen. Ausschließlich bilaterale Themen determinieren die deutsch-russischen Beziehungen nur noch marginal. Die drei großen bilateralen Probleme der frühen neunziger Jahre sind weitgehend gelöst. Der Truppenabzug der sowjetischen Armee aus der ehemaligen DDR wurde bereits 1994 abgeschlossen. Die Übersiedlung vieler Rußlanddeutscher ist gelungen. Die Rußlanddeutschen stellen trotz Integrationsschwierigkeiten eine lebendige und doch historische Verbindung, ein Brückenglied zwischen den beiden Völkern dar. Eine ähnliche Funktion hatten vor dem Zweiten Weltkrieg die Deutschbalten. Die Debatte um die Beutekunst ist zwar immer noch nicht beendet, die Schwierigkeiten bei der Lösung dieser Frage müssen aber vor dem Hintergrund innerrussischer Machtkämpfe betrachtet werden.

### **1.4 Multilaterale Aspekte**

Deutschlands Position und Rolle im gesamteuropäischen Kontext hat sich verschoben: Es ist jetzt eine Mittelmacht in einer Mittellage. Daher hat Deutschland ein erhöhtes Interes-

se an einer Stabilisierung und Demokratisierung Osteuropas. Der Reformprozeß in Rußland soll unumkehrbar gemacht werden. Deshalb unterstützt Deutschland den Aufbau eines demokratischen, marktwirtschaftlichen Rechtsstaates in Rußland, der den Bürger- und Menschenrechten verpflichtet ist. Vor diesem Hintergrund sind die deutschen Bemühungen um die Integration Rußlands in internationale Organisationen verständlich.

Deutschland hat in den neunziger Jahren begonnen, seine außenpolitische Strategie zu ändern. Internationale Verantwortung wird nicht mehr nur als Losung ausgegeben, sondern aktiv wahrgenommen, wie u.a. die Beteiligung der Bundeswehr an Friedensmissionen der UNO und NATO zeigt. Die Bundesrepublik beginnt, ihre nationalen Interessen zu vertreten. Dazu gehört die Festigung Deutschlands dominierender Position in Europa. Dabei ist es von Vorteil, wenn Deutschland sich auf einen Partner mit dem Potential Rußlands stützen kann. Bei der Erringung eines ständigen Sitzes im UN-Sicherheitsrat ist Rußlands Wohlwollen ebenfalls unerlässlich.

Von russischer Seite aus besteht ebenfalls ein großes Interesse am weiteren Ausbau der deutsch-russischen Beziehungen. Nach der Euphorie der Anfangsjahre über die amerikanisch-russische strategische Partnerschaft wurde russischen Politikern klar, daß die USA kein so vitales Interesse wie Deutschland an einer Stärkung Rußlands haben. Nur die deutsch-russische Partnerschaft kann aus russischer Sicht der Gefahr entgegenwirken, daß Rußland durch eine rücksichtslose NATO-Erweiterung an den Rand gedrängt wird, was eher im amerikanischen Interesse läge. Im Schutze der NATO, der OSZE und der EU wurde die Annäherung zwischen Deutschland und Rußland vollzogen, jeder Schritt diente der Integration der ehemaligen Großmacht in die westlichen Strukturen. Die deutsche Bundesregierung trat dabei oft als Anwalt Rußlands gegenüber den westlichen Organisationen auf, blieb jedoch ihrer westlich-atlantischen Ausrichtung, vor allem in ihrer Haltung zur NATO-Erweiterung, verhaftet. Das aber schloß ein konstruktives Zusammenwirken beider Staaten in der Gestaltung neuer europäischer Ordnung und in der Ein- bzw. Anbindung Rußlands an diese nicht aus.

Rußland war in den neunziger Jahren stets bestrebt, die Rolle der KSZE (OSZE) aufzuwerten, um einen Ausgleich zur fehlenden NATO- und EU-Integration zu finden. Die internationalen europäischen Organisationen, vor allem die zu Zeiten des Kalten Krieges gegründet, sollten unter dem Dach der OSZE vereinigt und ihre Aktivitäten koordiniert werden, denn nur so seien – nach russischer Ansicht - Sicherheitsgarantien für Osteuropa zu schaffen. Die Integration deutscher Rußlandpolitik in einen multilateralen Kontext zeigte sich deutlich bei der Heranführung Rußlands an die EU. Deutsche Rußlandpolitik war

stets deutsche Europapolitik. Hintergrund des Engagements war, daß die finanziellen Belastungen der Rußlandhilfe, die bisher vor allem Deutschland getragen hatte, auf die EU-Mitglieder aufgeteilt werden sollten.

Die auf Vermittlung bedachte deutsche Integrationspolitik hat Rußland den westlichen Militär- und Wirtschaftsorganisationen nähergebracht. Rußland ist nicht aus dem europäischen Großraum auszuschließen, weder wirtschaftlich noch sicherheitspolitisch kommt eine Isolierung Rußlands in Frage. In Deutschland ist außerdem allgemein die Meinung verbreitet, daß Rußland keine direkte Bedrohung darstelle. In letzter Konsequenz aber hat auch Deutschland eine Sicherheitspolitik gegen Rußland, eine Sicherung vor Rußland, eine zwiespältige Politik betrieben: Dem unterschweligen Mißtrauen in Sicherheitsfragen auf der einen Seite stand ein geradezu naives Vertrauen in Fragen der wirtschaftlichen Hilfe auf der anderen Seite gegenüber. Viele Milliarden Mark an deutscher Hilfe für Rußland sind verschwenderisch in den weit geöffneten Rachen des Bären geworfen worden. Der Großteil der Gelder kam nicht den Leidtragenden in Rußland zugute, sondern floß in den Händen weniger Mitglieder der Nomenklatura zusammen, die sich aus Politikern, Wirtschaftsmagnaten, alten Betriebsdirektoren und Mafiosi zusammensetzt. Die internationalen Subventionen an die Halbwelt und die Oligarchen haben dabei kaum ihren ursprünglichen Zweck, die Förderung des russischen Reformprozesses, erfüllt. Die Ereignisse der russischen Krise, die den russischen Staat in seinen Grundfesten im Jahre 1998 erschütterten, haben das deutlich gezeigt.

Das in den letzten Jahren entstandene Vertrauensverhältnis zwischen Deutschland und Rußland hat international nur selten den Anschein eines Sonderverhältnisses erweckt. Die Regierung Kohl versuchte konsequent, den Eindruck zu verhindern, daß von Deutschland eine neue deutsch-russische Allianz im Stil von Rapallo oder des Hitler-Stalin-Paktes angestrebt werde. Die Rapallo-Politik sollte endgültig der Geschichte angehören, nicht aber zum Orientierungspunkt für die gegenwärtige Politik werden: So traf Jelzins Vorschlag, anläßlich des 75. Jahrestages von Rapallo im April 1997 eine strategische Partnerschaft zwischen Deutschland und Rußland zu begründen, in Bonn auf taube Ohren. Unter diesem Aspekt wird ebenfalls die ablehnende Haltung des Kanzlers zur Deutsch-Russisch-Französischen Troika verständlich, obwohl die Stoßrichtung dieses trilateralen Bündnisses nach russischer Ansicht eine „großeuropäische“ sein sollte.

## 1.5 Zwischenmenschliche Politik

Die periodisch ausgetauschten Prioritäten der russischen Außenpolitik bedingten ein stetiges Angleichen der deutschen Rußlandpolitik. Mal ermunternd, mal ernüchternd wurden russische Initiativen und Befindlichkeiten behandelt. Die eine Säule des stabilen deutsch-russischen Hauses, die Männerfreundschaft zwischen Kohl und Jelzin, hat dies in den neunziger Jahren erleichtert. Das erwiesenermaßen sehr enge Verhältnis zwischen Kohl und Jelzin bestimmte die Gestaltung der deutsch-russischen Beziehungen wesentlich. Kohl hat Jelzin in allen schwierigen Situationen der neunziger Jahre unterstützt: Putsch, Parlamentsauflösung, Tschetschenien-Krieg, im Wahlkampf 1996, in dem Jelzin anfangs keine Chancen zugesprochen wurden. Besonders Kohls Einmischung in den russischen Wahlkampf zugunsten Jelzins traf auf viel Kritik, da Deutschland somit den oppositionellen demokratischen Kräften in Rußland die internationale Anerkennung versagte, die sie im innerrussischen Wahlkampf gegen den übermächtigen Apparat des Präsidenten gestärkt hätte. Kohl hat dafür gesorgt, daß die Entscheidung über die NATO-Erweiterung noch zurückgestellt wurde, bis er mit Jelzin gesprochen und eine einvernehmliche Lösung gefunden hatte. Er reiste allein in dieser Zeit viermal in sechs Monaten nach Moskau.

Hier, wie auch in den anderen Bereichen der auswärtigen Politik, die Kohl vereinnahmt hatte, wurde ein starkes Standbein seiner Außenpolitik und insbesondere seiner Rußlandpolitik deutlich: informelle persönliche Kontakte. Daneben gehörten Glaubwürdigkeit der Zielsetzung und die Verlässlichkeit seiner Zusagen zu den Grundpfeilern. Nicht nur in der deutschen Rußlandpolitik war die politische Methode des Einzelgängers mit informellen persönlichen Kontakten Kohls Markenzeichen.<sup>1</sup> Ständige Kontakte auf höchster Ebene in privater Atmosphäre sind durch sein Wirken zum normalen Kommunikationsmittel der Außenpolitik geworden. Informationen tauschen dabei vor allem die Regierungschefs, weniger die Diplomaten, aus.

Kohls Interesse bestand nicht darin, die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland von den Sympathien ihrer Regierungschefs abhängig zu machen. Meist bezog sich die zwi-

---

<sup>1</sup> Ganz anders hatte beispielsweise Willi Brandt, der spröde Norddeutsche, agiert. Brandt schlug das Ansinnen Breschnews, die Vokabel *Freundschaft* in einem Kommuniké zu verwenden, aus. Außerdem ließ er in der Umgebung des Generalsekretärs verbreiten, daß er keine Umarmungen oder gar Küsse von Männern als Zeichen russischer Wertschätzung möge. Vgl. Egon Bahr: Zu meiner Zeit, S.414f.

schenmenschliche Politik des Bundeskanzlers auf den Zweck der Schaffung dauerhafter Strukturen. Dafür spricht die teilweise erfolgreiche Einbeziehung Rußlands in europäische Strukturen, die zu einem großen Teil dem Vertrauensverhältnis zwischen Kohl und Jelzin zu verdanken ist. Eine Konsequenz der personenorientierten Außenpolitik des Kanzlers war die positive Rückwirkung auf die deutsche wie die russische Innenpolitik. Kohl konnte seine Popularität im Inland steigern, indem er Kompetenz auf dem Feld der internationalen Beziehungen bewies. Wie stark deutsche Ratschläge und Argumente, vor allem die des Kanzlers, die russische Außen- und auch die Innenpolitik beeinflussten, zeigte die Episode um den Verfassungsbruch Jelzins und die gewaltsame Auflösung des Parlaments im Herbst 1993. Die vermittelnde Rolle Kohls zwischen Jelzin und den westlichen Regierungen kam einer Brückenfunktion zwischen Rußland und westlicher Welt gleich. Das verdeutlicht die besondere Rolle, die Deutschland in Europa und der Welt aus russischer Sicht zukommt.

Es scheint so, als ob die offiziellen deutsch-russischen Beziehungen in der Zeit der Männerfreundschaft zwischen Kohl und Jelzin hart genug geschmiedet wurden, um nach deren Ende ungebrochen weiterbestehen zu können. Nach der Bundestagswahl 1998 haben die deutsch-russischen Beziehungen ihre Prüfung bestanden: Ein neuer deutscher Kanzler hat nach den russischen Präsidentschaftswahlen im Jahre 2000 ein Vertrauensverhältnis zu einem neuen russischen Präsidenten aufgebaut.

Vielleicht wird vom neuen Kanzler die Lehre, die aus der Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen für die deutsche Rußlandpolitik gezogen werden kann, stärker beherzigt: Mit Rußland sollte man sich gut stellen, so eng wie möglich, und es gleichzeitig auf Abstand halten - und zwar so weit wie möglich.

## **2. Wie hat die deutsche Rußlandpolitik das deutsche Engagement im Baltikum von 1990 bis 1998 beeinflusst?**

Von verschiedensten Seiten wurde die Meinung geäußert, daß die deutsche Rußlandpolitik die Vertretung deutscher Interessen im Baltikum von 1990 bis 1998 beeinflusst hat. Diese Einschätzung von Repräsentanten der baltischen Staaten, von Journalisten, von ehemaligen deutschen Botschaftern im Baltikum und Mitarbeitern des Auswärtigen Amtes wurde durch die Verhaltensanalyse bestätigt: 1990 und 1991 wurden die Unabhängigkeitsbestrebungen der Balten zunächst nur zögerlich von Deutschland unterstützt. Priorität in dieser Zeit hatte der Status quo der deutsch-sowjetischen Beziehungen im Hinblick auf die deutsche Einheit. Nach dem Putsch in der Sowjetunion vom August 1991 wurden die baltischen Staaten dann sehr schnell anerkannt. Dabei setzte sich besonders Außenminister Genscher dafür ein, die Entwicklungen – und damit den Zerfall der Sowjetunion - unumkehrbar zu machen. Nach diesem entschlossenen Einsatz für die Unabhängigkeit der Balten im Zuge des Zusammenbruchs der Sowjetunion verringerte sich das deutsche Engagement im Laufe der neunziger Jahre. Die deutsch-russischen Beziehungen sollten nicht gestört werden. Dennoch wurde immer wieder der Versuch gemacht, das russisch-baltische Verhältnis zu verbessern. Bestrebungen der Balten nach Integration in internationale Organisationen wurden weiterhin unterstützt. Finanzielle Hilfen für die baltischen Staaten wurden vor allem im internationalen Kontext gewährt. Im Gegensatz dazu wurde Rußland von Deutschland massiv unterstützt. Deutsche Rußlandpolitik hatte im Kontext der Ostbeziehungen Priorität, die Balance hat sich zuungunsten des Baltikums verschoben. Im folgenden werden die Gründe dafür untersucht.

### **2.1 Historischer Bezug**

Um zum Kern des Problems vorzustoßen, ist eine historische Betrachtung hilfreich: Das Baltikum gehörte über Jahrhunderte zum Russischen Reich. Rußland hatte schon zuvor aus geopolitischen Gründen Interesse daran, das Baltikum seinem Reich einzuverleiben. Spätestens seitdem Peter der Große sein Land modernisieren und verwestlichen wollte,

wurde klar, daß das Baltikum die russische eurasische Landmasse von der Ostsee trennte. Damit war Rußland, das selbst keine eisfreien Häfen besitzt, der Zugang zur Ostsee verwehrt. Der wurde als Voraussetzung zur Beherrschung der Ostsee gesehen, die eine Chance bot, zur europäischen Großmacht aufzusteigen. Zudem wollte man an den Handelsströmen partizipieren, die durch die alten Hansestädte flossen. Durch die deutsche Eroberung des Baltikums und die Übernahme der lutherischen Reformation in den Livlanden – im Gebiet des heutigen Lettland und Estland – war das Baltikum einerseits Teil Mitteleuropas und des abendländischen Kulturkreises; andererseits wurde es von Rußland als Annex der eurasischen Landmasse betrachtet, dessen Besitz man ihm bis zu Zar Peter I. vorzuenthalten hatte. Rußland hingegen gehört geographisch zwar zu einem großen Teil zu Europa, aber nicht zum abendländischen Kulturkreis. Die baltischen Nationen waren durch den Jahrhunderte währenden Einfluß Deutschlands und Polens westlich-europäisch orientiert. Hier liegt die Ursache für das wechselvolle Schicksal des Baltikums: Kulturell ist es Teil des abendländischen Europas, geographisch liegt es zwischen der russischen Landmasse und der für Rußland lebenswichtigen Ostsee.

Die traditionell deutsche Einflußsphäre in Estland und Lettland wurde endgültig mit dem Hitler-Stalin-Pakt aufgegeben und dem sowjetischen Imperium überlassen. Die sich daraus ergebende historische Verantwortung Deutschlands im Baltikum wurde zu Beginn der neunziger Jahre sehr wohl wahrgenommen und spiegelte sich in der anfänglichen Unterstützung baltischer Unabhängigkeit wider.

## **2.2 Bi- und multilaterale Aspekte**

Die deutsche Unterstützung für das Baltikum kann nicht isoliert vom Kontext der deutschen weltweiten Außenpolitik betrachtet werden. In die Untersuchung der Gründe für ungleiche Gewichtung muß auch der Trend zur Multilateralisierung deutscher Außenpolitik mit einbezogen werden, die sich immer komplexer gestaltet. Für die deutsche Außenpolitik ist das Baltikum trotz der historischen Verantwortung nur ein Faktor unter vielen. Wie gezeigt, ist Rußland in Osteuropa der wichtigste Partner Deutschlands. Sicherheitspolitisch, wirtschaftlich und auch historisch ist das deutsch-russische Verhältnis viel lebendiger, wenn auch ambivalenter, als das deutsch-baltische, der deutschen Öffentlichkeit

nicht zuletzt durch die Existenz der Rußlanddeutschen immer wieder präsent gemacht.

Nachdem die deutsche Einheit erreicht und die grundlegenden bilateralen Probleme mit Rußland, vor allem der Truppenabzug, gelöst oder auf eine vertragliche Grundlage gestellt waren, hieß die Priorität in der deutschen Ostpolitik: Rußland muß in multinationale Organisationen eingebunden werden. Damit wurde die Verpflichtung Rußlands impliziert, völker- und menschenrechtliche Grundsätze anzuerkennen (OSZE-Charta) und einzuhalten. Folglich dürfte Rußland, so die Theorie, keine besonderen Interessensphären oder Einflußgebiete auf dem Territorium souveräner Staaten für sich in Anspruch nehmen. Doch Rußland hat vitale Interessen im Baltikum. Russische außenpolitische Eliten denken in Machtsphären und Einflußgebieten, geopolitisch orientierte Strategien werden präferiert, kooperatives Denken unterliegt. Wie gezeigt, ist das Baltikum wirtschaftlich und sicherheitspolitisch von großer Bedeutung für Rußland, außerdem existieren dort große russische Minderheiten. Realistische und pragmatische Politik muß das anerkennen.

Das wiederum bedeutet, daß deutsche Außenpolitik mit Zurückhaltung agieren muß, weil ansonsten in Rußland der Verdacht aufkommen könnte, daß Deutschland in dieser russischen Interessensphäre eine dominierende Rolle anstrebt. Aus diesem Grund wird deutsche Baltikumpolitik vor allem im multilateralen Rahmen realisiert. Deutschland darf nicht bedeutend mehr Initiative als andere Staaten in Bezug auf das Baltikum zeigen – der Rückgriff auf informelle Mittel bietet sich an.<sup>1</sup> Ein Beispiel dafür waren die informellen Gespräche deutscher Diplomaten mit den Balten, um den im Baltikum problematischeren Abzug der russischen Truppen zu unterstützen.

Deutschland hat die Balten nicht so offensiv unterstützt wie beispielsweise Dänemark und Schweden. Es hat eine eher zurückhaltende Rolle gespielt und sich in den nordischen Organisationen und Initiativen für die Balten eingesetzt. Diese Unterstützung wurde vor allem in kritischen Momenten geleistet, aber nicht stets. Die skandinavischen Staaten, denen von Rußland kein Interesse an einer Dominanz unterstellt wird, „dürfen“ ihre Interessen im Baltikum aktiv wahrnehmen. Also wurde deutsche Baltikumpolitik im multilateralen Rahmen initiativ. Hervorragendes Beispiel war hier die deutsch-dänische Gründung des Ostseerates, um im multilateralen Rahmen den Balten Unterstützung zu geben. Deutschland hat jedoch sein Gewicht nicht immer zugunsten der Balten in die Wagschale

---

<sup>1</sup> Der estnische Ministerpräsident Mart Laar hat im Interview mit dem Verfasser bestätigt, daß es eine sehr aktive informelle Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Estland gegeben hat.

geworfen. So setzte die Bundesregierung sich nicht so vehement wie Dänemark und Schweden für Lettland ein, obwohl die Europäische Kommission 1998 ein sehr gutes *rating* für die lettische Bewerbung um die EU-Aufnahme vergeben hatte. In der Folge erhielt Lettland in Wien keine Einladung zu Assoziationsverhandlungen mit der EU.<sup>1</sup>

Die Heranführung der Balten an die EU sollte erleichtert, dabei Rußland, dem keine Beitrittsperspektive eröffnet wurde, nicht isoliert werden. Zudem sollte der Verdacht vermieden werden, daß deutsche Interessensphären im Baltikum geschaffen würden, damit Rußland zunächst wenigstens der NATO-Erweiterung um Tschechien, Polen und Ungarn zustimmte.

Die deutsche Außenpolitik hat keine Aufweichung baltischer Souveränität zugelassen. Die baltische Souveränität wurde vorbehaltlos unterstützt. Es wurde auch das Recht der Balten auf freie Bündniswahl betont, aber die Durchsetzung dieses Rechts gegen erklärten russischen Willen schien unklug. Daraus läßt sich die eher abwartende deutsche Haltung zu einer Aufnahme der Balten in die NATO erklären. Zumal eine solche Entscheidung ohne die USA, die Führungsmacht der NATO, nicht gefällt werden kann. Die USA jedoch vermieden eine offene Konfrontation mit Rußland, da verschiedene bilaterale Themen russisches Wohlwollen erforderten. In den neunziger Jahren waren das etwa der Krieg in Jugoslawien sowie die Pläne zur Errichtung eines amerikanischen Raketenschutzschirmes. Aktuell ist die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung islamistischer Terroristen gefragt, die höhere Priorität als eine NATO-Mitgliedschaft der Balten genießt. Es ergab sich für die deutsche Außenpolitik also die Frage, ob man entweder den Antrag auf NATO-Mitgliedschaft der Balten unterstützen und dadurch Spannungen mit Rußland, vielleicht den Beginn eines neuen Kalten Krieges riskieren sollte; oder ob man statt dessen unter Beibehaltung fester Positionen zurückhaltend agiert und durch konstruktive Zusammenarbeit mit Rußland und Unterstützung seiner Reformprozesse auf einen allmählichen Wandel zur Demokratie hinarbeitet – in der Hoffnung: Je demokratischer Rußland ist, desto weniger imperialistisch und aggressiv wird seine Außenpolitik sein. Die deutsche Außenpolitik hat sich schnell für letztere Option entschieden.

Die Heranführung der baltischen Staaten an die EU wurde zunächst gefördert. Eine EU-Mitgliedschaft kann zwar nur eine „weiche Sicherheit“ gewähren, wurde aber von den Bal-

---

<sup>1</sup> Vgl. Atis Lejinš: The Baltic States, Germany and the United States, in: Sven Arnswald/ Marcus Wenig (Hrsg.): German and American Policies towards the Baltic States, Baden-Baden 2000, S.57-62, hier: S.59.

ten selbst als vorläufiges Substitut für eine NATO-Mitgliedschaft akzeptiert. Die Aufnahme eines Landes in die EU ist abhängig davon, ob die Grenz- und Minderheitenprobleme gelöst sind. Unter dieser Prämisse wird die Intention der russischen Propaganda deutlich: Obwohl offizielle Kommissionen von OSZE und EU wiederholt versichert haben, daß keinerlei Menschenrechtsverletzungen vorlagen, wurde der Vorwurf der Menschenrechtsverletzungen von russischen Politikern gebetsmühlenartig wiederholt. Die Propaganda galt einerseits der innenpolitischen Besänftigung extremistischer und nationalistischer Tendenzen, sollte andererseits den Beginn von Verhandlungen zur EU-Mitgliedschaft der Balten möglichst verzögern. Denn eine Aufnahme in die EU würde den Balten nicht nur die „weiche Sicherheit“ für den Erhalt ihrer Souveränität gewähren, sondern ebenfalls eine Diversifizierung der baltischen Wirtschaft fördern, was die Abhängigkeit der Balten von Rußland und damit dessen Druckmittel, eben wirtschaftlichen Einfluß, weiter schwächen würde. Hier hat sich wieder der Grundsatz bestätigt, daß Kleinstaaten in ihrer Außenpolitik von den innenpolitischen Konjunkturen ihrer großen Nachbarn abhängig sind.

Die deutsche Position zur Aufnahme der Balten in die EU muß im gesamteuropäischen Kontext gesehen werden. Frankreich sorgt sich um einen übermäßigen deutschen Einfluß in Osteuropa. Die Südeuropäer fürchten, daß sie von Empfängern von EU-Subventionen zu Netto-Zahlern werden könnten oder die Zuwendungen zumindest mit den armen östlichen Neulingen teilen müßten.

### **2.3 Der persönliche Faktor**

Wie im Rahmen dieser Arbeit bereits angemerkt, äußerten baltische Politiker, allen voran Lennart Meri, mehrfach die Ansicht, daß von Deutschland zu wenig symbolische und materielle Unterstützung für das Baltikum geleistet wurde. Wie der FAZ-Korrespondent Jasper von Altenbockum schrieb, fühlten sich die Balten auf der politischen Bühne von Deutschland abgekanzelt, geradezu „abgekanzelt“. Bundeskanzler Kohl reiste nie zum Staatsbesuch ins Baltikum. Von einem der Interviewpartner des Verfassers kam folgender Gedanke: Hätte Kohl die baltischen Republiken besucht und einen persönlichen Eindruck von der Allgegenwart deutscher Geschichte und Kultur gewonnen, hätte sein Engagement in der Baltikumpolitik vielleicht anders ausgesehen. Nun hat Helmut Kohl als katholischer

Rheinländer sicher keinen so engen persönlichen Bezug zur hanseatisch-protestantischen Kultur der baltischen Republiken, wie ein Norddeutscher, der sich bei einer Tour durch Riga oder Tallinn fast in heimischen Gefilden wähnt. Mangelndes Interesse des Bundeskanzlers am Baltikum führte auch dazu, daß die Initiative in der Baltikumpolitik – dem allgemeinen Trend der Kompetenzverlagerung widersprechend – nicht vom Bundeskanzleramt ergriffen wurde, sondern Sache des Auswärtigen Amtes blieb.<sup>1</sup> Außenminister Genscher, obwohl er das Baltikum zuvor nicht kannte, hat ein emotionales Verhältnis zu den drei kleinen Staaten entwickelt und sich von Anfang an für die Integration der Balten in internationale Organisationen stark gemacht. Sein Nachfolger Kinkel hatte keine so persönliche Bindung wie Genscher.

Daß es durchaus möglich gewesen wäre, schon in den neunziger Jahren mit subtilen diplomatischen Mitteln ein deutliches Zeichen der Sympathie für die Balten einerseits und der Rücksichtnahme auf russische Empfindsamkeit andererseits zu setzen, zeigte Schröder mit seiner Reise ins Baltikum. Mit diplomatischer Feinheit wurde sein Aufenthalt zwar ausdrücklich als *offizieller Besuch*, aber eben nicht als *offizieller Staatsbesuch* deklariert. So fühlten sich alle Seiten geschmeichelt: die Balten empfangen einen schon lange erwarteten deutschen Bundeskanzler, die Russen waren ebenfalls zufrieden, denn offizielle deutsche Staatsbesuche, die gibt es ausschließlich für Moskau.

---

<sup>1</sup> So der Botschafter Hagen Graf Lambsdorff im Interview mit dem Verfasser.

## VIII. Bibliographie

### 1. Monographien

**Albert**, Mathias: Fallen der Weltordnung. Internationale Beziehungen und ihre Theorien zwischen Moderne und Postmoderne, Opladen 1996.

**Arnold**, Hans: Deutschlands Größe. Deutsche Außenpolitik zwischen Macht und Mangel, München 1995.

**Auswärtiges Amt** (Hrsg.): Deutsche Außenpolitik nach der Einheit 1990-1993. Eine Dokumentation, Meckenheim 1994.

**Bahr**, Egon: Deutsche Interessen. Streitschrift zu Macht, Sicherheit und Außenpolitik, München 1998.

**Bahr**, Egon: Zu meiner Zeit, München 1998.

**Baratta**, Mario von und **Clauss**, Jan Ulrich: Fischer Weltalmanach der internationalen Organisationen, Frankfurt/Main 1995.

**Bierling**, Stephan: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Normen, Akteure, Entscheidungen, München 1999.

**Brzezinski**, Zbigniew: Die einzige Weltmacht, Berlin 1997.

**Butenschön**, Marianna: Estland, Lettland, Litauen. Das Baltikum auf dem langen Weg in die Freiheit, München 1992.

**Conze**, Werner: Das deutsch-russische Verhältnis im Wandel der modernen Welt, Göttingen 1967.

**Czempiel**, Ernst-Otto: Kluge Macht. Außenpolitik für das 21. Jahrhundert, München 1999.

**Dirlmeier**, Ulf u.a.(Hrsg.): Kleine deutsche Geschichte, Stuttgart 1995.

**Dobler**, Wolfgang: Außenpolitik und öffentliche Meinung, Frankfurt/Main 1989.

**Dollinger**, Hans: Von Lenin bis Gorbatschow. Die deutsch-sowjetischen Beziehungen, Recklinghausen 1991.

- Dougherty**, James E. und **Pfaltzgraff**, Robert H.: Contending Theories of International Relations. A Comprehensive Survey, New York 1990.
- Dralle**, Lothar: Von der Sowjetunion lernen. Zur Geschichte der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, Berlin 1993.
- Ebeling**, Frank: Karl Haushofer und seine Raumwissenschaft 1919-45, Berlin 1994.
- Fuchs**, Stephan: „Dreiecksverhältnisse sind immer kompliziert“. Kissinger, Bahr und die Ostpolitik, Hamburg 1999.
- Gall**, Lothar: Bismarck. Der weiße Revolutionär, Frankfurt/Main 1983.
- Genscher**, Hans-Dietrich: Erinnerungen, Berlin 1995
- Geyr**, Heinz: Einheit und Zerfall. Deutschland und die Sowjetunion im Gegenlauf der Geschichte, Hamburg 1993.
- Goehrke**, Carsten u.a.(Hrsg.): Rußland, Frankfurt am Main 1973.
- Groehler**, Olaf: Selbstmörderische Allianz. Deutsch-russische Militärbeziehungen 1920-1940, Berlin 1992.
- Hacker**, Jens: Integration und Verantwortung. Deutschland als europäischer Sicherheitspartner, Bonn 1995.
- Haller**, Johannes: Deutschland und Rußland, Tübingen 1915.
- Hamel**, Christine: Sankt Petersburg, Nürnberg 1993.
- Hasselblatt**, Cornelius: Minderheitenpolitik in Estland. Rechtsentwicklung und Rechtswirklichkeit 1918-1995, Hamburg 1996.
- Hehn**, Victor: De moribus Ruthenorum. Zur Charakteristik der russischen Volksseele, Stuttgart 1892.
- Hiden**, John: The Baltic States and Weimar Ostpolitik, Cambridge 1987.
- Huyn**, Hans Graf: Der Moskauer Vertrag vom 12. August 1970. Ein Triumph des Kreml, Leer 1970.
- Informationszentrum Baltische Staaten e.V. (Hrsg.)**: Handbuch Baltikum-Kontakte. Institutionen, Projekte, Initiativen zu und in Estland, Lettland, Litauen, Osnabrück 1997.
- Institut für Weltwirtschaft Kiel (Hrsg.)**: Die wirtschaftliche Lage Rußlands, Tübingen

1999.

**Jelzin**, Boris: Das Tagebuch des Präsidenten, Berlin 1994.

**Jelzin**, Boris: Mitternachtstagebuch. Meine Jahre im Kreml, Berlin 2000.

**Juhasz**, Zoltan: Außenpolitische Denkbilder, Hamburg 1996.

**Kaiser**, Karl und **Maull**, Hanns W.: Deutschlands neue Außenpolitik. Grundlagen, München 1994.

**Kastl**, Jörg: Am straffen Zügel. Bismarcks Botschafter in Rußland, München 1994.

**Karlsch**, Rainer: Allein bezahlt? Die Reparationsleistungen der SBZ/DDR 1945-53, Berlin 1993.

**Korte**, Karl-Rudolf: Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982-1989, Stuttgart 1998.

**Kost**, Karl: Die Einflüsse der Geopolitik auf Forschung und Theorie der Politischen Geographie von ihren Anfängen bis 1945. Ein Beitrag zur Wissenschaftsgeschichte der Politischen Geographie, Bonn 1988.

**Krause**, Joachim und **Rahr**, Alexander: Russia's New Foreign Policy, Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Bonn 1995.

**Kwizinskij**, Julij A.: Vor dem Sturm. Erinnerungen eines Diplomaten, Berlin 1993.

**Lacoste**, Yves: Geographie und politisches Handeln, Berlin 1990.

**Lappenküper**, Ulrich: Die Mission Radowitz. Untersuchungen zur Rußlandpolitik Otto von Bismarcks, Göttingen 1988.

**Laqueur**, Walter: Deutschland und Rußland, London 1965.

**Leonhard**, Wolfgang: Der Schock des Hitler-Stalin-Paktes, München 1989.

**Lukas**, Tönis: Estland auf dem Weg aus der totalitären Vergangenheit zurück nach Europa, Discussion Paper des Zentrums für Europäische Integrationsforschung, Bonn 1998.

**List**, Martin; Behrens, Maria; Reichhardt, Wolfgang; Simonis, Georg: Internationale Politik. Probleme und Grundbegriffe, Opladen 1995.

**Löwenthal**, Richard: Vom kalten Krieg zur Ostpolitik, Stuttgart 1974.

**Mackensen**, Lutz: Ursprung der Wörter. Etymologisches Wörterbuch der deutschen Sprache, Wiesbaden 1985.

- Mattisen**, Edgar: Searching for a dignified Compromise. The Estonian-Russian Border 1000 years, Tartu 1996.
- Meissner**, Boris (Hrsg.): Die baltischen Nationen, Köln 1990.
- Maoz**, Zeev: National Choices and International Processes, Cambridge 1990.
- Morgenthau**, Hans J.: Macht und Frieden. Grundlegung einer Theorie der internationalen Politik, Gütersloh 1963.
- Nohlen**, Dieter: Wörterbuch Staat und Politik, Bonn 1995.
- Pawlow**, Nikolai: Die deutsche Vereinigung aus sowjetisch-russischer Perspektive, Frankfurt/Main 1996.
- Pfetsch**, Frank R.: Die Außenpolitik der Bundesrepublik 1949-1992, München 1993.
- Pogorelskaja**, Swetlana W.: Die politischen Stiftungen in der deutschen Außenpolitik, Bonn 1997.
- Riese**, Michaela und Hans-Peter: Moskauer Machtspiele. Wer regiert Rußland?, Berlin 1997.
- Rühl**, Lothar: Deutschland als europäische Macht, Bonn 1996.
- Scheck**, Werner: Geschichte Rußlands, München 1980.
- Schlögel**, Karl: Berlin Ostbahnhof Europas. Russen und Deutsche in ihrem Jahrhundert, Berlin 1998.
- Schmedt**, Claudia: Russische Außenpolitik unter Jelzin. Internationale und innerstaatliche Einflußfaktoren außenpolitischen Wandels, Frankfurt/Main 1997.
- Schmid**, Ulrich: Gnadenlose Bruderschaften. Aufstieg der russischen Mafia, Paderborn 1996.
- Schwarz**, Henning: Die verfassungsgerichtliche Kontrolle der Außen- und Sicherheitspolitik. Ein Verfassungsvergleich Deutschland-USA, Berlin 1995.
- Spanger**, Joachim: Rußland und der Westen. Von der strategischen Partnerschaft zur Strategie der Partnerschaft, Frankfurt/ Main 1998.
- Staack**, Michael: Handelsstaat Deutschland. Deutsche Außenpolitik in einem neuen internationalen System, Paderborn 2000.
- Stent**, Angela: Rivalen des Jahrhunderts. Deutschland und Rußland im neuen Europa,

Berlin 2000.

**Stökl**, Günther: Russische Geschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 1997.

**Toynbee**, Arnold J.: Kultur am Scheidewege, Frankfurt /Main 1958.

**Trautmann**, Ljuba: Rußland zwischen Diktatur und Demokratie. Die Krise der Reformpolitik seit 1993, Baden-Baden 1995.

**Vertzberger**, Jakoov: The world in their minds. Information Processing, Cognition and Perception in Foreign Policy Decision-Making, Stanford 1990.

**Wagensohn**, Tanja: Von Gorbatschow zu Jelzin. Moskaus Deutschlandpolitik im Wandel, Baden-Baden 2000.

**Wagner**, Claudia: Rußlands Kriege in Tschetschenien. Politische Transformation und militärische Gewalt, Münster 2000.

**Wallander**, Celeste A.: Mortal Friends, Best Enemies. Russian-German Cooperation after the Cold War, Ithaca/London 1999.

**Weber**, Max: Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen 1972.

**Wegner-Korfes**, Sigrid: Otto von Bismarck und Rußland, Berlin 1990.

**Weller**, Christoph: Die öffentliche Meinung in der Außenpolitik. Eine konstruktivistische Perspektive, Wiesbaden 2000.

**Westphal**, Kirsten: Hegemon statt Partner – Rußlands Politik gegenüber dem „nahen Ausland“, Osteuropa, Bd. 7, Münster 1996.

## 2. Aufsätze

**Affanassjewskij**, Nikolaj: Die OSZE – Gegenwart und Zukunft der europäischen Sicherheit, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (Hrsg.): OSZE-Jahrbuch 1998. Baden-Baden 1998, S.53-61.

**Alexandrova**, Olga und **Vogel**, Heinrich: Russlands Politik gegenüber dem 'nahen Ausland', in: *Europa-Archiv*, 5/1994, S.132-140.

**Baranowskij**, Wladimir G.: Rußland und die Europäische Union, in: Hans-Joachim Spanger (Hrsg.): Rußland und der Westen, Frankfurt/Main 1998, S.239-253.

**Baur**, Johannes: Russische Außen- und Sicherheitspolitik: Entwicklungen und Tendenzen, in: *Osteuropa* 3/99, S.241-255.

**Bergsträsser**, Arnold: Auswärtige Politik, in Herder Staatslexikon, Band 1, Freiburg o.J.

**Brecher**, Michael/ **Steinberg**, Blema/ **Stein**, Janice: A Framework for Research on Foreign Policy Behavior, in: *Journal of Conflict Resolution* Nr.13, S.75-110.

**Chandler**, William M.: Deutschland: Noch immer Europas gezähmter Riese?, in: *Politische Studien*, Heft 368, Nov./Dez. 1999, S.33-53.

**Clement**, Hermann: Rußland als Wirtschaftspartner, in: Hans-Joachim Spanger (Hrsg.): Rußland und der Westen, Frankfurt/Main 1998, S.106-125.

**Engerer**, Hella; Opitz, Petra; Hirschhausen, Christian: Russische Energiewirtschaft nach der Finanzkrise, DIW-Wochenbericht 22/1999, <http://www.diw-berlin.de>.

**Engels**, Friedrich: Soziales aus Rußland, in: Marx/Engels: Ausgewählte Werke, Band IV, Berlin 1982, S.337-375.

**Faulenbach**, Bernd: Die SED-Diktatur in der DDR, in: Ludger Kühnhardt/ Alexander Tschubarjan (Hrsg.): Rußland und Deutschland auf dem Weg zum antitotalitären Konsens, Baden-Baden 1999, S.127-142.

**Faurby**, Ib: Baltic Security: Problems and Policies since Independence, in: Nikolaj Petersen (Hrsg.): *The Baltic States in International Politics*, Kopenhagen 1993, S.51-83.

**Fjodorow**, Gennadij: Kaliningrad – eine russische Exklave innerhalb der EU, Analyse des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln 1999.

**Garleff**, Michael: Die Deutschbalten als nationale Minderheit in den unabhängigen Staaten Estland und Lettland, in: Gert von **Pistohlkors** (Hrsg.): Deutsche Geschichte im Osten Europas. Baltische Länder, Berlin 1994, S.452-550.

**Garleff**, Michael: Deutschbalten zwischen den Kulturen, in: Mechthild Keller (Hrsg.): Russen und Rußland aus deutscher Sicht. 19./20. Jahrhundert: Von der Bismarckzeit bis zum Ersten Weltkrieg, S. 427-481.

**Genscher**, Hans-Dietrich: Auf dem Weg in die Europäische Union: Europa – ungeteilt, in: Frank Ronge (Hrsg.): Die baltischen Staaten auf dem Weg in die EU, Bonn 1998, S.37-46.

**Götz**, Roland: Von der Abwertung des Rubels zum Macht-, Programm- und Politikwechsel in Rußland, in: Osteuropa Nr.1/99, S.3-15.

**Groß-Jütte**, Annemarie: Die Region Kaliningrad/Königsberg: Chance oder Gefahrenherd im Ostseeraum?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr.18-19/1994, S.32-44.

**Hacke**, Christian: Die neue Bedeutung des nationalen Interesses für die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Aus Politik und Zeitgeschichte, 1-2/1997, S.3-14.

**Hacker**, Jens: Die Ostpolitik der konservativ-liberalen Bundesregierung seit dem Regierungsantritt 1982, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 14/1994.

**Haftendorn**, Helga: Theorien der Internationalen Beziehungen, in: Rittberger, Volker(Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen. PVS Sonderheft Nr.21, Opladen 1990.

**Hecker**, Hans: Rußland und Europa im Mittelalter, in: Keller, Mechthild (Hrsg.), Russen und Rußland aus deutscher Sicht vom 9.-17.Jahrhundert, München 1985, S.35-53.

**Hishow**, Ognian: Der Staatsbankrott Rußlands, in: Osteuropa Nr.3/99, S.657-670.

**Höhmann**, Hans-Hermann und **Meier**, Christian: Rußland, Gipfel der Acht und internationale Wirtschaftsorganisationen, in: Außenpolitik, Nr.IV/1998, S.335-345.

**Höhmann**, Hans-Hermann und **Meier**, Christian: Deutsch-russische Wirtschaftsbeziehungen: Bilanz und Perspektiven, in: Außenpolitik, Nr.I/95, S.51-59.

**Hübner**, Eckhard: Das Fürstentum Lübeck, Schleswig-Holstein und die nordeuropäische Politik im 18.Jahrhundert, in: Lohmeier, Dieter(Hrsg.): Kiel – Eutin – St.Petersburg. Die Verbindung zwischen dem Haus Holstein-Gottorf und dem russischen Zarenhaus im 18.Jhdt., Heide 1987.

- Huldt**, Bo: „The changing strategic setting: Importance to Russia“, in: NATO`s Nations and Partners for Peace, Special Issue 1999, S.14-16.
- Ischinger**, Wolfgang: The Future of the Baltic States: A German Perspective, in: Sven Arnswald/ Marcus Wenig (Hrsg.): German and American Policies towards the Baltic States, S.99-103.
- Jaworski**, R.: Osteuropa als Gegenstand historischer Stereotypenforschung, in: Geschichte und Gesellschaft, Band 13, 1987, S.63-74.
- Kindermann**, Gottfried-Karl: Internationale Politik in Theorie, Analyse und Praxis, in: Kindermann, Karl-Gottfried: Grundelemente der Weltpolitik, München 1986, S.59-106.
- Klug**, Ekkehard: Das „asiatische“ Rußland. Über die Entstehung eines europäischen Vorurteils, in: Historische Zeitschrift, Band 2, 1987, S.265-289.
- Kohl**, Helmut: Rußlanddeutsche - ein Gewinn für unser Vaterland, Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 25.6.1998.
- Kohl**, Helmut: Zehn-Punkte-Programm, in: Europa-Archiv 24/1989, S.728-734.
- Kohl**, Helmut: Regierungserklärung vom 3.Oktober 1990, in: Deutsche Außenpolitik 1990/91, S.215-222.
- Kosyrew**, Andreij: Das neue Rußland und das Atlantische Bündnis, in: NATO-Brief Nr.1/1993, S.3-6.
- Krause**, Joachim: Streit um Raketenabwehr, in: Osteuropa, Nr.3/2000, S.37-42.
- Kreile**, Michael: Verantwortung und Interesse in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik, Aus Politik und Zeitgeschichte, 5/1996, S.3-11.
- Lange**, Peer H.: Europäische Sicherheit im Ostseeraum – zwischen Rußland und Westeuropa, in: Boris Meissner, Dietrich A. Loeber, Cornelius Hasselblatt (Hrsg.): Die Außenpolitik der baltischen Staaten und die internationalen Beziehungen im Ostseeraum, Hamburg 1994, S.236-254.
- Lejinš**, Atis: Latvia, in: Axel Krohn (Hrsg.): The Baltic Sea Region, Baden-Baden 1996, S.40-60.
- Lejinš**, Atis: The Baltic States, Germany and the United States, in: Sven Arnswald/ Marcus Wenig (Hrsg.): German and American Policies towards the Baltic States, Baden-Baden 2000, S.57-62.

**Leutrum**, Nortwin Graf: Das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zur baltischen Region, in: Boris Meissner, Dietrich A. Loeber, Cornelius Hasselblatt (Hrsg.): Die Außenpolitik der baltischen Staaten und die internationalen Beziehungen im Ostseeraum, Hamburg 1994, S.358-367.

**Liszkowski**, Uwe: Adam Olearius' Beschreibung des Moskauer Reiches, in: Mechthild Keller (Hrsg.): Russen und Rußland aus deutscher Sicht. 9. - 17. Jahrhundert. München 1985, S.223-247.

**Lodahl**, Maria: Russland. Demographische Probleme belasten Wirtschaft, DIW-Wochenbericht 30/2000, <http://www.diw-berlin.de>.

**Mangold**, Klaus: Wirtschaftsfaktor Rußland. Die deutsche Wirtschaft hat Anlaß zur Hoffnung, in: Internationale Politik, Nr.5/2000, S.1-6.

**Modrow**, Hans: Für Deutschland, einig Vaterland. Konzeption für den Weg zu einem einheitlichen Deutschland vom 1. Februar 1990, in: Ingo von Münch (Hrsg.): Dokumente zur Wiedervereinigung Deutschlands, Stuttgart 1991, S.79-81.

**Pawlow**, Nicolaj V.: Zur Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 52-53/1992.

**Peters**, Ingo: Vom „Scheinzweig“ zum „Scheinriesen“ – deutsche Außenpolitik in der Analyse, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, Nr.4/1997, S.362-388.

**Pfeiler**, Wolfgang: Kann Rußland europäisch werden? in: Die politische Meinung, Nr. 362/ Januar 2000, S.23-28.

**Pistohlkors**, Gerd von: Die historischen Voraussetzungen für die Entstehung der drei baltischen Staaten , in: Boris Meissner (Hrsg.): Die baltischen Nationen, Köln 1990, S.11-51.

**Reulecke**, Jürgen: Die Zeit der Weltkriege, in: Ulrich Hermann (Hrsg.): Kleine deutsche Geschichte, Stuttgart 1995, S.323-382.

**Risse-Kappen**, Thomas: Anti-Nuclear and Pro-Detente? The Transformation of the West German Security Debate, in: Rattinger, Hans / Munton, Don (Hrsg.): Debating National Security. The Public Dimension, Frankfurt/Main 1991, S.269-299.

**Salmin**, Arkadi M.: Rossija, Evropa i novyi mirovoj porjadok, in Polis, 2/1999, S.10-31.

**Samorodni**, Oleg: The German Presence in Estonia an Latvia after the restoration of independence in the baltic countries, in: The foreign Policies of the Baltic Countries: Basic

Issues, Tampere 1994, S.135-147.

**Schewardnadse**, Eduard: Genschers Leistung ist ein Vermächtnis für die Zukunft, in: Auswärtiges Amt (Hrsg.): Deutsche Außenpolitik nach der Einheit 1990-1993. Eine Dokumentation, Meckenheim 1994, S.156f.

**Schilling**, Walter: Rußlands Militärmacht, in: Internationale Politik, Nr.5/2000, S.25-28.

**Schlau**, Wilfried: Die Deutschbalten im 20.Jahrhundert, in: Hans Rothe (Hrsg.): Deutsche im Nordosten Europas, Köln 1991, S.213-236.

**Schneider**, Eberhard: Jewgenij Primakow - der neue russische Außenminister, Osteuropa 4/1995, S.392f.

**Scholz**, Friedrich: Die Entstehung eines einheimischen Schrifttums und die Anfänge einer schönen Literatur in der Region des Baltikums als Resultat der Symbiose zwischen Balten und Deutschen, in: Hans Hecker und Silke Spieler (Hrsg.): Deutsche, Slawen und Balten. Aspekte des Zusammenlebens im Osten des Deutschen Reiches und in Ostmitteleuropa, S.41-54.

**Silde**, Adolfs: Die Entwicklung der Republik Lettland, in: Boris Meissner (Hrsg.): Die baltischen Nationen, Köln 1990, S.63-74.

**Simon**, Gerhard: Rußland und die Grenzen Europas, in: Osteuropa, 11/12, 1999.

**Sivkovka**, Veronika: Zur Alltagskorruption in Rußland, Osteuropa-Archiv, 1/1999.

**Spiegeleire**, Stephan de: Gullivers Fäden: Die russischen Regionen und die Außen- und Sicherheitspolitik der Russischen Föderation, in: Hans-Joachim Spanger (Hrsg.): Rußland und der Westen. Von der „strategischen Partnerschaft“ zur „Strategie der Partnerschaft“, Frankfurt 1998, S. 150-176.

**Stern**, Klaus: Das völkerrechtliche Vertragsgeflecht zur Wiedererlangung der deutschen Souveränität, in: Klaus Stern und Bruno Schmidt-Bleibtreu: Zwei-plus-Vier-Vertrag, München 1991, S. 3-41.

**Stürmer**, Michael: Deutsche Interessen, in: Karl Kaiser und Hanns Maull (Hrsg.): Deutschlands neue Außenpolitik. Grundlagen, München 1994, S.39-61.

**Tiller**, Heinrich und **Umbach**, Frank: Kontinuität der russischen Streitkräfte unter Jelzin. Gefangene zwischen Vergangenheit und Zukunft, Bericht des BIOst Nr.52/1994.

**Timmermann**, Heinz: Das neue Rußland, Europa und das vereinigte Deutschland, in:

Faulenbach, Bernd (Hrsg.): Diktatur und Emanzipation. Zur russischen und deutschen Entwicklung 1917-1991, Koblenz 1993, S.183-203.

**Timmermann**, Heinz: Rußlands Außenpolitik. Die europäische Dimension, in: Osteuropa, 6/95, S.495-508.

**Timmermann**, Heinz: Konstanten in der russischen Außenpolitik. Orientierungsprobleme, Denkschulen, Prioritäten, in: Gegenwartskunde 4/1993, S.433-444.

**Timmermann**, Heinz: Rußland: Strategischer Partner der Europäischen Union?, in: Osteuropa, 10/99, S.991-1009.

**Thurnherr**, Walter: Von der Partnerschaft mit dem Westen zur neuen Realpolitik, in: Osteuropa, 4/95, S.420-429.

**Trenin**, Dmitri V.: Russian-Baltic Relations: Prospects and Risks, in: Sven Arnswald/Marcus Wenig (Hrsg.): German and American Policies towards the Baltic States, Bonn 2000, S.63-68.

**Tschepurenko**, Alexander: Russisches Deutschland-Bild: Prämisse der russischen Deutschlandpolitik, in: Außenpolitik, Nr.11/1997, S.117-122.

**Uibopuu**, Henn-Jüri: Die Entwicklung des Freistaates Estland, in: Boris Meissner (Hrsg.): Die baltischen Nationen, Köln 1990, S.52-62.

**Uibopuu**, Henn-Jüri: Estland pocht auf seine Eigenständigkeit, in: Boris Meissner (Hrsg.): Die baltischen Nationen, Köln 1990, S.110-130.

**Visuri**, Pekka: Die Sicherheitslage der baltischen Staaten. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 4, 1997.

**Weber**, Bernd M.: Auswirkungen von Spannungen im Ostseeraum auf die Militärpolitik der Anrainerstaaten, in: Boris Meissner, Dietrich A. Loeber, Cornelius Hasselblatt (Hrsg.): Die Außenpolitik der baltischen Staaten und die internationalen Beziehungen im Ostseeraum, Hamburg 1994, S.203-227.

### 3. Zeitungsartikel

**Achtamsjan**, Abdulchan: „Zu den deutsch-russischen Beziehungen“, Fernseh/Hörfunkspiegel Ausland vom 13.1.1997.

**Adam**, Werner: „Jelzin fordert Gorbatschow heraus“, FAZ vom 17.1.1991.

**Adam**, Werner: „Aufs neue die alten Rätsel“, FAZ vom 26.6.1998.

**Altenbockum**, Jasper von: „Die Propheten Moskaus erfüllen ihre Vorhersagen immer noch selbst“, FAZ vom 18.3.1991.

**Altenbockum**, Jasper von: „Ein Ostsee-Slum“, FAZ vom 24.6.1998.

**Altenbockum**, Jasper von: „Noch immer mit Gebieter-Attitüde“, FAZ vom 14.4.1998.

**Altenbockum**, Jasper von: „Oase der Stabilität“, FAZ vom 23.4.1999.

**Altenbockum**, Jasper von: „Schaut her, Deutschland achtet auf diese Staaten“, FAZ vom 21.5.1999.

**Altenbockum**, Jasper von: „Finnland will ein Geschenk des Himmels endlich auspacken“, FAZ vom 12.11.1999.

**Altenbockum**, Jasper von: „Pilotprojekt Königsberg“, FAZ vom 1.4.2000.

**Bacia**, Horst: „Außenpolitik mit vielen Stimmen“, FAZ vom 29.5.1995.

**Bannas**, Günter: „Der klassische Konflikt zwischen Kanzleramt und Auswärtigem Amt“, FAZ vom 18.5.2001.

**Bannas**, Günter: „Ein Kanzlerberater gilt mehr, als seine Besoldungsstufe verrät“, FAZ vom 19.5.2001.

**Bergdoll**, Udo: „Wie Kohl den Gast mit physischem Druck zum Reden zwang“, SZ vom 23.11.1991.

**Bergdoll**, Udo: „Ein Außenminister auf Abruf“, SZ vom 25.6.1996.

**Bergdoll**, Udo: Bonn: Zerwürfnis zwischen Kinkel und Kanzleramt, SZ vom 10./11.6.1998.

**Bowkun**, E.: „Reschenje prinjato: Germanskaja stoliza pereshajet“, Iswestija vom 18.6.1991.

**Buchsteiner**, Jochen: „Das Ende einer Erfolgsstory“, Die Zeit vom 9.7.1998.

**Busse**, Nikolas: „Altes Denken im neuen Rußland“, FAZ vom 9.5.2000.

**Busse**, Nikolas: „Berlin blickt auf das Baltikum“, FAZ vom 6.7.2001.

**Clausen**, Sven O.: „Kraftwerk für Europa“, Die Zeit vom 2.7.1998.

**Conrad**, Bernt: „Kinkel im Spagat zwischen Moral und Reapolitik“, Die Welt vom 18.1.1995.

**Der Spiegel**: „Die Hoffnung heißt Germanija“, Nr.30/1990, S.18-21.

**Der Spiegel**: „Drache mit fünf Köpfen“, Der Spiegel, Nr.25/1991.

**Der Spiegel**: „An sich gutwillig“, Der Spiegel, Nr.28/1991.

**Der Spiegel**: „In der Teufelsfalle“, Der Spiegel, Nr.11/1993.

**Der Spiegel**: „Jelzin-Besuch“, Der Spiegel, Nr.19/1994.

**Der Spiegel**: „Gute Nacht. Hände hoch!“, Der Spiegel, Nr.19/1994.

**Der Spiegel**: „Neuer Kalter Krieg?“, Der Spiegel, Nr.50/1994.

**Der Spiegel**: „Depp vom Dienst“, Der Spiegel, Nr.9/1995.

**Der Spiegel**: „Bittere Gefühle“, in: Der Spiegel, 18/1995.

**Der Spiegel**: „Das Pendel schwingt zurück“, Der Spiegel, Nr.8/1996.

**Der Spiegel**: „Eine verdammte Lüge“, Der Spiegel, Nr.29/1996.

**Der Spiegel**: „Helmut im Glück“, Nr.24/1998.

**Der Spiegel**: „Die Bettelzeit ist vorbei“, Der Spiegel, Nr.24/1998.

**Der Spiegel**: „Donnergrollen über Moskau“, Der Spiegel, Nr.24/1998.

**Der Spiegel**: „Verband für Kohl“, Der Spiegel, Nr.25/1998.

**Der Spiegel**: „Rußland ist unberechenbar“, Interview mit Vaira Vike-Freiberga in: Der Spiegel, Nr.22/2000.

**Die Welt**: „Jelzin plädiert für die Auslieferung Honeckers“, Die Welt vom 11.9.1991.

**Die Welt**: „Kinkel fühlt sich von Fjodorow hintergangen“, Die Welt vom 30.10.1991.

**Die Welt**: „Opposition kritisiert Kohl-Reise nach Moskau“, Die Welt vom 19. 2.1996.

**Die Welt**: „Koalition in Riga zerbricht an der Krise mit Moskau“, Die Welt vom 11.4.1998.

**Die Woche:** „Rußland: Die neue Angst der Deutschen“, Die Woche vom 13.1.1994.

**Die Zeit:** „Russische Ängste vor der NATO“, Die Zeit vom 10.5.1996.

**Dorner, Jens P.:** „Nur noch Machtpolitiker“, Handelsblatt vom 11.5.1994.

**Eichwede, Wolfgang u.a.:** „Rußland und Deutschland sollten sich nicht überfordern“, FR vom 6.3.1995.

**Engelbrecht, Uwe:** „Ein Scherzchen von Boris Nikolajewitsch“, Tagesspiegel vom 18.10.1989.

**Fastenrath, Ulrich:** „Ein Verteidigungskrieg läßt sich nicht vorab begrenzen“, FAZ vom 12.11.2001.

**FAZ:** „Differenzen über Deutschland und Litauen zum Auftakt des Washingtoner Treffens“, FAZ vom 1.6.1990.

**FAZ:** „Außenminister Genscher reist nach Moskau und in die baltischen Republiken“, FAZ vom 7.9.1991.

**FAZ:** „Die russische Regierung will Honecker ausweisen“, FAZ vom 18.11.1991.

**FAZ:** „Deutschland und Rußland wollen in einem gemeinsamen Europa zusammenarbeiten“, FAZ vom 22.11.1991.

**FAZ:** „Gorbatschow gibt den Weg zur Einheit frei“, FAZ vom 12. Februar 1990.

**FAZ:** „Jelzin besänftigt Bonner Sorgen wegen der sowjetischen Atomwaffen“, FAZ vom 23.11.1991.

**FAZ:** „Kohl sieht in der Konferenz von München ein Signal der Ermutigung und der Hoffnung“, FAZ vom 9.7.1992.

**FAZ:** „Kohl: Die deutsch russischen Beziehungen von ungelösten Problemen entlastet“, FAZ vom 17.12.1992.

**FAZ:** „Die Botschaften von Bundeskanzler Kohl und Präsident Jelzin“, FAZ vom 3.2.1993.

**FAZ:** „Russische Eliten und die Außenpolitik“, FAZ vom 9.9.1993.

**FAZ:** „Kohl sagt Moskau Unterstützung zu“, FAZ vom 12.7.1993.

**FAZ:** „Beunruhigung im Baltikum über Jelzins Neujahrsansprache“, FAZ vom 3.1.1994.

**FAZ:** „Deutschland, die Balten und der Schirinowskij-Faktor“, FAZ vom 9.3.1994.

**FAZ:** „Keine Sanktionen gegen Balten“, FAZ vom 14.3.1994.

**FAZ:** „Der Kanzler will nicht anrufen“, FAZ vom 31.12.1994.

**FAZ:** „Rußland nicht gegen EU-Beitritt der Balten“, FAZ vom 5.9.1995.

**FAZ:** „Wegen Plutoniumfund Verstimmung zwischen Bonn und Moskau“, FAZ vom 16.8.1994.

**FAZ:** „In jeder Hinsicht zuverlässig“, FAZ vom 21.2.1996.

**FAZ:** „Für Jelzin sind die Beziehungen zu Deutschland die vorrangigsten unter den vorrangigen“, FAZ vom 2.9.1997.

**FAZ:** „Streit über die Annäherung an die EU“, FAZ vom 17.6.1997.

**FAZ:** „Abkommen zwischen der EU und Rußland“, FAZ vom 2.12.1997.

**FAZ:** „Zur Not geht es auch ohne Rußland“, FAZ vom 24.6.1997.

**FAZ:** „Die Troika zufrieden mit den Gesprächen bei Moskau“, FAZ vom 27.3.1998.

**FAZ:** „Lettland vereinfacht Einbürgerung“, FAZ vom 16.4.1998.

**FAZ:** „Jelzin sucht die Unterstützung von Führern wie Clinton, Kohl, Chirac und anderen“, FAZ vom 20.6.1998.

**FAZ:** „IWF: Rußland benötigt keine weiteren Mittel“, FAZ vom 10.6.1998.

**FAZ:** „NATO nennt Balten Bedingungen“, FAZ vom 13.1.1999.

**FAZ:** „Keine Sanktionen gegen Rußland“, FAZ vom 12.5.1999.

**FAZ:** „Gegenseitige Beschuldigungen Rußlands und Lettlands“, FAZ vom 10.6.1999.

**FAZ:** „Vermittler zwischen Balten und Russen“, FAZ vom 16.6.1999.

**FAZ:** „Bestechung baltischer Präsidenten?“, FAZ vom 9.9.1999.

**FAZ:** „Balten fühlen sich ungerecht behandelt“, FAZ vom 19.11.1999.

**FAZ:** „Der nördliche Flop“, FAZ vom 20.11.1999.

**FAZ:** „Der Ostseerat auf der Suche nach einer neuen Zukunft“, FAZ vom 12.4.2000.

**FAZ:** „Chronik“, FAZ vom 11.3.2000.

**FAZ:** „Streit zwischen Lettland und Rußland“, FAZ vom 31.1.2000.

**FAZ:** „Propaganda gegen baltische Staaten“, FAZ vom 13.3.2000.

**FAZ:** „Stockholm Sitz des Ostsee-Sekretariats“, FAZ vom 22.6.2000.

**FAZ:** „Schröder ermutigt Balten auf dem Weg in die EU“, FAZ vom 7.6.2000.

**FAZ:** „Hohe Erwartungen an den neuen Gouverneur“, FAZ vom 21.11.2000.

**FAZ:** „Schröder: Vertrauensvolles Verhältnis zu Putin“, FAZ vom 9.11.2000.

**FAZ:** „Putin: Altschulden werden zurückgezahlt“, FAZ vom 8.1.2001.

**FAZ:** „Rußland will höchstens 10 Prozent seiner Schulden bedienen“, FAZ vom 13.1.2001.

**FAZ:** „Streit im Ostseerat“, FAZ vom 21.6.2001.

**FAZ:** „Keine NATO-Aufnahme ohne Zustimmung Rußlands“, FAZ vom 20.6.2001.

**FAZ:** „Putin mahnt zu Besonnenheit“, FAZ vom 17.9.2001.

**FAZ:** „Kehrtwende Bushs zu Biowaffen-Verbot“, FAZ vom 3.11.2001.

**FAZ:** „Bush: Nordallianz soll nicht nach Kabul vorrücken“, FAZ vom 12.11.2001.

**FAZ:** „Zustimmung des Bundestages zur neuen NATO-Strategie nicht erforderlich“, FAZ vom 23.11.2001.

**FAZ:** „OSZE schließt Mission in Estland“, FAZ vom 18.12.2001.

**Feldmeyer, Karl:** „Mehr als die Formalität einer bloßen Umbenennung“, in: FAZ vom 27.12.1991.

**Flamm, Stefanie:** „Akrobatik im Dekonstruktionszirkus“, FAZ vom 21.6.2001.

**Frankenberger, Klaus Dieter:** „Mehr als längerfristig“, FAZ vom 10.8.2001.

**Gennrich, Claus:** „Nach loyaler Arbeit macht Teltschik von seiner Freiheit Gebrauch“, FAZ vom 6.12.1990.

**Gennrich, Claus:** „Kinkel findet in Moskau viel guten Willen vor“, FAZ vom 8.10.1992.

**Gennrich, Claus:** „Boris und Gelmut zwischen Du und Sie“, FAZ vom 13.5.1994.

**Gennrich, Claus:** „Vom Verhalten Moskaus soll es abhängen, ob und wie weit es sich selbst isoliert“, FAZ vom 9.7.1994.

**Genscher, Hans-Dietrich:** „Der neue Provinzialismus“, Die Zeit vom 2.7.1998.

**Gorbatschow, Michail:** Interview, in: Der Spiegel, Nr. 13/1991.

**Gornostajew, Dmitrii:** Nowoje i staroj koncepcij Primakowa, Nesawissimaja Gaseta vom

18.3.1998.

**Günsche**, Karl Ludwig: „Zukunft mit Moskau“, Die Welt vom 4.9.1997.

**Hanke**, Thomas: „Die neue Angst vor Europa“, Die Zeit vom 18.6.1998.

**Handelsblatt**: „Wirtschaft plant neue Einkaufsoffensive“, Handelsblatt vom 24.1.1995.

**Hartmann**, Jens: „Unsere Hauptheimat ist die Wolga“, Die Welt vom 10.12.1996.

**Hartmann**, Jens: „Grenzvertrag mit Litauen“, Die Welt vom 25.10.1997.

**Hoffmann**, Christiane: „Jelzin schmolzt in Karelien“, FAZ vom 10.7.1997.

**Hoffmann**, Christiane: „Das Treffen im ehemaligen Erholungsheim des sowjetischen Ministerrates umweht ein Hauch des Gestrigen“, FAZ vom 27.3.1998.

**Hoischen**, Oliver: „Fürsten vom Ural schauen mit wachsendem Unbehagen nach Moskau“, FAZ vom 8.3.1999.

**Horn**, Karen: „Nach der Krise erwacht Estland zu vollem Schwung“, FAZ vom 5.7.2000.

**Jelzin**, Boris: „Mißbrauch des Rechts, Vergewaltigung“, FAZ vom 16.1.1991.

**Kinkel**, Klaus: „Der Prozeß des Wiederauswachsens muß Rußland einschließen“, FAZ vom 4.6.1996.

**Kinkel**, Klaus: Interview zu den Beziehungen Deutschlands zu Estland, Lettland und Litauen, in: Ostsee-Zeitung vom 16.1.1998.

**Kohl**, Helmut und Jelzin, Boris: „Die Botschaften von Bundeskanzler Kohl und Präsident Jelzin“, in FAZ vom 3.2.1993.

**Kornelius**, Stefan: „Scharfe Antwort Rühes auf Moskaus drohende Töne“, SZ vom 2.5.1995.

**Kostikow**, Wjatscheslaw: „Bedauern über Ungenauigkeit bezüglich des Telefongesprächs zwischen Boris Jelzin und Helmut Kohl“, Fernseh-/Hörfunkspiegel Ausland vom 16.1.1995.

**Landsbergis**, Vytautas: Interview, in: Der Spiegel, Nr.6/1991.

**Lucius**, Robert von: „Nicht-Bürger“, FAZ vom 19.5.2001.

**Lucius**, Robert von: „Litauen auf dem Weg in die NATO?“, FAZ vom 26.5.2001.

**Lucius**, Robert von: „Auf der Seite von Gutland“, FAZ vom 22.10.2001.

**Loewe**, Lothar: „Bauern, Barone, Buntmetalldiebe“, Die Welt vom 4.10.1992.

**Margolina**, Sonja: „Im Sumpf der Vergangenheit“, FAZ vom 21.6.1997.

**Margolina**, Sonja: „Pax Eurasica“, FAZ vom 27.6.2001.

**Mayer-Larsen**, Werner: „Die wurschteln jeder für sich“, Der Spiegel Nr.48/1991.

**Meri**, Lennart: Interview, in: Der Spiegel, Nr.44/1993.

**Mletschin**, Leonid: „Na kakom jasuikje rasgawariwat s pribaltikoj“, Iswestija vom 25.7.1995.

**Moniac**, Rüdiger: „Jelzin entdeckt die Rußlanddeutschen“, Die Welt vom 22.12.1997.

**Müller**, Thomas: „Abschied von der deutschen Frage. Deutschlands europäische Verankerung im Westen“, NZZ vom 9./10.8.1997.

**Nachrichten für den Außenhandel**: „Verzehnfachung der Direktinvestitionen in sieben Jahren“, Nachrichten für den Außenhandel vom 5.1.1998.

**Neumann**, Peter: „Ins Geschäft kommen mit den Esten“, IMPULSE Nr.2/99, S.56.

**Nielsen-Stokkebye**, Bernd: „Was Feliks zu sagen hat“, FAZ vom 22.6.1995.

**Noelle-Neumann**, Elisabeth: „Kein Kommunismus, keine Demokratie“, FAZ vom 12.6.1996.

**Rebas**, Hain: Interview, in: Nordeuropa-Forum, Nr.1/1991.

**Rühl**, Lothar: „Die NATO-Erweiterung - im Osten nichts Neues“, Die Welt vom 11.2.1997.

**Savisaar**, Edgar: Interview, in: Der Spiegel, Nr.7/1991.

**Schell**, Manfred: „Gorbatschow hält Wort“, Die Welt vom 6.3.1991.

**Schmidt-Häuer**, Christian: „Bibbern um Boris“, Die Zeit vom 20.5.1994.

**Seifert**, Wolfgang: „Denkfehler mit Folgen“, Der Spiegel, Nr.17/1997.

**Siedler**, Wolf Jobst: „Wo ist der Deutschen Hauptstadt?“, FAZ vom 20.6.1998.

**Siegl**, Elfi: „In Rußland ist das Wachstum in sich zusammengefallen“, FAZ vom 15.6.1998.

**Ströhm**, Carl G.: „Moskau verschärft Ton gegenüber Estland“, Die Welt vom 26.4.1996.

**Ströhm**, Carl G.: „An der Ostsee wächst die Verbitterung über den Westen“, Die Welt vom 20.12.1996.

**Ströhm**, Carl G.: „Die Depeschen der Konsulin“, Die Welt vom 29.11.1997.

**Ströhm**, Carl G.: „Balten kritisieren Kohls Auftritt beim Dreiertreffen“, Die Welt vom 28.3.1998.

**SZ**: „NATO unterstützt Rußland bei Truppenabzug“, SZ vom 9.5.1992.

**SZ**: „KGB-Spion erlag dem Streß“, SZ vom 3.7.1998.

**The Economist**: „Bleak and bloody Russia“, The Economist vom 18.12.1999.

**The Economist**: „Russian organized Crime“, The Economist vom 28.8.1999.

**Thielbeer**, Siegfried: „Die Pressionen Rußlands gegen die baltischen Staaten gehen weiter“, FAZ vom 13.7.1991.

**Thumann**, Michael: „Das neue Modell Deutschland: Nicht attraktiv“, Die Zeit vom 28.11.1997.

**Thumann**, Michael: „Ein Mann wie eine Flamme“, Die Zeit vom 5.1.2000.

**Tichomirowa**, Katja: „Jelzin und Kohl hoffen auf die Effizienz der Beamten“, Berliner Zeitung vom 9.6.1998.

**Timmermann**, Heinz: „Kein Sonderverhältnis, aber ein dichtes Beziehungsgeflecht“, Das Parlament vom 10.5.1996.

**Velliste**, Trivimi: Interview, ETA – Estonian News Agency, Nr.19/1993.

**Vincentz**, Volkhardt: „Ohne prallen Geldbeutel keine Eigenverantwortung“, Die Welt vom 20.4.1990.

**Vulfsons**, Mavriks: Interview, in: Der Spiegel, Nr.5/1991.

**Wehner**, Markus: „Nachrichten aus der Kleptokratie“, FAZ vom 9.9.1999.

**Wehner**, Markus: „Riga ist der Prügelknabe der russischen Diplomaten“, FAZ vom 4.7.2000.

**Wehner**, Markus: „Das Fenster von Europa nach Rußland“, FAZ vom 18.11.2000.

**Wehner**, Markus: „Schöder und Putin fahren miteinander Schlitten“, 8.1.2001.

**Wehner**, Markus: „Partner Putin“, FAZ vom 22.10. 2001.

**Weisser**, Ulrich: „Wie die NATO sich nach Osten öffnete“, FAZ vom 15.3.1999.

**Welt am Sonntag**: „Regierung debattiert über Sanktionen gegen Rußland“, Welt am

Sonntag vom 8.1.1995.

**Wenz**, Dieter: „Das große Rad an der Ostsee“, FAZ vom 19.2.1998.

**Windisch**, Elke: „Bevölkerungsrückgang in Rußland“, Der Tagesspiegel vom 3.3.2001.

**Wistinghausen**, Henning von: „Deutschland und Estland“, The Baltic Independent vom 12.6.1992.

## 4. Sonstiges

### Der Verfasser interviewte:

- den Politischen Direktor des Auswärtigen Amtes und Leiter der Evaluierungsmission ins Baltikum 1991, Staatssekretär a.D., **Berndt von Staden**, im Mai 1999 in Vaihingen/Enz;
- den damaligen estnischen Ministerpräsidenten, **Mart Laar**, im Juni 2000 in der Staatskanzlei auf dem Domberg in Tallinn;
- den ehemaligen deutschen Botschafter in Lettland, **Hagen von der Wenge Graf Lambsdorff**, im August 2000 in der deutschen Botschaft in Prag;
- den ehemaligen deutschen Botschafter in Estland, **Henning von Wistinghausen**, im Januar 2001 in der deutschen Botschaft in Helsinki;
- den damaligen estnischen Staatspräsidenten, **Lennart Meri**, im Juni 2001 in seinem Amtssitz Kadriorg in Tallinn.

**Antwort der Bundesregierung auf eine Große Anfrage der Fraktion Grüne/Bündnis 90:** „Außenpolitische Betätigung des Bundesinnenministeriums“, Drucksache des Deutschen Bundestages, 13/5457.

**Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der SPD-Fraktion:** „Verhalten der Bundesregierung zum russischen Vorgehen im Tschetschenien-Konflikt“, Drucksachen des Deutschen Bundestages, 13/718.

**Ansprache des Bundeskanzlers** am 11.5.1994, BPA, Bulletin, Nr.47, 1994, S.417.

**Außenminister Kinkels Rede zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts über die Entsendung der Streitkräfte**, in: Das Parlament vom 5.8.1994.

**Dokumentation zur Ostpolitik der Bundesregierung. Verträge, Vereinbarungen und Erklärungen**, Presse und Informationsamt der Bundesregierung, Leck 1990.

**Erklärung der Staats- und Regierungschefs zum Abschluß des KSZE-Gipfeltreffens in Paris (19.- 21. November 1990 „Charta von Paris für ein neues Europa“)**, Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 24.

November 1990, Nr. 137, S. 1409-1415.

**Erklärung von Bundesminister Dr. Kinkel in Bonn zu den deutsch-baltischen Konsultationen am 9.3.1994**, in: Bulletin Nr. 24 vom 11.03.1994, S. 222f.

**Fischer Weltalmanach '99**. Frankfurt a.M. 1998.

**Geheimes Zusatzprotokoll zum deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. September 1939**, Reproduktion nach: Osteuropa Nr.5/1989.

**Grundakte zwischen der NATO und der Russischen Föderation**, Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 3.6.1997.

**Gemeinsame Strategie der Europäischen Union**, Bulletin Quotidien Europe, Nr.2144-45, 16. Juni 1999.

**Gemeinsame Pressekonferenz des rußländischen Staatspräsidenten, Boris Jelzin, des französischen Staatspräsidenten, Jacques Chirac, und des deutschen Bundeskanzlers, Helmut Kohl, am 26. März 1998 in Moskau**, Documents d'actualité internationale (La documentation Française, Paris), Nr.10, 15.5.1998, S. 349 ff.

**Gemeinsame Erklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl und des Präsidenten der Russischen Föderation, Boris N. Jelzin, anlässlich des Besuchs des Bundeskanzlers in Moskau vom 16. Dezember 1992**, Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 22. Dezember 1992, Nr.139, S.1265-1266.

**Gemeinsame Pressekonferenz des russischen Staatspräsidenten, Boris Jelzin, des französischen Staatspräsidenten, Jacques Chirac, und des deutschen Bundeskanzlers, Helmut Kohl, am 26.3.1998 in Moskau**, in: Documents d'actualité internationale (La documentation Française, Paris), Nr. 10, 15.5.1998, S. 349 ff.; Übersetzung aus dem Französischen: Internationale Politik.

**Kommission der Europäischen Gemeinschaften**: Eine nordische Dimension für die Politik der Union, Brüssel 1998.

**Protokoll der Sitzung der deutsch-russischen Gemischten Kommission für kulturelle Zusammenarbeit** vom 28. Februar bis 2. März 2001 in Berlin, <http://www.russische-botschaft.de>.

**Spiegel-Almanach**: Rußland, Spiegel-Online 2001, [www.der-spiegel.de](http://www.der-spiegel.de).

**Staden**, Berndt von: Die erste Phase der Einbeziehung der baltischen Staaten in die europäischen Strukturen bis 1998, unveröffentlichtes Redemanuskript.

**Teikmanis**, Andris: Aspekte der Sicherheit in den Baltischen Staaten, unveröffentlichtes Redemanuskript des lettischen Botschafters.

**Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland (Zwei-plus-Vier-Vertrag)**, Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 14. September 1990, S.1153-1156.

**Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR über die Bedingungen des befristeten Aufenthalts und die Modalitäten des planmäßigen Abzugs der sowjetischen Truppen aus dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland vom 18. Oktober 1990**, Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Bd. 161, S. 322.

**Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 9. November 1990**, Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 15. November 1990, Nr.133, S.1379-1382.

**Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenzen vom 14. November 1990**, Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 16. November 1990, Nr.134, S.1394.

**Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vom 17. Juni 1991**, Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 18. Juni 1991, Nr. 68, S.541-546.

**Zweites Gipfeltreffen der Regierungschefs der Ostseestaaten**, Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 9.2.1998.